



universität
wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

„Bettelverbote in Österreich – ein Abgleich von
medialer Darstellung und öffentlicher Meinung“

Verfasser

Jürgen Reisinger

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Juni 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt: Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Thomas Bauer

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung und Anliegen der Arbeit	4
2	Hintergründe zum Thema Betteln	7
2.1	Die Geschichte des Bettelns.....	7
2.1.1	Betteln im Mittelalter	7
2.1.2	Betteln im Wien der frühen Neuzeit.....	10
2.1.3	Armut und Betteln zur Zeit der Industrialisierung	13
2.1.4	Betteln im 20. Jahrhundert	14
2.2	Gesetzliche Rahmenbedingungen.....	16
2.2.1	Allgemeine Bettelverbote.....	16
2.2.2	Spezifische Bettelverbote	17
2.3	Wie wird gebettelt?	20
2.3.1	Verdeckt aktives Betteln (Betteln en passant).....	20
2.3.2	Offen aktives Betteln	20
2.3.3	Das passive Betteln.....	21
2.3.4	Das „organisierte“ Betteln.....	21
2.4	Der politische Diskurs zum Bettelverbot	23
3	Der österreichische Zeitungsmarkt	26
3.1	Der Österreichische Presserat.....	27
3.2	Blattlinien, Redaktionsstatuten und Impressen.....	28
3.2.1	Der Standard	28
3.2.2	Die Kronen Zeitung.....	28
3.2.3	Kurier.....	29
3.2.4	Österreich	30
3.3	Boulevardzeitungen vs. Qualitätszeitungen.....	31
3.3.1	Boulevardzeitungen.....	31
3.3.2	Qualitätszeitungen.....	33
3.4	Journalistische Darstellungsformen.....	34

3.4.1	Der Bericht	34
3.4.2	Die Reportage	34
3.4.3	Die Kurzmeldung / Nachricht.....	35
3.4.4	Das Interview.....	35
3.4.5	Der Kommentar	35
3.4.6	Der Leserbrief.....	36
4	Die Medienwirkungsforschung	37
4.1	Der Agenda-Setting-Ansatz.....	37
4.2	Second-Level-Agenda-Setting.....	40
5	Das Forschungsdesign	42
6	Analyse der Zeitungsberichterstattung.....	44
6.1	Auswahl, Vorgehensweise und Explikation	44
6.2	Der Standard	49
6.2.1	Charakteristisches.....	49
6.2.2	Thematischer Fokus in der Berichterstattung.....	51
6.2.3	Das Thema in der Reportage	57
6.2.4	Das Thema in den Kommentaren	59
6.2.5	Das Thema in den Leserbriefen	62
6.3	Die Kronen Zeitung.....	65
6.3.1	Charakteristisches.....	65
6.3.2	Thematischer Fokus in der Berichterstattung.....	68
6.3.3	Das Thema in der Reportage	77
6.3.4	Das Thema in den Kommentaren	79
6.3.5	Das Thema in den Leserbriefen	84
6.4	Kurier	90
6.4.1	Charakteristisches.....	90
6.4.2	Thematischer Fokus in der Berichterstattung.....	91
6.4.3	Das Thema in der Reportage	97
6.4.4	Das Thema in den Kommentaren	98

6.5	Österreich	100
6.5.1	Charakteristisches	100
6.5.2	Thematischer Fokus in der Berichterstattung.....	102
7	Analyse der durchgeführten Interviews	111
7.1	Allgemeines Spendenverhalten	112
7.2	Spendenverhalten in spezifischen Situationen.....	113
7.3	Gründe zu spenden	119
7.4	Gründe gegen das Spenden.....	123
7.5	Meinungen zum Bettelverbot.....	126
7.5.1	Pro Bettelverbot.....	126
7.5.2	Contra Bettelverbot.....	129
7.6	Die „Existenz von Bettelbanden“	133
7.7	Mediale Berichterstattung zum Bettelverbot	138
7.7.1	Beeinflussung des Spendenverhaltens	140
7.7.2	Parteistandpunkte zum Bettelverbot.....	140
7.7.3	Proteste gegen die Bettelverbote	141
7.8	Weitere Themenbereiche in den Interviews	142
7.8.1	BettlerInnen verdienen „viel Geld“.....	142
7.8.2	Betteln als „Arbeit“?	143
8	Ergebnisse	144
9	Abschließende Betrachtungen	150
10	Quellenverzeichnis.....	151
10.1	Literatur	151
10.2	Internetquellen	153
10.3	Interviews	156
10.4	Zeitungen	159
11	Abbildungen und Tabellen.....	165
12	Anhang	166

1 Einführung und Anliegen der Arbeit

„Wenn es Menschen gibt, die bedürftig sind, deswegen andere Menschen anbetteln und der Staat dann ein Verbot ausspricht, sehe ich das als Armutszeugnis. Weil die Gesellschaft sich damit auseinandersetzen muss, dass es Menschen gibt, die auf Spenden angewiesen sind.“¹

Die eigenen Grundbedürfnisse abdecken zu können ist im heutigen Alltag so selbstverständlich, dass für die Mehrheit der Bevölkerung das Streben nach materiellem Überfluss die Norm ist. Die Auseinandersetzung mit Menschen, denen es am Nötigsten fehlt und für die die Befriedigung der Grundbedürfnisse eine Schwierigkeit darstellt, fordert ein Problembewusstsein, das nicht dem der Wohlstandsgesellschaft entspricht.

Vielleicht erlangt gerade deshalb das Bitten um kaum relevante Geldbeträge einen so kontroversiellen Diskussionscharakter in Gesellschaft, Medien und Politik. Die sichtbare Armut, die uns am Beispiel der BettlerInnen begegnet, stellt diesen Lebensstil, das ständige Streben nach mehr und die eigenen Verhältnismäßigkeiten in Frage. Eine Reglementierung durch die Politik – in Form eines Bettelverbotes – scheint das Problem der Armut dabei eher zu verstecken als zu lösen.

Mein persönliches Interesse an der Bettelthematik wurde durch simple Beobachtungen im Alltag geweckt. Da BettlerInnen das Stadtbild moderner Städte mit prägen, kommt man im öffentlichen Raum unweigerlich mit ihnen in Berührung und wird nicht selten um eine Spende gebeten. Manche der BettlerInnen wenden dabei „klassische“ Strategien an, andere wählen „unkonventionellere“ Arten, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Dies führt auch zu unterschiedlichem Erfolg im Generieren von Spenden. Die Fragen, die sich aus diesen Beobachtungen ergaben, waren beispielsweise: Welche BettlerInnen erhalten besonders viele Spenden und warum? Was sind die Gründe der PassantInnen zu spenden? Welchen Einfluss üben die Medien auf das Bild von BettlerInnen in der Gesellschaft und auf deren Spendenerfolg aus?

¹ Interview mit einer der 40 befragten PassantInnen, welche im Rahmen dieser Arbeit durchgeführt wurden.

Basierend auf diesen grundlegenden Fragen wurde das vorliegende Forschungsdesign in mehreren Stufen entwickelt, immer wieder adaptiert und verbessert, um schließlich die praktische Durchführbarkeit sicherzustellen. Da bisher sehr wenig (kommunikationswissenschaftliche) Forschung zum Thema Betteln und Bettelverbote betrieben wurde, ist das vorrangige Ziel der Arbeit, das Themengebiet möglichst ohne Einschränkungen zu betrachten und einen Überblick zu gewinnen.

Zu Beginn möchte ich die wesentlichen Aspekte der Arbeit ein wenig näher beleuchten. Wie der Titel „Bettelverbote in Österreich – ein Abgleich von medialer Darstellung und öffentlicher Meinung“ vermuten lässt, sind die drei zentralen Themen „Betteln und Bettelverbote“, „Massenmedien und Journalismus“ bzw. die Frage wie Meinungen und Öffentlichkeit entstehen; und natürlich das Zusammenspiel dieser drei Teilbereiche.

Die Arbeit richtet sich an der folgenden forschungsleitenden Fragestellung aus:

Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede finden sich in der thematischen Strukturierung der politischen und medialen Diskussion sowie den publizierten Nachrichten zum Thema „Betteln“ in Zusammenhang mit Meinungen, Einstellungen und Argumentationslinien der RezipientInnen von Tageszeitungen?

Hier sollen nun die wichtigsten Sachverhalte und Gesichtspunkte der drei Themenbereiche angeschnitten werden, die in dieser Arbeit untersucht werden. Den Anfang macht der Themenkomplex „Betteln“. Hier soll ein kurzer Einblick in die historische Entwicklung des Bettelns und die Rolle von BettlerInnen in der Gesellschaft gegeben werden. Die in Österreich geltenden Gesetze, die verschiedenen Arten zu Betteln sowie die Standpunkte der politischen Parteien Österreichs runden den ersten Themenblock ab. Anschließend soll ein kurzer Blick auf den österreichischen Tageszeitungsmarkt geworfen werden. Neben statistischen Werten wie Auflagenzahlen und Reichweite, werden die vier Tageszeitungen, welche in der Inhaltsanalyse untersucht werden, vor allem im Hinblick auf ihre inhaltliche und redaktionelle Ausrichtung betrachtet.

Ein kurzer theoretischer Abriss zur Wirkung der Massenmedien soll den theoretischen Teil der Arbeit beschließen. Dieser Abschnitt soll dabei keinen Überblick zur Wirkungsforschung insgesamt liefern, sondern sich primär auf das Agenda-Setting-Konzept konzentrieren, woran sich der empirische Teil ausrichtet.

Der empirische Teil gliedert sich in zwei große Analysekapitel. Der erste Teil ist eine qualitative Inhaltsanalyse von vier österreichischen Tageszeitungen zum Thema Betteln. Hier wurden einerseits die Qualitätszeitungen Der Standard und Kurier sowie die Boulevardzeitungen Kronen Zeitung und Österreich ausgewählt. Das Ziel der

Inhaltsanalyse war, die von den Medien gesetzten Themenschwerpunkte zu kategorisieren und zu interpretieren. Anhand der thematischen Schwerpunktsetzung wurde ein Interviewleitfaden erstellt, der die Basis für die später durchgeführten Interviews darstellte. Insgesamt wurden 40 Personen zu ihren Einstellungen und Meinungen die Themenschwerpunkte betreffend befragt.

Die Verknüpfung der Ergebnisse aus dem theoretischen Teil und den beiden empirischen Analyseteilen beschließen den Forschungsteil. Die wichtigsten Aspekte wurden hier zusammengefasst, miteinander in Beziehung gesetzt, Gemeinsamkeiten und Unterschiede erörtert. Die ebenfalls in diesem Kapitel formulierten Hypothesen sollen dabei den Ausgangspunkt für eine mögliche weitere Forschung darstellen.

2 Hintergründe zum Thema Betteln

2.1 Die Geschichte des Bettelns

Der Blick in die Geschichte des Bettelns zeigt sowohl einige Parallelen zur derzeitigen gesellschaftlichen Situation, als auch so manchen überraschenden Unterschied. Einer der Umstände, der die Menschen seit jeher dazu bewegt hat, ihren Lebensunterhalt durch das Bitten um Almosen zu verdienen, ist die Armut. Armut entspringt immer einem Mangel, dieser kann sich materiell oder physisch äußern und sollte stets in gesellschaftlichem, politischem, religiösem und wirtschaftlichem Kontext gesehen werden.² Ebenso verweist Von Hippel, der sich in vielen Publikationen mit dem Thema „Betteln“ auseinandersetzt, auf den Zusammenhang zwischen Armut und dem Stellenwert der Betroffenen in der Gesellschaft. Armut herrscht in der Regel in den unteren Gesellschaftsschichten und noch mehr Armut in den untersten und meist verachteten Teilen der Unterschicht, den Randgruppen.³

2.1.1 Betteln im Mittelalter

Das Fehlen eines sozialen Netzes zur Unterstützung der Armen ließ für diese das Betteln zur einzigen Einnahmequelle werden. Somit war das Betteln das soziale Netz dieser Zeit. Der Bettler / die Bettlerin war zwar in der Hierarchie ganz unten angesiedelt, doch wurde er/sie weit weniger verachtet als heutzutage. Dies hat auch mit der Allgegenwärtigkeit der BettlerInnen im Mittelalter zu tun. Das Betteln war im Gegensatz zu heute nicht eine Randerscheinung, die man manchmal beobachten kann, sondern überall anzutreffen und war zu jener Zeit weder verboten noch ehrenrührig.⁴ Der Arme selbst wurde missachtet, jedoch das Ideal des Lebens in Armut hochgehalten, was sich an der großen Zahl von Bettelmönchen zeigte.

Die BettlerInnen erfüllten in der damaligen Zeit eine wichtige Funktion. So beteten sie nach dem Erhalt von Almosen für den jeweiligen Spender bzw. die Spenderin, damit diesen deren Sünden verziehen würden. Getauscht wurde somit ein materieller Wert gegen einen ideellen Wert. „*Es war vielmehr eine nützliche und geradezu notwendige Erscheinung in der ‚pyramidenförmigen‘ Gesellschaftsordnung des Mittelalters, die den*

² Vgl. Von Hippel, Wolfgang (1995): Armut, Unterschichten, Randgruppen in der frühen Neuzeit. Enzyklopädie deutscher Geschichte, Band 34. Oldenbourg. S. 3.

³ Vgl. Von Hippel, Wolfgang (1995). S. 3.

⁴ Vgl. Koller, Franz (2009): Betteln in Österreich. Eine Untersuchung aus theologisch-ethischer Perspektive. Diplomarbeit, Wien. S. 7.

Ärmsten zu Gute kam und zugleich aber den höheren Ständen die Möglichkeit gab, mit dem Almosengeben ihre Sünden zu tilgen.“⁵

Bettelverbote gab es zu dieser Zeit nicht. Das Almosen wurde als Zeichen christlicher Nächstenliebe verstanden, als Ausgleich einer ungerechten Verteilung von Privateigentum. Als besonders unterstützenswert wurden neben Witwen, Waisen und Kindern auch die Gelähmten, die sogenannten „Besessenen“, „die Verstümmelten“, „die Stummen“ und „die Aussätzigen“ erachtet.⁶ Zumindest theoretisch sollte so „echten“ Bedürftigen geholfen werden, Personen die nicht mehr zu arbeiten im Stande waren. Menschen die gesund und arbeitsfähig waren, sollten ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit verdienen. So forderte die vom Theologen Thomas von Aquin (1225 – 1274) entwickelte Almosenlehre, alle Menschen zu bestrafen, die aus Gier bettelten oder ohne wirkliche Bedürftigkeit ihren Lebensunterhalt zu finanzieren versuchten.⁷

Kriege und Krankheiten, sinkende Löhne und steigende Preise sowie die damit einhergehende Verarmung führten im Spätmittelalter dazu, dass immer mehr Menschen versuchten, die religiös motivierte Spendenfreudigkeit für sich zu nutzen. Die Anzahl der BettlerInnen nahm sehr stark zu. Sie bevölkerten die Landstraßen und Städte. Die generell steigende Mobilität der Menschen verschärfe die Situation in den großen Städten noch mehr. Durch die zunehmende Konkurrenz untereinander mussten sich die einzelnen BettlerInnen nun auch mehr voneinander unterscheiden, um weiterhin Einnahmen zu erzielen. So wurden Verletzungen und Krankheiten vorgetäuscht bzw. übertrieben dargestellt, oder man gab vor, pilgernder Mönch bzw. Geistlicher zu sein. Es entstand eine „betrügerische Form“ des Bettelns. Diese Maßnahmen wurden jedoch primär angewendet, um in der großen Masse an Bettlern bestehen zu können und nicht, um hohe Gewinne zu erzielen.⁸

Infolge dieser Entwicklungen sank das Ansehen der BettlerInnen in der Gesellschaft. Vor allem die BewohnerInnen der Städte wurden den BettlerInnen gegenüber kritischer und ablehnender.⁹ Die BettlerInnen wurden einerseits immer weniger als unterstützenswert betrachtet, andererseits begann die Gesellschaft zu differenzieren und begann mit der Unterteilung der BettlerInnen in zwei Gruppen, die bis heute durchaus Bestand hat. Es gab den „fremden (bösen) Bettler“ bzw. die „fremde Bettlerin“, der/die nach Meinung der Bevölkerung nur in die Stadt kam, um sich zu bereichern, Krankheiten einschleppte, „faul“

⁵ Bindzus, Dieter; Lange, Jérôme (2000): Ist Betteln rechtswidrig? Ein historischer Abriss mit Ausblick. Url: <http://www.jurawelt.com/aufsaetze/strafr/3554> (14.08.2010).

⁶ Vgl. Koller, Franz (2009). S. 7.

⁷ Vgl. Koller, Franz (2009). S. 8f.

⁸ Vgl. Scherpner, Hans (1962): Theorie der Fürsorge. Göttingen. S. 49f.

⁹ Vgl. Kugelmeier, Frank (2006): Bettelarm 2: Weihnachtsgeld. Neue Studien zum Almosenempfang in Fußgängerzonen. URL: http://sowi.st-ursula-attendorn.de/be/be_start.htm (18.08.2010)

war und keine Unterstützung verdiente. Und es gab den „einheimischen (guten) Bettler“ bzw. die „einheimische Bettlerin“, der/die arbeitsunfähig war, keine Bedrohung für die öffentliche Ordnung darstellte und deswegen noch eine gewisse finanzielle Unterstützung erhielt.¹⁰

Die daraus gezogenen Konsequenzen resultierten in Verordnungen wie der Wiener Bettelverordnung aus dem Jahre 1443, die die innerstädtische Sicherheit aufrecht erhalten sollten.

Die Wiener Bettelverordnung von 1443

Die wohl wesentlichste Veränderung, die die Bettelverordnung brachte, war die Einführung eines für die BettlerInnen bestimmten Beamten, den sogenannten Sterzermeister. Dieser hatte die Oberaufsicht über alle BettlerInnen der Stadt, seine Hauptaufgabe bestand in der Kontrolle des öffentlichen Auftretens und er war ebenso befugt Strafen auszusprechen.¹¹

Das Betteln war seit der Einführung der Verordnung an gewisse Bedingungen geknüpft. So erbrachten Alter, Krankheit und andere Formen von Unvermögen eine Bettelerlaubnis (eine weitere Bedingung war der Besuch von Beichte und Kommunion); hingegen schlossen Arbeitsfähigkeit, eine geringe leibliche Schädigung oder vorgetäuschte Schwangerschaften vom Betteln aus.¹² Jede Person, der es gestattet war zu betteln, musste ein Erkennungszeichen, das Bettlerzeichen, tragen. In Wien war dieses Bettlerzeichen ein gelbes Tuch, um den Hals getragen. Ebenso erhielten die BettlerInnen Urkunden, die sie zum Almosenempfang autorisierten. Der Sterzermeister hatte nun die Aufgabe die Echtheit dieser Dokumente zu überprüfen, da die BettlerInnen auch versuchten, diese zu fälschen bzw. untereinander zu tauschen.¹³

Eine Weiterentwicklung der Bettelverordnung sah vor, das Betteln ausschließlich für einheimische, autorisierte BettlerInnen zu erlauben; fremde BettlerInnen wurden aus der Stadt verwiesen. Für alle arbeitsfähigen Personen bestand weiterhin ein Bettelverbot. Diese Maßnahmen zur Einschränkung bzw. Beseitigung des Bettelns blieben jedoch weitgehend erfolglos. Dies lag zum einen daran, dass die thomasische Almosenlehre in

¹⁰ Vgl. Koller, Franz (2009). S. 11.

¹¹ Vgl. Just, Thomas; Pils, Susanne (1997): Die Entstehung der Unbarmherzigkeit. Randgruppen und Außenseiter in Wien vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Wiener Geschichtsblätter Beiheft 1/1997. S. 7.

¹² Vgl. Bräuer, Helmut (1996): „... und hat seithero gebetlet“. Bettler und Bettelwesen in Wien und Niederösterreich während der Zeit Kaiser Leopolds I. Böhlau Verlag. S. 47.

¹³ Vgl. Just, Thomas; Pils, Susanne (1997). S. 7f.

der Bevölkerung trotz zunehmenden Misstrauens immer noch Rückhalt fand, zum anderen an der kaum abschreckenden Wirkung der bestehenden Verordnungen.¹⁴

2.1.2 Betteln im Wien der frühen Neuzeit

Die Bettelverordnungen des Mittelalters waren nicht in der Lage die große Anzahl an BettlerInnen zu kontrollieren. Die Städte plagten sich mit ihren jeweiligen Verordnungen und so überrascht es nicht, dass die Städte begannen, das Betteln gänzlich zu verbieten. Auch in Nürnberg gab die Stadtverordnung aus dem Jahre 1522 einen Trend vor, dem Niederösterreich 1524 und andere Städte wie Wien (1526) folgten. Die „würdigen“ Bedürftigen wurden in der Folge aus einer eingerichteten Armenkassa unterstützt und fanden in Wien im Bürgerspital Aufnahme und Versorgung.¹⁵

Eine weitere Verschärfung brachte die Polizeiordnung von Ferdinand I. im Jahre 1552. Diese legte das sogenannte „Heimatprinzip“ fest, welches besagte, dass für die Unterstützung in Not geratener Personen deren Heimatgemeinde aufzukommen hatte. Jedoch besagte das Heimatprinzip auch, dass Gemeinden die ökonomisch nicht in der Lage waren die steigende Armenzahl zu bewältigen, den Armen „Bettelbriefe“ ausstellen durften, mit denen diese durchs Land bzw. in die Städte ziehen durften.¹⁶ Das generelle Bettelverbot wurde durch ein Bettelverbot für arbeitsfähige Menschen ersetzt. Die Kinder der BettlerInnen wurden gezwungen ein Handwerk zu erlernen und der Arbeit nachzugehen. Die BettlerInnen mussten erneut ein Bettelzeichen tragen; diesmal war es eine eigens gegossene Münze, die an der Kleidung befestigt werden musste.¹⁷ Diese wurden durch regelmäßige „Bettelvisitationen“ von VertreterInnen der zuständigen Obrigkeit (niederösterreichische Regierung und Wiener Stadtrat) sowie MedizinerInnen an alle „würdigen“ BettlerInnen vergeben.¹⁸

1563 befahl Ferdinand I. die Ausweisung sämtlicher BettlerInnen ohne Bettelzeichen aus Wien, da ihm deren große Anzahl zu hohe finanzielle Ausgaben verursachte. Gleichzeitig wies er die umliegenden Städte an, den BettlerInnen die dortige Ansiedelung zu verwehren.

Sein Nachfolger, Maximilian II., verstärkte mit der Polizeiordnung 1571 die Kontrollen an den Stadttoren. Einlass zu erhalten mussten Reisende ihren Stand und den Grund ihres

¹⁴ Vgl. Bindzus, Dieter; Lange, Jérôme (2000).

¹⁵ Vgl. Just, Thomas; Pils, Susanne (1997). S. 9f.

¹⁶ Vgl. ebd. S. 9f.

¹⁷ Vgl. Bräuer, Helmut (1996). S. 51.

¹⁸ Vgl. Pichlkastrner, Sarah (o. J.): „ze petln und almusen ze nehmen“ – Ein Querschnitt durch die Geschichte des Bettel(n)s in Wien. Vortrag: Interdisziplinärer Workshop „Betteln in Wien“ (11. Juni 2010).

Wienbesuchs an den Stadttoren bekanntgeben. Des Weiteren mussten die städtischen Wirte täglich Listen mit den beherbergten Personen abgeben. Gästen unangemeldet Unterkunft zu gewähren wurde mit Geldstrafen bis 1.000 Dukaten oder gar mit dem Verlust des Bürgerrechts bestraft.¹⁹ Da die BettlerInnen nun aus Wien vertrieben und nicht mehr eingelassen wurden, ließen sie sich unerlaubterweise in den umliegenden Vorstädten nieder. Vor allem St. Ulrich (der heutige Bezirk Wien Neubau) taucht als BettlerInnen-Schwerpunkt in den Quellen auf. Die dort verstärkt durchgeführten Kontrollen waren ein Mittel, um die Bettelproblematik zu beherrschen. So wurden alle BettlerInnen, die kein Bettelzeichen vorweisen konnten, festgenommen.²⁰

Die schon im 16. Jahrhundert begonnene Unterscheidung von „arbeitsunfähigen“ und „arbeitsunwilligen“ BettlerInnen wurde im 17. Jahrhundert weiter verschärft. Der aufkommenden Kameralismus²¹ verbreitete „die Idee, das brachliegende Arbeitspotential der ‚müßiggehenden‘ BettlerInnen zum Nutzen des Staates einzusetzen und gleichzeitig diese durch Arbeit zu fleißigen Menschen zu ‚erziehen‘; dadurch sollte Armut verringert werden.“²²

Es entstanden Arbeits- und Zuchthäuser, in denen „arbeitsfähige“ BettlerInnen (die nicht ausgewiesen worden waren) untergebracht wurden. Das erste Zuchthaus Wiens wurde 1671 in der Leopoldstadt errichtet, 1676 folgte am Tabor das erste „Werkhaus“, welches aber nur wenige Jahre Bestand hatte.

Die Feststellung, ob eine Person des Almosenempfangs würdig war, wurde in jährlich stattfindenden „Großvisitationen“ von der Obrigkeit durchgeführt. Falls bei diesen Visitationen eine Person angetroffen wurde, die als des Bettelns unwürdig angesehen wurde, so bestrafte man diese hart. So sollten alle BettlerInnen ohne Stadtzeichen ausgewiesen werden, bei abermaliger Anhaltung jedoch „durch den scharfrichter am pranger öffentlich gestrichen, und zum fahl dieses alles noch nicht warning genug wäre, das dritte mahl in brand und eysen, gewisse jahr auff ein graenitz-orth, oder wol gar umbs leben, anderen zum exempl, abgestrafft werden.“²³

¹⁹ Vgl. Just, Thomas; Pils, Susanne (1997). S. 9f.

²⁰ Vgl. Bräuer, Helmut (1996). S. 52.

²¹ Das Ziel des Kameralismus bestand darin, „einerseits durch zahlreiche verkehrspolitische, arbeitsrechtliche und bevölkerungspolitische Maßnahmen die ökonomische Leistungsfähigkeit und damit auch Besteuerbarkeit eines Landes bzw. seiner Bevölkerung zu erhöhen und zum anderen durch die Einrichtung staatlicher Manufakturen und Domänen den Staat zu einem wichtigen wertschöpfungsintensiven Produzenten zu machen.“ Definition nach [www.wirtschaftslexikon24.net](http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/kameralismus/kameralismus.htm). URL: <http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/kameralismus/kameralismus.htm> (24.8.2010).

²² Pichlkastner, Sarah (o. J.).

²³ Just, Thomas; Pils, Susanne (1997). S. 12.

Um 1690 verstärkte sich die Bettlerproblematik aufgrund der Pestzeiten von 1679 und 1692 sowie der Folgen der Türkenbelagerung 1683. Die Obrigkeit suchte nach neuen Lösungen, unter anderem deswegen, weil die Beseitigung der BettlerInnen aus dem Stadtbild der Residenzstadt längst zur Prestigesache geworden war. Die nächste Stufe der Wiener Bettelpolitik war das allgemeine Bettelverbot, das von Kaiser Leopold I. mit dem Bettelpatent am 26. März 1693 eingeführt wurde. Dies wurde begleitet von einer erweiterten Armenfürsorge und differenzierten Sonderregeln für Gruppen wie „Hausarme“, „Pilger“, „Türkengefangene“, „arme Studenten“ oder Handwerksgesellen. Die „würdigen“ Armen wurden in Klassen eingeteilt, mit angemessenen Spenden versorgt und im Großarmenhaus in der Alsergasse untergebracht. Gleichzeitig wurde ein Kontroll- und Aufsichtssystem geschaffen, das der Regierung unterstand. Die „Unwürdigen“ wurden in ihre Heimatgemeinden abgeschoben.²⁴

„Doch auch diese und ihr folgende Maßnahmen bleiben ebenso wie die vorigen erfolglos. Das Konzept ‚Hilfe für die Würdigen, Strafe für die Unwürdigen‘ konnte die vorhandenen gesellschaftlichen Probleme nicht lösen, da die Ursachen für die Armut im feudalen Gesellschaftssystem lagen, an dessen Fundament weder Kaiser Leopold noch die niederösterreichische Landesregierung rüttelten.“²⁵

Im 18. Jahrhundert änderte sich nicht viel am Konzept der Unterstützung der „Würdigen“ und des Abschiebens der „Unwürdigen“. Die Unterstützung der Armen war weiterhin stark an das Heimatprinzip gekoppelt. Die Stadt Wien unterstützte nur mehr die Armen, die auf Grund der Geburt oder eines längeren Aufenthalts in der Stadt Anspruch hatten. Das bestehende Bettelverbot setzte das Betteln der „Unwürdigen“ einer Straftat gleich.²⁶ Unangekündigte, regelmäßig stattfindende Visitationen von bestimmten Gebieten sollten die dortigen BettlerInnen ausfindig machen, damit diese dann in ihre Heimatgemeinden abgeschoben werden konnten. Die so aufgegriffenen Personen wurden entweder einzeln von Landgericht zu Landgericht weitergereicht oder mit zentral organisierten „Hauptschüben“ auf fixen Schubrouten in ihre Heimatgemeinden überstellt. Die Visitationen und das Abschieben sollten die Ablehnung der BettlerInnen durch die Bevölkerung und das „Feindbild Bettler“ noch verstärken.²⁷

Ein Augenzeuge beschrieb die Abschiebungen so: „Man griff sonst in Wien von Zeit zu Zeit Bettler und liederliches Gesindel in den Häusern und auf den Straßen auf, und sperre sie alle untereinander in ein elendes Gefängniß, das man den Koder oder

²⁴ Vgl. Rachholz, Elisabeth (1970): Zur Armenfürsorge der Stadt Wien von 1740 bis 1904. Von der privaten zur städtischen Fürsorge. Dissertation, Universität Wien. S. 7.

²⁵ Koller, Franz (2009). S. 14f.

²⁶ Vgl. Pichlkastner, Sarah (o. J.).

²⁷ Vgl. Pichlkastner, Sarah (o. J.).

*Bettelkoder nannte. Nachher nahm man eine Partie zusammen, führte die öffentlich, unter großem Zulaufe von Menschen, aus der Stadt hinaus, und brachte sie weiter. Dieß nannte man den Schub. Man schien sich einzubilden, auf diese Art die Stadt so von liederlichen Leuten gereinigt zu haben, daß nur bloß ehrbare und ordentliche Leute darin blieben.*²⁸

Eine Differenzierung der Armenpolitik fand unter Maria Theresia (regierte 1740 bis 1780) statt. So wurden etwa 1742 ein Waisenhaus und 1772 eine Taubstummenanstalt gegründet. Ihr Sohn Joseph II. führte diese Entwicklung fort und gründete 1784 das Allgemeine Krankenhaus der Stadt Wien. Ebenso schuf er mit seinen Reformen die Grundlagen für die Armenpolitik des 19. Jahrhunderts.²⁹ Er zentralisierte die Mittel der Armenfürsorge; die Versorgung der Armen blieb aber Aufgabe der Gemeinden, der sogenannten „Pfarrarmeninstitute“. Diese wurden unterstützt von den „Armenvätern“, Personen aus dem Bürgertum, die den Pfarrern beim Einsammeln und Ausgeben der Almosen behilflich waren. Die „würdigen“ Armen trugen sich in Listen in den Pfarrsprengeln ein und wurden dann versorgt.³⁰

2.1.3 Armut und Betteln zur Zeit der Industrialisierung

Die beginnende Industrialisierung führte zu Desintegrationserscheinungen, der gleichzeitige Anstieg der Bevölkerung ließ die Armut schnell anwachsen und vergrößerte das Armutsproblem noch mehr. Es entstanden immer mehr private Hilfsorganisationen, die die Existenzbedingungen der Unterschichten verbessern sollten. Der Staat hingegen zog sich immer mehr aus der Armenfürsorge zurück.³¹

Die Armenversorgung war jedoch immer noch stark mit dem Heimatprinzip verbunden. Das Heimatrecht zu erhalten wurde jedoch zunehmend schwieriger. So sah das Heimatgesetz 1863 vor, dass der Erhalt der „Heimatberechtigung in Geburt, Verehelichung einer Frau und der Erlangung eines öffentlichen Amtes begründet“³² war. Die hohe Mobilität der Armen, verursacht durch die hohe Armut, ließ somit die Zahl der Heimatberechtigten sinken und mit ihnen die Zahl der Personen die Anspruch auf Unterstützung hatten.³³ Das Heimatgesetz übertrug die Armenfürsorge wieder von der Regierung auf die Magistrate. Die Pfarrarmeninstitute wurden durch Bezirksarmeninstitute ersetzt. Jedes Bezirksarmeninstitut bestand aus Armenräten, deren Anzahl sich an der

²⁸ Scheutz, Martin (2003): Ausgesperrt und gejagt, geduldet und versteckt. Bettlervisitationen im Niederösterreich des 18. Jahrhunderts. Amt der niederösterreichischen Landesregierung. Zitiert nach: Pichlkastner, Sarah (o. J.).

²⁹ Vgl. Pichlkastner, Sarah (o. J.).

³⁰ Vgl. Koller, Franz (2009). S. 15f.

³¹ Vgl. Koller, Franz (2009). S. 15f.

³² Just, Thomas; Pils, Susanne (1997). S. 13.

³³ Vgl. Just, Thomas; Pils, Susanne (1997). S. 13f.

Anzahl der Armen ausrichtete. So zählte man 1901 in Ottakring 200 Armenräte, in der Inneren Stadt nur 35.³⁴

Das 1885 erlassene Landstreichergesetz und das Zwangsarbeitsgesetz regelten den Umgang mit den BettlerInnen. Das Betteln wurde weiterhin verboten, unterstützt wurde nur, wer „arbeitsunfähig“ war. Arbeitslose galten dabei als „arbeitsscheu“ und konnten wie BettlerInnen oder „Vagabunden“ mit Arrest oder der Einlieferung in eine Zwangsarbeitsanstalt bestraft werden.³⁵

2.1.4 Betteln im 20. Jahrhundert

Der Erste Weltkrieg (1914 bis 1918) ließ das Ausmaß an Armut in der Bevölkerung noch einmal anwachsen. Not und Elend bestimmten die Nachkriegszeit; der bisherige Umgang mit bettelnden Menschen wurde vorerst beibehalten. Jedoch entwickelte sich in Wien ab 1920 ein systematisches Wohlfahrtswesen. Mit der sozialdemokratischen Verwaltung wurde die Armenunterstützung offiziell zur Pflicht für die Gesellschaft. Wesentlichen Anteil an der Reform der Armenfürsorge hatte der Sozialdemokrat Julius Tandler (1869 bis 1936). Das von ihm mit eingeführte „Wiener System“ kehrte die traditionelle Wohltaatigkeit um und ging von einer „gesellschaftlichen Verpflichtung zur und dem individuellen Recht auf Sozialfürsorge aus“³⁶.

Das Wesentliche am neuen System war, dass ein besonderes Hauptaugenmerk auf der Säuglings-, Kinder- und Jugendpflege lag. Die Fürsorge sollte präventiv wirken und so die Armut gar nicht entstehen lassen. Der Mensch sollte von Geburt an betreut werden. Koordiniert wurde all dies durch das 1921 geschaffene zentrale Wohlfahrtsamt.³⁷ Mitleid und Mildtätigkeit wurden als ungeeignete Mittel zur Bekämpfung der Armut angesehen. Trotzdem sollte die Fürsorge nicht jedem zu Gute kommen. Die Anspruchsberechtigung wurde geprüft, „arbeitsscheue“ und „unwürdige“ Menschen sollten weiterhin nicht unterstützt werden. Die BettlerInnen wurden befragt, um die Umstände ihrer Lebenssituation zu erheben. Bedürftigkeit, Lebenswandel, Heimatzuständigkeit und Invalidität wurden überprüft. In weiterer Folge wurden die „Würdigen“ versorgt, die „Unwürdigen“ abgeschoben oder angezeigt.³⁸

Die hohe Arbeitslosigkeit während der Zeit des Ständestaates (1934 bis 1938), mit ausgelöst durch die Wirtschaftskrise 1929, brachte eine weitere Verschärfung im Umgang

³⁴ Vgl. Just, Thomas; Pils, Susanne (1997). S. 14.

³⁵ Vgl. Pichlkastner, Sarah (o. J.).

³⁶ Cséndes, Peter; Opll, Ferdinand (2006): Wien: Geschichte einer Stadt, Band 3. Böhlau Verlag. S. 374.

³⁷ Vgl. Cséndes, Peter; Opll, Ferdinand (2006). S. 374f.

³⁸ Vgl. Koller, Franz (2009). S. 17f.

mit der Armut. Einerseits wurde versucht durch Arbeitsbeschaffungsprogramme die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, andererseits ging die Polizei vermehrt gegen BettlerInnen und Landstreicher vor, griff diese auf und brachte sie in Arbeitslager. Eine solche Bettlerbeschäftigungsanstalt wurde 1935 in Wien gegründet. Um jedoch die ohnehin schon gespannte Situation am Arbeitsmarkt nicht weiter zu verschlimmern, wurde in der Bettlerbeschäftigungsanstalt ausschließlich schlecht bezahlte Arbeit verrichtet. Gleichzeitig wurden auch wieder vermehrt privat Almosen gespendet.³⁹

Mit dem „Anschluss“ an Deutschland 1938 und der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde in Österreich auch das reichsdeutsche Fürsorgerecht übernommen. Die wichtigste Änderung war die Einführung des Aufenthaltsprinzips anstelle des Anspruchs auf Unterstützung durch das Heimatrecht. So wurden bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Juden, Zigeuner oder Homosexuelle von der Fürsorge ausgeschlossen. Aber auch gegen die BettlerInnen gingen die Nationalsozialisten vor und sperrten sie in Arbeitshäuser, um sie zur Arbeit „zu erziehen“.⁴⁰

Die sich nach dem Zweiten Weltkrieg langsam entwickelnde Wohlstandsgesellschaft konnte die Armut und damit das Betteln aber bis heute nicht beenden. Das Landstreichergesetz von 1885 wurde 1974 mit der Strafrechtsreform abgeschafft und das Betteln wieder erlaubt. Jedoch wurde den einzelnen Bundesländern die Möglichkeit gegeben, regionale Bettelverbote auszusprechen, was von den Bundesländern Salzburg und Tirol auch in Anspruch genommen wurde.

³⁹ Vgl. Koller, Franz (2009). S. 17f.

⁴⁰ Vgl. Pichlkastner, Sarah (o. J.).

2.2 Gesetzliche Rahmenbedingungen⁴¹

Es gibt in Österreich keine einheitliche Gesetzeslage in Bezug darauf, ob das Betteln erlaubt ist oder nicht. Zwei Bundesländer haben allgemeine Bettelverbote erlassen, spezifische Verbote gegen bestimmte Formen wie aggressives Betteln findet man in mehreren Städten und Bundesländern. Ebenso werden in einigen Bundesländern andere Formen wie das Betteln mit Kindern, oder wie seit kurzem in Wien, das gewerbliche Betteln verboten.

Generell kann festgestellt werden, dass immer mehr Gemeinden Vorschriften einführen, um die scheinbar wachsende Anzahl von bettelnden Menschen zu reglementieren.

2.2.1 Allgemeine Bettelverbote

In den Bundesländern Tirol und Salzburg bestehen allgemeine Bettelverbote. Diese wurden sehr rasch nach der Abschaffung des Landstreichergergesetzes 1974 erlassen und so die Bettelei wieder unter Strafe gestellt. So lautet das Salzburger Landespolizei-Strafgesetz (ursprünglich von 1975), Abschnitt 3, §29 wie folgt:

„(1) Wer an einem öffentlichen Ort oder von Haus zu Haus von fremden Personen unter Berufung auf wirkliche oder angebliche Bedürftigkeit zu eigennützigen Zwecken Geld oder geldwerte Sachen für sich oder andere erbittet, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit einer Geldstrafe bis zu 500 € und für den Fall der Uneinbringlichkeit mit Ersatzfreiheitsstrafe bis zu einer Woche zu bestrafen.

(2) Bei Vorliegen von Erschwerungsgründen kann auch der Verfall des Erbettelten oder hieraus Erlösten ausgesprochen werden.“⁴²

Sehr ähnlich ist der Gesetzestext im Bundesland Tirol. Hier findet man im Landes-Polizeigesetz, Abschnitt 3, §10 denselben Wortlaut, nur wird das Betteln in Tirol mit einer Geldstrafe von 360 Euro bzw. einem Arrest von bis zu zwei Wochen bestraft.⁴³

Die Kärntner Landeshauptstadt Klagenfurt regelt in der Anstandsverordnung die „Wahrung des öffentlichen Anstandes“ mit §1: „Wer in öffentlichen Park- und

⁴¹ Stand: Oktober 2010

⁴² Salzburger Landessicherheitsgesetz – S.LSG. LGBI Nr 57/2009. Fassung vom 13.9.2010. Url: <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrSbg&Gesetzesnummer=20000632> (13.9.2010).

⁴³ Vgl. Gesetz vom 6. Juli 1976 zur Regelung bestimmter polizeilicher Angelegenheiten (Landes-Polizeigesetz) LGBI. Nr. 60/1976. Fassung vom 13.9.2010.

Url: <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrT&Gesetzesnummer=20000176> (13.9.2010).

Grünanlagen, in Fußgängerzonen, auf Bahnhöfen, in Veranstaltungsstätten und auf dergleichen Orten, die regelmäßig von vielen Personen benutzt werden, andere Personen anbettelt oder sonst durch ein ungehöriges Verhalten in unzumutbarer Weise belästigt [...] begeht eine Verwaltungsübertretung der Verletzung des öffentlichen Abstandes nach § 1 des Gesetzes über die Anstandsverletzung und Lärmerregung, LGBl. Nr. 74/1977.⁴⁴ Das Strafmaß sieht eine Geldstrafe bis zu 218 Euro vor bzw. bei Uneinbringlichkeit Arrest bis zu zwei Wochen.

2.2.2 Spezifische Bettelverbote

In vielen österreichischen Bundesländern und Städten gibt es Verbote gegen bestimmte Arten des Bettelns. In den meisten Fällen richtet sich das Verbot gegen das aggressive Betteln, wobei ein großes Problem in der Definition von „aggressivem“ Verhalten liegt. Diese ist leider weder einheitlich noch eindeutig und so bleibt es den BeamtenInnen der Exekutive überlassen, dies einzuschätzen.

Das Landessicherheitsgesetz der Steiermark verbietet das Betteln auf aufdringliche Weise. „Wer in aufdringlicher Weise, wie durch Anfassen, unaufgefordertes Begleiten und Beschimpfen, um Geld oder geldwerte Sachen bittelt, begeht eine Verwaltungsübertretung.“⁴⁵ Hier wurde, im Gegensatz zu anderen Gesetzestexten, der Terminus „aufdringlich“ definiert, der Strafrahmen nach §4 mit bis zu 2.000 Euro angegeben.

Das Verbot von „aggressivem“ und „organisiertem“ Betteln findet man in verschiedenen ortspolizeilichen Verordnungen. So hat beispielsweise die Stadtgemeinde Tulln im Jahre 2006 eine Verordnung erlassen, die vorschreibt, dass jeder mit einer Geldstrafe bis zu 218 Euro zu bestrafen sei, der „an öffentlichen Orten im Stadtgebiet der Stadtgemeinde Tulln in aggressiver Weise oder augenscheinlich als Beteiligter einer organisierten Gruppe – sei es mit oder ohne akustischer Begleitung – um Geld oder geldwerte Sachen bittelt, oder wer einen unmündigen Minderjährigen zum Betteln veranlasst oder zum Betteln mitführt.“⁴⁶

⁴⁴ Anstandsverordnung der Landeshauptstadt Klagenfurt, Fassung vom 18.12.2001. Url: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Gemeinderecht/GEMRE_KA_20101_MD_26_325_1982/GEMRE_KA_20101_MD_26_325_1982.pdf (19.9.2010).

⁴⁵ Gesetz vom 18. Jänner 2005, mit dem ein Steiermärkisches Landes Sicherheitsgesetz erlassen wird (StLsg). Url:

http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/LrStmk/LRST_4000_002/LRST_4000_002.pdf (15.9.2010).

⁴⁶ Ortspolizeiliche Verordnung der Stadtgemeinde Tulln zur Abwehr, Beseitigung bzw. zur Verhinderung von das öffentliche Gemeinschaftsleben störenden Missständen vom 6.12.2006. Url: http://www.tulln.at/gemeinden/user/32135/dokumente/km_vo_bettelverordnung2006.pdf (15.9.2010).

Die Stadt Baden bei Wien hat ebenfalls eine ortspolizeiliche Verordnung erlassen, die „aggressives“ und „aufdringliches Betteln“ sowie das Betteln mit Minderjährigen bestraft. Auch hier reicht das Strafmaß, analog zur Stadtgemeinde Tulln, bis zu 218 Euro. Zusätzlich werden die erbettelten Spenden nach § 2 eingezogen: „*Geld und geldwerte Sachen, die durch eine Verwaltungsübertretung nach § 1 erworben worden sind, können gemäß §§ 17,18 Verwaltungsstrafgesetz 1991 in der Fassung BGBl. I Nr. 117/2002 für verfallen erklärt werden.*“⁴⁷

In Wien war bis Juni 2010 nur das „aggressive“ Betteln verboten. Mit einer im Landtag beschlossenen Gesetzesnovelle ist seitdem auch das „gewerbsmäßige“ Betteln verboten. § 2 des Wiener Landes-Sicherheitsgesetzes lautet nun: „(1) Wer an einem öffentlichen Ort a) in aufdringlicher oder aggressiver oder gewerbsmäßiger Weise oder als Beteiligter an einer organisierten Gruppe um Geld oder geldwerte Sachen bittelt, oder b) eine unmündige minderjährige Person zum Betteln, in welcher Form auch immer, veranlasst oder diese bei der Bettelei mitführt, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit Geldstrafe bis zu 700 Euro, im Fall der Uneinbringlichkeit mit einer Ersatzfreiheitsstrafe bis zu einer Woche zu bestrafen.“⁴⁸

Das Verbot von „gewerbsmäßigem“ Betteln bewirkt nach der Definition von „gewerbsmäßigem“ Handeln (lt. Strafgesetzbuch §70: „Gewerbsmäßig begeht eine strafbare Handlung, wer sie in der Absicht vornimmt, sich durch ihre wiederkehrende Begehung eine fortlaufende Einnahme zu verschaffen“⁴⁹) ein de facto „Allgemeines Bettelverbot“ in Wien, obwohl seitens der Politik darauf verwiesen wird, dass das Betteln in Wien nicht generell verboten sei.⁵⁰

Mit der Einführung des „gewerblichen Bettelverbotes“ in Wien begann nun die davon Betroffene Martina S. (unterstützt von der Partei „die Grünen“ und diversen NGOs wie der „Bettellobby Wien“) eine Verfassungsklage einzubringen, um diese Gesetzesnovelle wieder aufzuheben. Die mögliche Verfassungswidrigkeit wird von den KlägerInnen begründet durch einen Verstoß „gegen die Freiheit der Erwerbstätigkeit Artikel 6 Staatsgrundgesetz. Nach diesem Grundrecht hat jede/r BürgerIn das Recht, frei und

⁴⁷ Ortpolizeiliche Verordnung der Stadtgemeinde Baden bei Wien zum Betteln und Musizieren an öffentlichen Orten vom 16.9.2006.

Url: <http://www.baden.at/de/unsere-stadt/rathaus/verordnungen/verordnung-betteln-und-musizieren-an-oeffentlichen-orten.html> (17.9.2010).

⁴⁸ Wiener Landes-Sicherheitsgesetz – WLSG, LRWI_I110_000, Fassung vom 14.9.2010.

Url: http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=LrW&Dokumentnummer=LRWI_I110_000 (14.9.2010).

⁴⁹ Gesamte Rechtsvorschrift für Strafgesetzbuch, Fassung vom 14.9.2010. Url: <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10002296> (14.9.2010).

⁵⁰ Siehe beispielsweise „die Presse“ vom 3.3.2010: Vor der Wahl: Bettelverbot wird drastisch verschärft. Url: <http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/544035/index.do> (14.9.2010)

*unbeschränkt Tätigkeiten nachzugehen, die auf den Erwerb von Vermögensvorteilen gerichtet sind.*⁵¹

Ebenso soll durch das Bettelverbot gegen den Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verstößen werden, der „*den Anspruch auf Achtung seines Privat- und Familienlebens*“⁵³ beinhaltet. Ein Eingriff ins Privatleben liege nämlich vor, wenn der Staat die Möglichkeit, im privaten Sektor Unterhalt zu verdienen, weitreichenden Beschränkungen unterwerfe; zudem soll geprüft werden, ob das Bettelverbot den Gleichheitssatz verletze, „*aus dem der Verfassungsgerichtshof (VfGH) ein allgemeines, den Gesetzgeber bindendes Sachlichkeitsgebot ableitet. Da für ein generelles Bettelverbot keine Rechtfertigung besteht, ist es auch als gleichheitswidrig anzusehen.*“⁵⁴

Einen ähnlichen Rechtsstreit gab es 1998 im deutschen Bundesland Baden-Württemberg. In diesem Fall entschied der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, das „*Betteln stellt – jedenfalls in seiner ‚stillen‘ Erscheinungsform – abstrakt generell keine Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung dar. Mit ihm ist auch keine abstrakte Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung verbunden.*“⁵⁵ Ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes soll 2011 folgen.

⁵¹ Ellensohn, David (2010): Verfassungsklage gegen das Wiener Bettelverbot. Homepage „die Grünen Wien“. Url: <http://wien.gruene.at/2010/08/30/verfassungsklage-bettelverbot> (19.9.2010)

⁵² Vgl. dazu auch das Interview mit Martina S. am X im Kurier auf S. 97.

⁵³ Gesamte Rechtsvorschrift für Europäische Menschenrechtskonvention, Fassung vom 19.9.2010. Url: <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000308> (19.9.2010).

⁵⁴ Ellensohn, David (2010).

⁵⁵ Homepage des VD-BW, Rechts- und Vorschriftendienst. Url: http://www.vdbw.de/webvdbw/cd.nsf/navigation?Openform&DatabaseSynonym=vensa&navigation=.searchvensa&URL=showresultinframe.jsp|dbkey=venusvg.nsf&hrefID=DHAK-4U4TQT&index=all&subindex=vdbw_vensa&viewer=vdbwShowHighlight (19.9.2010).

2.3 Wie wird gebettelt?

Nach Voß⁵⁶ gibt es drei verschiedene Formen, wie gebettelt werden kann. Das *verdeckt aktive Betteln* (*Betteln en passant*), das *offen aktive Betteln* und das *passive Betteln*. Jede dieser Grundformen bedingt nach Voß auch eine bestimmte Form des Spendens.

2.3.1 Verdeckt aktives Betteln (*Betteln en passant*)⁵⁷

Diese Form des Bettelns wird hauptsächlich von Jugendlichen im innerstädtischen Bereich durchgeführt und verläuft so, dass die jugendlichen BettlerInnen die potentiellen SpenderInnen auf eine sehr vertraute Weise ansprechen und kein soziales Gefälle zwischen sich und den SpenderInnen entstehen lassen. Eine mögliche Variante wäre „Kannst du mir mal nen Euro leihen?“. Dabei treten die meist jugendlichen BettlerInnen aus ihrer Gruppe der Gleichaltrigen heraus, gehen auf die potentiellen SpenderInnen zu und stellen ganz beiläufig ihre Frage. Ist die Bitte erfolgreich, und der/die potentielle SpenderIn bleibt stehen, erfolgt die Übergabe von meistlosem Kleingeld sehr schnell und endet mit dem Dank des Bettlers / der Bettlerin. Bei einer Zurückweisung geht der Bettler bzw. die Bettlerin zurück in seine/ihre Gruppe oder direkt weiter zur/zum nächsten potentiellen SpenderIn.

Erwachsene praktizieren diese Form des Bettelns eher selten. Falls doch, dann meist in der Form, dass die BettlerInnen mit langen, traurig klingenden Geschichten an die PassantInnen herantreten und am Ende die Bitte um finanzielle Unterstützung steht.

2.3.2 Offen aktives Betteln⁵⁸

Im Gegensatz zum *Betteln en passant* verbirgt der Bettler bzw. die Bettlerin beim *offen aktiven Betteln* seine/ihre Absichten nicht. Dabei bewegt sich der Bettler / die Bettlerin auf die/den potentielle/n SpenderIn zu, spricht sie/ihn direkt an bzw. berührt sie/ihn oder hält sie/ihn fest. Diese Bewegung kann auch sitzend erfolgen; so wird mit der/dem potentiellen SpenderIn der Blickkontakt gesucht, Arme werden weit entgegengestreckt oder klagende Laute zugerufen. BettlerInnen und SpenderInnen kommen sich körperlich so viel näher als beim *Betteln en passant*, was laut Voß ein Grund sein kann, warum die meisten Menschen auf diese Form des Bettelns abweisend reagieren.

⁵⁶ Voß, Andreas (1993): Betteln und Spenden. Eine soziologische Studie über Rituale freiwilliger Armenunterstützung, ihre historischen und aktuellen Formen sowie ihre sozialen Leistungen. Walter de Gruyter Verlag. S. 51ff.

⁵⁷ Vgl. Voß, Andreas (1993). S. 51f.

⁵⁸ Vgl. Voß, Andreas (1993). S. 53f.

Aus juristischer Sicht ist die Grenze zwischen *offen aktivem Betteln* und „aufdringlichem“ Betteln nicht eindeutig gezogen. Die im Einzelfall entscheidende Exekutive tut dies aber meist sehr streng, womit das Betteln so fallweise zu einer strafbaren Handlung wird.

2.3.3 Das passive Betteln⁵⁹

Das passive Betteln ist laut Voß die derzeit meist verbreitete Form des Bettelns in Deutschland. Man kann vermuten, dass dies auch auf Österreich zutrifft.

Beim passiven Betteln bewegt sich der Bettler / die Bettlerin nicht auf die potentiellen SpenderInnen zu, sie werden auch nicht angesprochen, nicht berührt und kaum angesehen. Passives Betteln ist immer offen und der/die Bettelnde inszeniert sich so, dass er/sie von den PassantInnen wahrgenommen wird. Der/die passiv Bettelnde sitzt in einer demütigen Haltung meist bewegungslos am Boden, neben sich einen Spendenbehälter und oft ein Schild mit einem Text, der die Notlage bzw. Bedürftigkeit erklärt. Der Bettler / die Bettlerin erzeugt so ein Gefälle zwischen sich und der/dem potentiellen SpenderIn und unterstreicht so die Bedürftigkeit noch mehr.

2.3.4 Das „organisierte“ Betteln

Das organisierte Betteln ist zwar keine eigene Form des Bettelns, jedoch wird diese Thematik sehr häufig in den Medien thematisiert und ist im Bewusstsein der Menschen stark vertreten. Manche der im empirischen Teil befragten Personen gaben an zu glauben, dass alle Bettler „organisiert“ seien, kriminellen Organisationen angehören bzw. von diesen ausgenutzt würden und demzufolge das erbettelte Geld an diese abgeben müssten.

Natürlich kann auch der Autor keine eindeutige Antwort auf die Frage der Existenz von „organisierten Bettelbanden“ geben, jedoch werden zu dieser Fragestellung hier nun einige Aspekte aufgezeigt, die in den Medien selten dargelegt werden. So gab es am 24. Februar 2011 eine parlamentarische Anfrage des „Abgeordneten Albert Steinhäuser (...) an die Bundesministerin für Inneres betreffend gerichtlich strafbarer Handlungen sogenannter Bettelbanden.“⁶⁰ Hintergrund für die Anfrage war ein Interview mit dem Leiter der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität Oberst Gerald Tatzgern in der Zeitschrift NEWS vom 9.2.2011 gewesen. Tatzgern sagte in dem Interview: „[BettlerInnen]

⁵⁹ Vgl. Voß, Andreas (1993). S. 56f.

⁶⁰ Steinhäuser, Albert (2011): Anfrage 7753/J vom 24.2.2011.

Url: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J_07753/imfname_207194.pdf (4.6.2011).

etwas zu geben ist nicht gut, denn das kommt fast nie zu hundert Prozent dieser Person zugute. (...) In über 50 Prozent der Fälle steht jemand dahinter.“⁶¹

14 Monate zuvor hatte der Leiter der Sicherheits- und Verkehrspolizeilichen Abteilung der Bundespolizeidirektion Wien Peter Goldgruber in einem Radiointerview auf Ö1 vom 17.12.2009 auf die Frage, ob es „mafiose Banden, bei denen die BettlerInnen ihr Geld abliefern müssten“ gäbe, folgendermaßen geantwortet: „Das lässt sich durch konkrete Erhebungsergebnisse so nicht beweisen und als Polizist kann ich Ihnen jetzt keine Vermutungen erzählen, sondern nur das was sich beweisen lässt.“⁶² Auf die Frage, ob es viele solcher „Banden“ gäbe, antwortete Goldgruber: „Das kommst sehr selten vor, die meisten derartigen Behauptungen haben sich in Luft aufgelöst. In sehr vielen Fällen muss man sagen, kommen durchaus Familiengruppen zum Betteln, die hier zwar organisiert betteln (...), wo aber kein gerichtlich strafbarer Hintergrund jetzt da ist, dass da irgendjemand gezwungen wird gegen seinen Willen zu betteln.“

Die Anfrage der ParlamentarierInnen richtete sich auf die Ermittlungen und deren Ergebnisse im Zeitraum zwischen den beiden Interviews. In dem Antwortschreiben des Bundesministeriums für Inneres wurde angegeben, dass „bis zu 30 Exekutivbeamte des Landespolizeikommandos Wien und des Bundeskriminalamtes in die Ermittlungen eingebunden waren“⁶³, die in einem Zeitraum von 14 Monaten in zwei Fällen den „Verdacht des Strafbestandes §104a StGB Menschenhandel“⁶⁴ nahelegen würden. Auf die Frage, auf welche Informationen Oberst Tatzgern seine Aussagen im NEWS-Interview, vor allem die 50 Prozent-Quote stütze, wurde geantwortet, es handle sich „um eine subjektive Einschätzung des Beamten, die sich auf seine langjährige Erfahrung in diesem Ermittlungsbereich stützt.“⁶⁵

Die Erzdiözese Wien hat 2008 versucht, durch Interviews mit Betroffenen, deren Nahestehenden und ExpertInnen die gängigsten Bettlermythen zu beleuchten. Ein Punkt betraf die Zugehörigkeit bettelnder Frauen zu einer organisierten Mafia. So hieß es: „Der bei weitem überwiegende Teil der bettelnden Frauen kommt aus einer ganz bestimmten Region in Rumänien. Die betroffenen Frauen (und Familien) sind untereinander entweder nahe verwandt, verschwägert oder jedenfalls durch langjährige Bekanntschaften verbunden.“⁶⁶ Auf Grund dieser engen Bindungen erscheine es nur

⁶¹ Ebd.

⁶² Ebd.

⁶³ Fekter, Maria (2011): Antwortschreiben auf Anfrage 7753/J.

Url: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_07650/imfname_214984.pdf (4.6.2011).

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Katholische Aktion Erzdiözese Wien (2008): Wiener Bettlerinnen Mythen.

Url: <http://www.ka-wien.at/betteln/betteln1.php> (4.6.2011).

logisch, dass diese BettlerInnen sich gegenseitig unterstützen würden. „Keineswegs richtig ist jedoch, dass die in Wien bettelnden Frauen systematisch durch Nötigung oder mit Gewalt zum Betteln angehalten werden und dass die erbettelten Gelder von Hintermännern abkassiert werden“⁶⁷ (was eben den Kern des oft gebrachten Mafia-Vorwurfs darstellt). Die erbettelten Gelder würden allein den betroffenen Familien zu Gute kommen. Ebenfalls wird darin das Vorgehen der Polizei kritisiert, die „das bloße füreinander Einstehen der Familienmitglieder, ja sogar den bloßen Blickkontakt von Schwestern untereinander oder von Müttern mit ihren Kindern als ‚organisiertes‘ und daher verbotenes Betteln interpretiert.“⁶⁸

Diese Beispiele zeigen die hohe Komplexität des Themas „organisiertes“ Betteln, die sich jedoch in den wenigsten Fällen in der Medienberichterstattung widerspiegeln. Vermutungen werden zu oft als Fakten wiedergegeben, die Auswirkungen einer solch tendenziösen Berichterstattung zeigen sich später in den Interviews in Zusammenhang mit genau dieser Frage.

2.4 Der politische Diskurs zum Bettelverbot

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) war bisher immer ein starker Befürworter der Bettelverbote. So greift der FPÖ auch die derzeitige neue Regelung in Wien, die „aggressives“, „organisiertes“ und „gewerbsmäßiges“ Betteln sowie das Betteln mit Kindern verbietet, nicht weit genug. Der Sicherheitssprecher der FPÖ Wien Johann Gudenus forderte 2010 erneut eine Verschärfung des derzeitigen Bettelverbots in Wien hin zu einem generellen Bettelverbot, „um diesem Bettelunwesen ein für alle Mal einen Riegel vorzuschieben“.⁶⁹ Begründet wird diese Forderung mit der „Schützenswürdigkeit“ der Menschen, die laut FPÖ nicht auf Grund einer persönlichen Notsituation betteln würden, sondern „nur Instrument in einer mafiösen Organisation“⁷⁰ seien. In ihrem Wahlprogramm zur Steirischen Landtagswahl 2010 forderte die FPÖ ebenfalls ein absolutes Bettelverbot für die Steiermark: „Wir Freiheitlichen fordern daher ein generelles Bettelverbot in unserem Heimatland, das selbstverständlich auch für

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ O.A. (7.9.2010): FP-Gudenus: Verschärfung des Bettelverbotes dringend notwendig! Homepage der FPÖ-Wien. Url: <http://www.fpoe-wien.at/index.php?id=1199&newsID=6243&cHash=53fb57fe60de97ce0199e1cf5a00f27e> (22.9.2010).

⁷⁰ O.A. (27.8.2010): Neubauer: Grüne wollen „Bettler-Unwesen“ legalisieren. Homepage der FPÖ. Url: <http://www.fpoe.at/news/detail/news/neubauer-gruene-wollen-bettl/?cHash=01879e01c2d6107fd4b10f18be859a4a> (22.9.2010).

ausländische Bettler gilt.“⁷¹ Denn „für viele Bürger sowie Wirtschaftstreibende ist die organisierte Bettelei provokant und anstößig, sowie image- und geschäftsschädigend.“⁷² Außerdem sei bei Vorliegen einer sozialen Notlage ein ausreichend soziales Netzwerk vorhanden. „Die sozialen Probleme von importierten, organisierten Bettelbanden sind nicht von der Republik Österreich oder den steirischen Stadtgemeinden wie etwa Graz zu lösen, sondern von den Herkunftsländern der Betteltouristen.“⁷³ ⁷⁴

Sehr ähnlich ist die Position des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). Auch diese Partei forderte in ihrem Wahlprogramm für die steirische Landtagswahl 2010 ein generelles Bettelverbot und begründete das damit, dass „organisierte Bettlerkriminalität einer der Hauptgründe für einen bestehenden Menschen- und Kinderhandel in Österreich ist. Das steirische BZÖ duldet keinen Menschenhandel! Wir treten für ein allgemeines Bettelverbot in der Steiermark ein, um diese moderne Form der Sklaverei endgültig zu unterbinden.“⁷⁵

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) befürwortet jegliche Art von Bettelverbots. Wurde dies im Wahlprogramm für die steirische Landtagswahl 2010 noch etwas allgemeiner formuliert („Wir wollen die Ausbreitung von organisierten Bettlerbanden durch Bettelverbote verhindern.“⁷⁶), umso nachdrücklicher forderten die ÖVP Wien und besonders deren Sicherheitssprecher Wolfgang Ulm: „(...) seit Jahren ein generelles Bettelverbot in Wien.“⁷⁷ Als erster Erfolg wurde dabei die Novellierung des Landessicherheitsgesetzes verbucht, welches ein Verbot von gewerbsmäßigem Betteln beinhaltet.

Die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) tendierte in der jüngeren Vergangenheit auch zu einer Verschärfung des Bettelverbotes. Nachdem in Wien jahrelang Anträge der anderen Parteien zu einem generellen Bettelverbot abgelehnt worden waren, brachte die Wiener SPÖ im Februar 2010 selbst den Initiativantrag⁷⁸ zur Novellierung des Wiener Landessicherheitsgesetzes mit dem Verbot des gewerbsmäßigen Bettelns ein. Gleichzeitig wurde jedoch darauf hingewiesen, dass es in Wien kein generelles

⁷¹ FPÖ Steiermark (2010): Freiheitliches Wahlprogramm für die Steirischen Landtagswahlen 2010. Url: http://www.stmk-wahl.at/bilder/WP_FPOe_LTW_2010.pdf (27.9.2010). S. 9.

⁷² Ebd. S. 9.

⁷³ Ebd. S. 9.

⁷⁴ Vgl. zu dieser Diskussion auch die Zeitungsanalyse auf S. 85 sowie ähnliche Argumente in den Interviews auf S. 136.

⁷⁵ Bündnisteam des BZÖ- Bündnis Zukunft Steiermark. Mein Wahlprogramm. Gerald Grosz – der traut sich was! Url: http://www.bzoe-steiermark.at/mediaCache/Programm_A4_Anicht_515660.pdf (22.9.2010). S. 21.

⁷⁶ Steirische Volkspartei (2010): Wege für die Steiermark. Grundsätze, Herausforderungen und Ziele für die Zukunft unseres Landes.

Url: http://80.120.195.41/upload/dateien/Programm_Broschuere.pdf (23.9.2010). S. 70.

⁷⁷ ÖVP Wien (2010): Wahlprogramm 2010 für Wien. Url: <http://oepv-wien.at/fileadmin/data/oepv-ip/doc/allgemeines/wahlprogramm2010.pdf> (23.9.2010). S. 15.

⁷⁸ Nachzulesen in

Url: <http://www.wien.gv.at/ma08/infodat/2010/lg-00851-2010-0001-ksp-lat.pdf> (27.9.2010).

Bettelverbot geben solle und dass das „*Betteln für den Eigenbedarf (...) weiterhin erlaubt*“⁷⁹ bleibe. Wie bei den anderen Parteien wird als Begründung dafür auf kriminelle Organisationen und Hintermänner verwiesen: „*Die Gesetzesänderung dient dem Schutz von Personen, die von Organisationen auf niederträchtige Art und Weise ausgenutzt werden.*“⁸⁰

Die Grünen sprechen sich auf allen politischen Ebenen gegen allgemeine Bettelverbote aus. Jeder Mensch solle die Möglichkeit haben, jener Art der Beschäftigung nachzugehen, der sie bzw. er nachgehen wolle. Nach Meinung der Grünen kommt das Verbot von gewerblichem Betteln de facto einem allgemeinen Bettelverbot gleich, „*da Betteln das Verhalten von Menschen ist, die ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise aus Almosen anderer bestreiten*“, und so wäre „*ein nicht-gewerbsmäßiges Betteln rein begrifflich ausgeschlossen.*“⁸¹ Die Grünen kritisieren auch die Argumente der anderen politischen Parteien, die im Wiener Landtag das Bettelverbot beschlossen hatten. Diese würden immer wieder das Bild der „kriminellen Hintermänner“ verwenden, um ihre Forderungen zu unterstützen. „Mafiöse Strukturen“ hätten bisher aber weder von der Polizei noch von diversen NGOs nachgewiesen werden können und dass diese Argumentationen ein Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung verursachen würden, stehe außer Frage. Die Gründe warum Menschen betteln würden bzw. nach Wien kommen würden um zu betteln, sei schlicht deren Armut. Ein Bettelverbot sei somit kein Beitrag zur Beseitigung der Armut, sondern mache diese nur „unsichtbar“.^{82 83}

⁷⁹ Yilmaz, Nurten. SPÖ-Rathausklub. Presseaussendung.

Url: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100326_OTS0221/landessicherheitsgesetz-sp-yilmaz-novelle-dient-dem-schutz-von-menschen (28.9.2010).

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ Ellensohn, David (2010).

⁸² Vgl. ebd.

⁸³ Vgl. zu diesem Argument des „Versteckens“ von Armut auch die Analyse der Interviews auf S. 131.

3 Der österreichische Zeitungsmarkt

In Österreich wurden im Jahr 2010 18 Tageszeitungen herausgegeben. Davon waren 15 Zeitungen sogenannte Kaufzeitungen, die übrigen drei Gratiszeitungen. Die Österreichische Auflagenkontrolle (ÖAK) definiert Kaufzeitungen als „*solche, bei denen die Summe Direktverkauf und Großverkauf größer sein muss als die Summe Sonstige bezahlte Auflage plus SB Wochentag plus SB Mitglieder-/Kundenexemplare plus Zielgruppenversand plus Gratisvertrieb*“⁸⁴. Bei Gratiszeitungen lautet die Definition entsprechend umgekehrt. So sind die in der Inhaltsanalyse der vorliegenden Arbeit untersuchten Tageszeitungen Krone, Kurier und Standard als Kaufzeitungen, Österreich⁸⁵ hingegen als Gratiszeitung definiert. Diese Klassifizierung wird auch von der Media-Analyse (MA) verwendet. Die Media-Analyse wertet dabei jedes Jahr mit Hilfe von persönlichen Interviews die Medienlandschaft in Österreich aus (für die Medien-Analyse 2010 wurden 15.984 Interviews durchgeführt).⁸⁶

Tabelle 1: Media-Analyse 2010 und ÖAK 2010

	Auflage ÖAK Jahresschnitt 2010		Reichweite MA 2010 Österreich gesamt		Reichweite MA 2010 Wien	
	Druckauflage	Verkaufte Auflage	In %	Projektion in tsd.	In %	Projektion in tsd.
Gesamt	-	-	73,7	5.231	77	1.110
Der Standard	104.004	73.071	5,3	374	11,8	169
Die Krone	928.627	818.436	38,9	2.864	35,6	513
Der Kurier	207.614	160.212	8,1	575	16,5	238
Österreich	409.810	-	9,6	680	22	316

In der obigen Tabelle ist die besondere Stellung der Kronen Zeitung ersichtlich. Mit knapp 39 Prozent Reichweite österreichweit ist sie die mit Abstand meistgelesene Zeitung. Die erheblichen Unterschiede von Standard und Kurier zwischen der Österreich-Reichweite und der Wien-Reichweite lassen sich wahrscheinlich auf den, in urbanen Gegenden tendenziell höheren LeserInnenanteil von qualitativ höherwertigen Zeitungen

⁸⁴ Österreichische Auflagenkontrolle (2011): Auflagenliste Jahresschnitt 2010.

Url: http://www.oekat.at/content/intern/Auflagenlisten/OEAK_2010_JS.pdf (11.6.2011). S. 5.

⁸⁵ „Österreich“ wird einerseits als Kaufzeitung angeboten, erscheint aber auch in reduziertem Umfang als Gratiszeitung.

⁸⁶ In der Tabelle sind nur die für die Inhaltsanalyse relevanten Tageszeitungen angeführt. Alle weiteren Tageszeitungen mit ihren Reichweiten und Auflagenzahlen sind auf der Homepage der Media-Analyse zu finden. Url: <http://www.media-analyse.at/studienPublicPresseTageszeitungTotal.do?year=2010&title=Tageszeitungen&subtitle=Total> (11.6.2011).

zurückführen. Die ebenfalls höhere Reichweite von Österreich in Wien ist wahrscheinlich durch die hohe Verfügbarkeit der Gratis-Exemplare bedingt, da Österreich in Bahnhöfen, U-Bahnen, Bäckereien etc. zur freien Entnahme aufliegt. Österreich und der Standard erreichen dabei knapp die Hälfte ihrer GesamtleserInnen im Bundesland Wien; die Kronen Zeitung hingegen hat zwar in Wien weniger LeserInnen als im österreichischen Durchschnitt, ist jedoch auch dort immer noch die am meisten gelesene der vier untersuchten Zeitungen.⁸⁷

3.1 Der Österreichische Presserat

Der Presserat ist eine Selbstregulierungseinrichtung im Pressebereich und dient der Gewährleistung der Pressefreiheit sowie der redaktionellen Qualitätssicherung. Die freiwillige Mitgliedschaft ist an die Akzeptanz des Ehrenkodex' geknüpft, der für die journalistische Arbeit eine ethische Richtschnur darstellt und die JournalistInnen auf die, bei der Ausführung ihrer Tätigkeit, besondere Verantwortung hinweist. Regeln wie die Genauigkeit in der Recherche, die Trennung von Nachricht und Meinung, der Schutz der Persönlichkeit und der Intimsphäre sowie die Unterlassung von Diskriminierung jeglicher Art sind darin festgelegt.⁸⁸ Eine Aufgabe des Presserates ist, eventuelle Verstöße gegen diesen Kodex aufzuzeigen und Missständen entgegenzuwirken.⁸⁹

Von den vier untersuchten Tageszeitungen haben sich der Standard und der Kurier dem Presserat angeschlossen und den Ehrenkodex akzeptiert, während die Kronen Zeitung und Österreich dies nicht getan haben.

⁸⁷ Lediglich das Gratisblatt „Heute“ hat in Wien eine größere Reichweite als die Krone (37,6 Prozent).

⁸⁸ Der gesamte Ehrenkodex ist zu finden unter:

http://presserat.at/rte/upload/pdfs/grundsaeze_fuer_die_publizistische_arbeit.pdf (11.6.2011).

⁸⁹ Vgl. Österreichischer Presserat (o.J.): Aufgaben.

Url: http://presserat.at/show_content.php?hid=1 (11.6.2011).

3.2 Blattlinien, Redaktionsstatuten und Impressen

3.2.1 Der Standard

Herausgeber: Oscar Bronner

Geschäftsführung: Mag. Wolfgang Bergmann

Chefredaktion: Oscar Bronner, Dr. Alexandra Föderl-Schmid

Eigentümerin/Medieninhaberin, Verlagsort, Redaktions- und Verwaltungsadresse:

STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H., Herrengasse 19-21, 1014 Wien

Produktion, Herstellungs- und Erscheinungsort:

Mediaprint Druckzentrum Inzersdorf, Richard Strauss Straße 16, 1230 Wien

Dem Ehrenkodex der österreichischen Presse verpflichtet.

„DER STANDARD tritt ein für die Wahrung und Förderung der parlamentarischen Demokratie und der republikanisch-politischen Kultur. Für rechtsstaatliche Ziele bei Ablehnung von politischem Extremismus und Totalitarismus. Für die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Landes nach den Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft. Für Toleranz gegenüber allen ethnischen und religiösen Gemeinschaften. Für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und aller Bundesländer der Republik Österreich. (...) DER STANDARD lebt die Blattphilosophie in einer ebenso klaren wie anspruchsvollen Weise. Er trennt zwischen Bericht und Kommentar, gewichtet die Ereignisse und lässt seinen Lesern den nötigen Spielraum für die eigene Meinung. So fördert er, was zugleich sein Ziel ist: eine mündige Leserschaft.“⁹⁰

3.2.2 Die Kronen Zeitung

Herausgeber: Dr. Christoph Dichand

Chefredakteur: Dr. Christoph Dichand

Medieninhaber: Krone-Verlag GmbH&Co.KG

Vertrieb: Mediaprint, Richard-Strauss-Straße 16, 1230 Wien

⁹⁰ Der Standard (2011): Blattphilosophie.
Url: <http://derstandarddigital.at/1113512/Blattphilosophie> (12.6.2011).

Richtung der Zeitung: Die Vielfalt der Meinungen ihres Herausgebers und der Redakteure.

Das Redakteursstatut der Kronen Zeitung aus dem Jahre 1974 beschreibt die Zeitung als unabhängig von Regierungen, Parteien und Interessensgruppen und ihren Auftrag als eine „von den Prinzipien wahrheitsgetreuer Berichterstattung getragene Information der Öffentlichkeit. Die ‚Neue Kronen Zeitung‘ tritt stets für eine der Würde des Menschen angemessene und seine freie Entfaltung auf allen Gebieten fördernde Gesellschaftsordnung ein.“⁹¹ Der Herausgeber bestimmt dabei die grundsätzliche Haltung des Blattes. Die Redaktion gestaltet die Zeitung inhaltlich selbst, kein/e RedakteurIn darf gezwungen werden, etwas gegen seine/ihre Überzeugung zu tun oder zu schreiben. Der Chefredakteur darf Veränderungen in Manuskripten im Einvernehmen mit den jeweiligen VerfasserInnen vornehmen und ist für die alleinige Kontaktauf zwischen Herausgeber und Redaktion zuständig.⁹²

3.2.3 Kurier

Medieninhaber/Herausgeber:

Kurier Zeitungsverlag und Druckerei Ges.m.b.H., 1070 Wien, Lindengasse 48-52

Geschäftsführung: Mag. Thomas Kralinger, Dkfm. Mark Mikasch

Chefredakteur: Dr. Helmut Brandstätter

Der Kurier beschreibt sich selbst als größte und beliebteste überregionale Qualitätszeitung in Österreich, „die sich mit dem Ziel einer möglichst weiten Verbreitung an Leser aus allen Schichten der Bevölkerung wendet und diesen umfassende, objektive und rasche Information, kritische und profilierte Kommentierung und gehaltvolle Unterhaltung bietet.“⁹³ Eine genaue Recherche, verständliche und unterhaltsame Aufbereitung der Themen, ein sorgfältiger Umgang mit Sprache und Bild, klare Trennung von Nachricht und Kommentar, ein Nutzen für das tägliche Leben sowie Meinungsvielfalt sind die festgelegten Qualitätskriterien des Kuriers. Die Gestaltung der Redaktion erfolgt inhaltlich selbstständig, innerhalb der vom Herausgeber bestimmten Blattlinie und unter Bedachtnahme des journalistischen Ehrenkodex.⁹⁴

⁹¹ Dichand, Hans (1977): Kronen Zeitung. Die Geschichte eines Erfolges. Wien. S. 285.

⁹² Vgl. ebd. S. 285ff.

⁹³ Kurier (2007): Das Redaktionsstatut. Präambel.

Url: <http://kurier.at/service/unternehmen/diezeitung/112215.php> (12.6.2011).

⁹⁴ Vgl. Kurier (2007).

Folgende acht Punkte beschreiben die Blattlinie des Kuriers:

- „1. Der KURIER ist eine unabhängige österreichische Tageszeitung.
2. Die Redaktion hält sich daher von allen direkten und indirekten Einflüssen politischer Parteien und Interessengruppen frei.
3. Der KURIER setzt sich vorbehaltlos für die Integrität, Eigenstaatlichkeit und den föderalistischen Aufbau der Republik Österreich und deren konstruktiven Beitrag zum europäischen Einigungsprozess ein.
4. Der KURIER bekennt sich zur parlamentarischen Demokratie und zum Rechtsstaat. Durch seine publizistische Tätigkeit fördert er deren Weiterentwicklung. Er bekämpft konstruktiv Missstände im demokratischen Leben.
5. Der KURIER betrachtet sich als Instrument der demokratischen Meinungsbildung im Sinne einer umfassenden Informationsfreiheit.
6. Der KURIER tritt für die größtmögliche Freiheit der Staatsbürger im Rahmen der Gesetze ein. Er bejaht daher eine freie Gesellschaftsordnung und ihre geordnete Weiterentwicklung, die jeden Extremismus ausschließt.
7. Der KURIER unterstützt Idee und System der Sozialen Marktwirtschaft unter Berücksichtigung der Ökologie.
8. Richtschnur seiner publizistischen Tätigkeit ist die Vertiefung der Toleranz in allen Lebensbereichen, die Verteidigung der Gewissensfreiheit und die Achtung vor allen Glaubens- und Religionsgemeinschaften.“⁹⁵

3.2.4 Österreich

Herausgeber: Wolfgang Fellner, Uschi Fellner, Werner Schima

Chefredakteure: Werner Schima, Christian Nusser

Medieninhaber: Mediengruppe „Österreich“ GmbH

Hersteller: Media Druck GmbH, Tulln

Auf Anfrage das Autors in der Redaktion von Österreich bezüglich der Blattlinie wurde auf die Offenlegung vom 27. Jänner 2011 hingewiesen, in der die Richtung des Wirtschaftsteiles MONEY.at als „unabhängig, kritisch, modern und ausschließlich ihren Lesern verpflichtet“⁹⁶ beschrieben wurde.

⁹⁵ Kurier (2010): Wir der Kurier – unser Leitbild.

Url: <http://kurier.at/services/diezeitung/2052061.php> (12.6.2011).

⁹⁶ Offenlegung der Tageszeitung Österreich vom 27. Jänner 2011, S. 24.

3.3 Boulevardzeitungen vs. Qualitätszeitungen

3.3.1 Boulevardzeitungen

Boulevardzeitungen, wie beispielsweise die Kronen Zeitung, zählen zu den auflagenstärksten Zeitungen in den erscheinenden Ländern und sind meist finanziell sehr erfolgreich. So hatte die Kronen Zeitung im Jahr 2010 eine Druckauflage von 928.627 Stück.⁹⁷ Der Auftritt von Boulevardzeitungen ist bestimmt durch den Umstand, dass die Zeitungen weniger im Abonnement verkauft werden und so jeden Tag erneut die potentiellen KäuferInnen auf der Straße oder im Kiosk überzeugen müssen. „*Diese Form der Vermarktung bedingt auch die Gestaltung des Produktes. Die Titelseite mit ihren charakteristischen Schlagzeilen und großen Fotos dient als optischer und semantischer Kaufanreiz.*“⁹⁸ Ein weiteres Kennzeichen von Boulevardzeitungen ist der, im Vergleich zu Qualitätszeitungen, niedrige Bezugspreis. Trotz der überregionalen Erscheinungsweise ist eine starke Tendenz zur Regionalisierung erkennbar. Dies könnte beispielsweise auch zu zwei völlig verschiedenen Standpunkten zum gleichen Thema in unterschiedlichen Regionalteilen führen.⁹⁹

Die journalistische Professionalität unterscheidet sich stark von anderen Medien. Man findet kaum tiefgehende Recherchen, umso mehr aber Eindrucksschilderungen und einen starken emotionalen Bezug zum Geschehen. Einmal gemachte Falschmeldungen werden nicht korrigiert, grammatischen Fehler hingenommen. Die Grundlagen journalistischen Arbeitens werden häufig vernachlässigt. Trotz all dem Mangel an journalistischer Qualität ist der wirtschaftliche Erfolg hoch, was durch hervorragende Werbung erreicht wird. Ein hoher Bekanntheitsgrad schafft die Vertrautheit, die den Käufer bzw. die Käuferin jeden Tag erneut zugreifen lässt.¹⁰⁰

Das im Vergleich zu Qualitätszeitungen kleinere und handlichere Format eignet sich besser, um die Zeitung an starkfrequentierten Orten wie der U-Bahn zu lesen. Die für den Kaufentscheid wichtige Titelseite besteht hauptsächlich aus einem großen Foto und der dazugehörigen Schlagzeile. Diese Charakteristika ziehen sich auch durch das Innere des Blattes. Viele Fotos, große Überschriften und eingefärbte Kästen erhöhen die Übersichtlichkeit und machen es den LeserInnen einfacher, die Artikel zu lesen. „*Die*

⁹⁷ Mediadaten VÖZ-Titel. Auflagen und Reichweiten der Tageszeitungen 2010.
Url: <http://www.voez.at/b866> (6.6.2011).

⁹⁸ Bruck, Peter; Stocker, Günther (2002): Die ganz normale Vielfältigkeit des Lesens. Zur Rezeption von Boulevardzeitungen. LIT Verlag. S. 21.

⁹⁹ Vgl. Haas, Hannes (2008): Medienkunde. Grundlagen, Strukturen, Perspektiven. 2. Auflage. Wien. S.104.

¹⁰⁰ Vgl. Bruck, Peter; Stocker, Günther (2002). S. 22f.

visuelle Präsentationsweise des Boulevardformats ist der televisuellen Rezeptionsweise angepasst und auf Simplifizierungen hin angelegt. Die Schlagzeilen sind groß und schnell fassbar. Es werden keine großen Aufmerksamkeitsspannen verlangt, sondern kleine, schnell wechselnde Informationseinheiten bestimmen die Rezeption, ähnlich den kurzen Schnitten des TV-Stils.“¹⁰¹

Die verwendete Sprache ist dem Alltag nahe und sehr einfach. Die Texte wirken vertraut und können leicht verstanden werden, da sie meist aus kurzen und unkompliziert gebauten Sätzen bestehen und umgangssprachliche Begriffe und Wendungen enthalten. Thematisch decken boulevardformatige Zeitungen alle Ressorts ab über die auch Qualitätszeitungen berichten, jedoch wird über Themen wie Gewalt, Verbrechen und Katastrophen viel ausführlicher berichtet als über nationale oder internationale Nachrichten. Ebenso verfügen Boulevardmedien über einen großen Sportteil, Horoskope, Rätsel, Ratgeber usw.

Eine der verwendeten Erzählstrategien ist die Familiarisierung, bei der viele umgangssprachliche Variablen verwendet und PolitikerInnen, SportlerInnen und Prominenten Spitznamen gegeben werden, um dem Leser / der Leserin während der Lektüre das Gefühl zu geben, die Welt wäre in Ordnung. Bei Katastrophen werden Einzelschicksale in den Vordergrund gestellt, anstatt Hintergründe und Ursachen zu beleuchten. Übersichtliche Weltbilder werden durch die Reduktion komplexer Vorgänge und Handlungen geschaffen und durch die Zeitung moralisch bewertet. Diese Simplifizierung und die Einordnung in die immer gleichen Konzepte und Strukturen erzeugen bei den LeserInnen eine Vertrautheit. „Die Wiederholung im Neuen gehört zu den Grundformeln des Boulevardjournalismus, und Aufschrei, Verbrechen, Sex und Sport zum immer wieder zu verlesenden Kanon.“¹⁰² Eine weitere verwendete Strategie, die ein einfaches Verstehen komplexer Zusammenhänge vortäuscht, ist die Personalisierung. Dies garantiert Überschaubarkeit und ist besonders für die tägliche Aufarbeitung angstbesetzter Themen wichtig, denn Unüberschaubarkeit brächte eine gewisse Hilflosigkeit mit sich. Neben Objekten aus Politik, Wirtschaft und Sport personalisiert sich die Boulevardzeitung auch selbst, stellt sich als Fürsprecher der LeserInnen oder Akteur bei der Aufdeckung von Missständen dar. Der im Vergleich zu Qualitätszeitungen hohe Bildanteil, der weniger nach dem informativen Gehalt sondern eher nach spannenden und schockierenden Kriterien ausgewählt wird, erzeugt bei den LeserInnen in Kombination mit

¹⁰¹ Bruck, Peter; Stocker, Günther (2002). S.24.

¹⁰² Ebd. S. 29.

dem verwendeten Präsens eine spektakuläre Geschichte, selbst wenn diese gar nicht zum Thema passt.¹⁰³

Haas beschreibt das Erfolgsrezept der „Kronen Zeitung“ wie folgt: „*Die Kronen Zeitung schafft es, dem Zeitungslesen das Anstrengende zu nehmen. Sie schreibt eine verständliche, unkomplizierte Sprache, verwendet kurze Sätze und ein allen vertrautes Vokabular. Sie vermeidet komplexe Exkurse, Hintergrund wird durch Kommentar und Meinung ersetzt. Nicht nur im großen Kolumnenangebot, sondern auch in den Berichten wird die Bewertung von Sachverhalten und handelnden Personen gleich mitgeliefert.*“¹⁰⁴

3.3.2 Qualitätszeitungen

Als „*mutigen, unabhängigen, an Vielfalt orientierten und qualitativ anspruchsvollen Journalismus für überdurchschnittlich gebildete und interessierte Leser*“ beschrieb John C. Merrill 1968 den qualitativen Anspruch der sogenannten Elite-Zeitungen, fügte jedoch an, dass auch diese Elite-Zeitungen gleichzeitig auf eine gewisse Reichweite angewiesen wären, um wirtschaftlich überleben zu können.¹⁰⁵ Die LeserInnen geben sich nicht mit Schlagzeilen und Bebilderung zufrieden, sondern verlangen nach Hintergrundinformationen, Recherche, Analyse und Erläuterung. Das Publikum setzt sich aus den Eliten von Politik, Wirtschaft und Kultur zusammen, ist gebildet, einkommensstark, eher urban, aktiv, interessiert und konsumfreudig.¹⁰⁶

In einer qualitativen Inhaltsanalyse europäischer Qualitätszeitungen ergaben sich folgende Charakteristika, denen alle der untersuchten Blätter entsprachen, darunter zum Beispiel ein redaktionelles Programm, das sich von der Idee einer offenen Gesellschaft leiten lässt. Viele unterschiedliche JournalistInnen, teilweise auch GastautorInnen, diskutieren, vergleichen und überprüfen die Themen umso für die LeserInnen, die sich ihr eigenes Urteil bilden wollen, den Ausgangspunkt eines Diskurses zu schaffen. Das Programm ist mitunter nicht immer einfach zu verstehen, orientiert sich aber an den anspruchsvollen LeserInnen. Der qualitativ hochwertige Journalismus verlangt nach gut ausgebildeten JournalistInnen. Die Aufmachung ist vornehm zurückhaltend, die Erscheinungsform hochwertig, jedoch zählt vorrangig der Inhalt. Das Format ist mittel- bis großformatig, Papier- und Druckqualität erstklassig. Eine hohe Bedeutung erlangt die

¹⁰³ Vgl. als Beispiel dazu den Bericht „Bettler fielen über Stadt her.“ Österreich, siehe S. 109f.

¹⁰⁴ Haas, Hannes (2000): Druckmedien und Kommunikationsordnung: Struktur – Organisation – Funktion. Wien. S.68.

¹⁰⁵ Vgl. Meier, Werner; Schanne, Michael; Trappel, Josef (1994): Produktstrategien und Marktrisikenpolitik. In: Bruck, Peter (Hrsg.) (1994): Print unter Druck. Zeitungsverlage auf Innovationskurs. Reinhard Fischer Verlag. S. 252.

¹⁰⁶ Vgl. Haas, Hannes (2000). S.63.

Quellentransparenz. Woher die publizierten Informationen kommen, ist genauso wichtig wie der Name der VerfasserInnen der jeweiligen Artikel. Die Artikel sind umfangreich, es werden vielfältige Aspekte dargestellt. Die Komplexität der Themen wird nicht reduziert, eine Thematik möglichst in ihrem vollen Umfang dargestellt. Neben den Agenturen werden weitere Informationen von WissenschaftlerInnen und ExpertInnen eingeholt und verwertet. Hintergrundinformationen über Strukturen, Ursachen und Konsequenzen werden nicht zu Gunsten der Aktualität vernachlässigt. Die Trennung von Nachricht und Meinung bzw. von redaktionellen und werberischen Inhalten ist selbstverständlich.¹⁰⁷

3.4 Journalistische Darstellungsformen

3.4.1 Der Bericht

Ein Bericht „*ist weder in der Wissenschaft noch in der Praxisliteratur klar definiert*“¹⁰⁸. Grundsätzlich ist der Bericht eine tatsachenbetonte Darstellungsform. Ziel ist es, die RezipientInnen möglichst gründlich über ein Ereignis zu informieren. Der Bericht ist „*größer und auch schon ein wenig reifer*“¹⁰⁹ als die Nachricht, somit ist der Bericht auch ausführlicher und kann über Hintergründe, Zusammenhänge und Konsequenzen informieren. „*Bei einem Bericht sollte man sich um eine sachliche Darstellung bemühen, aber dennoch vereinzelt Stimmungen aufnehmen und seine persönliche Handschrift nicht gänzlich leugnen. Im Vordergrund sollte aber das Geschehen selbst stehen.*“¹¹⁰ Die JournalistInnen stehen im Hintergrund. Die LeserInnen sollen sachlich, umfassend und glaubwürdig informiert werden, fantasievolle Subjektivität wird vermieden. Die Qualität eines Berichtes lässt sich an der umfassenden und fairen Information der LeserInnen zu dem berichteten Thema erkennen.¹¹¹

3.4.2 Die Reportage

Die Reportage lässt sich umschreiben als ein tatsachenbetonter oder tatsachenorientierter, jedoch persönlich gefärbter Erlebnisbericht, besonders über Handlungen und Ereignisse. Die Reportage ist im Kern eine Nachricht, fordert aber die

¹⁰⁷ Vgl. Meier, Werner; Schanne, Michael; Trappel, Josef (1994). S. 267f.

¹⁰⁸ Mast, Claudia (Hrsg.) (2008): ABC des Journalismus. Ein Handbuch. 11., überarbeitete Auflage. UKV Verlagsgesellschaft mbH. S. 270.

¹⁰⁹ Von La Roche, Walter (2008): Einführung in den praktischen Journalismus. 18. Auflage. Ullstein Verlag. S. 150.

¹¹⁰ Mast, Claudia (Hrsg.) (2008). S. 270.

¹¹¹ Vgl. Mast, Claudia (Hrsg.) (2008). S. 271.

persönlichen Erlebnisse der JournalistInnen ein.¹¹² Von La Roche definiert die Reportage als Ergänzung zu Nachricht oder Bericht. „*Der Reporter schildert, was er sieht und erfährt, notiert sich bezeichnende Einzelheiten und schreibt in der Redaktion nieder, was er zurückgebracht hat.*“¹¹³

3.4.3 Die Kurzmeldung / Nachricht

Nachrichten sind eine journalistische Darstellungsform, mit der die tatsächsbetonte Vermittlung von Informationen in möglichst knapper, unparteilicher Weise angestrebt wird. Die wesentlichen Unterschiede zum Bericht zeigen sich nur in der Textlänge und der Ausführlichkeit, mit der die Themen behandelt werden. Die Übergänge zwischen diesen beiden Formen sind zwar fließend, nach Mast haben Kurznachrichten aber nicht mehr als 25 Druckzeilen in Tageszeitungen.¹¹⁴

3.4.4 Das Interview

Das Hauptziel des Interviews beschreibt Mast als „*auf möglichst unterhaltsame Art nicht nur Wissen und Meinungen, sondern auch Denkweisen bemerkenswerter oder für die Sache aufschlussreicher Personen als Argumentationsfolge in einer authentischen Form darzustellen.*“¹¹⁵ Es wird zwischen Personeninterviews, bei denen die Persönlichkeit der interviewten Person im Vordergrund steht, und Sachinterviews, bei denen die Haltung von Personen zu bestimmten Sachfragen ergründet wird, unterschieden. Das Interview bringt zusätzlich zur Gesprächssituation eine weitere Kommunikationsebene durch die Teilnahme des Publikums bzw. der LeserInnen ein. So kann der Leser bzw. die Leserin den Dialogverlauf nachverfolgen und erfährt, wie die jeweiligen Aussagen zustande kamen.¹¹⁶

3.4.5 Der Kommentar

Im Kommentar beziehen die JournalistInnen zu aktuellen Themen oder Ereignissen Stellung. Der Kommentar reflektiert, erklärt und bewertet Fakten und ordnet sie in größere Zusammenhänge ein. Er beschreibt den LeserInnen die Wichtigkeit des Themas, stellt Vergleiche an, erläutert die verschiedenen öffentlichen Auffassungen und hilft so den

¹¹² Vgl. Mast, Claudia (Hrsg.) (2008). S. 279.

¹¹³ Von La Roche, Walter (2008). S. 154.

¹¹⁴ Vgl. Mast, Claudia (Hrsg.) (2008). S. 266.

¹¹⁵ Mast, Claudia (Hrsg.) (2008). S. 299.

¹¹⁶ Vgl. Mast, Claudia (Hrsg.) (2008). S.299f.

LeserInnen, sich selbst eine Meinung zu bilden.¹¹⁷ Von La Roche¹¹⁸ unterscheidet drei Formen des Kommentars. Den Argumentations-Kommentar, den Geradeaus-Kommentar und den Einerseits-Andererseits-Kommentar. Der Argumentations-Kommentar möchte mit der argumentierten Meinung unentschiedene LeserInnen für sich gewinnen. Die KommentatorInnen führen die für sie wichtigen Gründe an, setzen sich aber auch ein wenig mit anderen Standpunkten auseinander. Beim Geradeaus-Kommentar verzichten die KommentatorInnen auf das Argumentieren, um dafür einfach geradeaus begeistert zu loben oder verärgert zu schimpfen. Bei der dritten Form, dem Einerseits-Andererseits-Kommentar schwanken die AutorInnen zwischen mehreren Alternativen hin und her, um sich spät oder gar nicht für eine zu entscheiden. Meist behandeln solche Kommentare Themen hoher Komplexität und die AutorInnen möchten so auf die Vielschichtigkeit oder ihre eigene Ratlosigkeit hindeuten.

3.4.6 Der Leserbrief

Eine Verwendung des Begriffs „Leserbrief“ ist im alltäglichen Wortschatz selbstverständlich und doch gibt es keine klare wissenschaftliche Definition. Von vielen AutorInnen wird ein quasi-normatives Begriffsverständnis als Definition herangezogen und auf diese Weise werden Leserbriefe auch in dieser Arbeit betrachtet.¹¹⁹ Die folgende Nominaldefinition soll aus Gründen der Vollständigkeit den Begriff eingrenzen. „*Ein Leserbrief ist eine, nach einem mehrstufigen redaktionellen Selektions- und Bearbeitungsprozess in einer Tageszeitung veröffentlichte, namentlich gekennzeichnete Leserzuschrift, die in einer entsprechenden Rubrik oder Sparte platziert wurde, um ihre außerredaktionelle Herkunft zu verdeutlichen. Auslösendes Moment für Leserbriefe können außer der täglichen Berichterstattung auch gezielte Aufrufe/Aktionen der Redaktion sein.*“¹²⁰

¹¹⁷ Vgl. Mast, Claudia (Hrsg.) (2008). S.306.

¹¹⁸ Vgl. Von La Roche, Walter (2008). S. 174.

¹¹⁹ Vgl. Mlitz, Andrea (2008): Dialogorientierter Journalismus. Leserbriefe in der deutschen Tagespresse. UKV Verlag. S. 103.

¹²⁰ Mlitz, Andrea (2008): Dialogorientierter Journalismus. Leserbriefe in der deutschen Tagespresse. UKV Verlag. S. 106.

4 Die Medienwirkungsforschung

Die Frage nach den Wirkungen der Rezeption von Massenmedien stellt sich seit der Entstehung der Massenmedien. Die „Wirkungen“ sind nach Maletzke im weitesten Sinn „*sämtliche beim Menschen zu beobachtenden Verhaltens- und Erlebnisprozesse, die darauf zurückzuführen sind, dass der Mensch Rezipient im Felde der Massenkommunikation ist*“¹²¹, im engeren Sinn „*sollen all jene Prozesse in der postkommunikativen Phase verstanden werden, die als Resultate der Massenkommunikation ablaufen*“¹²².

Als mögliche Wirkungsbereiche unterscheidet Maletzke die Auswirkungen der Massenkommunikation auf das Verhalten, das Wissen, Meinungen bzw. Einstellungen, den emotionalen Bereich, die Tiefensphären des Psychischen und den physischen Bereich.¹²³ Diese Teilbereiche sind nun aber nicht unabhängig voneinander zu betrachten, „*vielmehr bringen fast immer Veränderungen in einem Bereich auch Wirkungen in einem anderen Bereich mit sich*“¹²⁴. So führt beispielsweise eine Einstellungsänderung auch zu Änderungen im Bereich des Wissens, des Verhaltens, im emotionalen Bereich und im psychischen Bereich. Denn jede Einstellung setzt sich nach Trinandis aus drei Bestandteilen zusammen. Eine kognitive (Wissens-)Komponente, eine affektive (Gefühls-)Komponente und eine konative (Handlungs-)Komponente.¹²⁵

4.1 Der Agenda-Setting-Ansatz

Die Medienwirkungsforschung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts befasste sich hauptsächlich mit der Frage, welche Wirkungen – im Sinne von Einstellungs- und Verhaltensänderungen – die Massenmedien auf die Rezipienten ausüben. Einen neuen Ansatz verfolgt die Agenda-Setting-Theorie, die erstmals in einer Wahlstudie zum amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf¹²⁶ im Jahre 1968 von den Medienwissenschaftlern Maxwell McCombs und Donald Shaw empirisch belegt wurde.

¹²¹ Maletzke, Gerhard (1963): Psychologie der Massenkommunikation. Hamburg. Zitiert nach: Burkart, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. 4. Auflage, Böhlau Verlag. S. 188.

¹²² Maletzke, Gerhard (1963). Zitiert nach: Burkart, Roland (2002). S. 188.

¹²³ Vgl. Maletzke, Gerhard (1963). Zitiert nach: Burkart, Roland (2002). S. 189.

¹²⁴ Maletzke, Gerhard (1972): Massenkommunikation. In: Graumann, Carl Friedrich (Hrsg) (1972): Handbuch der Psychologie. Band 7, Sozialpsychologie, Göttingen. Zitiert nach: Burkart, Roland (2002). S. 189.

¹²⁵ Vgl. Triandis, Harry (1975): Einstellungen und Einstellungsänderungen. Weinheim, Basel. Zitiert nach: Burkart, Roland (2002). S. 190.

¹²⁶ Chapel-Hill-Studie; durchgeführt in der amerikanischen Kleinstadt Chapel Hill, North Carolina. Dabei wurden die Themenprioritäten von 100 unentschlossenen WählerInnen mit den in den Medien behandelten Themen verglichen und dabei eine hohe Korrelation zwischen Medien- und Publikumsagenda festgestellt.

Ausgangspunkt ihrer Überlegungen war die Annahme, „dass vor jeder Einstellungsbeeinflussung die Herausbildung eines Einstellungsobjektes stehen muss.“¹²⁷ Den Massenmedien wird demnach eine Tagesordnungs- und Thematisierungsfunktion zugeschrieben, die nicht bestimmt „wie“ die RezipientInnen über ein Thema denken, sondern „welche“ Themen vom Rezipienten wahrgenommen werden können. Die Massenmedien wirken demzufolge hinsichtlich der Aufmerksamkeit, des Wissens sowie des Problembewusstseins bei den RezipientInnen.

Die Agenda-Setting-Hypothese beschreibt die kognitiven Wandlungsprozesse in den Köpfen der Menschen (Publikumsagenda) durch den Transfer der von den Massenmedien als relevant erachteten Themen (Medienagenda). Neben dem Thematisierungsprozess findet ein Strukturierungsprozess der Medien statt, der aus allen weltweit stattgefundenen Ereignissen eine Medienrealität reduziert, die dann von der Öffentlichkeit als soziale Wirklichkeit übernommen wird.¹²⁸ Die Hauptkomponenten des Agenda-Setting-Prozesses sind das Publikums-Agenda-Setting, das sich mit der Verbindung von Themen und Ereignissen wie sie in den Medien aufscheinen und den Themenprioritäten des Publikums befasst; dem Policy-Agenda-Setting, in welchem der Zusammenhang zwischen politischer Elite und öffentlicher Meinung im Vordergrund steht und dem Medien-Agenda-Setting, das sich mit der Entstehung der Medienagenden beschäftigt und die Themen definiert, die dann (nach der Selektion durch die Massenmedien) zu Nachrichten werden.¹²⁹

Seit der Chapel-Hill-Studie im Jahr 1972 wurden zur Agenda-Setting-Hypothese viele weitere Studien durchgeführt und die Theorie in konzeptioneller Hinsicht weiterentwickelt. Es entwickelten sich zwei Forschungstraditionen, das eigentliche Agenda-Setting und das Agenda-Building, bei dem Medien- und Publikumsagenden die Agenda der politischen Eliten beeinflussen und umgekehrt.

Die Agenda-Setting-Forschung kann in vier Phasen eingeteilt werden. In der ersten Phase wurden Folgestudien zur Chapel-Hill-Studie durchgeführt, um die Agenda-Setting-Hypothese grundsätzlich zu überprüfen. In der Folge wurden in Phase zwei die Rahmenbedingungen untersucht, die die auftretenden Effekte verstärken oder begrenzen. Phase drei beschäftigte sich weniger mit den eigentlichen Themen, sondern mehr mit Attributen und Eigenschaften der Themen, über die berichtet wurde. Dieser Transfer von

¹²⁷ Bonfadelli, Heinz (2000): Medienwirkungsforschung II. Anwendungen in Politik, Wirtschaft und Kultur. UVK Verlag. S.19.

¹²⁸ Vgl. Bonfadelli, Heinz / Friemel, Thomas / Wirth Werner (2010): Medienwirkungsforschung. In: Bonfadelli, Heinz / Jarren, Otfried / Siegert, Gabriele (Hrsg.) (2010): Einführung in die Publizistikwissenschaft. 3., vollständig überarbeitete Auflage. Haupt Verlag. S.630.

¹²⁹ Vgl. Schenk, Michael (2002). S. 405f.

Attributen wird als Second-Level-Agenda-Setting bezeichnet. Die vierte und letzte Phase konzentrierte sich auf die Entstehung der Medienagenden. Ursprünglich wurde die Medienagenda als Nebenprodukt journalistischen Handelns angesehen, dann aber in das Agenda-Setting-Modell integriert. Nachrichtenfaktoren oder Themenflüsse zwischen einzelnen Medien wurden so erörtert.¹³⁰

Für die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Medien- und Publikumsagenda entwickelte McCombs drei verschiedene Modellvarianten¹³¹:

1. Das Awareness-Modell (Aufmerksamkeitsmodell) beschreibt, dass die RezipientInnen auf bestimmte Themen aufmerksam werden, weil die Medien darüber berichten.
2. Das Salience-Modell besagt, dass die unterschiedliche Hervorhebung bestimmter Themen in den Medien der Grund dafür ist, dass die RezipientInnen diese Themen auch als unterschiedlich wichtig empfinden.
3. Das Prioritätenmodell ist die radikale Form des Salience-Modells und geht davon aus, dass die Themenrangfolge der Medienagenda sich direkt in der Themenrangfolge der Publikumsagenda wiederspiegelt.

Der Agenda-Setting-Prozess kann lineare oder nichtlineare Wirkungsverläufe beschreiben. Das Kumulationsmodell beschreibt eine lineare Beziehung zwischen Thematisierungsintensität und Problembewusstsein. Im Gegensatz dazu behauptet das Schwellenmodell, dass es eine Mindestberichterstattung zu einem Thema geben muss, damit Agenda-Setting-Effekte überhaupt auftreten können. Überschreitet die Berichterstattung diesen Schwellenwert nicht, wird das Thema nicht von der Bevölkerung wahrgenommen. Ein weiteres nichtlineares Modell ist das Beschleunigungsmodell. Danach haben viele Themenbeiträge einen überproportional größeren Effekt als wenige Beiträge. Das Gegenteil beschreibt das Trägheitsmodell, bei dem ab einem gewissen Niveau die Themenrelevanz nur unterdurchschnittlich zur Berichterstattung zunimmt. Beim Echomodell lässt eine besonders intensive Berichterstattung eine hohe Publikumsagenda auch dann weiter existieren, wenn die Berichterstattung zum Thema weniger wurde. Den umgekehrten Fall, dass eine besondere Sensibilität der Bevölkerung zu einem bestimmten Thema von der Medienagenda aufgegriffen wird, beschreibt das Spiegelmodell.¹³²

¹³⁰ Vgl. Schenk, Michael (2002). S. 411.

¹³¹ Vgl. Burkart, Roland (2002). S. 250.

¹³² Vgl. Bonfadelli, Heinz (2004). S. 240f. und Schenk, Michael (2002): Medienwirkungsforschung. 2., vollständig überarbeitete Auflage. Mohr Siebeck. S. 436f.

4.2 Second-Level-Agenda-Setting

Im Gegensatz zur bisher beschriebenen (First-Level-)Agenda-Setting-Forschung, bei der es hauptsächlich um die Wichtigkeit von Themen und Objekten ging, stehen bei der Second-Level-Agenda-Setting-Forschung nun die Attribute und Eigenschaften von Personen und Objekten im Vordergrund. Ähnlich den Themen werden auch die Attribute von den JournalistInnen selektiert, strukturiert und kommuniziert. Diese Darstellung von Attributen eröffnet den RezipientInnen eine bestimmte Betrachtungsweise zu einem Objekt, was aber nicht heißt, dass der Rezipient bzw. die Rezipientin diese Betrachtungsweise auch übernehmen muss. Die Massenmedien versuchen, die Aufmerksamkeit des Publikums auf bestimmte Aspekte zu lenken und Personen und Ereignisse aus bestimmten Blickwinkeln darzustellen. Die Agenda-Setting-Forschung übernimmt so teilweise wieder Ansätze der persuasiven Wirkungsforschung, aus deren Ablehnung sie ursprünglich hervorgegangen ist.¹³³

Eng damit verknüpft ist das Konzept des Framing. Es basiert „*auf der Tatsache, dass die Medien durch Hervorhebung (‘Salience’) und eine spezifische inhaltliche Ausrichtung von Informationen beim Rezipienten entsprechende Interpretations- und Bewertungsprozesse auszulösen vermögen.*“¹³⁴ Durch Framing werden bestimmte Informationen für die RezipientInnen bedeutungsvoller als andere. Frames gelten allgemein als Interpretationsmuster, die es dem Publikum erleichtern, Informationen einzuordnen, was angesichts der großen Informationsmenge die Medienaufnahme und –verarbeitung erleichtert. Werden die möglichen Sichtweisen aber zu stark reduziert, schränkt das Framing die Interpretations- und Bewertungsmöglichkeiten des Publikums ein. Die RezipientInnen tendieren dann dazu, die Interpretationen der Medien zu übernehmen.¹³⁵

Der Begriff Priming beschreibt allgemein den Effekt, den ein vorausgegangener Stimulus auf die Rezeption eines darauffolgenden Stimulus hat. Menschen verwenden für die Bewertung von Themen oder Personen nur unmittelbar zugängliche Kriterien. Beim Medien-Priming werden so durch besondere Themenhervorhebung einmal im Gedächtnis der RezipientInnen gespeicherte Medieninhalte mit den dazu abgespeicherten Erinnerungen und Einstellungen erneut aktiviert und abgerufen, wenn sich der Rezipient bzw. die Rezipientin zu einem späteren Zeitpunkt eine Meinung zu einem ähnlichen

¹³³ Vgl. Matthes, Jörg (2007): *Framing-Effekte. Zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellung der Rezipienten*. Reinhard Fischer Verlag. S. 92ff.

¹³⁴ Schenk, Michael (2002). S. 298.

¹³⁵ Vgl. Schenk, Michael (2002). S. 298f.

Thema bildet. Die Massenmedien bestimmen so dieselben Kriterien zur Bewertung, die die RezipientInnen bereits bei der Beurteilung früherer Themen verwendet haben.¹³⁶

Für die vorliegende Arbeit sind Second-Level-Agenda-Setting-Effekte besonders interessant. Vor allem der Framing-Ansatz spielt eine wichtige Rolle. Die Boulevardmedien versuchen, Interpretationsspielräume gering zu halten und legen so den RezipientInnen die eigenen Sichtweisen nahe, die dann in weiterer Folge immer wieder erneut bestätigt werden. Den RezipientInnen wird dadurch eine scheinbar vertraute Sichtweise suggeriert, welche in weiterer Folge die Leser-Blattbindung stärkt. Dies zeigt sich später im empirischen Teil der Arbeit in der geringen Differenziertheit der berichteten Themen sowie den ähnlichen Argumentationslinien, die in den Artikeln und (aus RezipientInnensicht) in den Leserbriefen ersichtlich sind.

¹³⁶ Vgl. Schenk, Michael (2002). S. 185ff.

5 Das Forschungsdesign

Der nun folgende empirische Teil der Arbeit wurde sehr offen konzipiert. Da bisher sehr wenig (kommunikationswissenschaftliche) Forschung zum Thema Betteln und Bettelverbote betrieben wurde, war das vorrangige Ziel, das Themengebiet möglichst ohne Einschränkungen zu betrachten und einen Überblick zu gewinnen. Deshalb wurde auch eine hypothesengenerierende und nicht eine hypothesenprüfende Vorgehensweise gewählt. Dieser qualitative Forschungsansatz lässt während des Forschungsprozesses genügend Freiräume offen, um neue Entwicklungen und Dimensionen in die Arbeit und die später zu formulierenden Hypothesen einfließen lassen zu können.

Die Entwicklung des angewendeten Forschungsdesigns hatte stark experimentellen Charakter. Einige der ursprünglichen Ideen mussten aus verschiedensten Gründen verworfen und adaptiert werden. So war zu Beginn des Forschungsprozesses beispielsweise geplant, die Befragung der PassantInnen direkt nach einer erfolgten bzw. nicht erfolgten Spende durchzuführen. Dies scheiterte unter anderem an der – entgegen der Meinung der meisten der später befragten Personen – relativ geringen Anzahl von „klassischen“ BettlerInnen¹³⁷ in Wien. Aufgrund des in Wien geltenden Bettelverbots und aus Angst vor Kontrollen hielten sich die BettlerInnen kaum über längere Zeit an einem Ort auf. Die wenigen BettlerInnen, die noch im Raum Wien angetroffen wurden, erhielten zudem während der Beobachtungen so selten eine Spende, dass die Untersuchung in dieser ursprünglichen Form nicht durchgeführt werden konnte.

Aus diesem Grunde wurden fünf BettlerInnen fotografiert.¹³⁸ Anschließend wurden jeweils acht Personen zu einer der fünf abgebildeten Bettelsituationen mündlich interviewt. Die Interviews wurden im Mai 2011 an verschiedenen Orten in Wien durchgeführt, wobei unter den befragten Personen nicht nur WienerInnen vertreten waren. Die Interviews wurden anonym durchgeführt, einige der Befragten gingen sehr konkret auf ihre Heimatstädte in den Bundesländern bzw. auf die dort gesammelten Erfahrungen in Bezug auf das Betteln ein. Die Auswahl der Befragten erfolgte zufällig, es wurde aber versucht, eine ausgeglichene Geschlechter- und Altersverteilung zu erreichen.

Die Interviews waren als Leitfadeninterviews konzipiert, je nach Antwortstil der Befragten bzw. Ausführlichkeit dauerten sie zwischen fünf und fünfzehn Minuten. Die Gespräche wurden aufgezeichnet und anschließend transkribiert. Bei der Transkription wurde versucht, das gesprochene Wort möglichst originalgetreu zu übernehmen; da dies aber in

¹³⁷ Aus der subjektiven Sicht des Autors sind seit der Verschärfung des Bettelverbotes in Wien weniger BettlerInnen zu finden, die ohne jegliche „Gegenleistung“ um Spenden bitteln; jedoch ist die Anzahl der BettlerInnen gestiegen, die Zeitungen verkaufen, musizieren, etc.

¹³⁸ Diese Fotos finden sich in Kapitel 7.2, siehe S. 113f.

manchen Fällen (beispielsweise aufgrund besonders stark umgangssprachlicher Formulierungen bzw. starker Dialektausdrücke) nicht möglich war, wurden diese Passagen mit besonderer Sorgfalt und ohne inhaltliche Änderungen in Textform gebracht.

Thematisch orientierte sich der Interview-Leitfaden an den Ergebnissen der qualitativen Inhaltsanalyse. Für diese wurden im Februar 2011 vier österreichische Tageszeitungen – Der Standard, Kurier, Kronen Zeitung und Österreich – in Bezug auf sämtliche in diesem Zeitraum erschienenen Artikel zum Thema Betteln untersucht sowie die darin enthaltenen Themenschwerpunkte und Argumentationslinien nachgezeichnet. Den interviewten Personen wurden anschließend offene Fragen zu ihren Meinungen und Einstellungen hinsichtlich dieser Themenkomplexe gestellt. Die Struktur des Leitfadens teilte sich dabei zum einen in Fragen zum Spendenverhalten in Bezug auf die spezifische, auf den Fotos abgebildete Spendensituation sowie in Fragen zum allgemeinen Spendenverhalten, zur Spendenhöhe und zur Spendenhäufigkeit. Des Weiteren wurden die Meinungen und Einstellungen der Befragten zu Bettelverboten sowie dem „organisierten Betteln“ erfragt. Die InterviewpartnerInnen wurden auch befragt, ob sie die Standpunkte der politischen Parteien zum Bettelverbot kennen würden bzw. von den öffentlichen Protesten gegen das Bettelverbot gehört hätten. Abschließend wurden noch die demographischen Daten wie Alter und Beruf sowie die regelmäßig gelesenen Tageszeitung erhoben.

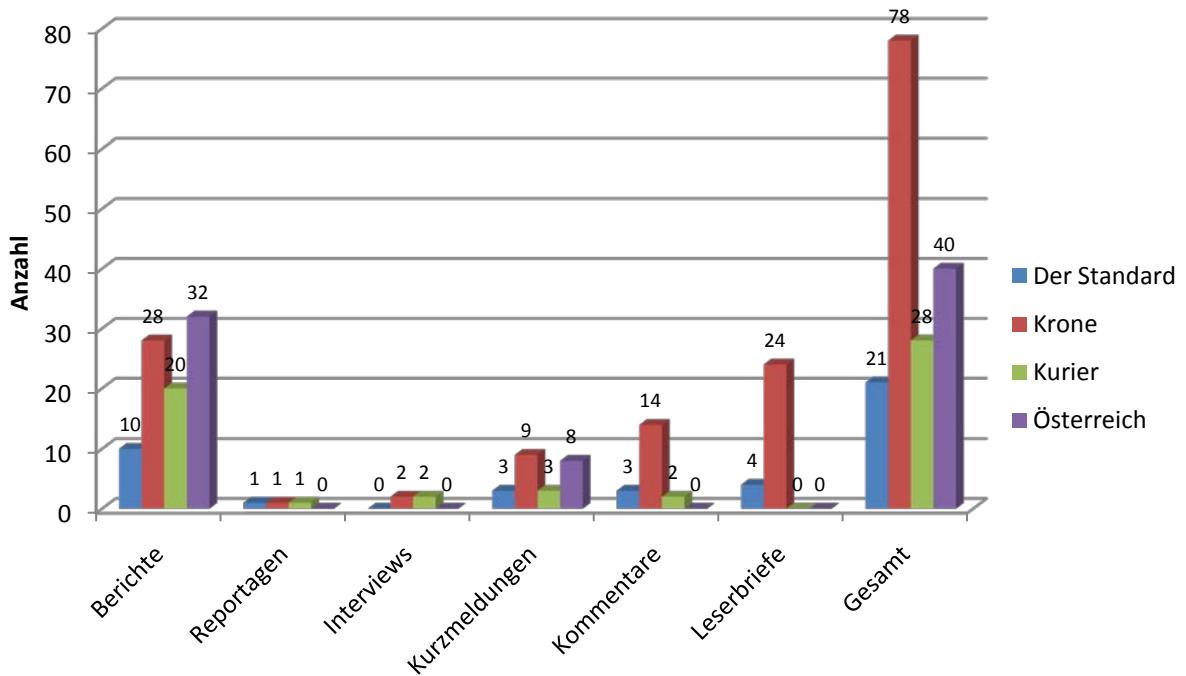
6 Analyse der Zeitungsberichterstattung

6.1 Auswahl, Vorgehensweise und Explikation

Beobachtungszeitraum der Zeitungsanalyse war der 1. bis 28. Februar 2011. Für die Analyse herangezogen wurden alle Beiträge in diesem Zeitraum, welche sich mit den Themen „Bettler“, „Betteln“ oder „Bettelverbot“ auseinandersetzten. Da in den Bundesländern Steiermark, Oberösterreich und Kärnten im Beobachtungszeitraum die Einführung bzw. Erweiterung des Bettelverbotsgesetzes diskutiert wurde und sich aus diesem Grunde zahlreiche politische VertreterInnen sowie zivilgesellschaftliche AkteurInnen zu diesem Thema äußerten, sind diese drei Bundesländer auch besonders häufig Schwerpunkt der Berichterstattung. Einige der Beiträge¹³⁹ in den Zeitungen erschienen nicht in den überregionalen Ausgaben, sondern in den Regionalausgaben bzw. Bundesländer-Mutationen der Zeitungen. Dies ist auch eine der Erklärungen dafür, warum die Kronen Zeitung im Beobachtungszeitraum mit 78 Beiträgen deutlich mehr Beiträge aufweist als die anderen drei Zeitungen, da das Thema Bettelverbot vor allem in der steirischen Krone-Ausgabe in einer Vielzahl an Beiträgen (v.a. in Leserbriefen und Kommentaren) behandelt wurde. Die Zeitung Österreich, welche die einzelnen Bundesländer ebenfalls mit Regionalausgaben bzw. -teilen beliefert, liegt mit insgesamt 40 Beiträgen im Beobachtungszeitraum an zweiter Stelle der Zeitungen, was die Anzahl der Beiträge betrifft. Kurier und Standard, deren Zeitungen primär in überregionalen Ausgaben erscheinen, weisen dementsprechend mit 28 und 21 Beiträgen im Beobachtungszeitraum, weniger Beiträge auf.

Die Einteilung der journalistischen Darstellungsformen (Bericht, Kurzmeldung, Reportage, Interview, Kommentar und Leserbrief) erfolgte in der Analyse nach der Definition auf Seite 34f. Um eine Grenze zwischen Kurzmeldungen sowie ausführlicheren Berichten zu ziehen, wurden nur Beiträge bis zu maximal 70 Wörtern den „Kurzmeldung“ zugeordnet, da es sich bei diesen Beiträgen zumeist um kleine „Randnotizen“ – z.B. in Rubriken wie „Kurz gemeldet“ oder „das Wichtigste in Kürze“ – handelte, wozu beispielsweise auch die Ankündigung von Veranstaltungen o.ä. gezählt wurde. Ab der Anzahl von 70 Wörtern wurden in den Beiträgen zumeist bereits mehrere Themen angesprochen oder VertreterInnen der Positionen pro und contra Bettelverbot kamen zu Wort, weswegen diese Beiträge in der Analyse der Kategorie „Berichte“ zugeordnet wurden.

¹³⁹ Unter „Beiträge“ werden im Folgenden jeweils alle journalistischen Darstellungsformen verstanden, welche sich in den Zeitungen mit dem Thema auseinandersetzen.

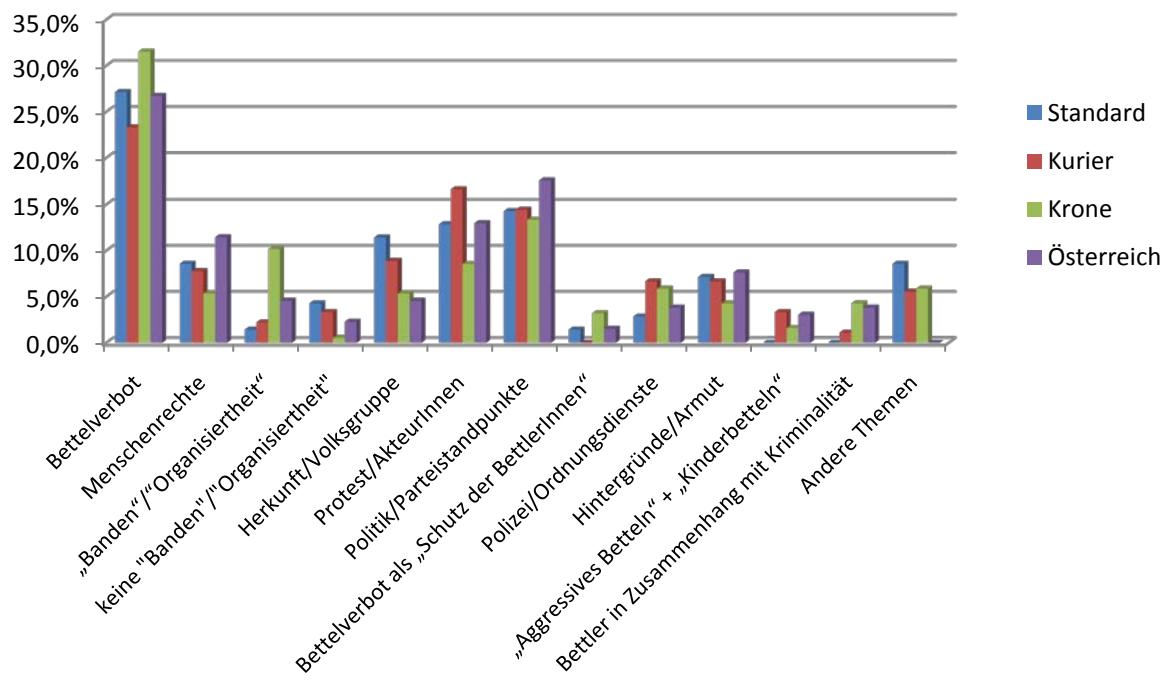
Abbildung 1: Alle Zeitungsbeiträge im Beobachtungszeitraum

In Bezug auf die Häufigkeit der einzelnen Darstellungsformen in Zusammenhang mit dem Thema „BettlerInnen“ fällt dabei vor allem die große Anzahl an Kommentaren und Leserbriefen ins Auge, welche sich in der Kronen Zeitung mit dem Thema auseinandersetzen. Auf die Gründe dafür bzw. die Auswirkungen dieser massiven Berichterstattung soll im Analyseteil über die Kronen Zeitung noch genauer eingegangen werden. Bis auf die Zeitung Österreich widmeten sich alle Zeitungen der Auswahl jeweils auch in einer Reportage dem Thema „Bettelverbot“, was ebenfalls deutlich macht, welch großer Stellenwert dem Thema im Beobachtungszeitraum beigemessen wurde.

Insgesamt wurde der Analyse der Kronen Zeitung sowie des Standards, als den beiden „Gegenpolen“ der untersuchten Zeitungen, besonders viel Platz eingeräumt. In Bezug auf Kurier und Österreich wird vor allem auf deren Besonderheiten bzw. auf überraschende Ergebnisse eingegangen. Um die Interpretation über die Berichterstattung in den einzelnen Zeitungen auch zu belegen, wird Originalzitate aus den Zeitungsbeiträgen in diesem Teil der Arbeit viel Raum gegeben.¹⁴⁰ Die zitierten Beiträge werden dann anschließend jeweils in den Interpretationskontext gestellt.¹⁴¹

¹⁴⁰ Die Gesamtsumme der 167 Zeitungsartikel, wurde in die Interpretation mit einbezogen. Alle Artikel, welche in der Arbeit direkt zitiert wurden, sind auch im Literaturverzeichnis zu finden.

¹⁴¹ Die Analyse von Bildern und Bildunterschriften wurde in die Interpretation nicht mit einbezogen. Selbstverständlich beeinflussen auch Bilder die Rezeption von Artikeln bzw. unterstreichen Aussagen oder können zur emotionalen Lenkung eingesetzt werden. Die Miteinbeziehung der Bildanalyse hätte jedoch den Rahmen dieser Arbeit gesprengt.

Abbildung 2: Themenverteilung in den Zeitungen

Die Liste der Themenverteilung bezieht sich darauf, welche Teilthemen bzw. Argumente jeweils in den einzelnen Zeitungsbeiträgen angeführt wurden, das heißt, dass einem Beitrag zumeist mehrere Themen zugeordnet wurden. Wurde beispielsweise in einem Artikel auf die Standpunkte der Parteien bezüglich des Bettelverbots eingegangen, wurden diesem Artikel die Themen „Politik/Parteistandpunkte“ sowie „Bettelverbot“ zugeordnet. Kamen im gleichen Artikel zusätzlich auch noch zivilgesellschaftliche AkteurInnen mit Argumenten gegen das Bettelverbot zu Wort, wurde dem Beitrag auch noch das Thema „Protest/AkteurInnen“ zugeordnet. Die Abbildung 2 oben zeigt die Häufigkeit der Teilthemen zueinander. Die absoluten Zahlen die Themenverteilung betreffend sind in den Analyseteilen zu den einzelnen Zeitungen zu finden. Im Folgenden soll die im Analyse teil verwendete Themeneinteilung kurz erläutert werden:

Bettelverbot: Hierunter wurde die Berichterstattung über Diskussionen rund um die Notwendigkeit bzw. die Ausgestaltung des Gesetzes subsumiert.

Menschenrechte: Dieses Thema wurde den Zeitungsbeiträgen beispielsweise dann zugeordnet, wenn GegnerInnen des Bettelverbots sich darauf bezogen, dass das Bettelverbot gegen die Menschenrechte sei. Hierunter fällt auch die Berichterstattung über die diesbezügliche Anrufung des Verfassungsgerichtshofes sowie Beiträge über die Kritik an der „Menschenrechtsstadt Graz“ in Zusammenhang mit dem Bettelverbot.

„Banden“/„Organisiertheit“: Dieses Teilthema wurde zugeordnet, wenn in der Berichterstattung als Tatsache dargestellt wurde, dass BettlerInnen größtenteils organisierten „Banden“ angehören würden.

Keine „Banden“/„Organisiertheit“: Dieses Thema wurde Beiträgen zugeordnet, in denen die AutorInnen die Meinung vertraten, es gäbe keine Beweise für die „Organisiertheit“ von BettlerInnen.

Herkunft/Volksgruppe: Dieses Thema wurde zugeordnet, wenn in der Berichterstattung die Herkunft bzw. die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Volksgruppe (zumeist die der Roma) erwähnt wurde – und zwar unabhängig von einem negativem oder positiven Zusammenhang.

Protest/AkteurlInnen: In diese Kategorie fallen all jene Teile von Zeitungsbeiträgen, die sich mit Protestaktionen bzw. dem Engagement zivilgesellschaftlicher AkteurlInnen gegen das Bettelverbot auseinandersetzten.

Politik/Parteistandpunkte: Dieses Teilthema wurde zugeordnet, wenn im Beitrag die Standpunkte der Parteien im Mittelpunkt standen bzw. die Meinungen von PolitikerInnen zum Thema zitiert wurden.

Bettelverbot als „Schutz der BettlerInnen“: Diese Kategorie umfasst die Argumentation, das Bettelverbot würde nur zum „Schutz der BettlerInnen“, welche vor den „ausbeuterischen Bandenbossen“ beschützt werden müssten, eingeführt. Hierunter fallen auch Argumente wie jene, dass das Bettelverbot die BettlerInnen vor dem „unwürdigen Betteln müssen“ bewahren würde.

Polizei/Ordnungsdienste: Dieses Teilthema wurde vergeben, wenn in den Beiträgen entweder PolizistInnen zu ihrer Einschätzung das Bettel-Thema betreffend befragt wurden, oder wenn in den Berichten auf die Aufgabe der Polizei hinsichtlich der Exekution des Bettelverbots eingegangen wurde. In diese Kategorie fällt auch die im Beobachtungszeitraum vor allem in Oberösterreich geführte Diskussion rund um die Kompetenzverteilung zwischen Polizei und Ordnungsdiensten in Bezug auf das Bettelverbot.

Hintergründe/Armut: Dieses Thema wurde zugeordnet, wenn sich die Berichterstattung mit den Hintergründen des Bettelns – Armut, Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung etc. – auseinandersetzte.

„Aggressives Betteln“ + „Kinderbetteln“: Dieses Thema war vor allem in Bezug auf die Berichterstattung der bestehenden Gesetzgebung, die in den meisten Bundesländern

bereits sogenanntes „aggressives Betteln“ oder das Betteln mit Kindern verbietet, relevant.

Bettler in Zusammenhang mit Kriminalität: Dieser Kategorie wurden alle Zeitungsbeiträge zugeordnet, welche im Beobachtungszeitraum die Themen „Bettler“ und „Kriminalität“ miteinander verknüpften.

Andere Themen: Unter dieser Kategorie wurden all jene Teile bzw. Absätze der Zeitungsbeiträge subsumiert, welche sich nicht mit einem der oben angeführten Themen beschäftigten, darunter z.B. Themen wie „die EU, die sich gegen die Armut der BettlerInnen engagieren solle“, „Neid gegenüber BettlerInnen“ oder „Empathie gegenüber BettlerInnen“. Dieses Teilthema wurde besonders häufig den Leserbriefen zugeordnet, welche eine Vielzahl an Themen mit der Bettelthematik verknüpften.

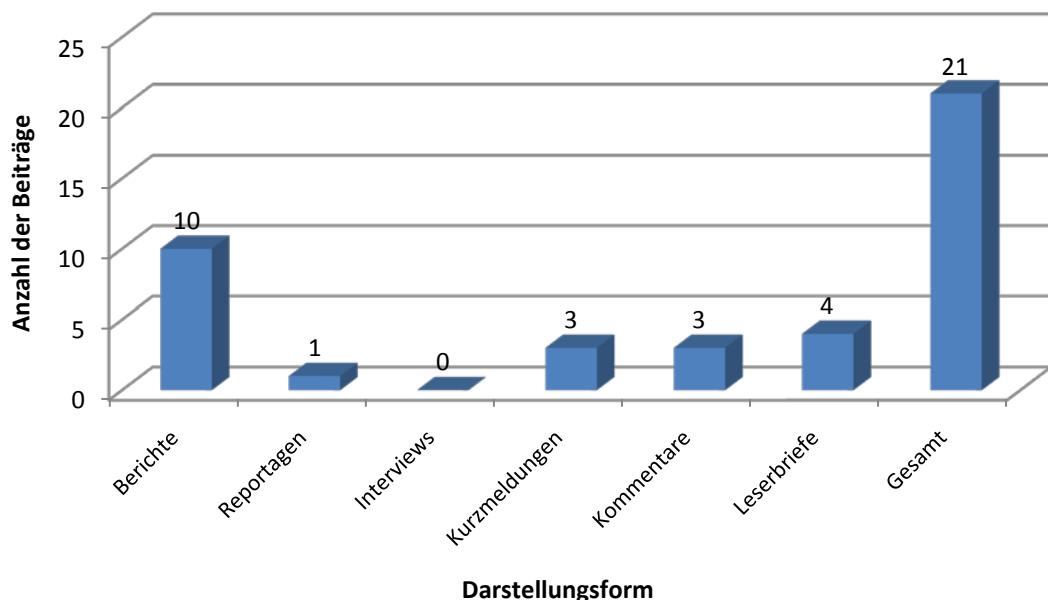
Was die Länge der einzelnen Beiträge in den Zeitungen angeht, liegt der Standard an erster Stelle. Durchschnittlich 288 Wörter widmeten die JournalistInnen des Standards Berichten rund um die Bettelthematik, während Österreich und der Kurier in durchschnittlich 228 und 227 Wörtern berichteten. Die Kronen Zeitung liegt mit 184 durchschnittlichen Wörtern pro Bericht zum Thema „Betteln“ an letzter Stelle der Zeitungen und stellte ihren Berichten zum Thema so rund 100 Wörter weniger zur Verfügung als der Standard. Nachdem in Standard, Kurier und Kronen Zeitung im Beobachtungszeitraum jeweils nur eine Reportage zum Thema erschien, ist die durchschnittliche Wortanzahl hier nicht aussagekräftig. Trotzdem ist auffällig, dass wiederum der Standard mit seiner Reportage, die 740 Wörter lang ist, den insgesamt längsten Beitrag im Beobachtungszeitraum lieferte.

Tabelle 2: Durchschnittliche Wortanzahl pro Beitrag

	Der Standard	Kronen Zeitung	Kurier	Österreich
Bericht	288	184	227	228
Reportage	740	405	330	-
Interview	-	135	263	-
Kurzmeldung	40	42	52	47
Leserbrief	160	91	-	-
Kommentar	300	245	167	-

6.2 Der Standard

Abbildung 3: Der Standard – Beiträge im Beobachtungszeitraum



6.2.1 Charakteristisches

Charakteristisch für die Beiträge zum Thema Betteln im Standard während des Beobachtungszeitraums ist, dass diese fast ausschließlich von zwei JournalistInnen verfasst wurden. So verfasste die Journalistin Colette M. Schmidt acht der insgesamt vierzehn redaktionellen Beiträge¹⁴², der Journalist Walter Müller verfasste zwei Beiträge, ein weiterer Bericht wurde von den beiden JournalistInnen gemeinsam geschrieben. Dies lässt auf eine thematische Spezialisierung im Standard schließen sowie darauf, dass sich die beiden JournalistInnen verstärkt mit der Thematik auseinandergesetzt hatten und mit dem Verlauf der Diskussion rund um das Bettelverbot sowie mit den verschiedenen AkteurlInnen vertraut waren. Auch wenn aus dem von Colette M. Schmidt verfassten Kommentar vom 17. Februar 2011 unter dem Titel „Würdeloses Täuschungsmanöver“¹⁴³ hervorgeht, dass die Autorin persönlich gegen ein Bettelverbot ist, sind die meisten der Standard-Artikel in dieser Hinsicht neutral gehalten. Ein einziger Bericht lässt im Beobachtungszeitraum in einem Halbsatz die persönliche Meinung der Autorin durchscheinen. So heißt es am 15. Februar 2011 unter dem Titel „Experten verurteilen

¹⁴² Unter der Bezeichnung „redaktionelle Beiträge“ werden in diesem Zusammenhang die Darstellungsformen Berichte, Reportagen und Kommentare zusammengefasst. Die Kurzmeldungen zum Thema sind aufgrund der Kürze zumeist nicht namentlich gekennzeichnet bzw. oft von der APA übernommen.

¹⁴³ Schmidt, Colette (2011): Würdeloses Täuschungsmanöver. Der Standard, vom 17.2.2011, S. 40.

Steirisches Bettelverbot“¹⁴⁴ „(...) Pucher war einer von 13 Experten, die rechtliche und soziale Aspekte eines generellen Bettelverbotes, das ÖVP und SPÖ heute, Dienstag, beschließen wollen, erörterten. (...) Doch Sätze wie ‚In Hostice hungern die Leute mindestens ein Mal pro Woche, auch Kinder‘, oder: ‚Jedes EU-Förderprojekt ist mindestens 100 Kilometer von Hostice entfernt‘, hörten ausschließlich Vertreter der Grünen und der KPÖ, die gegen die Verschärfung im Landessicherheitsgesetz stimmen wollen. Abgeordnete von SPÖ, ÖVP und FPÖ fehlten. Was etwa der Völkerrechtler und Chef des Grazer Menschenrechtsbeirates, Wolfgang Benedek, der Roma Árpád Lakatos sowie kirchliche und wissenschaftliche Einrichtungen, die teils Jahre recherchierten, zu sagen hatten, schien die Regierungsparteien nicht zu interessieren. Auch nicht, dass Polizei und Staatsanwaltschaft unisono betonen, dass es in Graz ‚keinerlei Hinweise für organisiertes Betteln oder Ausbeutung gibt‘ (...).“

In dem Bericht lässt die Autorin ausschließlich GegnerInnen des Bettelverbots zu Wort kommen, zitiert deren eindringliche Argumente gegen das Bettelverbot und unterstreicht gleichzeitig deren Glaubwürdigkeit, indem sie deren jahrelange – auch wissenschaftliche – Recherche hervorhebt und betont, dass auch Polizei und Staatsanwaltschaft entgegen der landläufigen Meinung eine „Organisiertheit“ des Bettelns in Frage stellen würden. Schließlich lässt die Formulierung der Autorin, die Argumentation der BettelverbotsgegnerInnen „(...) schien die Regierungsparteien nicht zu interessieren“ zumindest darauf schließen, dass die Autorin es für angemessen gehalten hätte, wenn sich die Regierungsparteien die Zeit genommen hätten, auch die Argumente der AkteurlInnen gegen das Bettelverbot anzuhören.¹⁴⁵

Insgesamt ist im Standard in Bezug auf die Thematik ein starker Fokus der Berichterstattung auf die zahlreichen Proteste zivilgesellschaftlicher AkteurlInnen gegen das Bettelverbot sowie Berichte über widerständige PolitikerInnen innerhalb der steirischen Politik zu beobachten. Auch die intensive Beschäftigung mit den Hintergründen für das Betteln, mit denen sich auch die ausführliche Reportage von Colette M. Schmidt am 22. Februar 2011 auseinandersetzt¹⁴⁶, lassen so etwas wie eine Blattlinie im Standard sichtbar werden, nämlich, dass über das Bettelverbot in den Beiträgen eher kritisch berichtet wird und verhältnismäßig viele Stimmen gegen das Bettelverbot zu Wort kommen.

¹⁴⁴ Schmidt, Colette (2011): Experten verurteilen steirisches Bettelverbot. Der Standard, vom 15.2.2011, S. 9.

¹⁴⁵ Vgl. dazu auch die Berichterstattung im Kurier auf S. 93f.

¹⁴⁶ Vgl. S. 57f.

6.2.2 Thematischer Fokus in der Berichterstattung

Tabelle 3: Der Standard – Thematischer Fokus in der Berichterstattung

Thema	Artikelanzahl zum Thema	Relatives Themenvorkommen je Artikel ¹⁴⁷
Bettelverbot	19	90%
Politik/Parteistandpunkte	10	48%
Protest/AkteurInnen	9	43%
Herkunft/Ethnie	8	38%
Menschenrechte	6	29%
Andere Themen	6	29%
Hintergründe/Armut	5	24%
keine "Banden"/"Organisiertheit"	3	14%
Polizei/Ordnungsdienste	2	10%
„Banden“/“Organisiertheit“	1	5%
Bettelverbot als „Schutz der BettlerInnen“	1	5%
„Aggressives Betteln“ + „Kinderbetteln“	0	0%
Bettler in Zusammenhang mit Kriminalität	0	0%
Gesamt	70	333%

Am häufigsten wird in den Beiträgen aller beobachteten Zeitungen das Thema „Bettelverbot“ angesprochen. Dies überrascht insofern nicht, als die Diskussion rund um die geplante Einführung bzw. Erweiterung des Bettelverbotsgesetzes die politische, gesellschaftliche und somit auch mediale Diskussion im Februar 2011 prägte. Auch im Standard ist das Thema „Bettelverbot“ im Beobachtungszeitraum in 19 von insgesamt 21 Beiträgen ein Thema. Damit einher geht auch der starke thematische Fokus auf die Standpunkte der einzelnen Parteien bzw. Zitate von PolitikerInnen in Zusammenhang mit dem Bettelverbot, da die Diskussion in der Steiermark, Oberösterreich und Kärnten – das Bettelverbot musste ja als Gesetz in den Landtagen beschlossen werden – stark durch die politische Diskussion geprägt war. Der Standard berichtete dabei in allen der insgesamt zehn Berichte zum Thema auch von den Standpunkten der bzw. den Diskussionen in den Parteien. Dabei wurde im Standard jedoch besonders den Argumenten jener Parteien, welche sich gegen das Bettelverbot aussprachen und einsetzen, Raum gegeben.

¹⁴⁷ Bezeichnet die Wahrscheinlichkeit, dass ein Thema in einem Artikel vorkommt und errechnet sich mit „Anzahl der Nennungen“ / Gesamtzahl der Artikel.

Zum Beispiel:

9. Februar 2011: „*Breiter Widerstand gegen steirisches Bettelverbot*“.¹⁴⁸

„(...) Auch die steirischen Grünen fordern, das Urteil abzuwarten und darüber hinaus, die genannten Institutionen im Unterausschuss als Konsulenten anzuhören, bevor über das Schicksal der Roma entschieden wird (...).“

15. Februar 2011: „*Experten verurteilen steirisches Bettelverbot*“.¹⁴⁹

„(...) Gegner des Verbotes bekamen am Montag weitere Unterstützung: Der VSStÖ kritisierte ‚seine‘ SP-Abgeordnete in einem offenen Brief, und steirische Supermärkte wie Billa und Spar verlautbarten, dass sie Betteln vor ihren Filialen weiter erlauben werden (...).“

16. Februar 2011: „*Tumulte um Bettelverbot im Steirer-Landtag*“.¹⁵⁰

„(...) Der Abstimmung am späten Nachmittag ging dann eine emotionale Debatte mit einem Großaufgebot von Polizei und Security voran. Grünen-Abgeordnete Sabine Jungwirth handelte sich einen Ordnungsruf ein, weil sie darauf hinwies, dass Roma in der NS-Zeit verfolgt wurden, und der SPÖ, die nach einem Schwenk den ÖVP-Gesetzesentwurf mitträgt, ‚Pharisäertum‘ vorwarf. Klubchefs Christopher Drexler (ÖVP) und Walter Kröpfl (SPÖ) reagierten darauf mit heftigen Zwischenrufen. Als Drexler sprach, wurden auf der Besuchertribüne schweigend Transparente mit dem Wort ‚Rassismus‘ und dem Satz ‚Armut ist nicht kriminell‘ entrollt und T-Shirts mit dem Schriftzug ‚Fremdschämen‘ sichtbar. Auch die Grazer Grünen-Vizebürgermeisterin Lisa Rücker und der für Bettler engagierte Pfarrer Wolfgang Pucher blieben bei den anderen, als man ihnen drohte, den Saal durch die Polizei räumen zu lassen. Landtagspräsident Manfred Wegscheider versuchte im Gespräch mit ÖH-Chef Cengiz Kulac zu kalmieren. Nach einstündiger Sitzungsunterbrechung mit Präsidiale durften dann alle bleiben. KPÖ-Klubchefin Claudia Klimt Weithaler fragte die Regierung zum Protest von 143 Institutionen: ‚Warum pfeifen Sie auf die Meinung von Menschen, die sie sonst schätzen?‘ FPÖ-Chef Gerhard Kurzmann wähnte die ‚schweigende Mehrheit hinter uns‘. Am Ende sagte Landeshauptmann Franz Voves, die Stimmung im Landtag tue ihm weh. Dann hob er den Klubzwang für den sichtlich angespannten SP-Mandatar und SJ-Chef, Max Lercher, auf: ‚Egal, wie sie abstimmmt, wir sind stolz auf unsere Jugend.‘ Lercher stimmte mit KPÖ und den Grünen gegen das Gesetz.“

¹⁴⁸ Schmidt, Colette (2011): Breiter Widerstand gegen steirisches Bettelverbot. Der Standard, vom 9.2.2011, S. 10.

¹⁴⁹ Schmidt, Colette (2011): Experten verurteilen steirisches Bettelverbot. Der Standard, vom 15.2.2011, S. 9.

¹⁵⁰ Schmidt, Colette (2011): Tumulte um Bettelverbot im Steirer-Landtag. Der Standard, vom 16.2.2011, S. 9.

Aus dem oben angeführten Zitat wird auch ersichtlich, dass die Positionierung der steirischen SPÖ in Bezug auf das Bettelverbot innerhalb der Partei im Februar 2011 umstritten war. So gab es vor dem Beschluss des Bettelverbots im steirischen Landtag einige Abgeordnete bzw. Parteimitglieder, die sich entgegen der Parteilinie öffentlich gegen das Bettelverbot aussprachen. Auch dieser innerparteilichen Diskussion wird im Standard Platz eingeräumt, wie sich aus den folgenden Ausschnitten ersehen lässt. So heißt es beispielsweise am 18. Februar 2011 unter dem Titel „*Bettelverbot macht der Steirer-SP zu schaffen*“:¹⁵¹ „*Graz/Klagenfurt – Die Abstimmung über das Bettelverbot am Dienstag liegt etlichen Mandataren der steirischen SPÖ schwer im Magen. Wochenlang hatte SPÖ-Klubchef Walter Kröpfl seine Abgeordnete bearbeitet und auf die Zustimmung zum Gesetz eingeschworen. Damit man geschlossen mit dem Koalitionspartner ÖVP auftritt. Schließlich hatte Parteichef Franz Voves – der die Parteimeinung im Sinne der ‚Reformpartnerschaft‘ quasi in Auftrag gegeben hatte – für einen, den jungen Abgeordneten Maximilian Lercher, eine Ausnahme gemacht. Lercher durfte dagegenstimmen. Das schafft nun Unmut in den Reihen jener, die ebenfalls gegen ein Bettelverbot eintraten, sich aber dem Klubzwang unterwarfen. (...) Der Klubzwang innerhalb von Fraktionen ist nicht rechtlich abgesichert, im Gegenteil: Abgeordnete haben das verbrieft Recht, frei abzustimmen. (...)*“

Die SPÖ ist in Bezug auf das Bettelverbot sowohl im Standard als auch in den anderen Zeitungen insbesondere ein spannendes Thema, als im Gegensatz zu FPÖ, BZÖ und auch ÖVP, welche in ihren Programmen das Sicherheits- und Wirtschaftsthema vertreten, nicht ganz eindeutig einzuordnen ist, wie sie sich in Bezug auf das Bettelverbot positionieren würde, während die Grünen und die KPÖ ihrer Linie entsprechend in allen Bundesländern gegen das Bettelverbot sind. Diese Unsicherheit in Bezug auf den Standpunkt der SPÖ zeigt sich auch in der in den Medien kolportierten innerparteilichen Diskussion, welche von allen vier beobachteten Zeitungen aufgegriffen wurde.¹⁵²

Ein großer Fokus neben der politischen Diskussion lag im Beobachtungszeitraum wie bereits erwähnt auch auf den Protesten durch zivilgesellschaftliche AkteurInnen. Dementsprechend rangieren Berichte über diese AkteurInnen bzw. Protestkundgebungen und Aktionen gegen das Bettelverbot auf Rang drei der Standard-Themenliste. Der thematische Fokus auf das Thema Menschenrechte lässt sich aus ebendieser Bezogenheit der Artikel auf AkteurInnen der Zivilgesellschaft erklären. So erwähnen acht der insgesamt vierzehn redaktionellen Beiträge bereits im Titel die Proteste gegen das Bettelverbot.

¹⁵¹ Müller, Walter; Schmidt, Colette (2011): Bettelverbot macht der Steirer-SP zu schaffen. Der Standard, vom 18.2.2011, S. 10.

¹⁵² Mehr dazu vgl. Standard S. 53, Krone S. 83.

Zum Beispiel:

8. Februar 2011: „*Gegen Bettelverbot in der Menschenrechtsstadt. Grazer Armenpfarrer bewirbt sich bei Plakatwettbewerb für Gratiskampagne*“¹⁵³

9. Februar 2011: „*Breiter Widerstand gegen steirisches Bettelverbot. Ökumenisches Forum Christlicher Kirchen, Menschenrechtsbeirat, Grüne und KPÖ warnen vor Gesetz*“¹⁵⁴

12. Februar 2011: „*Großdemo in Graz gegen Bettelverbot. Protest-Plattform mit 130 Initiativen – Auch Oberösterreich verschärft die Gesetze*“¹⁵⁵

17. Februar 2011: „*Breite Front gegen steirisches Bettelverbot. Chef des Grazer Menschenrechtsbeirats gibt Großes Ehrenzeichen des Landes zurück*“¹⁵⁶

Mit der Berichterstattung über die Proteste geht oft auch die Erwähnung des Themas „Menschenrechte“ einher. So beziehen sich AkteurInnen wie der Menschenrechtsbeirat, das European Training and Research Center for Human Rights and Democracy (ETC) oder der Grazer Pfarrer Pucher, welcher sich für BettlerInnen einsetzt, in ihrer Argumentation oft darauf, dass das Betteln bzw. die Selbstbestimmung darüber, wie man seinen Lebensunterhalt verdienen wolle, ein Menschenrecht seien. Auch Verweise auf die ausstehende Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes zum Bettelverbot fallen in diesen Themenblock, welcher mit insgesamt 8,6 Prozent stark in der Berichterstattung des Standards vertreten ist.

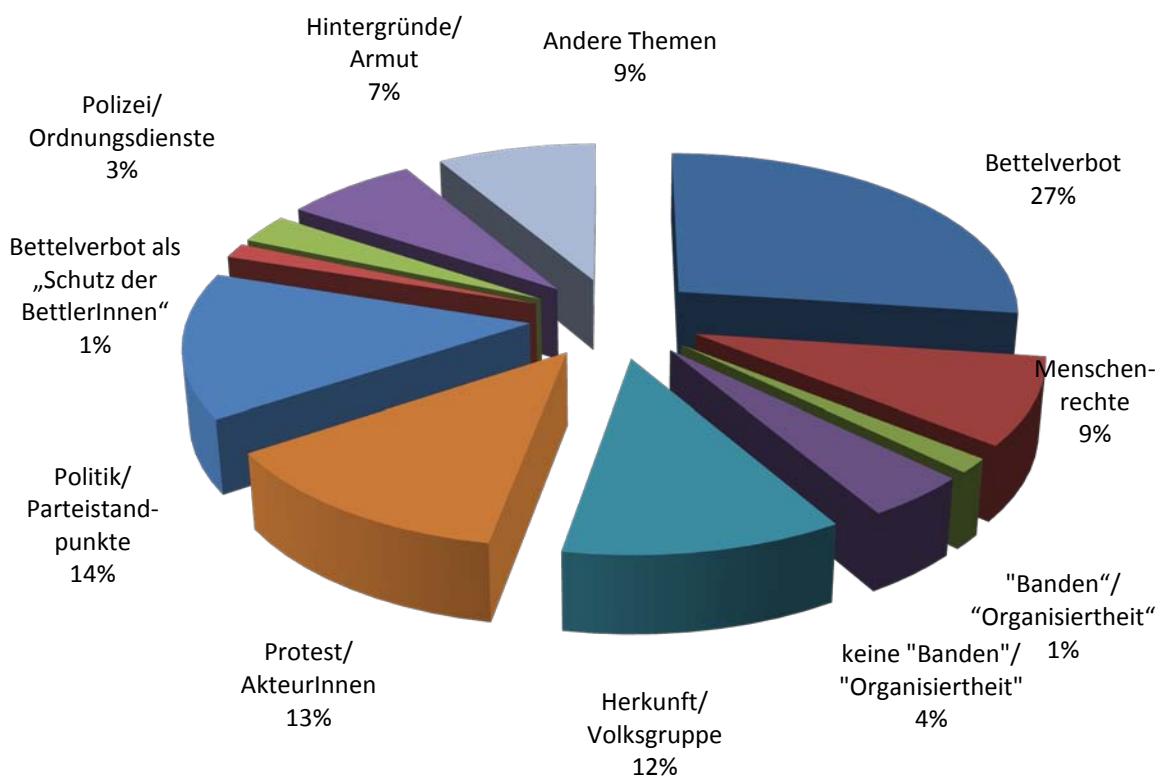
Insgesamt kommen im Standard auch zahlreiche GegnerInnen des Bettelverbots direkt oder indirekt zu Wort. Im Beobachtungszeitraum führten die Standard-JournalistInnen dreizehn direkte sowie sieben indirekte Zitate an, in welchen die GegnerInnen des Bettelverbots zu Wort kamen bzw. ihre Argumente darlegen konnten. Die BefürworterInnen des Bettelverbots kamen im gleichen Zeitraum hingegen nur fünf Mal direkt und zwei Mal indirekt zu Wort.

¹⁵³ Schmidt, Colette (2011): Gegen Bettelverbot in der Menschenrechtsstadt. Der Standard, vom 8.2.2011, S. 28.

¹⁵⁴ Schmidt, Colette (2011): Breiter Widerstand gegen steirisches Bettelverbot. Der Standard, vom 9.2.2011, S. 10.

¹⁵⁵ Müller, Walter (2011): Großdemo in Graz gegen Bettelverbot. Der Standard, vom 12.2.2011, S. 10.

¹⁵⁶ Schmidt, Colette (2011): Breite Front gegen steirisches Bettelverbot. Der Standard, vom 17.2.2011, S. 10.

Abbildung 4: Der Standard – Thematischer Fokus in der Berichterstattung

Auffällig ist in der Berichterstattung des Standards auch die häufige Erwähnung der Herkunft der BettlerInnen bzw. die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Volksgruppe. Hier führt der Standard mit 11,4 Prozent die Rangliste der vier beobachteten Zeitungen an (Krone: 5,3 Prozent, Kurier: 8,9 Prozent, Österreich: 4,6 Prozent). Dies bedarf einer genaueren Betrachtung: Im Standard kommt die Herkunft der BettlerInnen bzw. deren oftmalige Zugehörigkeit zur Minderheit der Roma zumeist in Zusammenhang mit den Gründen für das Betteln vor. Armut und Arbeitslosigkeit werden als zentrale Gründe für das Betteln angeführt und es wird aufgezeigt, dass Menschen in bestimmten Regionen und Ländern, ebenso wie die Minderheit der Roma, besonders stark von Armut und Ausgrenzung betroffen und deswegen besonders häufig auf das Betteln angewiesen sind.¹⁵⁷ Eine weitere Erklärung für die Erwähnung von Herkunft bzw. Bevölkerungsgruppe ergibt sich auch aus der starken Berichterstattung des Standards über Protestaktionen in Zusammenhang mit dem Bettelverbot. Hier werden häufig AkteurInnen der Protestbewegung in der Steiermark zitiert, welche sich besonders mit der Situation der Roma auseinandersetzen, darunter beispielsweise der in der Steiermark für sein Engagement für die Roma bekannte Pfarrer Pucher:

¹⁵⁷ Vgl. dazu auch die Reportage im Beobachtungszeitraum auf S. 57f.

9. Februar 2011: „*Breiter Widerstand gegen steirisches Bettelverbot*“.¹⁵⁸

„(...) Die Vinzenzgemeinschaft initiierte auch schon in Hostice, der Heimatgemeinde der Roma, nachhaltige Hilfsprojekte. Etwa eine Nudelmanufaktur, in der Frauen Pasta produzieren, deren Erlös sie zur Hälfte bekommen. Doch ohne Betteln kämen die Roma, die in der Slowakei noch immer stark diskriminiert werden, nicht über die Runden, betonen die Gegner des Verbotes und stützen sich auf eine kürzlich an der Uni Graz erstellte Studie, die besagt, dass Betteln die soziale Lage für die Betroffenen und ihre Kinder verbessere (...).“

15. Februar 2011: „*Experten verurteilen steirisches Bettelverbot*“.¹⁵⁹

„(...) Tiefenbacher ortet das Vorurteil vom ‚Romani-Patriarchen, der im Hintergrund Fäden zieht‘. Auch Benedek warnte davor, dass das Verbot ‚die Rassendiskriminierungskonvention, die Verfassungsrang hat, verletzt‘ (...).“

Die Auseinandersetzung mit der Frage, ob BettlerInnen „organisiert“ wären oder nicht, kommt im Standard nur am Rande vor. Drei Mal wird in der Berichterstattung die Meinung vertreten, die BettlerInnen wären mehrheitlich nicht organisiert, nur ein Mal wird im Rahmen eines Kommentars die Meinung vertreten, es gäbe „organisierte Bettelbanden“ in Österreich. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang vor allem die Tatsache, dass im Standard, ebenso wie im Kurier, im Beobachtungszeitraum öfter die Meinung vertreten wird, es gäbe keine „Organisiertheit“ als es gäbe eine. Dieses Verhältnis ist bei den beiden anderen beobachteten Zeitungen der Auswahl, Krone und Österreich, genau umgekehrt.¹⁶⁰

Im Standard ist im Beobachtungszeitraum auch kein einziger Artikel zu finden, der sich mit BettlerInnen in Zusammenhang mit Kriminalität beschäftigt. Der Standard ist damit die einzige der vier Zeitungen, welche sich im Beobachtungszeitraum nie auf dieses Thema bezog.

¹⁵⁸ Schmidt, Colette (2011): Breiter Widerstand gegen steirisches Bettelverbot. Der Standard, vom 9.2.2011, S. 10.

¹⁵⁹ Schmidt, Colette (2011): Experten verurteilen steirisches Bettelverbot. Der Standard, vom 15.2.2011, S. 9.

¹⁶⁰ In der Krone wird im Beobachtungszeitraum sogar 19 Mal die Meinung vertreten, die österreichischen BettlerInnen wären mehrheitlich organisiert, versus nur eine einzige Gegenstimme.

6.2.3 Das Thema in der Reportage

Die ausführliche Reportage¹⁶¹ zum Thema, welche am 11. Februar 2011 unter dem Titel „*Ein Dorf zwischen Armut und Hoffnung*“¹⁶² im Standard erschienen ist, konzentriert sich vor allem darauf, die Situation der Roma aus Hostice darzustellen, die vom Bettelverbot in Graz primär betroffenen sind. Mit Hilfe zahlreicher direkter Zitate wird die Reportage „lebendig“ und gibt den Betroffenen und ihren Geschichten ein Gesicht. Bezeichnenderweise beginnt die Journalistin Colette M. Schmidt ihren Bericht mit der Feststellung, Graz genieße bei der Bevölkerung in der Gegend in und rund um das slowakische Hostice trotz des geplanten Bettelverbots einen überraschend guten Ruf. Das kontrastiert auf schöne Weise die Ablehnung, auf welchen die BettlerInnen bei einigen Teilen der österreichischen Bevölkerung stoßen: „*Sie kommen aus Graz? Ich wünsche ihnen alles Gute!*“ *Kaum jemand in der knapp 1000 Einwohner zählenden Gemeinde Hostice in der Slowakei, dem der Name der steirischen Landeshauptstadt nicht ein flüchtiges Lächeln auf die Lippen zaubert.* (...) [Die] wenigsten Grazer wissen, welch hohes Ansehen ihre Stadt sechs Autostunden entfernt genießt. Und zwar nicht nur, weil Pfarrer Wolfgang Pucher und seine Vinzenzgemeinschaft hier Hilfsprojekte initiierten und die Bettler in Graz seit 15 Jahren beherbergen. Warum Graz? „*Unsere Leute*“, erzählt Frantisek Rácz, der seit Jänner Bürgermeister von Hostice ist, in seinem bescheidenen Büro im Gemeindeamt, „*gingen vor Jahren auch nach Linz oder Salzburg, aber die Grazer waren freundlich und sie gaben nicht nur Geld, sondern auch Essen und Kleidung.*“ Das sprach sich bald herum unter den Roma, die fast zwei Drittel der Bevölkerung in Hostice ausmachen (...).“

Die Reportage widmet sich im Folgenden den Gründen dafür, warum den Roma kaum anderen Möglichkeiten bleiben würden, als zu betteln und stellt dies anhand einiger konkreter Beispiele dar: „*Die Roma gehören in der Slowakei zu den größten Verlierern der Wende. Im Kommunismus wurde auf den fruchtbaren Böden rund um ihr Dorf Gemüse für die ganze Region angebaut. Egal, mit wem man spricht, alle sehnen sich nach der Zeit zurück, in der man wenigstens Essen und geheizte Unterkünfte hatte. Heute liegen die Böden brach: Auch von denen, die etwas eigenes Land besitzen, können sich die meisten nämlich nicht einmal den Samen leisten. Die Roma im Ort sind zu 95 Prozent arbeitslos. Rácz rechnet vor, dass eine vierköpfige Familie (mehr als zwei Kinder haben hier entgegen gängiger Klischees nämlich wenige), mit einer Sozialhilfe von maximal 384 Euro auskommen muss – Zuverdienste durch Gemeinschaftsarbeit schon mitgerechnet. Der*

¹⁶¹ Dieser Beitrag ist mit 740 Wörtern im Beobachtungszeitraum der umfangreichste Beitrag in allen vier Zeitungen der Auswahl.

¹⁶² Schmidt, Colette (2011): Ein Dorf zwischen Armut und Hoffnung. Der Standard, vom 22.2.2011, S. 11.

Bürgermeister selbst arbeitet auch als Sozialarbeiter und reinigt Sickergruben, während seine Frau in der örtlichen Volksschule unterrichtet. Das Paar will unbedingt, dass seine beiden Töchter eines Tages an einer Hochschule in Bratislava studieren können.“

Der Bericht betont dabei in diesem, sowie auch in den nachfolgenden Porträts besonders das Engagement sowie den starken Willen der BewohnerInnen von Hostice, arbeiten und sich selbst erhalten zu wollen – wohl auch, um dem noch immer präsenten Klischee der „arbeitsscheuen“ Roma entgegenzuwirken: „*Es gibt Hoffnungsschimmer, die zeigen, mit wie wenig Aufwand hier geholfen werden kann. Einige arbeiten in der Nudelmanufaktur der Vinzenzgemeinschaft: Ein kleines Einfamilienhaus in Hostice, in dem acht Frauen „Vinzipasta“ von Hand machen, die in Österreich verkauft wird. (...) In einem anderen Projekt (...) produzieren Romni aber auch zwei sogenannte weiße Frauen eingelegte Gurken. (...) Jede der Frauen produzierte im Vorjahr 1000 Gläser. „Es ist nicht viel, was ich dafür kriege, aber es ist Geld“, freut sich die Romni Erzsébet.*“

Ein weiterer Teil der Reportage kritisiert dann das fehlende Engagement von Seiten der EU, welches durch die punktuelle Hilfe von Einzelprojekten nicht ersetzt werden könne: „*Seit dem Beitritt kam es für uns noch schlimmer, als nach der Wende*‘, sagt etwa die Nicht-Romni Anna, die auch Essiggurken produziert. Bis 2004 konnte Anna wenigstens Zuckerrüben im eigenen Garten anbauen und an die Zuckerfabrik in Rimavská Sobota verkaufen. „*Doch als man dort EU-Löhne zahlen sollte, wurde die Fabrik vom österreichischen Agrana-Konzern geschlossen.‘ Bahn- und Busverbindungen zogen sich mit Landwirtschaft und Industrie sukzessive zurück. Die Menschen blieben.*“ Der Bericht schließt wieder mit dem Rückschluss auf die Diskussion rund um das Bettelverbot in Graz: „*Wie es weitergehen soll, weiß Bürgermeister Rácz nicht. Als er hört, dass Grazer für den Verbleib bettelnder Roma demonstrieren, ist er gerührt. Dann sagt er: „Wir denken positiv, und sagen immer: Nächstes Jahr wird alles besser.“*“

Kennzeichnend für die Reportage ist der Versuch, so etwas wie eine Verbindung zwischen Graz und Hostice herzustellen sowie die porträtierten Personen als sympathisch und fleißig darzustellen. Dies geschieht vor allem durch die Hervorhebung des Engagements, mit dem die BewohnerInnen von Hostice versuchen, sich mit jedweder Arbeit auch anders als über das Betteln zu finanzieren. Dadurch unterstreicht die Reportage, dass für die Roma das Betteln in Graz nicht das Ziel erster Wahl ist, sondern im Gegenteil nur aus Mangel an anderen Möglichkeiten, den Lebensunterhalt zu verdienen, geschehe.

6.2.4 Das Thema in den Kommentaren

Die beiden, auf den ersten Blick nicht der Linie des Standards entsprechenden Erwähnungen der Themen „Organisiertheit“/„Banden“ sowie „das Bettelverbot als Schutz der BettlerInnen“ sind im Pro-Kommentar der regelmäßigen Reihe „Pro und Contra“ zu finden, in welchem sich der Redakteur Eric Frey am 10. Februar 2011 unter dem Titel „Organisiertes Verbrechen“¹⁶³ für ein Bettelverbot ausspricht. Darin bezieht sich der Journalist auf die gängigen Argumente der BefürworterInnen des Bettelverbots, nämlich, dass die BettlerInnen Teil „organisierter Banden“ seien und „Bettelringe“ die BettlerInnen ausbeuten würden. Ziel des Bettelverbots sei es also, die BettlerInnen vor ebendieser Ausbeutung „zu schützen“. Der Kommentar im Wortlaut: „Hilfe für die Ärmsten mag zwar zu den menschlichen Tugenden gehören, Unterstützung ausbeuterischer Organisationen aber nicht. Genau das aber sind die Bettelringe aus Osteuropa, die seit Jahren Roma in österreichische Städte karren, um mit deren Elend an das Mitleid oder schlechte Gewissen von Passanten zu appellieren. Auch wenn die große Mehrheit die Bettler ignoriert, ist organisierte Bettelei ein lukratives Geschäft – nicht für die Bettler, aber für ihre Hintermänner. (...) Hier geht es um ein organisiertes Verbrechen, das genauso bekämpft werden muss wie Schlepperei und Zwangsprostitution. Das Elend der Roma in der Slowakei oder Rumänien wird durch Toleranz gegenüber Bettlerbanden nicht gemildert. Im Gegenteil: Die Aussicht auf Betteleinnahmen in Wien und Graz erschwert, soweit es sie gibt, andere Integrationsmaßnahmen (...).“

Michael Möseneder, der unter dem Titel „Sinnlose Stadtbereinigung“¹⁶⁴ am selben Tag den zugehörigen Contra-Kommentar verfasst hat, bezieht sich hingegen darauf, dass die im Pro-Kommentar angeführte Argumentation, durch das Bettelverbot würde der Kinder- und Menschenhandel unterbunden, nicht nachvollziehbar sei, da es für diese Delikte bereits ausreichende rechtliche Handhabe gebe. Der wahre Hintergrund für das Bettelverbot sei vielmehr, „Menschen aus dem In- und Ausland, die nicht anders zu Geld kommen können oder wollen, aus dem Stadtbild zu vertreiben. Wahrscheinlich gemäß dem hübschen Grundsatz, dass es keine Probleme gibt, wenn man sie nur nicht mehr sieht.“ Man würde, so Möseneder, durch das Verbot im Gegenteil den BettlerInnen die Möglichkeit nehmen, ihren Unterhalt legal zu verdienen. Viel sinnvoller wäre es, so der Autor, würde „sich die Politik daher darauf konzentrieren, die soziale Situation zu verbessern. Aber das ist halt anstrengender und langwieriger.“

¹⁶³ Frey, Eric (2011): Organisiertes Verbrechen. Der Standard, vom 10.2.2011, S. 32.

¹⁶⁴ Möseneder, Michael (2011): Sinnlose Stadtbereinigung. Der Standard, vom 10.2.2011, S. 32.

Am darauf folgenden Tag, dem 11. Februar 2011, veröffentlicht der Standard dann einen Leserbrief, welcher sich auf den Pro-Kommentar von Eric Frey bezieht und den Kommentar, ebenso wie den Standard, unter dem Titel „*Nahe der Verhetzung?*“¹⁶⁵ scharf kritisiert. Der Leserbrief im Wortlaut: „*Selbst, wenn die von Frey ohne Beleg wiedergekäute Mär von den allgegenwärtigen kriminellen Strukturen im Betteliwesen empirisch zu belegen wäre; selbst wenn also sein im Kanon mit ‚Krone‘, den drei Mittelparteien und dem gemeinen Stammtisch-Sozialchauvinisten vorgebrachtes Plädoyer für energischere Armenbekämpfung mehr Substanz hätte als den Wunsch, nicht sehen zu wollen, was für jeden empathiefähigen Menschen unschön anzusehen ist; selbst dann grenzte es immer noch an Verhetzung, eine – leider – für viele im Elend lebende Menschen trotz EU-Bürgerschaft alternativlose, gewaltfreie Erwerbsmöglichkeit pauschal zum ‚Verbrechen‘ zu erklären, wie er es in der Überschrift tut. Wo Zwangsverhältnisse vorliegen, sollen diese nach den entsprechenden Paragraphen (Sklaverei, Menschenhandel, usw.) geahndet werden. Wo nicht, sollte ein liberales Medium es dem und der Einzelnen zugestehen können, die Entscheidung für oder gegen das Betteln selbst zu fällen – auch und gerade, wenn der Mensch arm ist und Romanes spricht.* Bernhard Weidinger, Institut für Zeitgeschichte.“

Der Leserbriefschreiber kritisiert den Standard dafür, im Kommentar vom Vortag als „*liberales Medium*“ der Argumentation der Krone zu folgen und darin nicht bestätigte Vorurteile und Klischees in Zusammenhang mit dem Betteln zu wiederholen und abzudrucken, ohne sich auf „empirische“ Belege für die Behauptungen stützen zu können. Ebenso wie die meisten der Grazer AkteurlInnen gegen das Bettelverbot geht auch der Autor des Leserbriefs am Ende seines Beitrags auf die Volksgruppe der Roma ein, welche durch das Bettelverbot besonders getroffen würden. Durch den Leserbrief wird der einzige Beitrag im Standard, welcher sich im Beobachtungszeitraum dezidiert für das Bettelverbot ausspricht noch zusätzlich relativiert.

Und auch der dritte Kommentar im Beobachtungszeitraum, von Colette M. Schmidt am 17. Februar 2011 unter dem Titel „*Würdeloses Täuschungsmanöver. Das steirische Bettelverbot sorgt für Proteste, weil es Bürger für dumm verkauft*“¹⁶⁶ verfasst, kann eindeutig als Beitrag gegen das Bettelverbot eingeordnet werden. Schmidt fasst in ihrem Kommentar übersichtlich die gesamte Diskussion rund um das Bettelverbot zusammen. Der Kommentar beginnt dabei mit der Darlegung der unterschiedlichen Positionen in der Diskussion: „*Betteln ist organisierte Kriminalität. Das sagen die Befürworter von Bettelverboten in ganz Österreich, auch in der Steiermark. Was wurde eigentlich aus der*

¹⁶⁵ Weidinger, Bernhard (2011): Leserstimme: Nahe der Verhetzung? Der Standard, vom 11.2.2011, S. 30.

¹⁶⁶ Schmidt, Colette (2011): Würdeloses Täuschungsmanöver. Der Standard, vom 17.2.2011, S. 40.

guten alten Unschuldsvermutung? Kann man Menschen pauschal kriminalisieren, ohne Beweise? Man kann. Schließlich kann man sogar aufgrund von Behauptungen ein Gesetz beschließen, das zwischen 70 und 100 Roma aus Südosteuropa, die in Graz betteln, um zu überleben, vertreibt. Polizei und Staatsanwaltschaft ermittelten in Graz über Jahre, ohne Hinweise für organisiertes Verbrechen, Menschenhandel oder Ausbeutung zu finden. Für ÖVP, FPÖ und – nach dem atemberaubenden Schwenk der Landespartei – auch für die SPÖ ist das vollkommen egal.“

Einen besonderen Schwerpunkt legt die Autorin in ihrem Kommentar, wie auch in ihrer Reportage, auf die Lage der betroffenen BettlerInnen selbst, die in Graz mehrheitlich der Volksgruppe der Roma angehören und unterlegt ihre Argumentation auch mit Zahlen. So heißt es weiter: „*Roma haben de facto keine Rechte, nicht in Österreich, nicht in der Slowakei und Bulgarien. Sie sind die am stärksten diskriminierte Gruppe Europas. Ihre Arbeitslosigkeit liegt etwa in der Slowakei bei 98 Prozent. Und sie hatten keine Lobby. Bis jetzt. Denn seit ein paar Tagen demonstrieren und unterschreiben Grazer Bürger aus der Kulturszene, aus sozialen Einrichtungen, der evangelischen und katholischen Kirche und Studierende zu Tausenden für den Verbleib dieser Roma in ihrer Stadt.*“ Dieses Engagement habe in der Steiermark, so die Journalistin weiter, vor allem mit AkteurInnen wie dem European Training and Research Center for Human Rights and Democracy (ETC), dem Grazer Menschenrechtsbeirat sowie dem über die Landesgrenzen hinaus bekannten Grazer Pfarrer Pucher zu tun, welche „*den Bettlern Gesichter und Biografien*“ gegeben hätten, „*Arbeit, die in der Bevölkerung langsam wirkt, während sie den Regierenden oft lästig ist.*“ Schmidt listet in ihrem Kommentar auch die gängigen Klischees und Vorurteile gegenüber den Roma auf, welche auch in die Diskussion rund um das Bettelverbot oftmals mitschwingen und stellt diesen Vorurteilen die Forschungsergebnisse der BettelverbotsgegnerInnen gegenüber: „*Und in diesen Biografien wurden seit Jahrhunderten tradierte Klischees wie das des Roma-Patriarchen, der die ‚Sippe‘ ausbeutet, oder der ‚arbeitsscheuen Zigeuner‘ als Vorurteile entlarvt. Zuletzt auch in einer breit angelegten Studie des ETC und der Uni Graz über die Bettler in Graz.*“ Schlussendlich stellt Schmidt auch die vorgeschoßene „*Sorge*“ der BefürworterInnen des Bettelverbots um die „*durch kriminelle Organisationen ausbeuteten*“ BettlerInnen in Frage:¹⁶⁷ „*ÖVP, FPÖ und SPÖ betonen nun ihre Sorge um die ‚Würde‘ der Bettler, die da so knien müssten. Doch Menschenwürde hat vor allem etwas mit Selbstbestimmung zu tun, und diese spricht man den Roma – ohne sie selbst zu fragen – ab. Man entscheidet für sie, was gut für sie ist. Und man entscheidet für die Grazer, wem sie wo etwas geben dürfen.*“ Der leidenschaftliche Kommentar schließt mit

¹⁶⁷ eine Argumentationslinie, die sich neben den Statements der oben angeführten Parteien auch in zahlreichen Leserbriefen der Krone finden lässt, vgl. S. 85f.

einem Verweis auf Österreichs „schweigende Mehrheiten“, die laut Aussage der FPÖ hinter dem Bettelverbot stehen würden: „*Die Gegner des Bettelverbots wurden nun laut. Aber wo sind die Befürworter?* FPÖ-Chef Gerhard Kurzmann weiß das: „*Die schweigende Mehrheit steht hinter uns.*“ Schweigende Mehrheiten sind praktisch: Schon in ganz Österreich konnte man ihnen immer wieder allerlei in den Mund legen. Sie sagen ja nichts.“

6.2.5 Das Thema in den Leserbriefen

Wie bereits die Berichte und Kommentare sind auch die Leserbriefe im Standard im Vergleich zur Kronen Zeitung, welche als zweite Zeitung der Auswahl Leserbriefe zum Thema aufweist, deutlich länger. Durchschnittlich stehen 160 Wörter pro Leserbrief im Standard nur 91 Wörtern pro Leserbrief in der Kronen Zeitung gegenüber. Drei der insgesamt vier Leserbriefe zum Thema Betteln im Standard sind dabei eindeutig der Kategorie „gegen das Bettelverbot“ zuzuordnen, einer der Leserbriefe lässt etwas mehr Interpretationsspielraum offen.

Von den Leserbriefen, die sich im Beobachtungszeitraum eindeutig gegen das Bettelverbot aussprechen, bezieht sich der erste auf die Erfahrungen einer Schülerin, welche einem Bettler Geld spenden wollte. Die Schülerin berichtet in ihrem Leserbrief vom 15. Februar 2011 unter dem Titel „*Grazer Klima I*“¹⁶⁸ davon, dass zwei PolizistInnen sie davon abhalten hätten wollen, einem Bettler Geld zu geben. So schreibt sie: „(...) Warum ein St. Pöltner Polizist nicht will, dass eine Schülerin einem Bettler Geld gibt? Es war der letzte Schultag vor den Semesterferien. (...) Ich hatte gute Stimmung, die auch nicht von den frostigen Außentemperaturen, von weit unter Null Grad, getrübt werden konnte. Jedoch etwas ganz anderes verursachte ein jähes Ende meines Hochgefühls. Der Bettler mit den verkrümmten Füßen. Manchmal habe ich ihm schon etwas Geld gegeben. Auch an diesem Tag konnte ich nicht reaktionslos an ihm vorbeigehen. (...) Nicht von seiner überschwänglichen Freude und Dankbarkeit war ich überrascht, sondern von den zwei Polizisten, genau genommen einer Polizistin und einem Polizisten. (...) Dann ergab sich folgender Dialog: Polizist zu mir: Was hat er (auf den Bettler zeigend) zu Ihnen gesagt? Ich: Gar nichts, ich hab ihm nur Geld gegeben. Polizist: Haben Sie leicht zu viel? Ich: Ja, und er zu wenig. Polizist: Ich kann Ihnen versprechen, dass er genug hat. Polizist zum Bettler: Gehen Sie, Sie müssen hier weg. Danach gingen alle Beteiligten ihres Weges. (...)"

¹⁶⁸ Wiesmüller, Lisa (2011): Leserstimme: Grazer Klima (I). Der Standard, vom 15.2.2011, S. 30.

Hier wird durch den Dialog sehr schön die in der Diskussion rund um das Betteln oftmals mitschwingende Unterstellung, die BettlerInnen würden nicht nur für ihr Nötigstes betteln, sondern im Gegenteil die GeberInnen über das Ausmaß ihrer Armut täuschen bzw. mit dem Betteln reich werden können, sichtbar. Demgegenüber steht eine Schülerin, die nicht im Ansatz in Frage stellt, dass ihr Gegenüber wirklich ihre Hilfe benötige („*Polizist: Haben sie leicht zu viel? Ich: Ja, und er zu wenig*“). Der Leserbrief wirkt durch die Dialogform besonders anschaulich und bekommt dadurch, dass er von einer Jugendlichen verfasst wurde, noch eine zusätzliche Dimension, die die besondere Empathiefähigkeit junger Menschen in den Vordergrund rückt.

In eine ähnliche Richtung geht auch der Leserbrief eines steirischen Psychotherapeuten, der am 16. Februar 2011 unter dem Titel „*Destruktiver Plan*“¹⁶⁹ das Bettelverbot einerseits als „*(...) ruinös für die Glaubwürdigkeit von Politikern, die sich in sozialistischer oder christlicher Tradition sehen*“ bezeichnet und andererseits argumentiert, dass durch das „Aussperren“ der BettlerInnen aus dem öffentlichen Raum Kindern eine wichtige Möglichkeit genommen werde, an deren Beispiel Empathie und Altruismus zu entwickeln: „*(...) Kinder scheinen eine biologisch angelegte Grundtendenz zu Empathie und Altruismus aufzuweisen. (...) Kurzfristig für einen erhofften Tourismuseffekt*“¹⁷⁰ dieses *Human-Kapital* aufs Spiel zu setzen, erscheint mir ähnlich riskant, wie der derzeitig vorherrschende Raubbau ökologischer Ressourcen auf unserem Planeten. (...)“ Dieser Leserbrief unterstreicht noch einmal die Tatsache, dass es für die Erhaltung von Mitgefühl gegenüber den Schwächeren in der Gesellschaft sogar notwendig wäre, dass diese auch sichtbar wären. Diese Argumentationslinie zieht sich durch die Zitate vieler BettelverbotsgegnerInnen im Standard: Nur weil etwas nicht mehr zu sehen ist, heißt es nicht, dass es auch nicht mehr da ist. Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen und Herausforderungen – wie zum Beispiel Armut –, benötige auch die Auseinandersetzung mit den Menschen, die davon betroffen sind.^{171 172}

¹⁶⁹ Pass, Paul (2011): Leserstimme: Destruktiver Plan. Der Standard, vom 16.2.2011, S. 34.

¹⁷⁰ zu diesem Tourismuseffekt vgl. auch den Artikel zum steirischen Weinbau und dem Thema Betteln in der Kronen Zeitung auf S. 76f.

¹⁷¹ Über den Leserbrief mit dem Titel „Nahe der Verhetzung?“ vom 11. Februar 2011, welcher sich ebenfalls dezidiert gegen ein Bettelverbot ausspricht, wurde bereits in Zusammenhang mit den Pro- und Contra-Kommentaren auf S. 60 berichtet.

¹⁷² Vgl. dazu auch die Plakatreihe „Das Gesicht der Armut“, in welchem Gesichter von Grazer BettlerInnen auf Plakatständern im öffentlichen Raum ausgestellt wurden bzw. auch die ähnliche Argumentation in den Interviews vom „Verstecken“ der Armut auf S. 71 und 131.

Jener Leserbrief, welcher auf den ersten Blick nicht ganz eindeutig pro oder contra Bettelverbot einzuordnen ist, beschäftigte sich am 15. Februar 2011 unter dem Titel „*Grazer Klima II*“¹⁷³ mit dem Thema. Hier heißt es:

„*Punks – weg*

„*Süchtler – weg*

„*Bettler – weg.*

„*Wer noch weg?*

„*Feinstaub weg – wäre fein!*

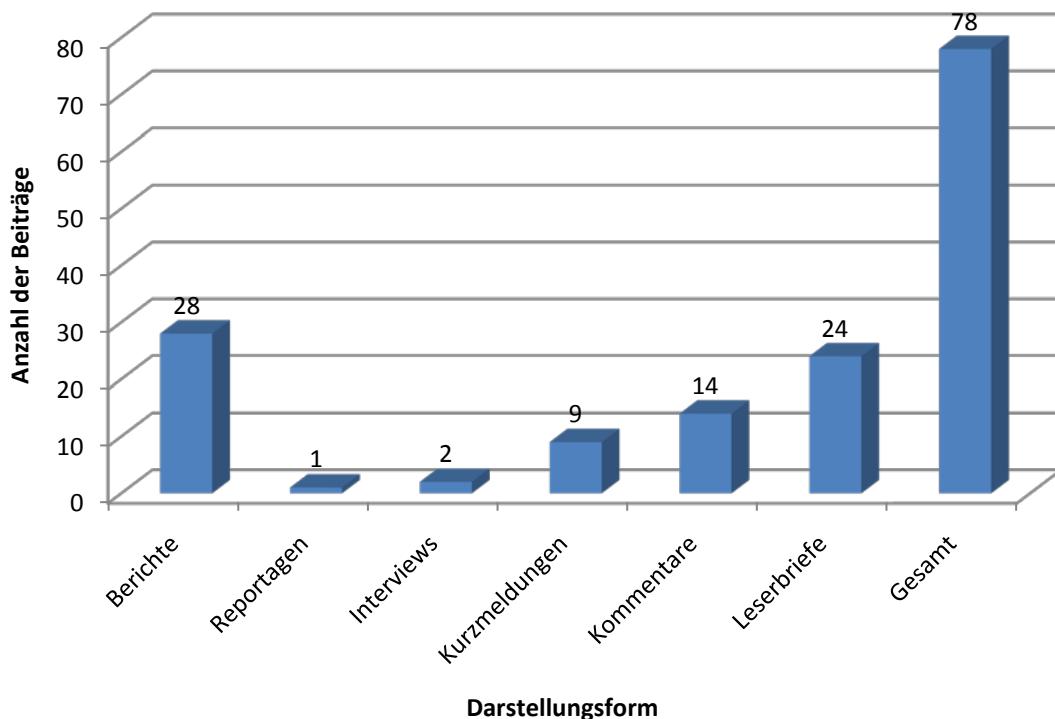
Johanna Liebeg, evangelische Religionslehrerin, 8020 Graz“

Nachdem dieser Leserbrief im Standard und nicht in der Kronen Zeitung erschienen ist, könnte eine mögliche Interpretation lauten, dass die Verfasserin die in Graz erfolgte „Ausschließung“ bzw. „Vertreibung“ bestimmter Bevölkerungsgruppen aus dem öffentlichen Raum kritisiert. Der Diskussion rund um das Bettelverbot waren in Graz auch umfangreiche Diskussionen rund um „Drogenumschlagplätze“ im öffentlichen Raum bzw. die Forderung der FPÖ nach einer „Grazer Bürgerwehr“ zum „Schutz der Kinder vor Drogendealern“ etc., vorangegangen. Wenn diese Interpretation zutrifft, könnte der Leserbrief ebenfalls als gegen das Bettelverbot gerichtet eingeordnet werden. Zudem könnte die Verknüpfung mit dem Thema Feinstaub auch noch als Kritik an den für das Bettelverbot verantwortlichen PolitikerInnen und deren „falscher Prioritätensetzung“ interpretiert werden.

¹⁷³ Liebeg, Johanna (2011): Leserstimme: Grazer Klima (II). Der Standard, vom 15.2.2011, S. 30.

6.3 Die Kronen Zeitung

Abbildung 5: Die Kronen Zeitung – Beiträge im Beobachtungszeitraum



6.3.1 Charakteristisches

In der Kronen Zeitung kann im Beobachtungszeitraum nicht von einer durchgängigen bzw. ausdrücklichen „Blattlinie“ gesprochen werden. Es gibt neben den, im Vergleich mit den anderen Zeitungen besonders stark ausgeprägten Themen „BettlerInnen arbeiten in organisierten Banden“ sowie „BettlerInnen in Zusammenhang mit Kriminalität“, durchaus auch einige Artikel zu verzeichnen, die sich gegen das Bettelverbot aussprechen bzw. über Protestaktionen berichten. Auch die Reportage vom 5. Februar 2011 unternimmt den Versuch, den BettlerInnen, um die es bei der Diskussion schließlich geht, ein „Gesicht“ zu geben, ihre Situation zu beschreiben und sie selbst zu Wort kommen zu lassen.

Die größten Unterschiede zu den anderen Zeitungen der Auswahl lassen sich vor allem in den stark einseitig gewichteten Leserbriefen und den Kommentaren feststellen. Im Beobachtungszeitraum erschienen in der Kronen Zeitung insgesamt 38 Kommentare und Leserbriefe. Auf Grund dieser ungewöhnlich hohen Anzahl soll der Analyse dieser beiden Darstellungsformen auch besonders viel Raum gegeben werden.

Unterschiede zu den anderen Zeitungen sind auch durch die Verwendung wertender Formulierungen oder abfälliger Bezeichnungen in Zusammenhang mit der Thematik sowie die oben bereits erwähnte stark ausgeprägte Verknüpfung des Themas Betteln mit anderen negativ konnotierten Themen wie Kriminalität, Mafia, Betrügerei etc. zu beobachten. Einige der Artikel im Beobachtungszeitraum zeigen auch, dass in der Kronen Zeitung auch außerhalb der gekennzeichneten Kommentare die Meinung der JournalistInnen für oder gegen das Bettelverbot mit einfließt. Dies soll im Folgenden anhand einiger konkreter Beispiele aufgezeigt werden. So heißt es beispielsweise am 10. Februar 2011 unter dem Titel „*Soll Österreich ein Paradies für Bettler aus dem Osten werden?*“:¹⁷⁴ „*(...) In Wien und in Salzburg gibt es bereits ein Bettelverbot, in Graz und Klagenfurt ist eines geplant: Das wiederum passt den Grünen nicht in ihr ‚Konzept‘. Sie haben einen Antrag auf Aufhebung der Bettelverbote gestellt. (...) Tenor der Proteste gegen Bettelverbote: Im Osten gebe es hohe Arbeitslosigkeit besonders unter den Roma (98 %), und die Österreicher würden ‚ja eigentlich noch immer im Überfluss leben‘, und da sei es unmenschlich, alle von uns fernzuhalten, denen es schlecht geht. Darüber hinaus vertreten Menschenrechtler die Ansicht, dass ein Bettelverbot für Roma einer Rassendiskriminierung gleichkomme. Dass die als Bettler auftretenden Personen zu Bettlerbanden mit Bossen im Osten gehören, wird von den grünen Kritikern der Bettelverbote offensichtlich ignoriert. Damit wird allerdings in Kauf genommen, dass Österreich über kurz oder lang zum Paradies für Bettler und Roma aus dem Osten werden könnte. Apropos Bettler und Roma: Frankreich droht ebenso wie Schweden, demnächst bettelnde Roma hinauszuschieben und nach Rumänien bzw. in die Slowakei zurückzuschicken.*“

Dieser Bericht kann eigentlich als Kommentar bezeichnet werden. Bereits die Formulierung „*das passt den Grünen nicht in ihr ‚Konzept‘*“ unterstellt, dass es den Grünen um eine Programmatik und nicht um das Thema ginge. Deutlich sichtbar wird die Positionierung des Autors für das Bettelverbot dann durch die Formulierung „*dass die als Bettler auftretenden Personen zu Bettlerbanden mit Bossen im Osten gehören, wird von den grünen Kritikern der Bettelverbote offensichtlich ignoriert.*“ Der Autor stellt damit als Tatsache fest, dass alle BettlerInnen organisiert auftreten würden und fremdbestimmt seien und unterstellt den Grünen gleichzeitig, die von ihm als solche bezeichneten „offensichtlichen“ Fakten „zu ignorieren“. Die darauf folgende Rede von Österreich als dem „*Paradies für Bettler und Roma aus dem Osten*“, im Falle, dass das Bettelverbot nicht in Kraft treten würde, kann einerseits als grobe Übertreibung bezeichnet werden und stellt andererseits die Verknüpfung von BettlerInnen mit einer bestimmten Herkunft („aus

¹⁷⁴ Gnam, Peter (2011): Soll Österreich ein Paradies für Bettler aus dem Osten werden? Kronen Zeitung, vom 10.2.2011, S. 4.

dem Osten“) sowie einer bestimmten Volksgruppe („Paradies für Roma“) her. Der letzte Satz des Berichts, welcher das geplante „Hinauswerfen bettelnder Roma“ auch in Frankreich und Schweden anführt, erteilt dann dem steirischen Bettelverbot insofern eine Absolution bzw. relativiert dieses, als ja auch andere europäische Staaten mit „bettelnden Roma“ gleich verfahren würden, und was für Frankreich und das liberale Schweden gut und recht sei, somit auch für die Steiermark gerechtfertigt wäre.

Ein weiteres Beispiel für einen wertenden Bericht der Kronen Zeitung ist beispielsweise am 28. Februar 2011 zu finden, wo es unter der Schlagzeile „*Polizei hilflos gegen Invasion der Bettler*“¹⁷⁵ heißt: „*Die organisierten Bettler-Banden werden in Oberösterreich immer dreister und aggressiver, sind eine richtige Landplage! So wurden am Wochenende die angeblichen ‚Flutopfer‘ gleich busweise im ganzen Bezirk Vöcklabruck losgeschickt, allein in Vöcklamarkt waren es 20. Über die Polizei brach eine Welle von Beschwerden wegen Belästigung herein, die Beamten waren den ganzen Tag nur mit Bettlerkontrollen beschäftigt! Ob die Invasion auf das schöne Wetter zurückzuführen war oder ein anderes System dahintersteckt, bleibt unklar. Jedenfalls wurden die bereits überall auftretenden Bettler mit dem Hochwasser-Bildchen in der Hand am Samstag im Bezirk Vöcklabruck regelrecht ‚ausgesetzt‘. Eine Schar ging von Haus zu Haus, andere standen vor Supermärkten. So aufdringlich und aggressiv Geldfordernd, dass empörte Angeschnorrt in Scharen die Polizei alarmierten. Die aber nichts anderes tun konnte, als die Bettler zu überprüfen, weil zum Einschreiten derzeit noch jede brauchbare Handhabe fehlt. (...)*“.

Es wird in diesem Bericht nicht nur angedeutet, dass es sich bei den BettlerInnen um eine „Plage“ handle, sie werden sogar im ersten Satz des Berichts wortwörtlich so bezeichnet: „*eine richtige Landplage!*“. Verstärkt wird dieser Eindruck eines „Überfalls“ argloser BürgerInnen durch Formulierungen wie „busweise“, „*Invasion*“, „*eine Schar*“. Eine bildliche Gleichsetzung der BettlerInnen mit dem Tierreich wird dabei durch die Formulierung „*ob die Invasion auf das schöne Wetter zurückzuführen war*“ erreicht, die auch auf „Heuschrecken-“ oder „Bienenschwärme“¹⁷⁶ zutreffen könnte. Der Bericht ist ebenfalls wieder durch einen stark umgangssprachlichen Ton gekennzeichnet, indem von „*Schnorrern*“ und „*Angeschnorrt*“ gesprochen wird, oder von „*Hochwasser-Bildchen*“, eine Formulierung, die eine mögliche Bedürftigkeit der Bittenden gleich doppelt relativiert – erstens durch die Anführungszeichen und zweitens durch die Verniedlichung des Wortes „*Bildchen*“. Eine doppelte Relativierung nimmt die Autorin auch durch die

¹⁷⁵ Savoy, Hedwig (2011): Polizei hilflos gegen Invasion der Bettler. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 28.2.2011, S. 10.

¹⁷⁶ Diese Formulierung wird tatsächlich in einem Kommentar der gleichen Autorin vom 28. Februar 2011 verwendet. Vgl. S. 75f.

Formulierung „*angebliche „Flutopfer“*“ vor – nämlich durch das den „Flutopfern“ vorgestellte „angeblich“ sowie die abermalige Verwendung von Anführungszeichen. Durch diese Formulierungen in der Berichterstattung soll ganz sichergestellt werden, dass unter keinen Umständen der Eindruck entstehen könnte, bei den Bittenden handle es sich vielleicht tatsächlich um arme und bedürftige Menschen.¹⁷⁷

6.3.2 Thematischer Fokus in der Berichterstattung

Tabelle 4: Die Kronen Zeitung – Thematischer Fokus in der Berichterstattung

Thema	Artikelanzahl zum Thema	Relatives Themenvorkommen je Artikel
Bettelverbot	59	76%
Politik/Parteistandpunkte	25	32%
„Banden“/„Organisiertheit“	19	24%
Protest/AkteurlInnen	16	21%
Polizei/Ordnungsdienste	11	14%
Andere Themen	11	14%
Menschenrechte	10	13%
Herkunft/Volksgruppe	10	13%
Bettler in Zusammenhang mit Kriminalität	8	10%
Hintergründe/Armut	8	10%
Bettelverbot als „Schutz der BettlerInnen“	6	8%
„Aggressives Betteln“ + „Kinderbetteln“	3	4%
keine "Banden"/"Organisiertheit"	1	1%
Gesamt	187	240%

Wie auch in den anderen Zeitungen führt das Thema „Bettelverbot“ in der Kronen Zeitung die Rangliste der in der Berichterstattung vertretenen Themenbereiche an. Auch in Bezug auf die Auseinandersetzung mit den Parteistandpunkten liegt die Kronen Zeitung mit 13,4 Prozent nur knapp unter dem Schnitt der anderen drei Zeitungen der Auswahl. Allerdings zeigt sich auch in Zusammenhang mit diesem Schwerpunktthema wieder, dass in der Kronen Zeitung die Frage, welcher Journalist bzw. welche Journalistin einen Artikel verfasst, auch Einfluss auf die Bewertung bzw. Kommentierung der Parteistandpunkte hat. Während durchaus auch viele der Artikel neutral die einzelnen Positionen der

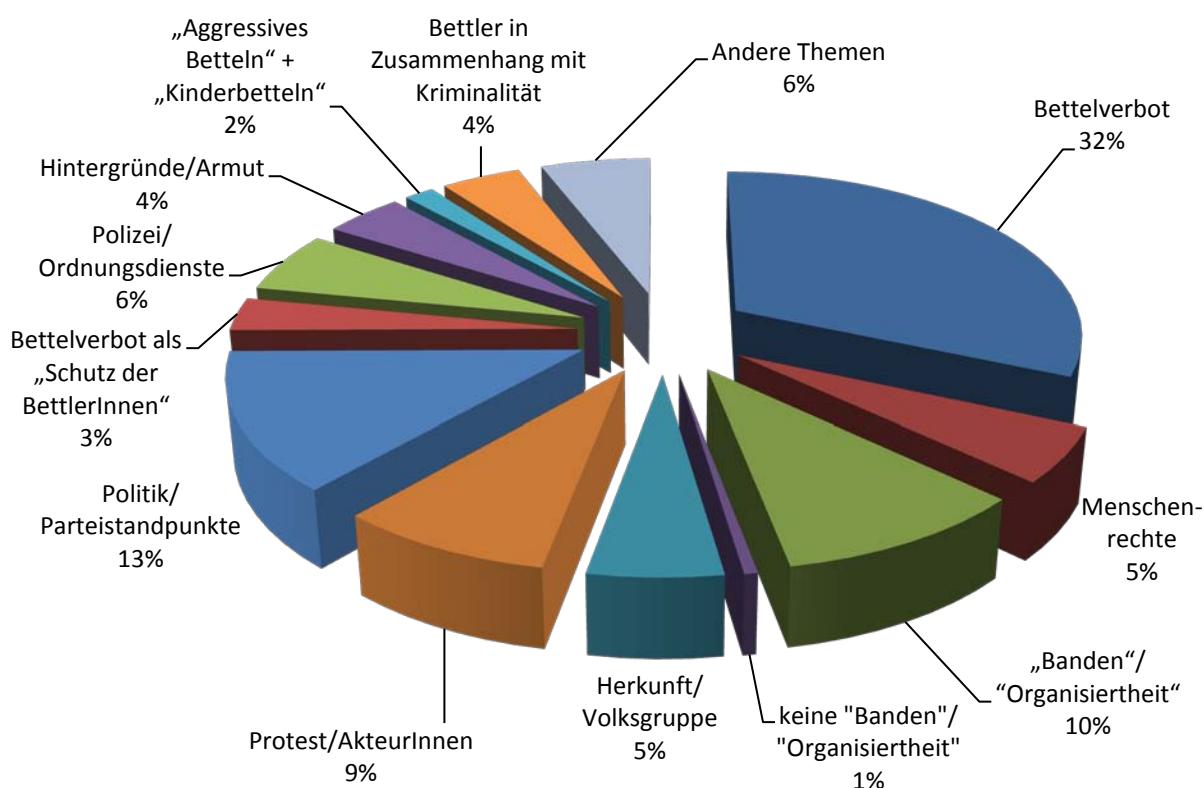
¹⁷⁷ Mehr zum Thema „wertende Sprache“ in Artikeln der Kronen Zeitung vgl. auch die Ausführungen zur Verknüpfung der Themen „Bettler und Kriminalität“ auf S. 72ff.

Parteien nachzeichnen, werden in einigen Artikeln diese Positionen durch bestimmte Formulierungen gleichzeitig auch „bewertet“. Als Beispiel für einen neutralen Bericht soll hier der 11. Februar 2011 angeführt werden, an welchem unter dem Titel „Das Bettelverbot wurde nur von VP und FP beschlossen“¹⁷⁸ Folgendes berichtet wird: „Nur VP und FP haben am Donnerstag im Landtagsausschuss beschlossen, verschiedene Erscheinungsformen des Bettelns – zum Beispiel, wenn ein Kind dabei ist – zu verbieten. Die SP lehnt das Gesetz als ‚exzessiv‘ ab, für die Grünen ist's ein ‚unsozialer Irrweg‘. Der Beschluss von VP und FP zielt auf ‚organisiertes bzw. aggressives‘ Betteln ab und gibt den Städten und Gemeinden – laut VP-Landtagsklub – ‚ein wirksames Mittel in die Hand, um gegen Bettlerbanden vorzugehen‘: (...).“ In diesem Bericht werden die einzelnen Positionen und Argumente der Parteien in Bezug auf das Bettelverbot überblicksmäßig dargestellt und deren Argumente ordnungsgemäß zitiert. Dem gegenüber steht ein Bericht vom 16. Februar 2011, welcher unter dem Titel „Emotionale Landtags-Debatte: Bettelverbot in Stein gemeißelt. Stör-Manöver kleiner Minderheit – Sitzung unterbrochen“¹⁷⁹ mit folgenden Sätzen beginnt: „Ein paar Radaubrüder, ein paar ernsthaft engagierte Aktivbürger, im Endeffekt hat sich die Empörung beim Bettler-Landtag aber in Grenzen gehalten. Der verbale Schlagabtausch war allerdings ordentlich. Grüne und KP versuchten Rot und Schwarz, die hinter dem Bettelverbot standen, ein schlechtes Gewissen einzureden.“ Hier können die Formulierungen „Radaubrüder“ sowie „Grüne und KP versuchten Rot und Schwarz (...) ein schlechtes Gewissen einzureden“ durchaus als kommentierend bzw. wertend bezeichnet werden, abgesehen von der Tatsache, dass der Autor den Protest der GegnerInnen des Bettelverbots schon im Titel des Beitrags als „kleine Minderheit“ relativiert.¹⁸⁰

¹⁷⁸ O. V. (2011): Das Bettelverbot wurde nur von VP und FP beschlossen. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 11.2.2011, S. 20.

¹⁷⁹ Schwaiger, Gerald; Felbinger, Gerhard (2011): Emotionale Landtags-Debatte: Bettelverbot in Stein gemeißelt. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 16.2.2011, S. 13.

¹⁸⁰ Vgl. dazu auch die gegensätzliche Berichterstattung des Kuriers auf S. 95f.

Abbildung 6: Die Kronen Zeitung – Thematischer Fokus in der Berichterstattung

Interessant wird es auf Platz drei der Themenliste, auf welchem in der Kronen Zeitung die Thematik „BettlerInnen sind in Banden organisiert“ zu finden ist. Mit 10,2 Prozent Anteil an den Gesamtthemen unterscheidet sich hier die Kronen Zeitung deutlich von den anderen Zeitungen, in welchen die Thematik nur im Ausmaß von 4,6 Prozent (Österreich), 2,2 Prozent (Kurier) und 1,4 Prozent (Standard) vertreten ist. In jedem vierten Beitrag in der Kronen Zeitung wird also behauptet, BettlerInnen seien mehrheitlich in „Banden“ organisiert, was zumindest in Bezug auf dieses Thema als Blattlinie interpretiert werden kann. Nur in einem einzigen der insgesamt 78 Beiträge im Beobachtungszeitraum, einem Leserbrief gegen das Bettelverbot, wird die Meinung vertreten, die österreichischen BettlerInnen wären nicht mehrheitlich Teil von organisierten Bettelbanden.

Im Folgenden ein paar Beispiele:

10. Februar 2011: „*Soll Österreich ein Paradies für Bettler aus dem Osten werden?*“¹⁸¹
 (...) Dass die als Bettler auftretenden Personen zu Bettlerbanden mit Bossen im Osten gehören, wird von den grünen Kritikern der Bettelverbote offensichtlich ignoriert. Damit wird allerdings in Kauf genommen, dass Österreich über kurz oder lang zum Paradies für Bettler und Roma aus dem Osten werden könnte. (...)"

¹⁸¹ Gnam, Peter (2011): Soll Österreich ein Paradies für Bettler aus dem Osten werden? Kronen Zeitung, vom 10.2.2011, S. 4.

26. Februar 2011: „Organisierte Banden mit Lügen bei uns auf Betteltouren“.¹⁸²

„(...) Mit Lügen versuchen organisierte Bettlerbanden derzeit wieder massiv, im oberösterreichischen Zentralraum und im Mühlviertel Geld zu schnorren – das ihre Mafiabosse kassieren. (...)“

28. Februar 2011: „Polizei hilflos gegen Invasion der Bettler“¹⁸³

„(...) Deshalb fordert auch Sicherheitsdirektor Alois Lißl endlich eine neue gesetzliche Grundlage, damit Beamte effizient gegen die organisierten Schnorrer vorgehen können – siehe Interview. Wichtig ist, diesen organisierten ‚Fechtern‘ nichts zu geben – so nährt man nur das System, welches sich die Bosse der ausländischen Bettlerbanden über lange Zeit aufgebaut haben.‘ (...)“

Das Thema „Protest von AkteurInnen gegen das Bettelverbot“ ist in der Krone mit 8,6 Prozent gegenüber dem Standard und Österreich mit jeweils 13 Prozent und dem Spaltenreiter Kurier mit 16,7 Prozent Themenanteil deutlich weniger stark vertreten. Nichtsdestotrotz berichtet auch die Kronen Zeitung im Beobachtungszeitraum über die Aktionen der GegnerInnen des Bettelverbots. So bringt die Krone Oberösterreich am 25. Februar 2011 ein Interview mit einem der AkteurInnen der Plattform „Bettellobby Oberösterreich“, in welchem dieser die Möglichkeit erhält, unter dem Titel „1. Linzer Massenbetteln als Protest gegen Verbotspläne“¹⁸⁴ seine Argumente gegen das Bettelverbot darzulegen. Ein Auszug: „(...) Was sagen Sie den Leuten? – Dass soziale Probleme nicht mit sicherheitspolitischen Maßnahmen gelöst werden dürfen. Für Menschen in Not ist Betteln der letzte Ausweg, sie müssen dazu auch ein Recht haben. (...) Glauben Sie, das Bettelverbot verhindern zu können? – Wir sind realistisch: Es wird dafür im Landtag eine Mehrheit geben. Aber wir können die Menschen zum Nachdenken bringen. (...)“

Der Beitrag vom 27. Februar 2011 unter dem Titel „Das Gesicht der Armut“¹⁸⁵ könnte sogar durchaus als Werbetext für eine Aktion der BettelverbotsgegnerInnen bezeichnet werden. So heißt es in dem Text: „Viel wurde in den letzten Tagen und Wochen über das Bettelverbot in der Steiermark diskutiert. Die Bettler wurden dabei vor allem von der Politik meist als ‚Problem‘ und ‚Störfaktor‘ dargestellt und dadurch entmenschlicht. Von oben wird auf sie hinabgeschaut, auf Augenhöhe begegnet man ihnen selten. Um das zu ändern, haben die Fotografen Arian Andiel und Paulus Jakob Porträts von einigen von

¹⁸² Haginger, Johann (2011): Organisierte Banden mit Lügen bei uns auf Betteltouren. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 26.2.2011, S. 12.

¹⁸³ Savoy, Hedwig (2011): Polizei hilflos gegen Invasion der Bettler. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 28.2.2011, S. 10.

¹⁸⁴ O. V. (2011): "1. Linzer Massenbetteln als Protest gegen Verbotspläne". Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 25.2.2011, S. 20.

¹⁸⁵ O. V. (2011): Das Gesicht der Armut. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 27.2.2011, S. 32.

ihnen angefertigt und zeigen diese nun im öffentlichen Raum. Sie verdeutlichen so einen erwünschten Wechsel in der Haltung diesen Menschen gegenüber und machen die Diskussion um einen Aspekt reicher. (...) Machen sie sich selbst ein Bild davon!“

Auch das Thema „Polizei und Ordnungsdienste“ ist in der Krone mit 6 Prozent einigermaßen stark vertreten. Dieser Schwerpunkt lässt sich einerseits durch die vor allem in Oberösterreich geführte Diskussion über die Kompetenzverteilung zwischen PolizistInnen und Ordnungsdiensten zurückführen, andererseits kommen in Zitaten bzw. einem Interview auch VertreterInnen der Polizei zu Wort, die ihre Einschätzung zur Situation der BettlerInnen darlegen. Schließlich ist die Polizei auch in jenen Beiträgen, welche sich mit dem in der Krone stark vertretenen Zusammenhang „Bettler und Kriminalität“ auseinandersetzen, ein Thema. Untenstehend eine Auswahl der Titel im Beobachtungszeitraum zum Thema Polizei und Ordnungsdienste:

5. Februar 2011: „*Nach Aufstockung bekommt Stadtwache mehr Kompetenzen*“¹⁸⁶

11. Februar 2011: „*Jeder, der andere belästigt, soll auch kontrolliert werden’. Mehr Kompetenzen für Ordnungsdienst*“¹⁸⁷

12. Februar 2011: „*Rote und Grüne pfeifen Stadtwache zurück*“¹⁸⁸

18. Februar 2011: „*SPÖ fordert mehr Polizei statt privater Sicherheitsdienste*“¹⁸⁹

28. Februar 2011: „*Polizei hilflos gegen Invasion der Bettler*“¹⁹⁰

Die Verknüpfung der Themen „Bettler“ und „Kriminalität“ kommt in der Krone im Vergleich der vier ausgewählten Zeitungen am häufigsten vor, nämlich in acht von 78 Beiträgen im Beobachtungszeitraum. Zwei der Beiträge beschäftigen sich dabei mit BettlerInnen, die in einem „*Abbruchhaus*“ geschlafen und durch ihr Lagerfeuer einen Brand ausgelöst hätten. Bemerkenswert ist in diesen beiden Beiträgen vor allem die gehässige Sprache, die von den JournalistInnen verwendet wird. So heißt es im ersten Beitrag vom 19. Februar 2011 unter dem Titel „*Lagerfeuer löste Einsatz aus*“:¹⁹¹ „*Offenbar reichen die Einnahmen der Profi-Bettler nicht einmal für ein Billigzimmer. So nisteten sich fünf Slowaken in einem Abbruchhaus in der Linzer Dinghoferstraße ein und zündeten, weil ihnen kalt war, im*

¹⁸⁶ O.V. (2011): Nach Aufstockung bekommt Stadtwache mehr Kompetenzen. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 5.2.2011, S. 22.

¹⁸⁷ O.V: (2011): „*Jeder, der andere belästigt, soll auch kontrolliert werden.*“ Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 11.2.2011, S. 24.

¹⁸⁸ O.V. (2011): Rote und Grüne pfeifen Stadtwache zurück. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 12.2.2011, S. 22.

¹⁸⁹ Dengel, Waltraud (2011): SPÖ fordert mehr Polizei statt privater Sicherheitsdienste. Kronen Zeitung, Mutation Ktn., vom 18.2.2011, S. 14.

¹⁹⁰ Savoy, Hedwig (2011): Polizei hilflos gegen Invasion der Bettler. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 28.2.2011, S. 10.

¹⁹¹ O.V. (2011): Lagerfeuer löste Einsatz aus. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 19.2.2011, S. 16.

Keller ein Lagerfeuer an. Der Rauch schreckte aber Anrainer auf, die Alarm schlugen. Die Slowaken ließen sich widerwillig „retten“, waren nicht erfreut, als ihr Feuer gelöscht wurde. Die Polizei ermittelt jetzt wegen Sachbeschädigung und fahrlässiger Herbeiführung einer Feuersbrunst.“ Mit dem ersten Satz des Berichts wird dabei angedeutet, die BettlerInnen seien eben nicht „gewöhnliche“ Obdachlose, sondern vielmehr „Profis“, welche sich durch ihre oftmals in der Krone unterstellten hohen Einnahmen doch eigentlich ein Zimmer leisten können sollten. Auch das im zweiten Satz verwendete Wort „einnisten“ kann als negativ bzw. abwertend eingeordnet werden. Anstatt der naheliegenden Interpretation, eine Gruppe armer, obdachloser Menschen hätte sich einen geschützten Platz für eine Übernachtung gesucht, vermittelt das Verb „einnisten“, das oft auch in Zusammenhang mit unerwünschten Insekten verwendet wird, die BettlerInnen hätten vorgehabt, sich für unbegrenzte Zeit an einem Platz niederzulassen, eben „einzunisten“, der ihnen in Wahrheit nicht zustehe. Auf die Spitze getrieben wird das Ganze dann noch durch einen neben dem Bericht stehenden und grafisch hervorgehobenen kommentierenden „Einsätzer“ im Dialekt, welcher wohl „die Stimme des Volkes“ repräsentieren soll: „Die Bettler wollten gor net g'rettet wern, die wärn vü liaber bei ihrem Wärme spendenden Müll bliebn. Dastunken is jo no koana.“

Der Dialekt-Kommentar stellt dabei einerseits eine Verknüpfung zwischen BettlerInnen und Müll bzw. Unsauberkeit her und unterstellt auf der anderen Seite durch die Formulierungen „ihrem Müll“ sowie „wollten gor net g'rettet wern“, dass es deren freie Wahl gewesen wäre, in diesem Abbruchhaus zu schlafen. Durch die Dialektform entsteht in diesem Fall zusätzlich der Eindruck, die Aussage wäre nicht von den RedakteurlInnen der Kronen Zeitung selbst formuliert worden, sondern stamme von einer/einem der LeserInnen.

Zwei weitere Berichte im Beobachtungszeitraum setzen sich mit dem Überfall einer älteren Frau durch einen „Bettler“ auseinander. Hier wird von einem Mann berichtet, welcher eine Frau in ihrem Haus um Essen und Geld gebeten und diese anschließend überfallen hätte. Anstatt den Mann als Räuber zu bezeichnen, läuft die Berichterstattung über den Mann unter der Bezeichnung „Bettler“. Unter dem Titel „Viele Hinweise bei Fahndung nach einem Tatverdächtigen“¹⁹² heißt es am 20. Februar 2011: „Nach dem Überfall auf eine Pensionistin Donnerstagnachmittag in St. Margarethen an der Raab gestalten sich die Erhebungen trotz zahlreicher Hinweise sehr schwierig. Oder vielleicht gerade deshalb: Die Polizei fahndet nämlich nach einem unbekannten Rumänen, der zehn Tage vor der Tat bei der 75-jährigen Oststeirerin gebettelt und von ihr sechs Euro sowie ein Essen und eine Jause bekommen hatte. Seit das öffentlich bekannt ist, haben

¹⁹² O.V. (2011): Viele Hinweise bei Fahndung nach einem Tatverdächtigen. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 20.2.2011, S. 24.

sich viele Anrufer aus allen Teilen der Steiermark gemeldet und von ähnlichen Bettlern berichtet – im Alter von 15 bis 70 Jahren. Das macht es den Fahndern nicht gerade einfach, den Richtigen zu finden, sofern er es überhaupt war. Trotzdem sind die Ermittler guter Dinge und hoffen, den Überfall bald klären zu können.“

Der zweite Bericht in diesem Zusammenhang vom 24. Februar 2011 beschreibt dann die Festnahme des Beschuldigten, was auf der Titelseite der Krone mit der Schlagzeile „*Bettler* als Räuber entlarvt“ verkündet wird. Die Verknüpfung der Themen „Bettler“, „brutaler Räuber“ und „Rumäne“ (die in der Kronen Zeitung generell ein schlechtes Image haben) in diesen Berichten trägt möglicherweise dazu bei, bei den LeserInnen Vorurteile bzw. Ängste gegenüber BettlerInnen generell zu schüren.

Eine weitere zusammengehörige Reihe von Berichten, welche von 25. bis 27. Februar 2011 in der Krone Oberösterreich erschien, setzt sich mit „*betrügerischen Spendenbittern*“ bzw. „*Profi-Bettlern*“ auseinander. Die Reihe beginnt mit einem Kurzbericht am 25. Februar 2011, in welchem das Thema angeschnitten wird. Zwei weitere, ausführlichere Berichte vertiefen das Thema am 26. und 27. Februar 2011. Hervorzuheben sind auch hier wieder die ausgesprochen umgangssprachlichen Formulierungen in der Berichterstattung. So heißt es im ersten Kurzbericht am 25. Februar 2011 unter dem Titel „*Betrügerische Spendenbitter*“¹⁹³ „*Ein Bus mit Profi-Bettlern aus Rumänien ist im Mühlviertel unterwegs. Momentan treten die paarweise herumwandernden Rumänen vermehrt im Bereich Feldkirchen/D., Goldwörth, Walding und Ottensheim auf. Sie zeigen Zettel vor, auf denen steht, dass sie Hochwasseropfer seien. Die zuständigen Polizisten werden derzeit jeden Tag bis zu sechs Mal von angeschnornten Bürgern alarmiert, können aber nicht viel tun, außer den Hausierern eine Sicherheitsleistung abzunehmen, sie zu verweisen.*“

Wie bereits in den beiden Berichten über den Überfall auf die Pensionistin wird auch hier wieder die Nationalität der Personen hervorgehoben. Formulierungen wie „*paarweise herumwandernde*“, „*treten auf*“ „*angeschnornte Bürger*“ etc. können dabei als umgangssprachlich bezeichnet werden. Dieser Ton wird auch in den anderen beiden Berichten zur gleichen Thematik fortgesetzt. So heißt es schon im Titel des Berichts vom 26. Februar 2011: „*Organisierte Banden mit Lügen bei uns auf Betteltouren*“.¹⁹⁴ Und weiter: „*Sie zeigen Kärtchen her, auf denen sie behaupten, rumänische Hochwasseropfer zu sein – und kommen tatsächlich großteils aus der Slowakei: Mit Lügen versuchen organisierte Bettlerbanden derzeit wieder massiv, im oberösterreichischen Zentralraum und im Mühlviertel Geld zu schnorren – das ihre Mafiabosse kassieren.*“ Im Verlauf des

¹⁹³ O.V. (2011): *Betrügerische Spendenbitter*. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 25.2.2011, S. 20.

¹⁹⁴ Haginger, Johann (2011): *Organisierte Banden mit Lügen bei uns auf Betteltouren*. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 26.2.2011, S. 12.

weiteren Beitrags, der mit 302 Wörtern deutlich über der durchschnittlichen Länge von Krone-Berichten (184 Wörtern) liegt, ist dann von „*Oststaatler[n] in Anzügen, mit Krawatte und teuren Ledermänteln*“ die Rede, von „*herzergreifenden Lügengeschichten*“, den „*betrügerischen Profi-Bettler[n]*“ sowie den „*bedrängte[n] Bürger[n]*“. Kein einziges Mal wird die Behauptung, es handle sich dabei ausschließlich um organisierte Banden und mafiöse Strukturen in Frage gestellt oder durch beispielsweise einen Konjunktiv relativiert.

Auch im Bericht vom 27. Februar 2011 sind zahlreiche wertende und umgangssprachliche Formulierungen zu finden. So heißt es unter der Schlagzeile „*Die Profi-Bettler tragen sogar Uniformen unserer Helfer*“¹⁹⁵ „*Während über das geplante Bettelverbot in Oberösterreich diskutiert wird, werden die Profi-Schnorrer immer unverschämter! (...)* Dass sich Bettler jetzt sogar als Mitarbeiter von Einsatzorganisationen ausgeben und danach kleiden, ist offenbar eine neue Masche der Profi-Banden (...).“ Sowohl die Formulierungen „*Profi-Schnorrer*“ als auch „*werden immer unverschämter*“ sowie die Formulierung „*neue Masche*“ können als wertend bezeichnet werden. Wieder wird im Bericht der Eindruck erweckt, bei der Rede von den „Bettelbanden“ handle es sich um nachgewiesene Tatsachen. Die im Bericht verwendeten Formulierungen tragen ebenfalls dazu bei, die Beschriebenen als möglichst betrügerisch und gierig darzustellen und keinesfalls als tatsächlich hilfsbedürftig. Der restliche Bericht geht dann zusätzlich dazu noch auf „*aggressive Werbe- und Verkaufspraktiken an der Haustür*“ sowie „*Beschwerden (...) über Firmen, die anrufen und kostenlose Sicherheitschecks in der Wohnung anbieten*“ ein, vermischt also unter einer Überschrift, die einen Artikel über BettlerInnen verspricht, noch zahlreiche weitere Themen. Der durchgängige Tenor innerhalb des Berichtes ist jedenfalls die Vermittlung, „alle“ legten es darauf an, die ÖsterreicherInnen betrügen oder übervorteilen zu wollen.

Wie nahe sich Bericht und Kommentar in der Kronen Zeitung kommen können, zeigt dabei ein Kommentar vom 28. Februar 2011¹⁹⁶, welcher sich ebenfalls mit der Thematik auseinandersetzt und durchwegs die gleiche Diktion verwendet wie die bereits oben angeführten Berichte vom 26. und 27. Februar 2011:¹⁹⁷ „*Seit Wochen ziehen Bettlerbanden durchs Land, fielen zuletzt wie die Bienenschärme übers Salzkammergut her. Und bitten nicht, sondern fordern regelrecht Geld. So aufdringlich und aggressiv, dass sich die Bedrängten nicht mehr anders zu helfen wissen, als die Polizei zu rufen. Die stundenlang kontrolliert – mehr kann sie nicht tun. Das wissen die Organisatoren, lachen*

¹⁹⁵ Savoy, Hedwig (2011): Die Profi-Bettler tragen sogar Uniformen unserer Helfer. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 27.2.2011, S. 24.

¹⁹⁶ Savoy Hedwig (2011): Seit Wochen ziehen Bettlerbanden durchs Land... Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 28.2.2011. S. 10.

¹⁹⁷ Der Bericht vom 27. Februar 2011 wurde von der gleichen Journalistin verfasst.

sich ins Fäustchen und schicken ihre Mitarbeiter ins nächste Revier. Aber eigentlich sind es arme Leibeigene, die ja das Geld an die Bandenbosse abliefern müssen. Nur die werden reicher und reicher. Höchste Zeit, dass diesen feinen Herren ihr mieses und fieses Geschäftshandwerk gelegt wird!

Im Kommentar wiederholen sich dabei durchgängig die bereits in den Berichten verwendeten Formulierungen, die eine „Invasion“ der BettlerInnen suggerieren. Es wird wieder davon gesprochen, dass die BettlerInnen „wie Bienenschwärme“ über eine österreichische Region „herfielen“, es wird von „Bossen“ erzählt, die sich dabei „ins Fäustchen“ lachen würden und die „mies“ und „fies“ sind. Im Gegensatz zu den Berichten wird jedoch im Kommentar auch ergänzend darauf hingewiesen, dass es sich bei den „einfallenden BettlerInnen“ ja doch selbst nur um „arme Leibeigene“ handle, was damit wieder den Rückschluss auf das Bettelverbot ermöglicht, das neben dem Schutz der BürgerInnen vor den „einfallenden Bettlermassen“ ja praktischerweise auch die BettlerInnen selbst schützen würde.

Ein anderes Thema, das im Beobachtungszeitraum in der Kronen Zeitung oft mitschwingt, ist, dass der Tourismusort Österreich bzw. Steiermark „geschützt“ werden müsse. Dies klingt beispielsweise in einem Kommentar vom 16. Februar 2011 unter dem Titel „*Erzherzog Johann, hilf wieder!*“¹⁹⁸ an. In diesem wird von einer kreativen Idee berichtet, mit Hilfe derer, anstelle von „echten“ BettlerInnen – die ja das Straßenbild beeinträchtigen würden – Gelder für die Bedürftigen gesammelt werden könnten. Nach der Idee des Künstlerkollektivs Intro Graz Spection sollten die zwanzig mechanischen Erzherzöge, die im Moment noch ungenutzt im Besitz des Tourismusverbandes wären, als blecherne Bittsteller eingesetzt werden. Und weiter: „*Die Figuren können übrigens auch sprechen. Vor Jahren haben sie den Touristen die Grazer Wahrzeichen näher gebracht, jetzt könnten sie (vom Band) verkünden, dass sie halt für den Pfarrer Pucher sammeln. Und, wenn einer einmal nichts gibt, vielleicht sogar rufen: ,Tschinn, tschinn, tschinn, in der Kassa is nix drin! Wär' doch allen geholfen: Wohlfühl-Shopper bräuchten sich nicht mehr mit Leid auseinandersetzen, für die Bettler gäb's Geld, der Tourismus bräuchte die Problematik nicht länger beklagen, die Politik wär' auch fein heraus – und der gute Erzherzog hätt' (wieder) einmal was für sein Land getan.*“

Der Kommentar kann in diesem Fall wohl als gegen das Bettelverbot gerichtet bezeichnet werden. Er spricht dabei das Thema Tourismus, welches eng mit der Bettelverbotsdiskussion verknüpft ist, deutlich an. Auch in der Reportage über die Grazer BettlerInnen ist das Thema Tourismus gegenwärtig, wenn die interviewten BettlerInnen mehrfach betonen, auf den Grazer Tourismus Rücksicht zu nehmen und deswegen

¹⁹⁸ Felbinger, Gerhard: (2011): Erzherzog Johann, hilf wieder! Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 16.2.2011, S. 12.

bestimmte, für den Tourismus „wichtige“ Straßen in Graz zu meiden. Der Zusammenhang zwischen den Themen „Betteln“ und „Tourismus“, zeigt sich auch in einem weiteren Bericht vom 5. Februar 2011 unter dem Titel „Genuss & Qualität kommen an: Graz fährt Spalten-Ergebnis ein“¹⁹⁹. Ein jubelnder Bericht über die erfolgreiche Jahres-Bilanz der „Genuss- und Wissensstadt“ Graz, der mit dem folgenden Einleitungssatz beginnt: „Graz ist zum Glück ja nicht nur ‚Hauptstadt der Bettler‘ (siehe auch Story oben), –sondern auch jene, die für Genuss, Kultur, größte Lebensfreude steht (...).“ Die im Grunde für den Inhalt des Berichts nicht notwendige Verknüpfung der beiden Themen „Bettler“ und „Tourismusstadt Graz“ lässt dabei den Eindruck entstehen, die Autorin wäre der Meinung, dass Graz es „zum Glück“ trotz der im Stadtbild sichtbaren Bettler 2010 zu guten Auslastungen in der Tourismusbranche gebracht hätte. Im Verlauf des weiteren Berichtes sind die Grazer BettlerInnen dann kein Thema mehr.

6.3.3 Das Thema in der Reportage

Bereits deutlich vor der Reportage im Standard, welche am 22. Februar 2011 erschien, setzte sich die Kronen Zeitung am 5. Februar 2011 mit der Situation der vom Bettelverbot betroffenen Grazer BettlerInnen auseinander. Während die Redakteurin des Standards die slowakische Gemeinde Hostice (aus der viele der Grazer BettlerInnen stammen) besuchte und über die dortigen Bedingungen berichtete, interviewte der Journalist der Kronen Zeitung die BettlerInnen „Zu Besuch im Vinzi-Nest“, der Grazer Unterkunft von „etwa 40 Roma aus der Slowakei“, welche dort die Unterstützung Pfarrers Pucher bekommen. In der Reportage unter dem Titel „Roma-Bettler: ‘Nehmen auf Grazer Rücksicht!“²⁰⁰ kommen dabei zahlreiche der BettlerInnen selbst zu Wort und erhalten die Gelegenheit, von ihrer Situation zu erzählen und ihre Meinung über das Bettelverbot auszudrücken: „(...) Viele der slowakischen Bettler kommen schon seit zehn Jahren und mehr nach Graz. Einer erzählt: ‚Ich habe eine vierköpfige Familie, im Monat bekommen wir jetzt 350 Euro Sozialhilfe, früher war es noch weniger. Aber das reicht nicht zum Leben. Arbeit gibt es keine.‘ Rund 20 Euro ‚verdient‘ ein Bettler am Tag – im Winter. Im Sommer sind es rund fünf Euro, weil das Mitleid geringer ist. Vor einigen Jahren hat Pucher ‚seine‘ Bettler gebeten, nicht in der Innenstadt bzw. in der Herrengasse zu betteln. Diesem Wunsch sind die Roma aus Hostice nachgekommen: ‚Graz ist eine Tourismus- und Kulturstadt, wir verstehen also, dass wir Rücksicht nehmen müssen!‘ In die Lücke sind Bulgaren und Rumänen gestoßen, sie haben die Herrengasse besetzt. ‚Die Bulgaren

¹⁹⁹ Blümel, Christa (2011): Genuss & Qualität kommen an: Graz fährt Spalten-Ergebnis ein. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 5.2.2011, S. 24.

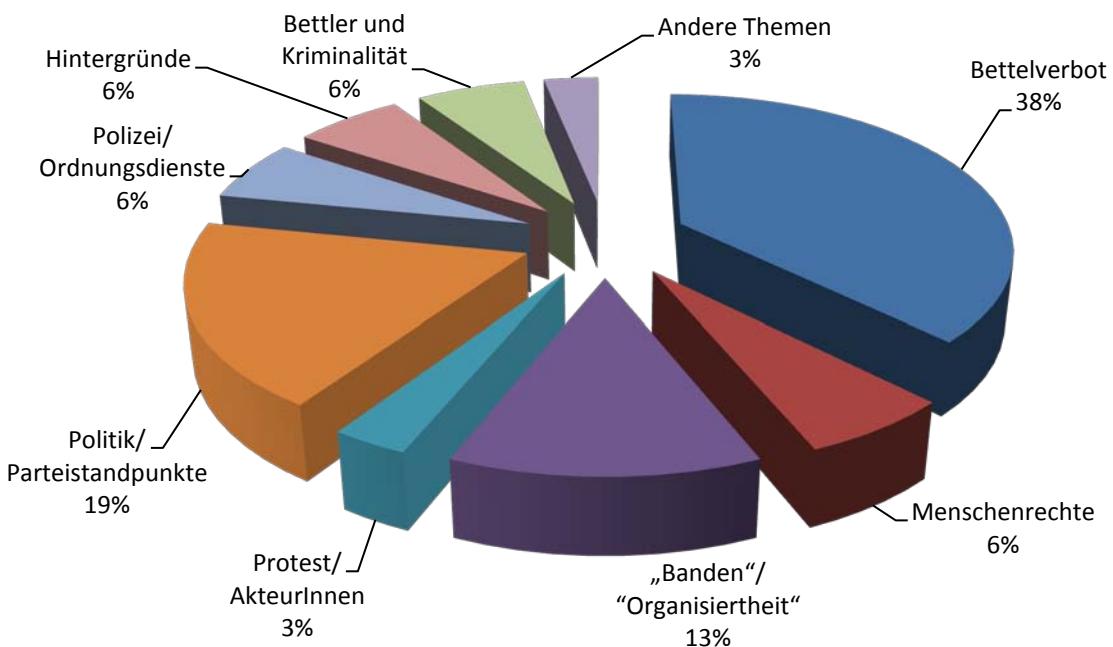
²⁰⁰ Richter, Gerald (2011): Roma-Bettler:“Nehmen auf Grazer Rücksicht!“. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 5.2.2011, S. 24.

und Rumänen betteln auch in den Straßenbahnen und in den Gastgärten, das tun wir nicht', sagt ein Mann aus Hostice. ,Aber die Menschen können zwischen uns und ihnen natürlich nicht unterscheiden.' Die Stimmung im Vinzi-Nest ist derzeit sehr gedrückt: ,Wenn das Bettelverbot kommt, wissen wir nicht mehr, wie wir unsere Familien ernähren sollen. Wir bitten um Mitgefühl und Verständnis bei jenen, die für ein Bettelverbot sind. Wir bitten die Grazer auch zu verstehen, dass wir durch das Betteln Dinge finanzieren können, die für sie ganz selbstverständlich sind!' Einen Ausweg wissen die Männer nicht. Viele finden, dass sie für rücksichtslose rumänische und bulgarische Bettler büßen müssen.“

Die Reportage in der Kronen Zeitung zeigt die Gründe auf, aus denen die SlowakInnen zum Betteln nach Graz kommen, nämlich aufgrund von Armut und Arbeitslosigkeit. Durch die direkten Zitate bekommen die BettlerInnen ein Gesicht. Die Formulierung „*Wir bitten die Grazer auch zu verstehen, dass wir durch das Betteln Dinge finanzieren können, die für sie ganz selbstverständlich sind!*“ stellt klar, dass es den BettlerInnen eben nicht um Reichtum oder den Erwerb von Luxusgütern, sondern um die Finanzierung es Nötigsten für den Alltag gehe. Wie auch bereits im Standard wird durch die Auswahl der Zitate und die ausgesprochen höfliche Formulierung dieser – z.B. „*Wir bitten die Grazer auch zu verstehen (...)*“ – ein positives Bild von den BettlerInnen gezeichnet. Vor allem die Hervorhebung der Rücksichtnahme der BettlerInnen auf den Grazer Tourismus macht sie für die LeserInnen sympathisch. Allerdings wird hier besonderes Mitleid für eine bestimmte Gruppe geschaffen, während die „Schuld“ für das „unangenehme“, „aggressive“ und „rücksichtslose“ Betteln auf eine andere Gruppe, nämlich die „rumänischen“ und „bulgarischen“ BettlerInnen, geschoben wird. Die Empathie für die BettlerInnen aus Hostice wird damit zum Teil durch die Ausgrenzung einer weiteren Gruppe „erkauf“.

6.3.4 Das Thema in den Kommentaren

Abbildung 7: Die Kronen Zeitung – Themenverteilung in den Kommentaren



Im Unterschied zu den Leserbriefen ist aus den Kommentaren in der Kronen Zeitung keine so deutliche Mehrheit für ein Bettelverbot abzuleiten. Etwa fünf der insgesamt vierzehn Kommentare können als pro Bettelverbot eingeordnet werden, drei richten sich gegen das Bettelverbot, wobei eine dieser Contra-Stimmen als sogenannter „Kommentar der Anderen“ von einer nicht der Krone-Redaktion angehörenden Person verfasst wurde. Die verbleibenden sechs Kommentare sind hinsichtlich des Bettelverbots uneindeutig bzw. verknüpfen zahlreiche andere Themen mit dem Thema Betteln, während eine Position in Bezug auf das Bettelverbot nicht eindeutig deutlich wird. Thematisch sind in den Kommentaren Diskussionen rund um die politischen Parteien und deren Positionierung zum Bettelverbot vorherrschend.

Unter den Kommentaren, die sich für ein Bettelverbot aussprechen, sind dabei solche, welche mit eindeutigen Formulierungen aufwarten, wie beispielsweise ein Kommentar am 12. Februar 2011, wo es unter dem Titel „Müllsünder und Kinderbanden“²⁰¹ heißt: „Den ‚Ausrutscher‘ im Gesetzestext, nach dem eine Mutter in echter Not nicht betteln darf, wenn sie ihr Kind dabei hat, wird man wohl noch beseitigen. Doch ansonsten scheint der von VP und FP beschlossene Gesetzestext durchaus tauglich zu sein, lästige Schnorrer und organisierte Abgreifer endlich in den Griff zu bekommen. Problematischer ist für viele die Überwachung durch städtische Ordnungsdienste, die hier neue, eigentlich polizeiliche Kompetenzen bekommen. Was kommt als Nächstes dazu? Die Verhaftung von

²⁰¹ O. V. (2011): Müllsünder und Kinderbanden. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 12.2.2011, S. 14.

Mülltrennungsverweigerern als Umweltschädlinge? Das Einbuchen spielender Kinder als „Bandenbilder“? Das wäre dann exzessiv.“ Der Kommentar zeigt neben der eindeutigen Zustimmung zum Bettelverbot auch eine weitere Diskussion in Zusammenhang mit dem Bettelverbot auf, nämlich wer dieses exekutieren solle. Diese Frage war im Beobachtungszeitraum vor allem in Oberösterreich, wo das Bettelverbot in einer stärker eingeschränkten Fassung als in der Steiermark diskutiert wurde, ein bestimmendes Thema. Daraus lassen sich auch die immerhin 6 Prozent in der obigen Themenliste für das Thema „Polizei und Ordnungsdienste“ erklären.

Ein Kommentar vom 16. Februar 2011²⁰² zeichnet sehr schön die in der Kronen Zeitung häufig zu findenden Argumentationslinien nach, die auch in vielen der abgedruckten Leserbriefen vertreten werden:²⁰³ „*Das Bettelverbot im ganzen Land ist also beschlossen, und das ist gut so. Die Politik ist damit dem Wunsch einer klaren Mehrheit der Bevölkerung nachgekommen. Zurück bleibt freilich ein bissl ein schlechtes Gewissen. Selbst wütende Befürworter dieses Verbots ahnen, dass damit auch erbarmungswürdige Wesen betroffen sein werden, die tatsächlich auf diese unwürdige Art angewiesen sind, ihren Hungerlohn zu erwerben – und wenn das auch nur ganz ganz wenige sind. Keine Frage: Es war höchste Zeit, der organisierten Bettlermafia den Kampf anzusagen. Keine Frage auch, dass die touristisch wertvolle Innenstadt von Graz (Herrengasse, Hauptplatz) bettelfreie Zone sein muss. Dieser Aspekt war es ja auch, der als zugkräftigstes Argument für ein Bettelverbot galt. Auch ich habe mich vor meinen Gästen für diese Bettlermeile geniert. Muss das denn sein? Der alte Mann aber, der Tag für Tag vor meinem Supermarkt schweigend sitzt und eine alte Mütze vor sich her hält, der stört mich nicht; der tut mir einfach nur leid. Der kriegt immer seine Euro-Münze. (...)*“

Auffällig ist, dass der Ton ebenso wie die Positionierung hinsichtlich des Bettelverbots im Verlauf des Kommentars wechselt. Zuerst lobt der Autor die Entscheidung für das Bettelverbot („*das ist gut so*“) und begründet die Entscheidung mit dem „*Wunsch einer klaren Mehrheit der Bevölkerung*“.²⁰⁴ Als nächstes kommt im Kommentar dann das von vielen BefürworterInnen des Bettelverbots oft nachgeschobene „*bissl*“ an schlechtem Gewissen denjenigen gegenüber zum Ausdruck, die vielleicht doch nicht alle zu den „organisierten Banden“ gehören würden, „*auch wenn das nur ganz ganz wenige sind*“. Danach argumentiert der Autor weiter für das Bettelverbot, mit der Begründung, dass er sich jetzt nicht mehr vor seinen ausländischen Gästen für den Anblick der BettlerInnen

²⁰² O. V. (2011): Das Bettelverbot wurde nur von VP und FP beschlossen und das ist gut so... Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 11.2.2011, S. 20.

²⁰³ Vgl. dazu S. 85f.

²⁰⁴ Vgl. hierzu auch den Kommentar von Colette M. Schmidt im Standard zu den „praktischen schweigenden Mehrheiten“ auf S. 61f.

„schämen“ müsse.²⁰⁵ Durch diese Argumentation wird offen ausgesprochen, dass eines der Ziele des Bettelverbots eben doch auch die Vertreibung der sichtbaren Armut aus dem Stadtbild sei und nicht nur der „Schutz der BettlerInnen vor Ausbeutung“. Einen Umschwung nimmt der Kommentar dann, als es um das Einzelschicksal des alten und vertrauten Bettlers geht, der „vor meinem Supermarkt schweigend sitzt“ und der sich nach Meinung des Autors im Gegensatz zu den ausländischen und mit Sicherheit organisierten BettlerInnen doch „seine Euro-Münze“ verdiene.²⁰⁶ Der Kommentar fasst damit, wie bereits eingangs erwähnt, die in der Krone oft verwendete Diskussionslinie „wir wollen mit dem Bettelverbot ja nur die bösen Mafiabosse bestrafen und die BettlerInnen vor dem unwürdigen Betteln müssen schützen – aber ein bisschen ein schlechtes Gewissen haben wir trotzdem, denn wir sind ja keine Unmenschen – und den nicht-organisierten BettlerInnen würden wir ja eigentlich schon etwas geben“ gut zusammen.

Zu den Kommentaren, die sich für ein Bettelverbot aussprechen, gehört auch ein Beitrag des Krone-Innenpolitik-Redakteurs Peter Gnam. Dieser kommentiert unter dem Titel „Als die Schweiz vor Gaddafi buckelte“²⁰⁷ am 26. Februar 2011 eine bunte Mischung an Themen – von der Teilnahme eines Gaddafi-Sohnes am Weltwirtschaftsforum in der Schweiz, der Anwesenheit des türkischen Botschafters bei einer Veranstaltung zum „Wiener Schmäh“ bis hin zum Bettelverbot. Im Absatz über das Bettelverbot heißt es dabei über den Protest gegen das geplante Bettelverbot in der Steiermark: „Sachen gibt's, die gibt's nicht: Die steirischen Grünen haben eine in New York ansässige Menschenrechtsorganisation mit Namen PDHRE aufgetrieben, die das Bettelverbot in Graz verurteilt. ÖVP-Bürgermeister Nagl müsse das Bettelverbot zurücknehmen, weil Graz zu den Menschenrechtsstädten Europas zähle. Ob sich allerdings bis New York herumgesprochen hat, dass es sich in Graz um gewerbsmäßiges, aggressives Betteln samt Ostbandenhintergrund gehandelt hat, darf ernstlich bezweifelt werden.“

Im Kommentar wird wieder als Tatsache behauptet, dass es sich bei den BettlerInnen ausschließlich um „organisierte Banden“ handle und unterstellt, die Grünen würden dies wissentlich „ignorieren“²⁰⁸. Die Formulierung „ob sich allerdings bis New York herumgesprochen hat“ deutet an, „die in New York“ wüssten über die steirischen Verhältnisse ohnehin nicht ausreichend Bescheid, um Kritik üben zu dürfen. So werden gleich mehrere Feindbilder – „die Grünen“, Menschenrechtsorganisationen sowie die, die sich „von draußen einmischen“ – in zwei kurzen Sätzen abgekanzelt.

²⁰⁵ Ob sich der Schämende dabei für die existierende Armut in einem reichen Land wie Österreich schämt oder den Anblick der BettlerInnen selbst, geht aus den Ausführungen nicht hervor.

²⁰⁶ Diese „Ausnahme“ von der Regel für bestimmte, einem seit längerem „bekannte“ und „vertraute“ BettlerInnen, kommt auch in einige der Interviews zur Sprache. Vgl. dazu S. 121.

²⁰⁷ Gnam, Peter (2011): Als die Schweiz vor Gaddafi buckelte. Kronen Zeitung, vom 26.2.2011, S. 2.

²⁰⁸ eine Formulierung, die vom selben Autor in seinem Beitrag „Soll Österreich ein Paradies für Bettler aus dem Osten werden?“ tatsächlich so verwendet wird, vgl. S. 66f.

Als eindeutiger Beitrag gegen das Bettelverbot kann hingegen der „Kommentar der Anderen“ von der evangelischen Pfarrerin Monika Salzer bezeichnet werden, welcher am 27. Februar 2011 in der Sonntagsbeilage „Krone Bunt“ unter dem Titel „Weil er es braucht“²⁰⁹ erschien. Die Autorin geht in ihrem Beitrag auf die Bedeutung der christlichen Werte wie Mitgefühl, Solidarität und Hilfe für die Armen in Zusammenhang mit der Diskussion rund um das Bettelverbot ein und beginnt ihre Ausführungen mit einer anschaulichen Geschichte aus ihrer Kindheit, in welcher ihre Großmutter einem Straßenmusikanten Geld in den Hof geworfen hätte, einfach aus dem Grunde „weil er es brauchte“. Anschließend verknüpft die Pfarrerin die Diskussion mit einer Bibelstelle nach Matthäus, in welcher es heißt: „Wahrlich, ich sage euch: Was ihr nicht getan habt einem von diesen Geringsten, das habt ihr mir auch nicht getan“. Und, so die Pastorin weiter: „(...) Warum setzen sich die christlichen Kirchen so engagiert für das Recht auf Betteln ein? Warum dürfen Menschen, die betteln, nicht verjagt werden? Menschen zweiter Klasse sind sie ohnehin schon durch die Entwürdigung des Bettelns. (...) Niemand darf vom christlichen Abendland reden und zugleich die zentralen Werte des Christentums verraten. (...) Religion muss sich manchmal in die Gesellschaftspolitik einmischen, sie muss aufschreien, wenn die Menschenwürde bedroht ist, denn Religion ist dazu da, das Leben des Menschen an das Heilige anzubinden, und zwar ganz fest.“

Dass es einer Pfarrerin in der Sonntags-Beilage der Krone erlaubt ist, sich gegen das Bettelverbot auszusprechen, überrascht nicht weiter. So ist auch einer der vier abgedruckten Leserbriefe gegen das Bettelverbot in der Krone von einem Dechant verfasst. Christliche VertreterInnen, so scheint es, dürfen sich in der Kronen Zeitung durchaus gegen das Bettelverbot engagieren, wie auch die teilweise durchaus respektvolle Berichterstattung über den Grazer Pfarrer Pucher zeigt. Das bedient einerseits die gläubigen LeserInnen und lässt andererseits so zumindest einige Gegenstimmen zu Wort kommen. Die BefürworterInnen des Bettelverbots können diese Beiträge jedoch im Zweifelsfall immer noch als naive und unrealistische Ansichten der „Gutmenschen“²¹⁰ abtun.

Ein weiterer Kommentar, der in seiner Grundstimmung als eher gegen das Bettelverbot interpretiert werden kann, setzt sich unter dem Titel „Erzherzog Johann, hilf wieder“²¹¹ am 16. Februar 2011 mit den kreativen Ideen von AktionistInnen gegen das Bettelverbot auseinander.

²⁰⁹ Salzer, Monika (2011): Weil er es braucht. Kronen Zeitung, Krone „bunt“, vom 27.02.2011, S. 38.

²¹⁰ So fiel diese in der Kronen Zeitung häufig für „die Linken“ verwendete Bezeichnung auch in zwei Leserbriefen in Zusammenhang mit dem Bettelverbot. Vgl. dazu auch S. 87.

²¹¹ Mehr zu diesem Kommentar ist unter dem Thema „Betteln und Tourismus“ auf S. 76f zu finden.

Die Auseinandersetzung mit PolitikerInnen und dem Bettelverbot nimmt einen Großteil der Kommentare in der Kronen Zeitung ein, wobei die Sozialdemokratische Partei – und dabei nicht nur in Zusammenhang mit dem Bettelverbot – zumeist besonders stark kritisiert wird. Wieder werden viele Themen – „Chaos und Uneinigkeit in der SPÖ“, „der Abzocker-Parteichef Edmund Müller“ u.v.m. – mit dem Thema „Betteln“ verknüpft. So heißt es beispielsweise am 19. Februar 2011 unter dem Titel „*Grazer Rote im Polit-Delirium*“:²¹²

„An der Bettlerdiskussion wird wieder einmal deutlich, durch welche politische Düsternis die SP-Graz wandelt. Die Landes-Genossen unter Franz Voves beschließen mit der Landes-VP und der Landes-FP ein totales Bettelverbot. Die drei Parteien kommen damit dem Wunsch einer Mehrheit der Grazer und Steirer nach. Ein Hintertürchen bleibt aber offen – die Gemeinden können Zonen ausweisen, in denen gebettelt werden darf. Flugs stürmen die Stadt-Roten auf den Hintereingang zu. SP-Kulturstadtrat Karl-Heinz Herper fordert einzelne Bettel-Zonen. Aber der SP-Sozialstadträtin Martina Schröck reicht das nicht – sie will gleich ganz Graz zur Bettel-Zone erklären, also das Betteln überall erlauben. Das war vorgestern, Donnerstag. Gestern, am Freitag, pfiff Neo-Parteichef Edmund ‚Müllionär‘ Müller Schröck und Herper wieder zurück: ,Bettler-Zonen sind vom Tisch!‘ (...) Alles klar? Nein? Kein Wunder! Da ein Parteichef, der sich nicht durchsetzen kann, seine Meinung von einem Tag auf den anderen ändert und nach einem Nein Nagls sofort umfällt. Dort eine Stadträtin, die weit über das Ziel hinaus schießt, nach dem Motto: ,Bettler aller Länder vereinigt Euch und kommt nach Graz!‘ Das Tohuwabohu in der Bettler-Diskussion ist aber nur ein Symptom – die SP-Graz hat ihre Identität, ihre Homogenität bzw. Geschlossenheit verloren. Dass die Partei sich wieder findet und neu durchstartet mit einem Chef Müller, der durch seine Millionen-Pension schon mit einem Bein im politischen Grab steht, noch ehe er seinen Job so richtig angetreten hat, das darf bezweifelt werden.“

Hier wird, wie zuvor bereits erwähnt, eine besondere Konzentration der Kritik auf die SPÖ sichtbar, während die Uneinigkeit über das Bettelverbot innerhalb der SPÖ nicht auf das kontroversielle Thema selbst, sondern eine „SPÖ-Führungsschwäche“ zurückgeführt und sich auf den neuen Parteichef eingeschossen wird, der in keinem der Kommentare ohne den zusätzlichen Hinweis auf seine kolportierte Millionen-Pension erwähnt werden kann.

²¹² Richter, Gerald: (2011): *Grazer Rote im Polit-Delirium*. Kronen Zeitung, Mutation Strmk., vom 19.2.2011, S. 19.

6.3.5 Das Thema in den Leserbriefen

Auffällig ist zwischen der Kronen Zeitung und dem Standard – der zweiten Zeitung der Auswahl, welche im Beobachtungszeitraum Leserbriefe zum Thema aufweist – die Verteilung der Leserbriefstimmen, welche sich für bzw. gegen das Bettelverbot aussprechen. So sprachen sich im Standard im Beobachtungszeitraum vier der vier LeserbriefschreiberInnen²¹³ gegen das Bettelverbot aus. In der Krone hingegen waren es 17 von insgesamt 24 Leserbriefen die das Bettelverbot befürworteten versus nur vier LeserbriefschreiberInnen, welche das Bettelverbot als nicht sinnvoll ansahen.²¹⁴ Leserbriefe sollen in einer Zeitung eine Auswahl der Meinung der „LeserInnen“ bzw. der „Bevölkerung“ widerspiegeln. Durch die Gewichtung der Leserbriefe in der Kronen Zeitung, deren Auswahl ja durch die Redaktion der Kronen Zeitung erfolgt, wird das Bild vermittelt, der Großteil der österreichischen Bevölkerung sei mit dem Bettelverbot einverstanden bzw. empfinde es als sinnvoll. Hier wird durch die Auswahl der Leserbriefe in der Kronen Zeitung auch Meinung gemacht.

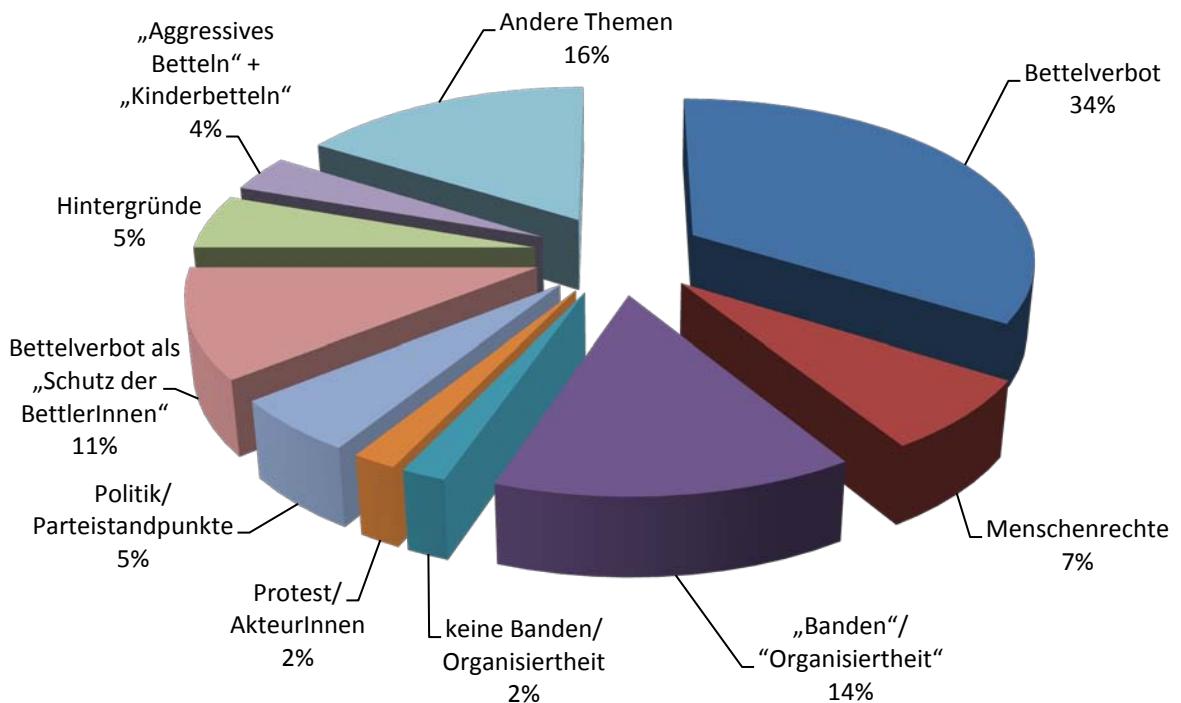
Wenn man sich die Leserbriefe in der Krone thematisch ansieht, werden hier bestimmte Argumentationslinien sichtbar, die sich durch zahlreiche Leserbriefe ziehen und auch, wie bereits erwähnt, in den Kommentaren der Kronen Zeitung zu finden sind. Dies ist einerseits die Argumentationslinie die hier als „ja, aber-Argumentation“ bezeichnet werden soll und sich in verschiedenen Variationen in etwa so anhört: „Ja, irgendwie tun mir die BettlerInnen ja schon leid, ich bin ja kein Unmensch, aber trotzdem finde ich, dass das Bettelverbot richtig ist, weil die BettlerInnen alle organisiert sind“. So wird die Argumentation, dass BettlerInnen organisiert agieren würden, in acht von insgesamt 24 Leserbriefen – einem Drittel – angeschnitten. Die zweite Argumentationslinie bezieht sich dann vor allem darauf, dass das Bettelverbot die BettlerInnen selbst vor der Ausbeutung durch die „Banden-Bosse“ und vor der „menschenunwürdigen Bettelei“ insgesamt schützen solle. Als dritte Argumentationslinie ist in den Leserbriefen der Krone dann noch auffällig oft die Forderung zu lesen, den BettlerInnen doch „anders“ bzw. „in ihren Heimatländern“ zu helfen.²¹⁵

²¹³ Vgl. dazu S. 62ff.

²¹⁴ Drei der insgesamt 24 Leserbriefe zum Thema sind nicht eindeutig für oder gegen das Bettelverbot einzuordnen bzw. liefern differenzierende Argumente.

²¹⁵ Vgl. dazu auch die Argumentation der FPÖ in Bezug auf das Bettelverbot auf S. 23f.

Abbildung 8: Die Kronen Zeitung – Leserbriefe nach Themen



Einige Auszüge aus Leserbriefen, die diese drei Argumentationslinien belegen, finden sich untenstehend:²¹⁶

1. Februar 2011: „Ich bin gegen das Bettelverbot, denn es ist menschenverachtend, einen jungen Mann, nur mit einem dünnen Pullover bekleidet, bei Minusgraden vor einem Geschäft betteln zu lassen! (...) Ich gebe immer ein bis zwei Euro und manchmal auch Obst oder Kekse. Nur fragen Sie nicht, wie es in mir drinnen aussieht – der Schmerz, den ich für diesen Menschen empfinde, ist grausam, aber die Wut auf jene, die abkassieren, ist so groß, dass ich kriminelle Gedanken gegen diese Ausgeburten hege! (...).“²¹⁷

11. Februar 2011: „(...) Das Betteln in der Steiermark soll verboten werden! (...) Man komme nicht mit dem Argument, Graz sei eine Menschenrechtsstadt. Denn Betteln ist erst recht eines Menschen unwürdig.“²¹⁸

11. Februar 2011: „(...) Es ist bekannt, dass viele Bettler ausgebeutet werden und dass die Bettelei bei uns großteils organisiert ist. Das ist menschenunwürdig! (...).“²¹⁹

²¹⁶ Da in der Kronen Zeitung an mehreren Tagen eine gesamte Leserbriefseite dem Thema „Bettelverbot“ gewidmet war, wiesen viele der Leserbriefe keinen eigenen Titel auf und werden hier auch nicht separat angeführt.

²¹⁷ Feitek, Brigitte (2011): Leser-Service: Eine Stimme für das Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 1.2.2011, S. 33.

²¹⁸ Schaupp, Johanna (2011): Leser-Service: Zum neuen Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 11.2.2011, S. 31.

11. Februar 2011: „(...) Jeder weiß, dass es beim Bettlerthema nicht nur darum geht, dass ein paar arme Menschen nicht wissen, wie sie sich ihren Lebensunterhalt verdienen sollen. Vielmehr geht es darum, Schritte gegen das organisierte Betteln zu unternehmen. Es wurde Zeit, dass der Gesetzgeber dagegen vorgeht. Es muss bessere Wege geben, diesen Menschen zu helfen.“²²⁰

12. Februar 2011: „(...) Diesen Menschen sollte vor Ort in ihren Herkunftsländern geholfen werden, damit sie nicht bei uns in menschenunwürdiger Weise auf den [sic] Boden hockend um Almosen betteln müssen. (...)“²²¹

18. Februar 2011: „(...) Herr Pfarrer Pucher: Verwenden Sie lieber das Geld, um diesen Menschen Arbeit vor Ort zu verschaffen, damit sie wieder ihre Würde zurückbekommen. Denn das Betteln ist in meinen Augen würdelos. (...)“²²²

19. Februar 2011: „(...) Ausländische Bettler jedoch sollten sich zurück in ihre Heimat begeben und dort ihren ‚Geschäften‘ nachgehen. Für die Bevölkerung hier sind sie mehr als entbehrlich. Wir wissen nämlich genau zu unterscheiden, wo wirklich Not vorherrscht oder aber organisierte Bettlerbanden ihr Unwesen treiben.“²²³

Eine weitere Thematik, die im Beobachtungszeitraum in den Leserbriefen der Krone stark vertreten ist, ist die Geld- und Ressourcendiskussion, die häufig auch mit Neid bzw. dem Gefühl, selbst zu kurz zu kommen, einhergeht. Diese Leserbriefe unterstellen bzw. kritisieren beispielsweise, dass BettlerInnen ihre „Einkünfte“ als Einzige nicht versteuern müssten oder dass in Prag inzwischen keine BettlerInnen mehr zu finden wären, da diese alle „das Sozialnetz in Österreich ausnutzen“ würden. In dieser Art von Leserbriefen schwingt oft auch der Vorwurf mit, die BettlerInnen könnten mit ihren Einkünften reich werden und hätten es somit besser „als man selbst“:

12. Februar 2011: „Österreicher, die hier gearbeitet haben, also brave Steuerzahler, die alles, aber auch wirklich alles, doppelt und dreifach versteuern, werden nicht von den ‚Gutmännern‘ vertreten. Zum Beispiel in punkto Rauchverbot. Die Vorschreibung, wo man rauchen darf oder nicht, ist genauso verfassungswidrig. Es ist sogar eine Einschränkung der persönlichen Freiheit! Oder zahlen die Bettler für ihr erworbenes Geld in Österreich

²¹⁹ Grillitsch, Manuela (2011): Leser-Service: Zum neuen Bettelverbot. Kronen Zeitung. Mutation Stmk., vom 11.2.2011, S. 31.

²²⁰ Kniely, Bernhard (2011): Leser-Service: Zum neuen Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 11.2.2011, S. 31.

²²¹ Felber, Franz (2011): Leser-Service: Hitzige Debatte zum Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 12.2.2011, S. 31.

²²² Engelschön, Hildegard (2011): Leser-Service: Thema Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 18.2.2011, S. 29.

²²³ Wagner, Markus (2011): Leser-Service: Bettelverbot Warum sollte es kein Bettelverbot geben? Kronen Zeitung, vom 19.2.2011, S. 24.

Steuern? Die ‚Gutmänner‘, welche die Lokale kontrollieren, ob und wo geraucht wird, sollen auch die Bettler kontrollieren – und die Steuern dafür kassieren! Wenn es so weiter geht, sind wir gezwungen, uns auch vor die Treppe der Gemeinde oder vor ein Geschäft zu setzen und zu betteln, dies wäre ein billiges steuerfreies Einkommen! Monika Muster, Thörl²²⁴

15. Februar 2011: „Bei einem Besuch in der schönen Stadt Prag wurden wir von unserem Fremdenführer auf die fehlenden Bettler dieser Stadt aufmerksam gemacht: ‚Sie werden in unserer Stadt keinen einzigen Bettler finden, denn die sind alle in Österreich. Dort werden sie sozial gut versorgt.‘ Und wie recht er hatte! Traude Heftberger, Graz“²²⁵

15. Februar 2011: „(...) Die Frage sollte eher sein, warum diese Menschen nicht die Hilfe öffentlicher Einrichtungen in Anspruch nehmen und stattdessen lieber betteln gehen. Verdient man beim Betteln vielleicht mehr Geld? (...)“²²⁶

Auch eine Verknüpfung der Thematik mit der EU und deren Versagen – inklusive einem Seitenhieb auf deren viel zitierte „unsinnige Regulierungswut“ (Stichwort: „Gurkenkrümmung“) – darf in den Leserbriefen der Kronen Zeitung nicht fehlen:

18. Februar 2011: „Es ist erschütternd, dass arme Menschen aus EU-Mitgliedsstaaten nach Österreich importiert werden und bei jeder Witterung betteln müssen und andere Personen kassieren im Hintergrund mit. Das Verbot wurde nun endlich beschlossen und schon ergreifen wieder die Gutmenschen alle möglichen Mittel dagegen. Eine Frage an diese Menschen: Wie ist es möglich, dass in der EU noch immer eine Zweiklassengesellschaft möglich ist? Was gedenkt man dagegen zu unternehmen? Diesen zweifellos armen Menschen muss in ihrer Heimat ein menschenwürdiges Leben ermöglicht und die dazu nötigen Lebensgrundlagen zur Verfügung gestellt werden! Das wäre eine Aufgabe der EU und nicht Gurkenkrümmung und sonstige Unsinnigkeiten. Anton Raidl, Graz“²²⁷

23. Februar 2011: „Eigentlich dürften wir gar kein Bettlerproblem haben, würden unsere Politiker auch in dieser Sache nicht total versagen; aber ihre Hauptaufgabe ist ja, sich mit diversen Nebenbeschäftigungen und Multipensionen ihre eigenen Taschen vollzustopfen. Eine Hauptaufgabe der EU ist es ja, Geld in die armen EU-Staaten zu geben, um damit

²²⁴ Muster, Monika (2011): Leser-Service: Hitzige Debatte zum Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 12.2.2011, S. 31.

²²⁵ Heftberger, Traude (2011): Leser-Service: Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 15.2.2011, S. 27.

²²⁶ Lackner, Johann (2011): Leser-Service: Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 15.2.2011, S. 27.

²²⁷ Raidl, Anton (2011): Leser-Service: Thema Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 18.2.2011, S. 29.

Arbeitsplätze zu schaffen, damit diese derzeit armen Menschen nicht als Bettler zu uns kommen müssen. Derzeit wird auch Geld in diese Staaten überwiesen, aber die zuständigen Politiker bereichern sich anscheinend mit diesem Geld nur selbst, ohne sich um diese Menschen zu kümmern und die erforderlichen Arbeitsplätze zu schaffen, damit die Zuwanderung zu uns automatisch behoben wird. (...) Erich Schaflinger, Graz²²⁸

Neben der berechtigten Forderung danach, der Armut der BettlerInnen auch in deren Herkunftsländern entgegenzuwirken, wird gleichzeitig das Versagen der EU hervorgestrichen und in Zusammenhang mit dem Themen Korruption und persönliche Bereicherung gebracht. Auffällig ist auch, dass in den hier angeführten Leserbriefen von den AutorInnen zwei Mal die Bezeichnung „Gutmänner“ bzw. „Gutmenschen“ für die GegnerInnen des Bettelverbots verwendet wird, eine eher abschätzige Bezeichnung für „naive“ und „weltfremde“ AkteurInnen der Zivilgesellschaft, der Kirche bzw. des linken Parteienspektrums.

Jene vier Leserbriefe, welche sich im Beobachtungszeitraum gegen das Bettelverbot aussprachen, können kurz gefasst in die folgenden Kategorien eingeteilt werden: Zwei der Leserbriefe, welche am 11. Februar 2011²²⁹ und am 12. Februar 2011²³⁰ als „Gegenstimmen“ zum Thema „Bettelverbot“ in der Kronen Zeitung erschienen, sprechen sich dafür aus, dass rechtliche Bestimmungen gegen das „aggressive Betteln“, das Betteln mit Kindern sowie gegen Menschenhandel und Nötigung ausreichend vorhanden seien und es deswegen auch keines neuen Gesetzes bedürfe. In diesen beiden Leserbriefen wird auch die Thematik angesprochen, dass einer der Gründe für das Bettelverbot wohl auch die Verbannung „sichtbarer Armut“ aus dem öffentlichen Raum sei. In einem weiteren, für Krone-Verhältnisse mit 166 Wörtern²³¹ relativ ausführlichen Leserbrief vom 15. Februar 2011, kommt ein Dechant zu Wort, der neben der Betonung, das Betteln wäre ein Menschenrecht, vor allem auch seine Enttäuschung über die politische Entscheidung artikuliert: „(...) Freilich bin ich strikt gegen organisierte Kriminalität und Menschenhandel, aber bei den meisten unserer Bettler handelt es sich nicht um Verbrecherbanden. Soll sich die Politik auf die Verbrecher in ihren eigenen Reihen konzentrieren, die in vielen Gremien und Parteien sitzen und Millionenbeträge veruntreuen, meist unser Steuergeld. (...) Gerne gebe ich den Bettlern unseres Landes meine Stimme, bei diesen Politikern werde ich mir das bei der nächsten Wahl aber sehr

²²⁸ Schaflinger, Erich (2011): Leser-Service: Bettlerproblem. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 23.2.2011, S. 29.

²²⁹ An diesem Tag erschien insgesamt fünf Leserbriefen zum Thema unter dem gemeinsamen Titel „Zum neuen Bettelverbot“.

²³⁰ An diesem Tag erschien insgesamt drei Leserbriefe zum Thema unter dem gemeinsamen Titel „Hitzige Debatte zum Bettelverbot“.

²³¹ Die durchschnittliche Länge der Leserbriefe im Beobachtungszeitraum beträgt nur 91 Wörter.

genau überlegen müssen. Unendlich enttäuscht von meiner Heimat, Maximilian Tödtling, Dechant von Leoben.“²³²

Um Politik geht es auch im letzten der Leserbriefe, der sich am 21. Februar als contra das Bettelverbot einordnen lässt. Dieser setzt sich unter dem Titel „*Freies Mandat oder doch Klubzwang*“²³³ mit der Abstimmung über das Bettelverbot im Landtag auseinander und kritisiert SPÖ und ÖVP diesbezüglich heftig: „*Die kürzlich von den Parteizentralen der Sozialdemokraten und der Volkspartei inszenierte Abstimmungsmaschinerie im steirischen Landtag hat einmal mehr gezeigt, welchen Stellenwert das ‚freie Mandat‘ in der Politik noch hat. Die vom Wählervolk durch eine freie und geheime Wahl gekürten ‚Volksvertreter‘ haben sich in eindrucksvoller Weise als Marionetten der zentralistisch agierenden Parteisekretäre der beiden Großparteien entpuppt. Durch den Klubzwang hat man einige um ihr ‚Leiberl‘ zitternde Damen und Herren zur Räson gebracht. Eindrucksvoll wurde bei der Abstimmung über das Bettelverbot der Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass es in der SPÖ und ÖVP offensichtlich keine Menschen gibt, die bereit sind, nach eigenem Gewissen zu entscheiden. Adolf Hiden, Kainach*“

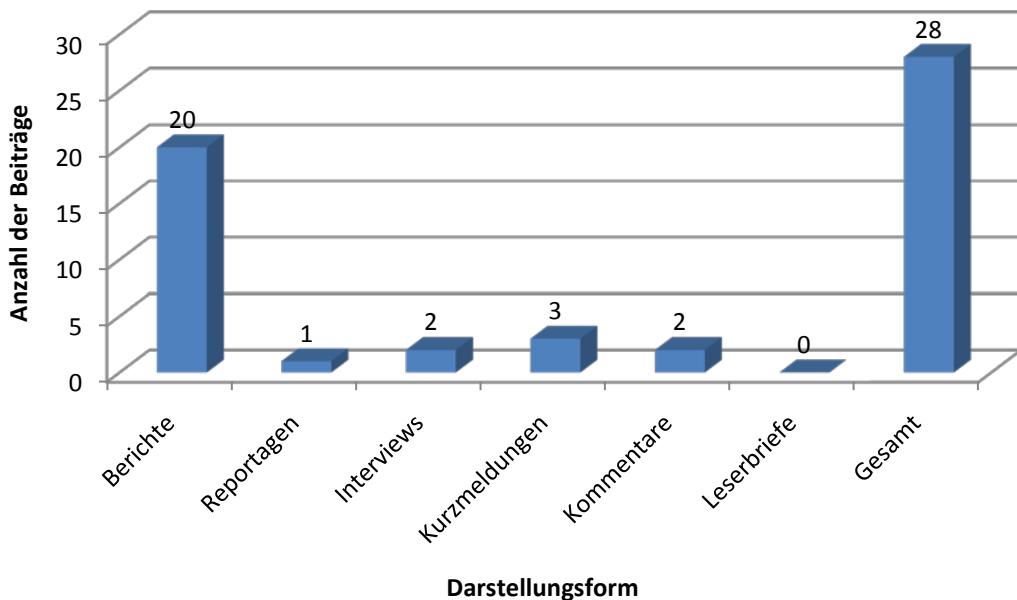
Beim diesem Leserbrief handelt es sich um einen, der inhaltlich ebenso gut auch im Standard oder im Kurier zu finden sein könnte, wo der Klubzwang in Zusammenhang mit dem Bettelverbot ebenfalls Thema der Diskussion war. Was den Leserbrief jedoch von der Mehrheit der Leserbriefe im Standard unterscheidet, ist wiederum vor allem die Sprache. Verallgemeinernde und übertreibende Formulierungen wie „*inszenierte Abstimmungsmaschinerie*“, „*Marionetten der zentralistisch agierenden Parteisekretäre der beiden Großparteien*“ oder die „*um ihr ‚Leiberl‘ zitternden Damen und Herren*“ treffen einen Ton, der – unabhängig vom Inhalt des Leserbriefs – als für die Krone charakteristisch bezeichnet werden kann.

²³² Tödtling, Maximilian (2011): Leser-Service: Bettelverbot. Kronen Zeitung, vom 15.2.2011, S. 24.

²³³ Hiden, Adolf (2011: Leser-Service: Freies Mandat oder doch Klubzwang? Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 21.2. 2011, S. 23.

6.4 Kurier

Abbildung 9: Der Kurier – Beiträge im Beobachtungszeitraum



6.4.1 Charakteristisches

Ebenso wie im Standard sind im Kurier im Beobachtungszeitraum deutlich weniger Beiträge als in Krone und Österreich zur Bettelthematik zu finden. Dies lässt sich unter anderem wieder durch die weniger stark ausgeprägten Ländermutationen der beiden Zeitungen erklären. Am 10. Februar 2011 erstellte der Kurier einen speziellen Schwerpunkt zur Diskussion rund um das Bettelverbot. Ein Hintergrundbericht und eine Reportage, zwei Interviews sowie ein Pro- und ein Contra-Kommentar setzten sich an diesem Tag mit der Thematik auseinander und lieferten den LeserInnen des Kuriert einen umfangreichen und umfassenden Einblick in das Thema.

Es gibt im Kurier zwar in Bezug auf die Thematik keine so deutliche thematische Spezialisierung von JournalistInnen wie im Standard, jedoch verfassten zwei Journalistinnen – Elisabeth Holzer und Ulrike Jantscher – zusammen neun der insgesamt 20 Berichte im Beobachtungszeitraum. Die Berichterstattung der beiden Journalistinnen kann dabei als besonders engagiert in Hinblick auf die Proteste gegen das Bettelverbot bezeichnet werden, welche auch überdurchschnittlich häufig²³⁴ in den Beiträgen des Kuriert thematisiert wurden. Während sich die JournalistInnen des Kuriert in den Beiträgen rund um die politischen Standpunkte zum Bettelverbot ebenfalls bemühten,

²³⁴ Der Anteil des Themas „Protest“ beträgt im Standard 13 Prozent, im Kurier 17 Prozent, in der Krone 9 Prozent und in Österreich 13 Prozent.

sowohl BefürworterInnen als auch GegnerInnen des Bettelverbots gleichermaßen zu Wort kommen zu lassen, klingt in einigen Berichten die liberale Position der JournalistInnen durch. Während sich Standard und Kurier in den Schwerpunkten der Berichterstattung ähneln und zum Beispiel beide Zeitungen der Thematik „Bettelbanden“ sehr wenig Platz einräumten, während dem Thema „Proteste“ und „Gründe für die Armut“ mehr Raum gegeben wurde, unterscheiden sich die beiden Zeitungen in einigen Berichten vor allem durch die sprachliche Darstellung. So sind die Berichte im Kurier mit 227 gegenüber 288 Wörtern im Durchschnitt deutlich kürzer als die Berichte im Standard und viele der Berichte im Kurier zeichnen sich durch eine anschauliche, teils reportageähnliche Sprache aus.

6.4.2 Thematischer Fokus in der Berichterstattung

Tabelle 5: Kurier – Thematischer Fokus in der Berichterstattung

Thema	Artikelanzahl zum Thema	Relatives Themenvorkommen je Artikel
Bettelverbot	21	75%
Protest/AkteurInnen	15	54%
Politik/Parteistandpunkte	13	46%
Herkunft/Volksgruppe	8	29%
Menschenrechte	7	25%
Polizei/Ordnungsdienste	6	21%
Hintergründe/Armut	6	21%
Andere Themen	5	18%
„Aggressives Betteln“ + „Kinderbetteln“	3	11%
keine "Banden"/"Organisiertheit"	3	11%
„Banden“/"Organisiertheit"	2	7%
Bettler in Zusammenhang mit Kriminalität	1	4%
Bettelverbot als „Schutz der BettlerInnen“	0	0%
Gesamt	90	321%

Wie auch der Standard legt der Kurier einen starken Fokus auf die Berichterstattung über Protestaktionen gegen das Bettelverbot bzw. über AkteurInnen, die gegen das Bettelverbot auftreten. Als einzige der vier Zeitungen der Auswahl ist die Thematik „Protest/AkteurInnen“ nach der Thematik „Bettelverbot“ bereits auf Platz zwei der Themenliste zu finden. So setzten sich 15 der insgesamt 28 Beiträge im Beobachtungszeitraum bereits im Titel mit Protestaktionen bzw. mit Stimmen gegen das Bettelverbot auseinander. Zum Beispiel:

9. Februar 2011: „*Bettelverbot: „Partnerschaft gegen Arme“*²³⁵

11. Februar 2011: „*Bettelverbot: Gegner wollen Politiker mit eMails nerven*²³⁶

13. Februar 2011: „*Steiermark: Knien gegen das Bettelverbot*²³⁷

16. Februar 2011: „*Steiermark: „Fremdschämen“ im Landtag*²³⁸

23. Februar 2011: „*Purkersdorf: SP-Aktivisten finden Bettelverbot unmenschlich*²³⁹

25. Februar 2011: „*Aufruf zum Masselbetteln*²⁴⁰

27. Februar 2011: „*Aktionismus: Bettlern in die Augen schauen*²⁴¹

In den Artikeln selbst kommen, wie auch im Standard, überdurchschnittlich viele GegnerInnen des Bettelverbots zu Wort, nämlich 25 Mal in Form von direkten Zitaten und vier Mal als indirekte Zitate. Im Gegensatz dazu wird den BefürworterInnen des Bettelverbots nur sieben Mal mit Hilfe eines direkten Zitates Platz für ihre Argumente eingeräumt. Dadurch wird den Argumenten der GegnerInnen des Bettelverbots im Kurier deutlich mehr Raum zur Verfügung gestellt.

²³⁵ Holzer, Elisabeth; Jantschner, Ulrike (2011): „Partnerschaft gegen Arme.“ Kurier, vom 9.2.2011, S. 18.

²³⁶ Holzer, Elisabeth (2011): Bettelverbot: Gegner wollen Politiker mit eMails nerven. Kurier, vom 11.2.2011, S. 20.

²³⁷ Jantschner, Ulrike (2011): Steiermark: Knien gegen das Bettelverbot. Kurier, vom 13.2.2011, S. 13.

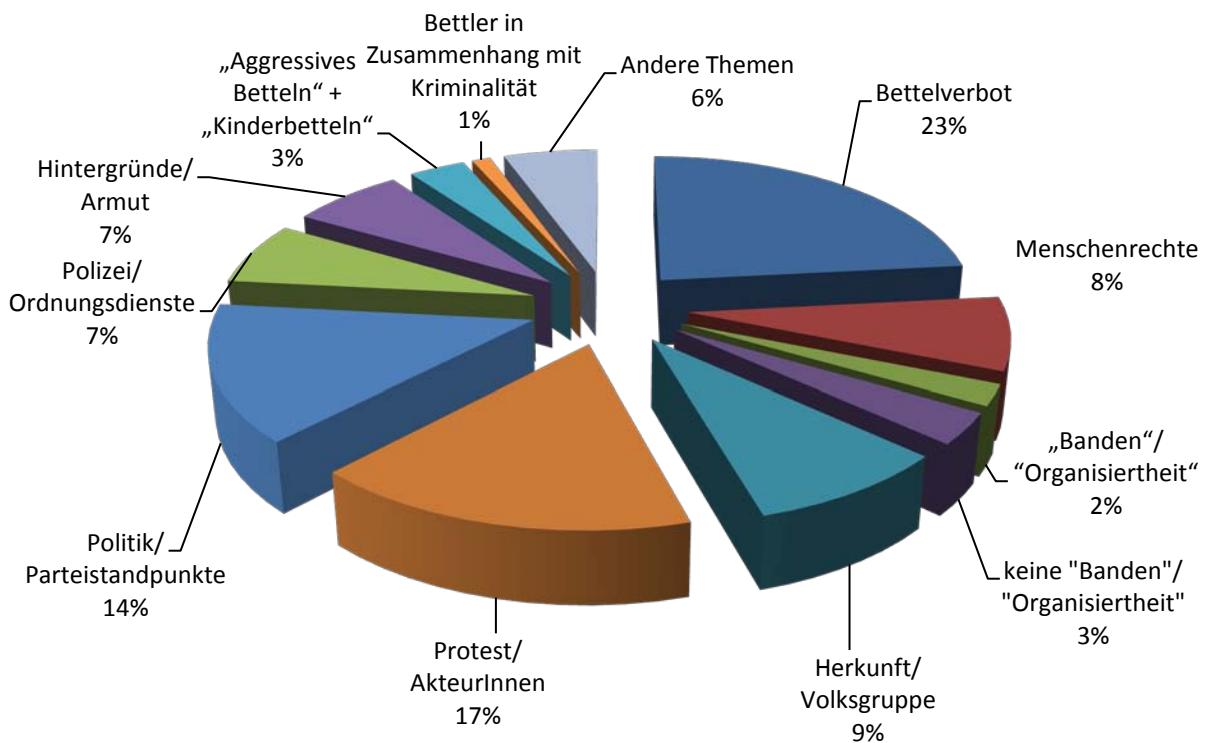
²³⁸ Holzer, Elisabeth (2011): Steiermark: "Fremdschämen" im Landtag. Kurier, vom 16.2.2011, S. 18.

²³⁹ O. V. (2011): Purkersdorf: SP-Aktivisten finden Bettelverbote unmenschlich. Kurier, Mutation NÖ, vom 23.2.2011, S. 18.

²⁴⁰ O. V. (2011): Aufruf zum Massenbetteln. Kurier, vom 25.2.2011, S. 19.

²⁴¹ Holzer, Elisabeth (2011): Aktionismus: Bettlern in die Augen schauen. Kurier, vom 27.2.2011, S. 17.

Abbildung 10: Kurier – Thematischer Fokus in der Berichterstattung



In der Schwerpunktreihe zum Thema Betteln am 10. Februar 2011 kommt unter dem Titel „Wir müssen an die Solidarität der Menschen appellieren“²⁴² auch einer der prominentesten Gegner des Bettelverbots – der Grazer Pfarrer Pucher – in einem Interview zu Wort. Die Schwerpunkte des Interviews liegen dabei naturgemäß auf der Darstellung der Gründe für das Betteln sowie der Feststellung des Pfarrers, dass die Erzählungen von den „bösen Hintermännern“ ein politisches und zudem ein „fadenscheiniges Argument“ für das Bettelverbot seien und er selbst dies nicht bestätigen könne. Pfarrer Pucher: „Ich kann Ihnen garantieren, dass ich in den 15 Jahren meiner Tätigkeit nie auf solche Strukturen gestoßen bin. Für diesen kriminellen Hintergrund fehlen meines Wissens die Beweise. Richtig ist viel mehr, dass die Bettler untereinander oft bekannt oder verwandt sind und gemeinsam nach Österreich kommen.“

Ein weiteres Beispiel für die engagierten Berichterstattung im Kurier über die Proteste gegen das Bettelverbot, die vor allem den Argumenten der BettelverbotsgegnerInnen viel Raum gibt, ist ein reportageähnlicher Bericht, der am 15. Februar 2011 unter dem Titel „Jede Familie hungert einmal im Monat“²⁴³ erschienen ist. Hier heißt es: „Lakatos Árpád sitzt Montag in einem Sitzungssaal im Grazer Landhaus. Sonst sitzt er draußen, auf der Straße: Der Rom aus Hostice ist einer von den 50 Frauen und Männern, die aus dem

²⁴² Gantner, Martin (2011): „Wir müssen an die Solidarität der Menschen appellieren.“ Kurier, Mutation Wien, vom 10.2.2011, S. 22.

²⁴³ Holzer, Elisabeth (2011): „Jede Familie hungert einmal im Monat“. Kurier, vom 15.2.2011, S.19.

ostslowakischen Dorf nach Graz fahren, um zu betteln. 981 Einwohner hat Hostice, 570 von ihnen sind Roma. ,Zehn Personen haben dort Arbeit, darunter drei Roma', zählt Pfarrer Wolfgang Pucher auf. 50 Prozent beträgt die Arbeitslosenquote in diesem Teil der Slowakei, unter den Roma 98 Prozent. ,Es gibt in Hostice nicht eine Familie, die nicht einmal im Monat hungert.' 254 Euro monatlich beträgt die Sozialhilfe pro Familie. Das sind mindestens drei Personen, die damit auskommen müssen. Pucher hat nachgeschaut. ,Die Milch ist bei uns in Graz billiger als in Hostice, der Zucker, die Zahnpasta. Sonst sind die Lebensmittelpreise gleich wie bei uns.' Heute soll das Bettelverbot von ÖVP und SPÖ im Landtag beschlossen werden. Juristen halten es für menschenrechts- und verfassungswidrig. 8700 Unterschriften wurden bereits gegen das Gesetz gesammelt. Die Grünen laden Montag zu einer Expertenrunde. Doch außer ihnen selbst und der KPÖ kommt kein Politiker. Abgeordnete von ÖVP und SPÖ fehlen. Dabei hätten sie interessante Dinge erfahren. Von Historikern der Uni Graz etwa, die die Situation der Bettler erforschten. Acht bis zehn Stunden sitzen die Menschen auf der Straße und ,verdienen' sechs bis 20 Euro pro Tag. Stefan Benedik schildert Schicksale: Von dem Mann, der pro Monat 100 Euro braucht, damit er die Medikamente für seine krebskranke Frau zahlen kann. ,Seit zehn Jahren bettelt er dafür in Graz.' Die behinderte Frau, die ihren Sohn ,als einzigen Rom' aufs Gymnasium schickt. ,Das Geld dafür verdient sie in Graz.' Die Schlussfolgerung der Wissenschaftler: ,Den Betroffenen ist am meisten geholfen, wenn sie hier betteln können.' Supermarktketten kündigen indes an, dies auf ihrem Privatgrund weiterhin zu gestatten.“

Was dieser Bericht im Kurier leistet, ist eine Art Protokollierung der Veranstaltung der BettelverbotsgegnerInnen sowie die ausführliche Darstellung der von den VeranstalterInnen angeführten Hintergründe für das Betteln – Armut, Arbeitslosigkeit und Diskriminierung. Wie eine Reportage liefert der Bericht eindrückliche und emotionale persönliche Schicksale und Geschichten und lässt die Betroffenen des Bettelverbots – durch die Zitate Dritter – sichtbar werden. Wie auch bereits der Bericht zur gleichen Veranstaltung im Standard, klingt auch in diesem Beitrag durch die Formulierung „*Die Grünen laden Montag zu einer Expertenrunde. Doch außer ihnen selbst und der KPÖ kommt kein Politiker. Abgeordnete von ÖVP und SPÖ fehlen. Dabei hätten sie interessante Dinge erfahren*“ Kritik der AutorInnen an den nicht anwesenden VertreterInnen jener Parteien, welche das Bettelverbot befürworten, an. Zusätzlich wird auch in diesem Bericht die Kompetenz der VeranstalterInnen das Thema betreffend betont – „*Historiker (...) der Uni Graz etwa, die die Situation der Bettler erforschten.*“, „*die Schlussfolgerung der Wissenschaftler*“ – und nicht in Frage gestellt.

Die Darstellung von Parteistandpunkten bzw. politischen Diskussionen zum Bettelverbot ist in 13 von insgesamt 28 Beiträgen im Beobachtungszeitraum – also fast der Hälfte aller Beiträge – ein Thema. Die Berichterstattung im Kurier, die einzelnen Parteien betreffend, kann dabei durchwegs als neutral bezeichnet werden, allerdings wird den GegnerInnen des Bettelverbots auch in den Berichten über die politische Diskussion tendenziell wieder mehr Raum gegeben als den BefürworterInnen. Deutlich wird dies beispielsweise anhand der Berichterstattung über die Abstimmung über das Gesetz im steirischen Landtag.²⁴⁴ Hier heißt es am 16. Februar 2011 unter dem Titel „*Steiermark: Fremdschämen im Landtag*“:²⁴⁵ „Das Bettelverbot ist beschlossen. Zur Abstimmung kam auch die Polizei, um Politiker zu schützen vor Transparenten. „Lasst's es, das soll die Polizei machen“, raunt ÖVP-Mandatar Wolfgang Kasic: Junge Steirer halten Transparente in die Höhe, Rassismus prangt auf dem einen, Armut ist nicht kriminell auf dem anderen. Das reicht im steirischen Landtag für einen kurzen Tumult und eine lange Sitzungsunterbrechung. Schließlich sind Kommentare der Zuschauer untersagt und werden sie auch nur stumm in die Höhe gehalten. Landtagspräsident Manfred Wegscheider, SPÖ, veranlasst Beamte in Zivil schließlich, dem ÖH-Vorsitzenden Cengiz Kulac und seinen Freunden das Stück Stoff mit dem Rassismus-Spruch abzunehmen. Pfarrer Wolfgang Pucher und die Grazer Vizebürgermeisterin Lisa Rücker sitzen im Auditorium, die Grüne trägt wie ihre Mitstreiter ein T-Shirt mit Aufdruck: *Fremdschämen*. Um 15.38 Uhr wird das generelle Bettelverbot von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen. Getroffen werden damit vor allem 50 Roma aus der Ostslowakei. „Sie betreiben hier Populismus, aus Angst, Wähler ins rechte Lager zu vertreiben“, ärgert sich Sabine Jungwirth, Grüne. „Ausgerechnet die Roma, die seit Jahrhunderten verfolgt werden. Wir brauchen nur daran denken, was mit diesen Menschen in der NS-Zeit passiert ist.“ Wer denn die Reichen und Schönen als nächstes störe, überlegt Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ. „Die, die für das Gesetz stimmen, stimmen dafür, dass arme Menschen weggesperrt werden.“ ÖVP und SPÖ weichen aber nicht ab. „Tun Sie nicht so, als wäre es eine große Menschenwürde, betteln zu müssen“, ätzt ÖVP-Klubchef Christopher Drexler. Sein SPÖ-Pendant Walter Kröpfl verteidigt sich. „Betteln kann nicht als Einkunftsart akzeptiert werden.“ Landeshauptmann Franz Voves assistiert: „Es darf nicht sein, dass ein Mensch bei uns betteln muss. Das zuzulassen ist wahre Unmenschlichkeit.“ Immerhin ein SPÖ-Mandatar stimmt dagegen: Max Lercher, dessen Sozialistische Jugend gegen das Bettelverbot auftritt.“

Auch dieser Bericht liest sich wieder ein bisschen wie eine Reportage, ganz so, als ob man bei der Abstimmung im Landtag selbst anwesend gewesen sei. Der Bericht ist mit

²⁴⁴ Dieser Beitrag ist auch ein deutliches Gegenstück zur Berichterstattung in der Kronen Zeitung, welche sich ebenfalls am 16. Februar 2011 unter dem Titel „*Emotionale Landtags-Debatte: Bettelverbot in Stein gemeißelt*“ mit der Abstimmung auseinandersetzte. Vgl. S. 69.

²⁴⁵ Holzer, Elisabeth (2011): Steiermark: "Fremdschämen" im Landtag. Kurier, vom 16.2.2011, S. 18.

Ironie – „zur Abstimmung kam auch die Polizei, um Politiker zu schützen vor Transparenten“ oder „Schließlich sind Kommentare der Zuschauer untersagt und werden sie auch nur stumm in die Höhe gehalten“ – sowie blumigen Formulierungen – „raunte ÖVP-Mandatar Wolfgang Kasic“ oder „das Stück Stoff“ anstatt Transparent etc. – versehen. Zudem lassen wiederum Kommentierungen wie „ätzt ÖVP-Klubchef Christopher Drexler“ oder „immerhin ein SPÖ-Mandatar stimmt dagegen“ die Position der Autorin durchklingen.

Der mit neun Prozent ebenfalls noch stark vertretene Themenbereich „Herkunft bzw. Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe“ lässt sich, wie auch im Standard, vor allem durch Berichte über die vom Bettelverbot Betroffenen in Graz – nämlich BettlerInnen die der Volksgruppe der Roma angehören – zurückführen.

Die Behauptung „BettlerInnen sind mehrheitlich in Banden organisiert“ wird im Kurier, ebenso wie im Standard, kaum thematisiert. Nur zwei Beiträge im Beobachtungszeitraum unterstützen diese Behauptung – einer davon ist im Contra-Kommentar in der Reihe „Pro und Contra“ am 10. Februar 2011 zu finden. In drei Beiträgen wird hingegen die Meinung vertreten, BettlerInnen wären nicht mehrheitlich organisiert. Ebenso wie im Standard ist auch die Verknüpfung „Bettler und Kriminalität“ im Kurier kaum vorhanden. Diese Verknüpfung ist ebenfalls nur im „Pro Bettelverbot“-Kommentar der Reihe „Pro und Contra“ zu finden.²⁴⁶

Ein deutlicher Unterschied zur Berichterstattung im Standard ist in einem Bericht im Kurier vom 28. Februar 2011 über eine angebliche „Bettlerinvasion“ in Oberösterreich zu finden, über welche in Krone und Österreich am gleichen Tag und in ähnlicher Weise berichtet wurde.²⁴⁷ Dieses Ereignis fand hingegen im Standard keine Erwähnung. So heißt es unter der Schlagzeile „'Bettlerinvasion': Rumänen zogen in OÖ von Haus zu Haus“:²⁴⁸ „Beschwerden – Die Geschichte wird wohl für Rückenwind für ein Bettelverbot in Oberösterreich sorgen. Am Samstag wurden gegen neun Uhr früh rund 20 Bettler aus Rumänien mit mehreren Autos nach Vöcklamarkt im Hausruckviertel gekarrt. Dann schwärmen die jungen Männer und Frauen aus und zogen mehrere Stunden von Haus zu Haus. Dabei baten sie – zum Teil recht hartnäckig – um Geld. ,Bei uns haben sicher 15 Personen angerufen und sich beschwert‘, berichtet Postenkommandant Wolfgang Schobesberger. ,Wir hatten alle Hände voll zu tun, die Rumänen zu kontrollieren.‘ Er geht davon aus, dass es sich um eine organisierte Bande handelt. ,Dafür spricht etwa, dass sie

²⁴⁶ Vgl. dazu S. 59.

²⁴⁷ Vgl. dazu S. 74f und S. 109f.

²⁴⁸ O. V. (2011): "Bettlerinvasion": Rumänen zogen in OÖ von Haus zu Haus. Kurier, Mutation Wien, vom 28.2.2011, S. 21.

alle gleichzeitig in den Ort gekommen sind.' Die Polizeipräsenz dürfte die Bettler freilich gestört haben: Die Rumänen zogen am Nachmittag nach Vöcklabruck, Frankenmarkt und St. Georgen weiter (...).

Zwar wird im Kurier das Wort „Bettlerinvasion“ im Titel in Anführungszeichen gesetzt und die Formulierung „*baten (...) – zum Teil recht hartnäckig – um Geld*“ relativiert die Annahme, dass alle der BettlerInnen „aggressiv“ gebettelt hätten, Formulierungen wie „die Bettler wurden gekarrt“, „schwärmt aus“ oder „zogen mehrere Stunden von Haus zu Haus“ vermitteln jedoch tatsächlich den Eindruck einer „Invasion“, ein Bild, das in Zusammenhang mit dem gleichen Ereignis auch in Krone und Österreich zu finden ist.²⁴⁹

6.4.3 Das Thema in der Reportage

Die Reportage im Kurier setzt sich, wie auch die Reportagen in Standard und Krone, unter dem Titel „*Für mich ist das Betteln ein Menschenrecht*“²⁵⁰ am 10. Februar 2011 mit den durch das Bettelverbot Betroffenen, nämlich den BettlerInnen selbst, auseinander. Im Gegensatz zu Krone und Standard kommen im Kurier jedoch nicht die slowakischen BettlerInnen aus Graz zu Wort, sondern eine Wiener Bettlerin, welche ihre Geschichte erzählt und über ihre Erfahrungen mit dem Wiener Bettelverbot berichtet. Die Reportage beginnt mit einem klassischen, beobachtenden Einstieg: „*Martina S. hockt zusammengekauert auf einem Styropordeckel in einer Nische. Sie will niemandem auf dem Gehsteig im Weg sein. Ihr Kopf ist gesenkt. Die Schatten der Fußgänger ziehen an ihr vorüber. Sie spricht kein Wort. In der Hand hält sie einen kleinen Plastikbecher. Ein Mann mit Mantel und Hut lässt eine 50-Cent-Münze in das Gefäß fallen. ,Danke', sagt S., und schaut dem Spender nach. Die Verzweiflung trieb sie auf die Straße – und zwar, um zu betteln.*“ Im Folgenden wird dann die Geschichte der Bettlerin erzählt und von ihren Erfahrungen mit dem Wiener Bettelverbot berichtet, aufgrund dessen sie auch bereits wegen „gewerbesmäßigen Bettelns“ angezeigt wurde. „*Die Verwaltungsübertretungen von 490 Euro überstiegen ihre Einnahmen um ein Vielfaches.*“ Die Reportage endet mit der Feststellung der Bettlerin, für sie sei das Betteln „ein Menschenrecht“. „*Jeder hat das Recht zu zeigen, dass er in einer miesen Situation ist*“, sagt die 45-Jährige. Sie zieht den Gehsteig dem Sozialamt vor. „*Ich will nicht am Sozialamt mein Leben ausbreiten. Ich nehm' das selber in die Hand.*“ Damit kommt im letzten Absatz der Reportage noch einmal ein wesentliches Argument der GegnerInnen des Bettelverbots zur Sprache, nämlich, dass es bei der Entscheidung, wie man sein Geld verdiene, auch um

²⁴⁹ Vgl. ebd.

²⁵⁰ Amara, Nihad (2011): Für mich ist das Betteln ein Menschenrecht. Kurier, vom 10.2.2011, S. 22.

Selbstbestimmung gehe.²⁵¹ In den Worten einer Betroffenen selbst hat dieses Argument ungleich mehr Gewicht. Auffallend an der Reportage im Kurier ist, dass entgegen dem Schwerpunkt der Diskussion um das Bettelverbot in Politik und Medien, welche sich fast ausschließlich um „ausländische“, „importierte“ bzw. „organisierte“ BettlerInnen dreht, hier eine österreichische Bettlerin zu Wort kommt. Dies bringt einen nicht uninteressanten neuen Blickwinkel in die (mediale) Diskussion ein.²⁵²

6.4.4 Das Thema in den Kommentaren

Wie auch der Standard, handelt der Kurier die Diskussion rund um das (steirische) Bettelverbot in seinem Schwerpunkt am 10. Februar 2011 auch in einem „pro&contra“-Kommentar ab. Der Vorteil dieser Darstellungsform ist, dass alle Argumente an einer Stelle angeführt und gesammelt werden, das heißt, dass die LeserInnen, welche sich unter Umständen noch nicht ausführlich mit der Thematik beschäftigt haben, einen guten Überblick über die Argumente beider Positionen erhalten. Die LeserInnen können dabei abgleichen, welche der angeführten Argumente besser ihrer eigenen Meinung entsprechen, bzw. wenn sie sich selbst noch keine Meinung gebildet haben, sich von den besseren Argumenten überzeugen lassen. Diese Darstellungsform gewährleistet zudem, dass auf diese Weise in einer Diskussion die Argumente von VertreterInnen beider Positionen abgedruckt werden. Die Argumentation des Kommentars gegen das Bettelverbot von Martin Ganter folgt – ähnlich wie der Contra-Kommentar im Standard, welcher am gleichen Tag erschien – dabei durchwegs den bekannten Argumenten der BettelverbotsgegnerInnen. So schreibt der Journalist unter dem Titel „*Brauchen wir ein Bettelverbot? NEIN*“²⁵³, dass erstens die als Grund für das Bettelverbot angeführten „Banden“ längst nicht bewiesen wären und dass zweitens für Delikte wie Schlepperei und Ausbeutung die bestehende Rechtslage vollkommen ausreiche: „*Nicht nur Menschenrechtsorganisationen, selbst Vertreter der Polizei stellen die Hintermänner-Theorie immer wieder öffentlich in Abrede. Solange nicht alle Fakten auf dem Tisch liegen, müssen sich Politiker den Vorwurf gefallen lassen, Anlassgesetzgebung ohne Anlass zu verantworten.*“

Der Journalist Peter Grolig, der sich unter dem Titel „*Brauchen wir ein Bettelverbot? JA*“²⁵⁴ für das Bettelverbot ausspricht, kommt dem Vorwurf, sich auf nicht belegte Behauptungen

²⁵¹ Vgl. dazu auch die Gründe, welche im Interviewteil von den Befragten gegen ein Bettelverbot angeführt werden auf S. 129f.

²⁵² Vgl. zu diesem Thema auch die Interviews, in welchen in den meisten Fällen automatisch von „ausländischen BettlerInnen“ ausgegangen wird, während österreichische Bettlerinnen oft unter den Bezeichnungen „Obdachlose/Sandler“ subsumiert werden.

²⁵³ Ganter, Martin (2011): Brauchen wir ein Bettelverbot? Nein. Kurier, vom 10.2.2011, S. 22.

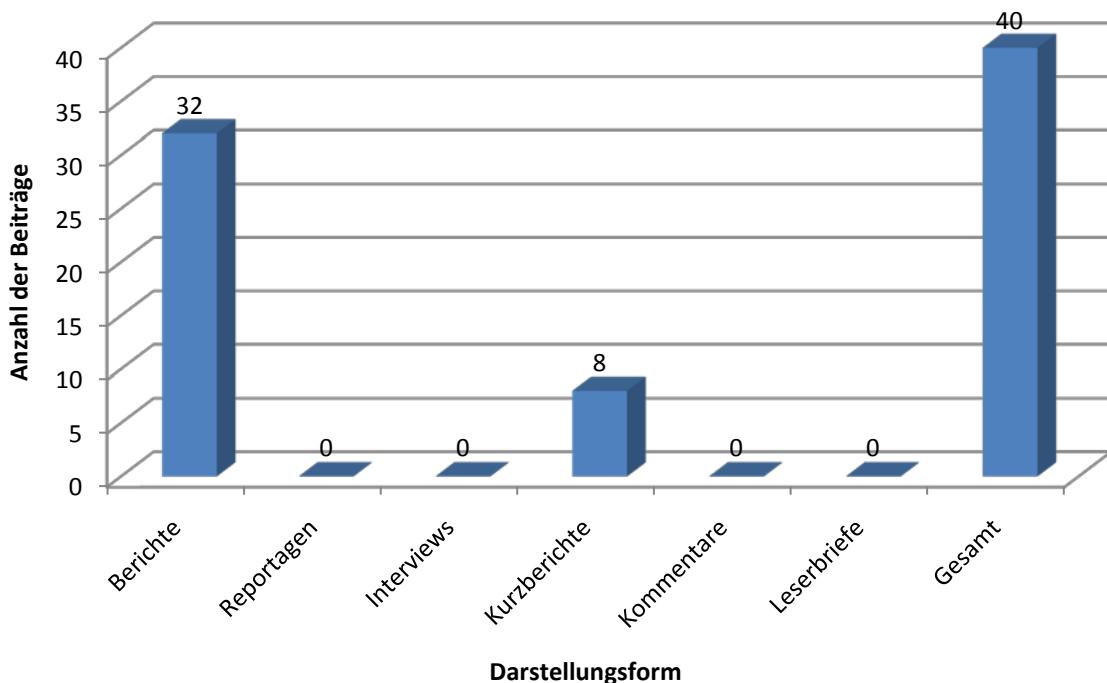
²⁵⁴ Grolig, Peter (2011): Brauchen wir ein Bettelverbot? Ja. Kurier, vom 10.2.2011, S. 22.

zu beziehen gleich zuvor und führt namentlich einen „*Polizisten wie etwa Dorel Schiopu, de[n] langjährigen Sicherheitsattaché an der rumänischen Botschaft in Wien*“ an, der ebenso wie „manche Sozialarbeiter“ die „*kriminellen Netzwerke hinter der (organisierten) Betteleri*“ bestätigen würden. Das Betteln fördere laut diesen Quellen die „*Ausbeutung und skrupellosen Menschenhandel*“, während „*die Profiteure (...) in Luxus-Limousinen durch den Schlamm der Barackensiedlungen, in denen ihre Opfer hausen*“ „brausen“ würden. Als nächstes bringt der Autor dann auch noch die Eltern ins Spiel, die „*ihre Kinder an kriminelle Organisationen vermieten oder gar verkaufen*“ würden. Und das Bettelverbot entziehe diesem „*menschenverachtenden Treiben die finanzielle Grundlage*“. Der Autor folgt damit durchwegs der Argumentation der BefürworterInnen des Bettelverbots, nämlich, die BettlerInnen selbst vor der Ausbeutung „schützen“ zu wollen. Zudem werden durch das Bild der sich bereichernden Mafiabosse in ihren „Luxus-Limousinen“, die sogar Kinder benutzen würden, viele negative Emotionen geschürt.²⁵⁵

²⁵⁵ Diese Argumentation lässt sich auch beinahe wortgleich in einigen der Interviews finden. Vgl. S. 136.

6.5 Österreich

Abbildung 11: Österreich – Beiträge im Beobachtungszeitraum



6.5.1 Charakteristisches

Mit 40 Beiträgen im Beobachtungszeitraum weist die Zeitung Österreich etwa die Hälfte der Beiträge der Kronen Zeitung auf und beinahe doppelt so viele wie der Standard. Dabei handelt es sich ausschließlich um Berichte und Kurzmeldungen zu den Themen Bettler / Betteln / Bettelverbot; Interviews, Reportagen, Kommentare oder Leserbriefe beschäftigen sich nicht mit der Thematik.

Nur sehr wenige der Beiträge zum Thema erschienen im Beobachtungszeitraum überregional bzw. in den Regionalausgaben mehrerer Bundesländer. Ein Großteil der Berichte und Kurzmeldungen zum Thema erschien in der Steiermark-Mutation der Zeitung, gefolgt von den Mutationen in Kärnten und Oberösterreich, was sich mit dem Schwerpunkt der politischen und zivilgesellschaftlichen Diskussion deckt, da in diesen drei Bundesländern im Beobachtungszeitraum Änderungen rund um das Bettelverbotsgesetz diskutiert wurden.

Charakteristisch für die Zeitung Österreich sind – neben der Tatsache, dass nur wenige der Artikel namentlich gekennzeichnet sind – vor allem die zahlreichen zusammenfassenden Zwischenüberschriften, die beinahe jeden neuen Absatz einleiten und eine thematische Orientierung bzw. das Überfliegen von Artikeln erleichtern.

Als Beispiel: Am 10. Februar 2011 erschien ein Bericht unter der Schlagzeile „*Neuer Streit in Wien über das Bettelverbot*“²⁵⁶. Hier leitet die Zwischenüberschrift „*Polit-Hick-Hack*“ den thematischen Absatz über die unterschiedlichen Positionen der Parteien ein, die Zwischenüberschrift „*Saftige Strafen*“ dann den thematischen Absatz über die Höhe der aktuellen Strafen für das Betteln in Wien usw. Ein weiteres Beispiel hierfür ist der Artikel „*Kunstaktion: Bettler sind Menschen*“²⁵⁷ vom 27. Februar 2011. Der ersten Zwischenüberschrift „*Armut im Portrait*“ folgt ein Absatz über die Hintergründe der Protestaktion, der Zwischenüberschrift „*Schicksale zeigen*“ folgen Ausführungen über die persönlichen Geschichten der in der Plakataktion portraitierten BettlerInnen und die Zwischenüberschrift „*Wahlaktik*“ leitet einen abschließenden Absatz ein, in welchem der Grazer Pfarrer Pucher zitiert wird, der meint, dass es sich beim Bettelverbot um ein „wahltaktisches Machtkalkül“ der Parteien handle.²⁵⁸

Entgegen der Berichterstattung in der Kronen Zeitung, durch welche man besonders nach der Lektüre der Leserbriefe zu dem Eindruck gelangen könnte, die Mehrheit der (steirischen) Bevölkerung stünde hinter dem Bettelverbot, ist die Berichterstattung in Österreich durchwegs differenzierter. So heißt es beispielsweise am 11. Februar 2011 unter dem Titel „*Bettelverbot. Jetzt dreht die Caritas auf*“²⁵⁹ im Untertitel des Berichts: „*Das Bettelverbot spaltet das Land. Während ÖVP und SPÖ das Verbot rasch durchziehen wollen, hoffen Gegner auf den Verfassungsgerichtshof.*“ Die Formulierung „*das Bettelverbot spaltet das Land*“ sowie der Untertitel machen deutlich, dass es sowohl BefürworterInnen als auch GegnerInnen des Bettelverbots gibt. Und so kommen auch in den meisten Berichten beide Positionen durch VertreterInnen zu Wort.²⁶⁰ In Bezug auf die Frage, ob BettlerInnen größtenteils in „Banden“ organisiert wären, verwenden die JournalistInnen von Österreich zumindest in einigen Fällen den Konjunktiv bzw. zitieren diesbezüglich die Meinung von PolitikerInnen und PolizistInnen, welche sich dafür aussprechen, anstatt selbst diese Behauptung aufzustellen.

Auch die Berichterstattung über die parteipolitischen Standpunkte kann als durchaus ausgewogen bezeichnet werden. Berichte, welche die Nähe zum Boulevard deutlich machen, sind primär im Ressort „Chronik“ zu finden, in welchem durch die Verknüpfung der Themen „Bettler“ und „Kriminalität“ die BettlerInnen als gefährlich oder betrügerisch

²⁵⁶ O. V. (2011): Neuer Streit in Wien über das Bettelverbot. Österreich, Mutation Wien, vom 10.2.2011, S. 16.

²⁵⁷ Fruhmann, Julia (2011): Kunstaktion: Bettler sind Menschen. Österreich, Mutation Stmk., vom 27.2.2011, S. 15.

²⁵⁸ Diese Zwischenüberschriften werden im Folgenden in den zitierten Textstellen jeweils unterstrichen hervorgehoben.

²⁵⁹ O. V. (2011): Bettelverbot: Jetzt dreht Caritas auf. Österreich, Mutation Stmk., vom 11.2.2011, S. 21.

²⁶⁰ Mehr dazu im Folgenden.

dargestellt werden und die sich durch deutlich umgangssprachlichere bzw. wertende Formulierungen von den anderen Artikeln abheben.

6.5.2 Thematischer Fokus in der Berichterstattung

Tabelle 6: Österreich –Thematischer Fokus in der Berichterstattung

Thema	Artikelanzahl zum Thema	Relatives Themenvorkommen je Artikel
Bettelverbot	35	88%
Politik/Parteistandpunkte	23	58%
Protest/AkteurInnen	17	43%
Menschenrechte	15	38%
Hintergründe/Armut	10	25%
„Banden“/„Organisiertheit“	6	15%
Herkunft/Volksgruppe	6	15%
Bettler in Zusammenhang mit Kriminalität	5	13%
Polizei/Ordnungsdienste	5	13%
„Aggressives Betteln“ + „Kinderbetteln“	4	10%
keine "Banden"/"Organisiertheit"	3	8%
Bettelverbot als „Schutz der BettlerInnen“	2	5%
Andere Themen	0	0%
Gesamt	131	328%

In der Zeitung Österreich ist die Thematik „Politik bzw. Parteistandpunkte“ nach der Thematik „Bettelverbot“ am häufigsten Thema der Berichterstattung. Österreich führt hier die vier Zeitungen mit 17 Prozent gegenüber jeweils 14 Prozent in Standard und Kurier sowie 13 Prozent in der Krone an. Dies lässt sich vor allem dadurch erklären, dass in der Zeitung Österreich im Beobachtungszeitraum besonders häufig Zitate von PolitikerInnen in der Diskussion um das Bettelverbot angeführt werden. So heißt es beispielsweise am 11. Februar 2011 unter dem Titel „*Bettelverbot vom Landtag beschlossen*“:²⁶¹ „(...) SPÖ war säumig. Das Bettelverbot habe zum Ziel, „der Bettel-Mafia und dem aggressiven Betteln endlich das Handwerk zu legen“, erklärte der stellvertretende FPK-Klubobmann Gernot Darmann. Er forderte ÖVP-Parteiobmann Josef Martinz, der für die Novellierung des Landes-Sicherheitspolizeigesetzes zuständig ist, auf, „seinen Ankündigungen auch

²⁶¹ O. V. (2011): Bettelverbot vom Landtag beschlossen. Österreich, Mutation Ktn., vom 11.2.2011, S. 19.

Taten folgen zu lassen'. Auch sonst gingen die Regierungsmitglieder der verschiedensten Parteien nicht zimperlich miteinander um. ÖVP-Klubchef Stefan Tauschitz warf der SPÖ vor, bei der Umsetzung eines Bettelverbotes jahrelang säumig gewesen zu sein. Bereits im Jahr 2007 hatte der Kärntner Landtag einen ähnlichen Beschluss gefasst – allerdings ohne Folgen. Damals sei es nur um ein Verbot des ‚organisierten Bettelns‘ gegangen. Jetzt sollten aggressives, aufdringliches, gewerbsmäßiges und organisiertes Betteln sowie das Betteln mit unmündigen Kindern verboten werden. Kritik. Die Grüne Landtagsabgeordnete Barbara Lesjak erklärte, dass die vorgesehenen Novellierungen wortgleich aus den Wiener Bestimmungen zum Bettelverbot übernommen wurden. Dass das Wiener Gesetz gerade einem Gesetzprüfungsverfahren beim VfGh unterzogen wird, werde offenbar ignoriert. „Es ist noch lange nicht gesagt, dass das Wiener Gesetz in seiner jetzigen Form bestehen bleibt“, so Lesjak. und: „Daher ist es für mich völlig unverständlich, dass FPK und ÖVP die Bestimmungen einfach abschreiben, obwohl ein Gesetzprüfungsverfahren anhängig ist.““

Der Bericht stellt die unterschiedlichen Positionen der einzelnen Parteien dar, ohne diese zu bewerten und an Stellen, an denen die PolitikerInnen indirekt zitiert werden, wird der Konjunktiv verwendet. Pro- und Contra-Argumente erhalten in etwa gleich viel Raum, was auch im Bericht vom 12. Februar 2011 unter der Schlagzeile "Bettelei ist Form von Menschenhandel"²⁶² der Fall ist. Zwar lässt die Schlagzeile einen Artikel für das Bettelverbot vermuten, im Bericht selbst kommen jedoch wieder beide Positionen zu Wort: „(...) Die Grünen kämpfen dennoch gegen das geplante Gesetz an. Hilfe. „Wir können nicht aus populistischen Gründen Menschen das Recht absprechen, um Hilfe zu bitten. Selbst BettlerInnen, die von organisierten Banden eingesetzt werden, sind sehr oft Opfer von Kriminellen“, so Barbara Lesjak. „Wer wirklich arm ist, wird in unserem Bundesland, das eines der sozialsten ist, immer Hilfe erhalten. Dafür werden die Freiheitlichen in Kärnten auch Sorge tragen“, kontert FPK-Klubobmann-Stellvertreter Gernot Darmann. (...)“

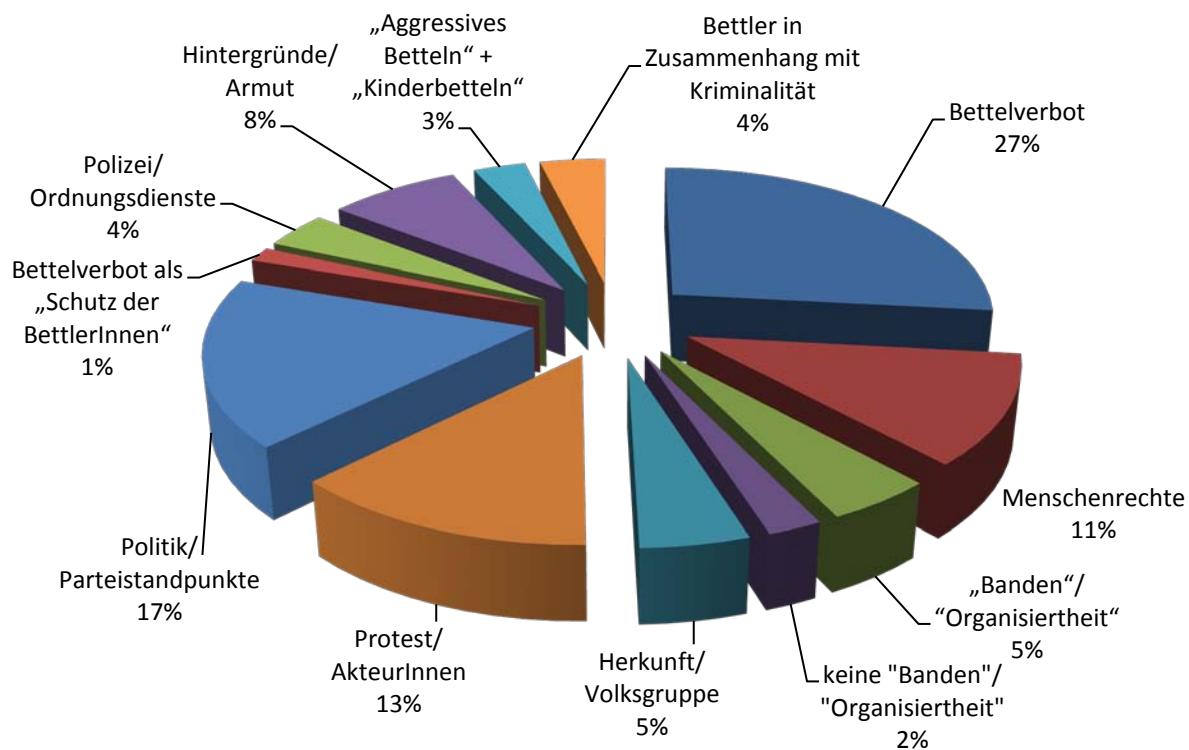
Diese Ausgewogenheit gegenüber den Positionen aller Parteien findet sich auch in der Berichterstattung über die Abstimmung zum Bettelverbotsgesetz im Landtag wieder. Dort werden am 16. Februar 2011 unter der Schlagzeile „Riesen-Wirbel bei Debatte ums Betteln“²⁶³ minutiös und der Reihe nach alle VertreterInnen der Parteien zitiert: „(...) Hatten sich nach der Zwangspause die Gemüter ein wenig gekühlt, blieben die Parteien in der sehr engagierten Diskussion bei ihren bekannten Positionen. „Nach rechts

²⁶² O. V. (2011): „Bettelei ist Form von Menschenhandel“. Österreich, Mutation Ktn., vom 12.2.2011, S. 16.

²⁶³ O. V. (2011): Riesen-Wirbel bei Debatte ums Betteln. Österreich, Mutation Stmk., vom 16.2.2011, S. 15.

schielenden Populismus' warf die Grün-Abgeordnete Sabine Jungwirth den Großparteien vor, ihr Klubkollege Lambert Schönleitner sprach gar von einem ‚Tiefpunkt im Landtag‘. Mehrheit. Drexler wiederum bezog sich auf die ‚jahrelangen Diskussionen‘ und die große Mehrheit im Landtag, die auch eine große Mehrheit im Land widerspiegeln würde. ‚Betteln ist kein schützenswertes Kulturgut‘, zitierte Drexler sich selbst. VP-Sicherheitssprecher Eduard Hamedl, im Zivilberuf Polizist, betonte, dass es ‚sehr wohl eine Schiene des kriminellen Bettelns gibt‘. Ein Standpunkt, nahe den Freiheitlichen: ‚Es gibt einen massiven Handlungsbedarf gegen das Bettelunwesen‘, argumentierte der blaue Klubobmann Georg Mayer. Opposition. Vollkommen entgegengesetzt die Positionen, die die Grünen und die Kommunisten in der abschließenden Debatte noch einmal eingenommen haben. ‚Frieren und hungern ist nicht menschenwürdiger als betteln‘, argumentierte die KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, während ihr Kollege, Werner Murgg, den Befürwortern eines Verbotes vorwarf, nicht die Armut, sondern die Armen zu bekämpfen. (...)“

Abbildung 12: Österreich – Thematischer Fokus in der Berichterstattung



Bezüglich der Thematik „Protest und AkteurInnen gegen das Bettelverbot“ bewegt sich Österreich mit 13 Prozent Themenanteil im Mittelfeld der vier Zeitungen. 17 von insgesamt 40 Beiträgen setzten sich im Beobachtungszeitraum auch mit Protestaktionen bzw. den Argumenten zivilgesellschaftlicher AkteurInnen gegen das Bettelverbot auseinander. Überraschend ist ebenfalls, dass in der Zeitung Österreich deutlich mehr

GegnerInnen des Bettelverbots in direkten Zitaten zu Wort kamen als umgekehrt, nämlich 28 Wortmeldungen gegenüber 17. Daraus lassen sich auch die in der Berichterstattung stark vertretenen Thematiken „Menschenrechte“ sowie „Hintergründe/Armut“ erklären, welche eben in der Argumentation der BettelverbotsgegnerInnen häufig angesprochen wurden. Auch, dass einige der GegnerInnen planen würden, den Verfassungsgerichtshof mit dem Verbot zu befassen, wird in einigen der Berichte in Österreich erwähnt.

Zum Beispiel:

8. Februar 2011: „*Mehr Proteste gegen Grazer Bettelverbot*“.²⁶⁴

„(...) „Sehr besorgt“ äußerte sich gestern dazu der Vorsitzende des Menschenrechtsbeirates der Stadt Graz, Wolfgang Benedek: es fehle eine öffentliche Anhörung zu dem sensiblen Thema gerade in der Menschenrechtsstadt Graz, außerdem solle man die bevorstehende Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes abwarten. (...)“

9. Februar 2011: „*Grüne: Bettelverbot ist „unmenschlich“*“.²⁶⁵

„(...) Verfassungswidrig. Genau das sorgt bei den Grünen für Unmut. Denn: Ein landesweites Bettelverbot sei möglicherweise verfassungswidrig. Menschenrechte, „Wir werden das von ÖVP und FPK geplante Bettelverbot auf Punkt und Beistrich überprüfen“, so die Grünen. (...) Die geplante Novellierung umfasse auf jeden Fall zu viel Spielraum und greife somit in verfassungsrechtlich garantierte Persönlichkeitsrechte ein. „Unserer Ansicht nach entspricht es nicht der österreichischen Bundesverfassung, dass man es notleidenden Menschen verbietet, in der Öffentlichkeit um Hilfe zu bitten. Für uns würde eine Regelung, die einem landesweiten Bettelverbot gleichkommt, auf jeden Fall gegen die Menschenrechte sprechen“, so Lesjak abschließend. (...)“

25. Februar 2011: „*Bettel-Verbot: Rüge für Graz*“.²⁶⁶

„(...) Das Bettelverbot, das der Landtag beschlossen hat und das die Stadt Graz umsetzen will, sorgt jetzt auch auf internationaler Ebene für Aufregung: So hat die Menschenrechtsorganisation PDHRE mit Sitz in New York in einem Brief an den Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP) appelliert, er, Nagl, möge sich für eine Rücknahme einsetzen. „Das Gesetz ist eine Verletzung der Menschenrechte und für eine Menschenrechtsstadt wie Graz inakzeptabel“, schreibt PDHRE-Präsident Shulamith Koenig. (...)“²⁶⁷

²⁶⁴ O. V. (2011): Mehr Proteste gegen Grazer Bettelverbot. Österreich, Mutation Stmk., vom 8.2.2011, S. 17.

²⁶⁵ O. V. (2011): Grüne: Bettelverbot ist "unmenschlich". Österreich, Mutation Ktn., vom 9.2.2011, S. 15.

²⁶⁶ O. V. (2011): Bettel-Verbot: Rüge für Graz. Österreich, Mutation Stmk., vom 25.2.2011, S. 16.

²⁶⁷ Vgl. die diesbezügliche Berichterstattung in der Kronen Zeitung, welche sich gegen die „Einmischung“ der New Yorker Menschenrechtsorganisation verwehrt. Siehe S. 81.

Dass es in der Zeitung Österreich keine eindeutige Blattlinie für das Bettelverbot gibt, lässt sich neben der ausgewogenen Berichterstattung über die politischen Positionen auch an einigen Berichten ablesen, welche das Engagement der BettelverbotsgegnerInnen positiv hervorheben bzw. durchaus Empathie mit den durch das Bettelverbot Betroffenen aufweisen. So heißt es am 10. Februar 2011 im Titel „*Keine Gnade für Bettler*“²⁶⁸ und im Untertitel „*SP und VP peitschen Verbot durch. Vinzi-Pfarrer Pucher will klagen*“. Die Formulierungen „keine Gnade“ und „durchpeitschen“ könnten hier als Kritik an einem (zu) schnellen Vorgehen der Großparteien interpretiert werden. Ebenfalls am 10. Februar 2011 lässt Österreich die GegnerInnen des Bettelverbots in einem Bericht unter dem Titel „*Armen-Pfarrer mit Bettlern im Landhaus*“²⁶⁹ ausführlich zu Wort kommen: „Graz, ‚Wir wissen, dass wir Hunger leiden werden‘, meinte unter Tränen eine Frau aus dem slowakischen Hostice, Angehörige der ungarischen Minderheit und eine aus der Bettlerschar, die sich gestern im Grazer Landhaushof versammelt hatte. Pfarrer Pucher zeigte sich in einem der zahlreichen Interviews empört: ‚Was sind das für Politiker, die nur daran denken, wo sie Stimmen herholen können.‘ Durch diese Menschen erfolge keine Störung der öffentlichen Ordnung, eine ‚organisierte Bettelei‘ im Sinne einer kriminellen Organisation sei ihnen nicht anzulasten (...).“ Und am 14. Februar 2011 schreibt Österreich unter dem Titel „*Großprotest gegen das Bettelverbot*“ sogar von der „eindrucksvollen Rede“, welche der Pfarrer Pucher bei einer Protestkundgebung gehalten habe.

Das Argument, BettlerInnen wären größtenteils in „Banden“ organisiert, ist in der Zeitung Österreich nach der Kronen Zeitung am zweithäufigsten vertreten. Österreich liegt aber mit 6 von 40 Beiträgen noch deutlich hinter der Krone, in welcher das Thema in 19 der insgesamt 78 Beiträge angesprochen wird. Zudem ist in der Zeitung Österreich auch in drei Beiträgen im Beobachtungszeitraum die Argumentation zu finden, BettlerInnen wären nicht mehrheitlich in „Banden“ organisiert.

Parallelen zur Kronen Zeitung finden sich vor allem in der relativ häufigen Verknüpfung von BettlerInnen mit Akten von Gewalt und Kriminalität. Dies ist der Bereich, welcher Österreich am deutlichsten in die Nähe der Kronen Zeitung rückt. Im Graubereich bewegt sich dabei ein Bericht vom 15. Februar 2011, in welchem unter der Schlagzeile „*Der Zeitung-Trick der Bettler*“²⁷⁰ der Zusammenhang mit einer betrügerischen Handlung suggeriert wird. In Wahrheit beschäftigt sich der Artikel dann mit „aggressiven Zeitungsverkäufern“, welche die Wiener ÖVP „ärgeren“ würden: „*Wer in Wien zum*

²⁶⁸ O. V. (2011): Keine Gnade für Bettler. Österreich, Mutation Stmk., vom 10.2.2011, S. 15.

²⁶⁹ O. V. (2011): Armen-Pfarrer mit Bettlern im Landhaus. Österreich, Mutation Stmk., vom 10.2.2011, S. 15.

²⁷⁰ O. V. (2011): Der Zeitung-Trick der Bettler. Österreich, Mutation Wien, vom 15.2.2011, S. 16.

Supermarkt geht, muss sich immer häufiger am Eingang über Bettler, die dort Zeitungen verkaufen wollen, ärgern. Wien. In letzter Zeit kommt es in Wien wieder verstärkt zu aggressivem Betteln unter dem Vorwand Zeitungen verkaufen zu wollen. Die ‚Kolporteurs‘ lauern dabei vor allem vor den Supermärkten auf ihre Kundschaft – einmal mehr zum Ärger der ÖVP. „Ist man nicht bereit eine Zeitung zu kaufen, wird man regelrecht verfolgt. Es ist oft nicht möglich, ohne Spende zu entkommen“, ärgert sich ÖVP-Sicherheitssprecher Wolfgang Ulm über diese aggressive Form des Bettelns. Was zudem als ‚neueste Zeitung‘ verkauft wird, ist nicht selten Altpapier aus dem Mistkübel. Besonders betroffen von den aggressiven ‚Zeitungsvetakfern‘ ist laut ÖVP die Alser Straße, Josefstadtter Straße, Landstraße Hauptstraße Kärntner Straße und der Naschmarkt. Generelles Bettelverbot und mehr Polizeikontrollen. „Der Bettel-Schmäh mit dem Zeitungsverkauf muss endlich aufhören“, fordert Ulm. (...)"

In diesem Beitrag wird die Meinung eines im Bericht zitierten Politikers in die Schlagzeile übernommen. Dass es sich beim Zeitungsverkauf um einen „Trick“ handle, wird dabei als Tatsache und nicht als Zitat dargestellt. Dafür werden im restlichen Artikel jeweils immer Anführungszeichen in Zusammenhang mit den „Zeitungsvetakfern“ bzw. „Kolporteurs“ verwendet, um besonders hervorzuheben, dass es sich dabei eigentlich um BetrügerInnen handle. In Zusammenhang mit den BettlerInnen werden wieder Formulierungen wie „die BettlerInnen lauern auf“, „man wird verfolgt“, „man kann nicht entkommen“, „besonders betroffen sind folgende Straßen ...“ verwendet, welche ein Gefühl des Bedroht- bzw. Verfolgtwerdens durch BettlerInnen heraufbeschwören.

Am 6. Februar 2011 wird die „Kriminalität“ von BettlerInnen dann nicht nur angedeutet, sondern offen ausgesprochen. So heißt es unter dem Titel „*Kärnten sagt Bettler-Gangs den Kampf an*“:²⁷¹ „(...) Bettler schlügen zu. Fest steht jedoch: Die Umsetzung eines landesweiten Bettelverbotes kommt nicht von ungefähr. In der Vergangenheit ließen Bettler nämlich immer öfters die Fäuste sprechen. ,In Lienz wurden schon mehrmals Gläubige in Kirchen attackiert‘, so ein Polizist. Auch in Klagenfurt und Villach wurden Passanten verletzt (...).“ Dieser Beitrag kann eindeutig als Bericht einer Boulevardzeitung eingeordnet werden. Schon die Formulierung „Bettler-Gangs“ im Titel des Artikels stellt deren Existenz nicht in Frage, das Wort „Gangs“ erinnert dabei zusätzlich an (gewalttätige) amerikanische Banden. Das geplante Bettelverbot in Kärnten wird dann im Folgenden durch die angebliche Gewalttätigkeit der BettlerInnen begründet und dafür eine nicht näher angegebene Quelle – „ein Polizist“, der jedoch anonym bleibt – angeführt. Die Verknüpfung des Ereignisses mit der (heiligen) Kirche bzw. Gläubigen lässt so die beschuldigten „BettlerInnen“ noch brutaler bzw. gewissenloser erscheinen. Wie es zu dem

²⁷¹ O. V. (2011): Kärnten sagt Bettler-Gangs den Kampf an. Österreich, Mutation Ktn., vom 6.2.2011, S. 15.

Ereignis kam, was genau geschah und wer darin involviert war, wird im Bericht einfach offen gelassen. Die Ergänzung dass „*auch in Klagenfurt und Villach (...)* Passanten verletzt“ worden seien, soll die Argumentation noch verstärken. Auf diese Ereignisse wird jedoch ebenfalls nicht näher eingegangen.

Über einen weiteren „kriminellen Bettler“ berichtet Österreich am 18. Februar 2011 unter dem Titel „*Bettler klaute die Handys von Frauen*“:²⁷² „*Wien. Iovita S. (38) ging immer nach der gleichen Masche vor: Bettelnd zog er durch Fast-Food-Lokale, zeigte eine Karte, auf der „Bitte Geld“ geschrieben steht, und lenkte damit seine vor allem weiblichen Opfer ab. In einem günstigen Moment schnappte sich der 38-Jährige das am Tisch liegende Handy, ließ es in seiner Tasche verschwinden und suchte alsbald das Weite. Und der Bettler spezialisierte sich auf die teureren iPhones. 20.000 Euro Schaden. Jetzt aber ging der kleine Gauner mit den auffallend abstehenden Ohren ins Netz der Polizei. Die Ermittler konnten dem Mann bisher 35 Straftaten nachweisen, Gesamtschaden 20.000 Euro. Weil die Polizei vermutet, dass Iovita S. für weitere Diebstähle infrage kommen könnte, wird ein Fahndungsbild veröffentlicht, um weitere Opfer zu finden (Tel.: 01/31310 DW 33800).*“ Auch dieser Bericht – inklusive abgebildetem Fahndungsfoto – würde sich in einer seriösen Zeitung nicht finden lassen. Der Bericht zeichnet sich durch umgangssprachliche Formulierungen – „*ging immer nach der gleichen Masche vor*“, „*suchte alsbald das Weite*“, „*Jetzt aber ging der kleine Gauner mit den auffallend abstehenden Ohren ins Netz der Polizei*“ – aus. Wieder wird ein Bettler in Zusammenhang mit Kriminalität gebracht und damit das Gefühl verstärkt, das Betteln sei nur ein „Deckmantel“ für kriminelle Handlungen bzw. BettlerInnen wäre generell nicht zu trauen.²⁷³ Positiv zu vermerken ist, dass auf die Herkunft bzw. Nationalität des Diebes im Artikel nicht näher eingegangen wird.

Am 24. Februar 2011 berichtet Österreich dann – etwas später als die Kronen Zeitung, welche bereits am 20. Februar 2011 zum ersten Mal vom „Bettler-Räuber“ berichtet hatte – ebenfalls vom „Überfall“ eines Bettlers auf eine Pensionistin. So heißt es unter der Schlagzeile „*Oma (75) verprügelt: Räuber geschnappt*“:²⁷⁴ „*Undank und Prügel ins Gesicht waren der Lohn für Oma Ernestine, die einem Bettler geholfen hatte, der als Räuber wiederkam. Steiermark. Ich war in der Küche. Plötzlich spürte ich einen Schlag von hinten*‘, schilderte Ernestine W. gegenüber ÖSTERREICH ihr Schreckenserlebnis vor einer Woche. Obwohl der Angreifer stärker, größer und viel jünger war, wehrte sich die

²⁷² O. V. (2011): Bettler klaute die Handys von Frauen. Österreich, Mutation Wien, vom 18.2.2011, S. 20.

²⁷³ Vgl. zu dieser Thematik auch die Aussage in einem der Interviews, in welchem eine Frau angibt, ihre Geldbörse nicht vor BettlerInnen aus der Tasche nehmen zu wollen, da sie Angst vor einem Überfall bzw. Diebstahl hätte. Siehe S. 125.

²⁷⁴ O. V. (2011): Oma (75) verprügelt: Räuber geschnappt. Aggressiver Bettler gab sich als Hochwasseropfer aus. Österreich, Mutationen: Wien/Tirol/Vbg./NÖ, vom 24.2.2011, S. 13.

75-Jährige verbissen, bis der Täter ihr die Faust auf die Nase donnerte und Ernestine k. o. ging. Der Räuber flüchtete mit Bargeld in geringer Höhe. Das Perfide an dem Überfall: Die Steirerin aus Kroisbach bei St. Margarethen an der Raab (er) kannte den Mann, da sie ihn wenige Tage davor bekocht und bewirtet hatte. Da war der junge Rumäne nämlich vor der Haustür gestanden. Als angebliches Hochwasseropfer in seiner Heimat bettelte er um Almosen – und die großherzige Frau half. Goldketten gestohlen. Bei der Suche nach Schläger und Räuber stießen die Ermittler auf einen ähnlichen Fall am 17. Februar im nicht weit entfernten Stang: Auch dort hatte sich ein Bettler als Hochwasseropfer ausgegeben und hatte von einem älteren Ehepaar fünf Euro bekommen. Daraufhin ging das Ehepaar in den Wald, um Forstarbeiten durchzuführen. Als sie zurückkamen, war jemand im Haus eingebrochen und hatte sich mit rund 200 Euro und vier Goldketten aus dem Staub gemacht. Pensionistenschreck. Aufgrund der guten Personenbeschreibung der überfallenen Senioren konnte die Polizei bald die Identität des Pensionistenschrecks lüften – er war bei einer Routinekontrolle in Feldbach aufgefallen (...).“

Auch in diesem Bericht finden sich wieder zahlreiche umgangssprachliche Formulierungen. So wird durch Formulierungen wie „Oma Ernestine“ Nähe zum „Opfer“ hergestellt und Aussagen wie „die großherzige Frau“ verstärken das Mitleid, während die Brutalität des „Täters“ mit Formulierungen wie „Prügel ins Gesicht“, „bis der Täter ihr die Faust auf die Nase donnerte“ unterstrichen wird. Zusätzliche Dramatik in der Erzählung wird durch den zitierten O-Ton des „Opfers“ sowie Formulierungen wie „Schreckenserlebnis“ und „Pensionistenschreck“ hergestellt. Wie auch im oben angeführten Bericht vom 18. Februar 2011, werden auch in diesem Bericht die „Gefährlichkeit“ bzw. die kriminellen Absichten von BettlerInnen hervorgehoben.

Wie Krone und Kurier berichtete auch Österreich am 28. Februar 2011 über eine Gruppe von BettlerInnen, die über eine Region in Oberösterreich „hergefallen“ wären. Bezeichnenderweise ähneln sich die in den Berichten verwendeten Formulierungen in den Grundzügen in allen drei Zeitungen sehr. Auch in Österreich wird das Bild erzeugt, eine Region in Oberösterreich wäre regelrecht von BettlerInnen „überfallen“ bzw. „überrannt“ worden. So lautet bereits die Schlagzeile „Bettler fielen über Stadt her“.²⁷⁵ Und weiter: „Für helle Aufregung sorgte eine Bettlerbande, die am Samstag über Oberösterreich einfiel. Dutzende Bedrängte alarmierten die Polizei. Vöcklabruck. Stefan Kernmayer, ein Betroffener aus St. Georgen im Attergau, schildert, wie aggressiv die Bettler sich aufführten: „Es war Vormittag, als jemand Sturm geläutet hat. Vor der Tür standen vier Männer und stammelten, dass sie für eine Hilfsorganisation sammeln.“ Sich gegen die Aufdringlinge zu wehren, war gar nicht so einfach: „Sie gaben nicht auf und

²⁷⁵ O. V. (2011): Bettler fielen über Stadt her. Österreich, Mutation Tirol und Vbg., vom 28.2.2011, S. 7.

kamen dabei immer näher. Ich hab dann einfach nur geschrien, sie sollen sich über die Häuser hauen und uns in Ruhe lassen.‘ „Bitte Spende“. Kernmayer war nicht der einzige, der sich über die Bettler-Invasion ärgerte. Im ganzen Bezirk Vöcklabruck gingen im Laufe des Tages Hilferufe von Seiten der Bevölkerung ein, die sich nicht mehr gegen die Frauen und Männer zu wehren wussten, die aus alten klapprigen 3er-BMW und Golf sprangen, von Tür zu Tür eilten oder den Leuten den Weg versperrten, indem sie ihnen dubiose Zeitschriften vor die Nase hielten, auf die in roten Buchstaben ‚Freiwillige Spende‘ geklebt war. (...) Betroffen war neben Vöcklamarkt St. Georgen, Zipf und Frankenmarkt (...).“

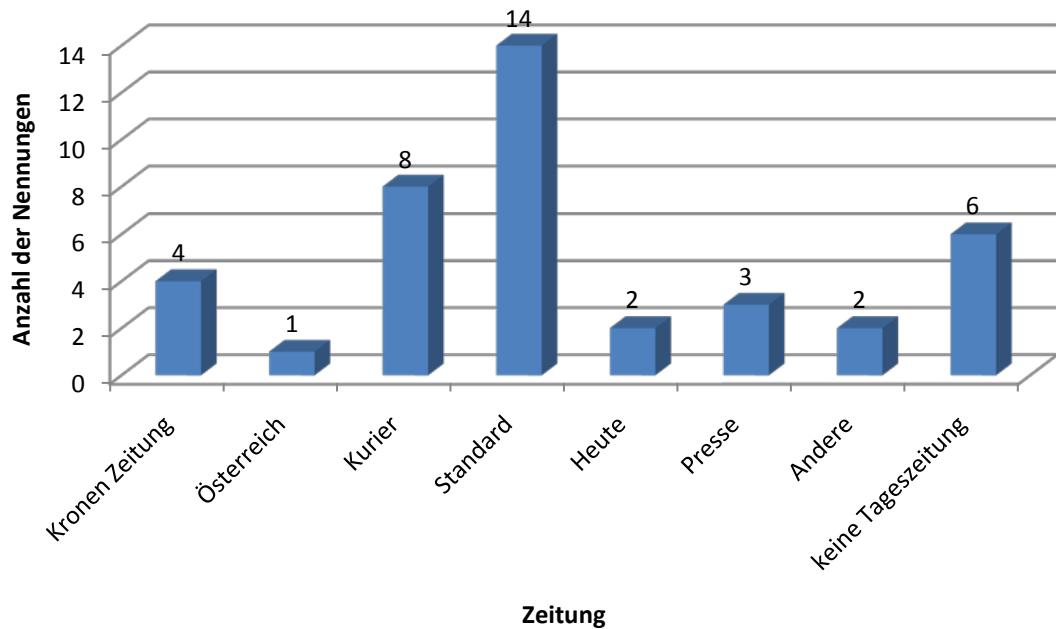
Wie bereits in Krone und Kurier ist die Berichterstattung über diese „Invasion“ in Oberösterreich am 28. Februar 2011 am eindeutigsten gegen BettlerInnen gerichtet. Durch Formulierungen wie „die Bettler (...) fielen ein“, „die bedrängte Bevölkerung“, „Aufdringlinge“, „Bettler-Invasion“, „Hilferufe von Seiten der Bevölkerung“ wird das Bild eines „Überfalls“ erzeugt, dem die BewohnerInnen der Region „hilflos“ gegenüberstanden. Bildunterschriften, wie „*Opfer Kernmayer: ,Die kamen immer näher, ich hab sie nur noch angeschrien.“*“, die sogar von einem „Opfer“ sprechen, verstärken dabei das Gefühl, es wäre zu schlimmen und (gewalttätigen) Übergriffen von Seiten der BettlerInnen gekommen, während diese doch nur um Spenden baten. Auch in diesem Zusammenhang werden wieder die „dubiosen Zeitschriften“ erwähnt. Diese anzubieten, wird in der Zeitung Österreich offensichtlich als besonders störend empfunden. Der Bericht schließt mit dem Hinweis darauf, dass die BettlerInnen wohl „ausnutzen“ hätten wollen, dass das Bettelverbot in Oberösterreich noch nicht in Kraft getreten sei, was wohl als Plädoyer für dessen baldige Einführung verstanden werden kann. Im letzten Absatz des Berichts wird wieder „ein Polizist“ zitiert, der warnt: „Kein Geld. Der OÖ-Polizist jedenfalls ersucht eindringlich, kein Geld zu geben: ,Nur wenn sie merken, dass es nichts zu holen gibt, kommen sie nicht mehr.““

7 Analyse der durchgeführten Interviews

Allgemeine Daten der Befragten

In den insgesamt 40 Interviews wurden jeweils 20 Frauen und 20 Männern im Alter von 17 bis 71 Jahre befragt. Der größte Teil der Befragten, nämlich zwölf Personen, gab an, die Tageszeitung „der Standard“ zu lesen. Auf Platz zwei der meistgelesenen Tageszeitungen unter den InterviewpartnerInnen lag mit acht Nennungen die Tageszeitung „Kurier“. Vier der Befragten gaben an, regelmäßig die Kronen Zeitung zu lesen, nur eine der Befragten nannte die Zeitung „Österreich“ als die von ihr regelmäßig gelesene Tageszeitung.²⁷⁶ Sechs der Befragten gaben an, keine Tageszeitung zu konsumieren. Der Schwerpunkt der Analyse soll im Folgenden auf der Darstellung der Inhalte der 40 Interviews liegen.

Abbildung 13: Zeitungskonsum der Befragten



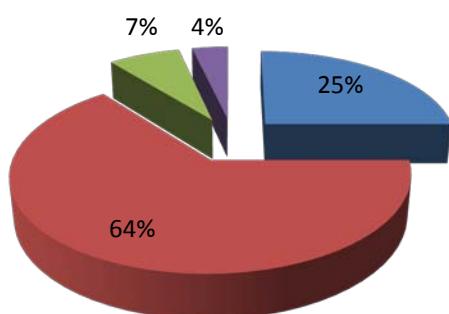
²⁷⁶ Damit gaben insgesamt 27 der befragten Personen an, eine der in Kapitel 6 analysierten Tageszeitungen zu lesen.

7.1 Allgemeines Spendenverhalten

In Bezug auf das Spendenverhalten zeigte sich kein Unterschied hinsichtlich des Geschlechts der befragten Personen. So gaben von den 20 weiblichen und den 20 männlichen befragten Personen jeweils 14 an, generell zu spenden und jeweils sechs Männer und sechs Frauen gaben an, nie an BettlerInnen zu spenden.²⁷⁷

Abbildung 14: Durchschnittliche Spendenhöhe

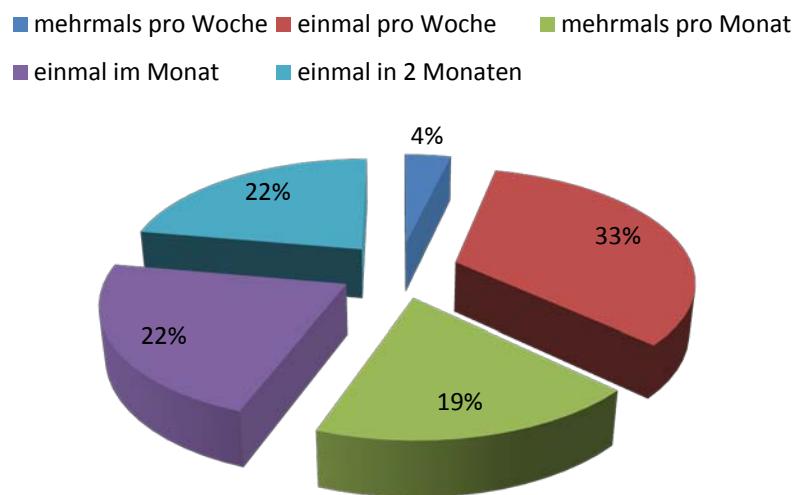
■ bis zu 1 Euro ■ 1 bis 2 Euro ■ 2 bis 5 Euro ■ mehr als 5 Euro



Bezüglich der Spendenhöhe gaben knapp zwei Drittel der Befragten, nämlich 18 Personen an, durchschnittlich zwischen einem und zwei Euro an BettlerInnen zu spenden. Ein Viertel der Befragten, die dabei ausschließlich der Gruppe der Unter-30jährigen angehörten, gab an, regelmäßig „Kleingeld“ bis zu einem Euro zu spenden. Nur eine Person aus der Gruppe der 28 regelmäßigen SpenderInnen gab an, regelmäßig über fünf Euro an BettlerInnen zu spenden.

Hinsichtlich der Spendenhäufigkeit gab ein Drittel der Befragten bzw. neun Personen an, durchschnittlich einmal in der Woche zu spenden. Diejenigen die angaben, mehrmals im Monat bzw. einmal im Monat zu spenden, lagen mit jeweils 22 Prozent bzw. sechs Nennungen gleichauf an zweiter Stelle, knapp gefolgt von fünf Befragten, die angaben, etwa alle zwei Monate spenden. Nur eine Person gab an, mehrmals in der Woche an BettlerInnen zu spenden.

²⁷⁷ Bezuglich der Gruppe der zwölf Personen, welche in den Interviews angaben, generell nie an BettlerInnen zu spenden, wurden in die Statistik auch jene Personen aufgenommen, die angaben, zwar nicht an BettlerInnen, jedoch sehr wohl an wohltätige Organisationen zu spenden. Auch Personen, die angaben, an BettlerInnen ausschließlich Lebensmittel zu spenden, wurden in diese Kategorie aufgenommen.

Abbildung 15: Durchschnittliche Spendenhäufigkeit

7.2 Spendenverhalten in spezifischen Situationen

Um die InterviewpartnerInnen in das Thema einzuführen und zugleich in eine mögliche Spendensituation zu versetzen, wurde ihnen zu Beginn des Interviews jeweils das Foto eines Bettlers bzw. einer Bettlerin vorgelegt, in Kombination mit einer kurzen Situationsbeschreibung und der anschließenden der Frage, ob sie den darauf abgebildeten BettlerInnen etwas spenden würden. Jeweils acht Personen erhielt dabei eines der untenstehenden Fotos vorgelegt:²⁷⁸



Abbildung 16 (Bild 1) zeigt die erste Bettelsituation. Zu erkennen ist ein Mann im Rollstuhl, dem Teile beider Beine fehlen und der mit einem Becher um Spenden bittet. Er bettelt eher aktiv, nachdem er das Bettelgefäß in der Hand hält und die PassantInnen anspricht. Seine Behinderung erzeugt einerseits Mitleid, andererseits limitiert sie auch seinen Bewegungsradius.

²⁷⁸ Um die Persönlichkeitsrechte der abgebildeten Personen zu schützen, wurden deren Gesichter unkenntlich gemacht.



Abbildung 17 (Bild 2) zeigt das zweite Szenario. Man sieht einen jüngeren Mann mit Krücke, der Gäste eines Gastgartens um eine Spende bittet. Er bettelt eindeutig aktiv, spricht die Leute direkt an und streckt diesen das Bettelgefäß entgegen.



Abbildung 18 (Bild 3) zeigt Szenario drei. Auf dem Bild ist eine junge Frau zu sehen, die offensichtlich hochschwanger ist, eine Ausgabe der Zeitung „Augustin“ in den Händen hält und um Spenden bittet. Sie spricht niemanden an und bettelt eher passiv. Die Zeitung (sie hat nur ein Exemplar) betont dabei ihren Babybauch.

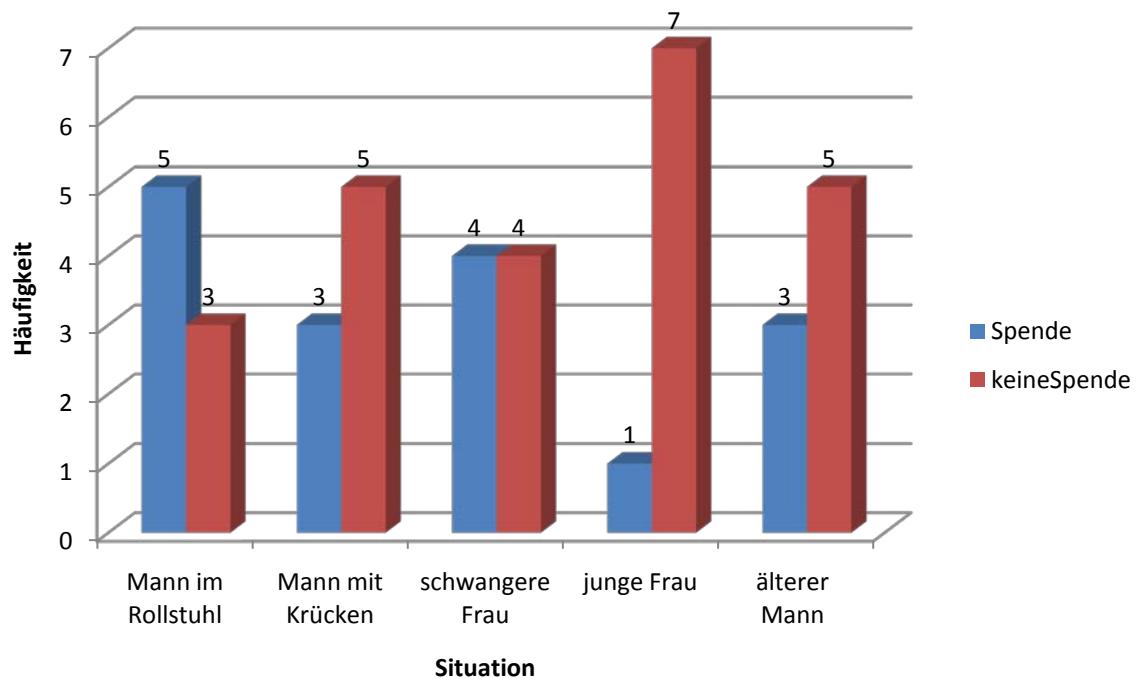


Abbildung 19 (Bild 4) zeigt Szenario vier. Eine junge Frau sitzt in einem Hauseingang und bittet mittels eines Bechers um Spenden. Ihr Blick ist meist zu Boden gerichtet, nur sehr selten sieht sie umher. Es handelt sich dabei also um eine sehr passive Bettelhaltung.



Abbildung 20 (Bild 5) zeigt die fünfte, den Befragten vorgelegte Situation. Ein älterer Mann sitzt an einer Hausecke und bittet mit einem Plastikbecher um Spenden. Auch er sieht fast ausschließlich auf den Boden und ähnelt vom Bettel-Typ stark der Frau in Bild 4, ist jedoch deutlich älter.

Abbildung 21: Spendenverhalten der verschiedenen Situationen



Von den 40 befragten Personen gaben insgesamt 16 Personen an, in der abgebildeten Situation etwas spenden zu wollen, 24 Personen gaben an, in der konkreten Situation kein Geld spenden zu wollen. Am häufigsten – nämlich in fünf Fällen – hätte laut den Angaben der Befragten der Mann im Rollstuhl mit einer Spende rechnen können; das junge Mädchen auf Bild 4 hätte aus der Gruppe der acht Befragten nur ein einziges Mal eine Spende erhalten. Aufgrund der kleinen Auswahl können natürlich keine allgemeingültigen Aussagen getroffen werden, trotzdem lässt sich aus den Antworten der Befragten eine Tendenz ablesen, welche auch mit den Gründen, die die Befragten für ihr

generelles Spendenverhalten angeben, übereinstimmt. Kurz zusammengefasst lässt sich sagen, dass vor allem an BettlerInnen gespendet wird, die besonders „bedürftig“ erscheinen und besonderes Mitleid erregen bzw. wenn diese „unverschuldet“ in ihre Situation geraten zu sein scheinen, was vor allem von Menschen mit körperlicher Behinderung angenommen wird. Junge Menschen, bzw. BettlerInnen die so aussehen als ob sie arbeiten gehen könnten, bzw. auch jene, von denen angenommen wird, dass sie alkoholkrank seien, würden nach Angabe der befragten Personen seltener eine Spende erhalten.²⁷⁹

So lauteten die Begründungen der Befragten dafür, dem Mann im Rollstuhl auf Bild 1 etwas spenden zu wollen, zum Beispiel: „(...) Weil ich Mitleid mit ihm habe.“²⁸⁰ „(...) Manche können ja wirklich nichts dafür. Die haben diese Behinderung durch den Krieg oder eine Verletzung. Der hat auch ein Recht zu leben. Und selbst wenn er bei der Mafia dabei ist, kann er ja nichts dafür; aber auch dann hat er ein Recht zu leben.“²⁸¹ „Ja, nach Möglichkeit würde ich jedem etwas geben, der behindert ist und keiner Tätigkeit nachgehen kann.“²⁸² Diejenigen Befragten, die angaben, dem Mann im Rollstuhl in dieser Situation nichts spenden zu wollen, begründeten dies damit, dass sie entweder aus Prinzip nicht spenden würden bzw. mit der Angst, durch ihre Spende „Bettelbanden“ oder sogar die absichtliche „Verstümmelung“ von Menschen durch diese „Banden“ zu unterstützen: „(...) Obwohl ich schon merke, dass ich dem öffentlichen Betteln gegenüber etwas müde bin, immer wieder Geschichten höre, wo es um eine bewusste Verstümmelung von Leuten geht und ich zwischendurch schon dazu neige zu sagen: ‚Nein, das möchte ich nicht unterstützen‘.“²⁸³

Warum in Bezug auf den jungen Mann mit der Krücke auf Bild 2, welcher ebenfalls körperlich beeinträchtigt ist, weniger Befragte angaben, etwas spenden zu wollen, wird unter anderem mit der Bettelsituation begründet. Gerade „aktives“, von vielen Befragten auch als „aggressives“ Betteln bezeichnet, wird von vielen InterviewpartnerInnen abgelehnt.²⁸⁴ So meinten zwei Befragte beispielsweise: „[Weil] (...) ich es auch als störend empfinden würde, wenn ich beim Essen sitze und es kommt jemand, der dann meist auch beharrlicher ist und drei bis vier Mal fragt; und man ist gerade in irgendwelchen privaten Gesprächen, dann finde ich das eher unangenehm und

²⁷⁹ Als Gründe hervorgehoben werden sollen im Folgenden nur jene Argumente zu spenden, bzw. nicht zu spenden, welche sich auf die spezifische Situation bzw. die Unterschiede zwischen den fünf abgebildeten BettlerInnen beziehen. Eine Analyse sämtlicher von den Befragten genannten Gründe, zu spenden bzw. nicht zu spenden folgt auf S. 119ff.

²⁸⁰ Interview 2.

²⁸¹ Interview 3.

²⁸² Interview 4.

²⁸³ Interview 6.

²⁸⁴ Vgl. zu diesem Thema auch S. 124.

störend.“²⁸⁵ „Nein [ich würde ihm nichts spenden; Anm.], weil ich mich belästigt fühlen würde. Ich sehe ein, dass es Bettler gibt, ich will sie auch nicht von der Straße verbannen, aber ich würde mich belästigt fühlen. Vor allem wenn ich gerade beim Essen bin. Wenn er mir so entgegenkommt... das hängt dann von meiner Laune ab. (...) Leute in einer schwächeren Position – wie dem Essen beispielsweise – anzubetteln, ist eben nicht die feine englische Art.“²⁸⁶ Als weitere Begründung, dem Mann nichts spenden zu wollen, wurde von zwei Befragten auch das Misstrauen gegenüber seiner Behinderung genannt: „(...) Ich glaube zum Beispiel auch nicht, dass er wirklich Krücken braucht.“²⁸⁷ „Nein, weil der Großteil gar nicht behindert ist. Das hab ich schon in der Fußgängerzone beobachtet. Der war so behindert, dann liefert er das Geld ab und kann ganz normal gehen (...).“²⁸⁸ Dieser Annahme widerspricht jedoch einer der Interviewpartner, welcher angibt, den abgebildeten Bettler persönlich zu kennen: „Den kenne ich. Der ist am Naschmarkt und hat wirklich einen kaputten Fuß. Es gibt dort aber viele, die von Gruppen ausgeschickt werden und das Geld dann abliefern müssen. Aber der hat wirklich einen kaputten Fuß. Und selbst wenn er das Geld abliefern müsste, ist er trotzdem ein armes Schwein. Der bekommt immer was.“²⁸⁹

Laut Angaben der Befragten hätte die abgebildete schwangere Frau auf Bild 3 von der Hälfte der acht Personen mit einer Spende rechnen können. Die Tatsache, dass die junge Frau auch eine Ausgabe der Zeitschrift „Augustin“ in Händen hält, wurde von den befragten Personen als besonders positiv bewertet bzw. als zusätzliche Motivation, der Frau Geld spenden zu wollen, formuliert.²⁹⁰ Die offensichtliche Schwangerschaft wurde nur von einem der Befragten als Grund angegeben, der Frau etwas spenden zu wollen: „Ich kaufe selbst öfter den Augustin und würde ihr wahrscheinlich einen abkaufen. Wenn ich den Augustin schon hätte, würde ich sie wahrscheinlich auch unterstützen, vor allem deswegen, weil sie schwanger ist. Die Schwangerschaft ist für mich schon ein Kriterium, um eher ihr etwas zu geben als einem anderen Bettler.“²⁹¹ Demgegenüber steht die Aussage eines Befragten, der angibt, die Schwangerschaft wäre für ihn kein Kriterium zu spenden, „(...) weil ich der Meinung bin, dass in unserem Land die soziale Absicherung so gut eingerichtet und gehandhabt ist, dass es nicht notwendig ist, Passanten um Geld anzubetteln.“²⁹²

²⁸⁵ Interview 13.

²⁸⁶ Interview 15.

²⁸⁷ Interview 12.

²⁸⁸ Interview 16.

²⁸⁹ Interview 11.

²⁹⁰ Mehr zu diesem Thema siehe S. 143.

²⁹¹ Interview 20.

²⁹² Interview 21.

Dem jungen Mädchen auf Bild 4 würde, wie bereits oben erwähnt, nur eine einzige der befragten Personen etwas spenden und zwar aus dem Grund, weil sie „*nicht aufdringlich*“²⁹³ wirke. Als Grund dagegen wird unter anderem angeführt, dass das Mädchen doch „*arbeiten gehen*“ könne bzw. gar nicht „*bedürftig*“ aussehe. So meinten einige der Befragten zum Beispiel: „*Ich würde ihr wahrscheinlich nichts geben, weil ich finde, dass sie noch jung ist und durchaus arbeiten gehen kann, wenn sie Geld braucht und diese Faulheit nicht unterstützt werden soll.*“²⁹⁴ „*Nein, weil ich prinzipiell keinem Bettler was gebe. Das mag ich nicht. Wir haben schon viele gesehen, die organisiert sind und das Geld selber eh nicht bekommen und wenn sie aufstehen, schauen sie ganz gut aus und könnten sie dann eh arbeiten gehen.* [Interviewer: *Aber diese Frau gibt jetzt nicht vor, behindert zu sein.*] *Dann sehe ich überhaupt keinen Grund, warum sie betteln geht.*“²⁹⁵ „*Einer älteren Dame vielleicht was, aber den Jüngeren eigentlich nicht.* [Interviewer: *Warum geben Sie gerade den Jungen nichts?*] *Weil ich finde, die haben sich selber ihr Leben verbaut und können arbeiten gehen. Weil wir müssen auch für unser Geld arbeiten gehen, und warum die nicht.*“²⁹⁶ „*Ich denke, so arm sieht sie nicht aus. So wie sie angezogen ist, sieht sie nicht wie ein Sandler aus.*“²⁹⁸

In Bezug auf den auf dem Boden sitzenden älteren Mann auf Bild 5 gaben drei Personen an, ihm etwas spenden zu wollen, wenn sie auf ihn treffen würden. Wiederum wurden vor allem die Kriterien „*Bedürftigkeit*“ bzw. „*passives Betteln*“ hervorgehoben: „*(...) Zumindest auf dem Foto sieht dieser Mann ziemlich deprimiert aus, als würde er wirklich auf Hilfe angewiesen sein und nicht so tun als ob*“²⁹⁹ „*Da würde ich eher was geben, wenn er passiv dort sitzt, als wenn er aktiv bittelt.* [Interviewer: *Das heißt, das Kriterium für Sie ist, wie der Bettler auf Sie zukommt?*] *Genau so ist es. Wenn jemand ruhig dort sitzt, spende ich eher, als wenn jemand mit Kindern oder, die neueste Mode, die Verkrüppelten aus Rumänien und Bulgarien herangekarrt werden. Da bin ich sehr vorsichtig.*“³⁰⁰

Als Gründe, dem älteren Mann nichts spenden zu wollen, wurden unter anderem die „*große Anzahl*“ an BettlerInnen genannt, bei denen man nicht wisse, wem man etwas geben solle, die Tatsache, dass man lieber an Organisationen als an BettlerInnen spende sowie die Angst davor bestohlen zu werden, wenn man die Geldbörse aus der Tasche hole. Eine der Befragten gab dezidiert an, dem Mann auf dem Bild deswegen nichts spenden zu wollen, weil sie vermute, dass dieser „*ein Alkoholproblem*“ habe und ihm aus

²⁹³ Interview 25.

²⁹⁴ Interview 27.

²⁹⁵ Interview 29.

²⁹⁶ Interview 32.

²⁹⁷ Zur Diskussion BettlerInnen sollten doch „*arbeiten gehen*“, vgl. auch S. 143.

²⁹⁸ Interview 31.

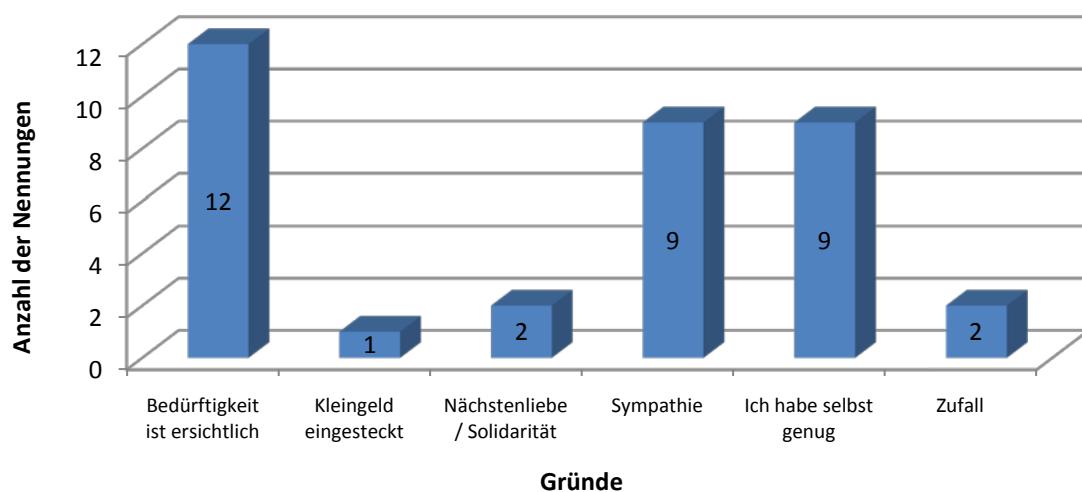
²⁹⁹ Interview 33.

³⁰⁰ Interview 34.

diesem Grunde Geld „nicht helfen“ könne: „*Er macht auf mich den Eindruck betrunken zu sein. Er ist ganz gut angezogen und wirkt nicht hilflos. Es scheint aber, als hätte er ein Alkoholproblem. (...) Bei den Leuten auf der Straße finde ich, dass sie meist psychisch nicht mehr in der Lage sind, sich weiterzuhelfen, teilweise ein Alkoholproblem haben, und ich glaube, mit einem Euro ist ihm nicht geholfen. Es wäre besser, sich mit ihm zu beschäftigen, vielleicht an das Magistrat weiterleiten, damit die ihm helfen. Aber Geld hilft meiner Meinung nach nicht.*“³⁰¹

7.3 Gründe zu spenden

Abbildung 22: Gründe zu spenden (Mehrfachnennungen)



Aus der obenstehenden Tabelle sind die Gründe ersichtlich, die die befragten Personen als Motiv für ihr generelles Spendenverhalten angaben. Da einige der 28 InterviewpartnerInnen, die angaben, regelmäßig an BettlerInnen zu spenden, im Verlauf des Interviews mehrere Gründe anführten, die für ihr Spendenverhalten relevant seien, sind in der Abbildung mögliche Mehrfachnennungen berücksichtigt. Hinsichtlich der Gründe für das allgemeine Spendenverhalten zeigten sich keine auffälligen Unterschiede in Zusammenhang mit dem Zeitungskonsum der Befragten. In Bezug auf die verschiedenen Altersgruppen fiel jedoch auf, dass für die Unter-30jährigen Befragten vor allem das Thema „Bedürftigkeit“ ein wichtiges Kriterium dafür darstellte, zu spenden oder nicht zu spenden.

Als häufigster Grund dafür, BettlerInnen Geld zu geben, wurde von insgesamt zwölf Personen das Thema „Bedürftigkeit“ genannt. Viele der SpenderInnen gaben an, dass es

³⁰¹ Interview 40.

ihnen wichtig sei, das Geld vor allem Personen zu geben, die „wirklich arm“ und „tatsächlich bedürftig“ seien. Bei einigen der InterviewpartnerInnen klingt hier auch bereits das Misstrauen gegenüber BettlerInnen an, die „nur vorgeben“ würden, arm und bedürftig zu sein. Auch BettlerInnen, die nach Meinung der Befragten „selbst arbeiten gehen“ könnten, würden demnach seltener eine Spende erhalten. So heißt es zum Beispiel auf die Frage nach dem Motiv, zu spenden: „Wenn die Bedürftigkeit für mich ersichtlich ist, reicht das.“³⁰² „Also ich spende eher selten und dann meist in Fällen, wo ich mir denke, der sitzt jetzt nur herum und ist wirklich arm und macht nicht extrem auf sich aufmerksam und ist auf eine gewisse Weise authentisch, um das so blöd zu sagen.“³⁰³ „Das kann ich nicht so genau sagen. Vielleicht Mitleid, wenn man Menschen in einer Notsituation sieht; oder bei einer U-Bahn, wenn Leute was zu essen wollen.“³⁰⁴ „Bei Anderen kommt es auf den persönlichen Eindruck an. Ich habe mein Büro bei der Oper und da kenne ich die Leute schon einigermaßen. Wenn ich bei Einzelnen den Eindruck habe, der befindet sich in einer Notsituation und es wäre sinnvoll, dem was zu geben (...) Aber wenn ich den Eindruck habe, das ist jemand, der berufsmäßig bittelt, dann tu ich das nicht. Ich kannte einmal einen Bettler der immer verschiedene Bandagen umgebunden hatte, um Verletzungen zu suggerieren. Einmal war er ein armer Kärntner, den es nach Wien verschlagen hat und der Geld für ein Rückfahrtticket braucht, das nächste Mal war es wieder was Anderes. Ich glaube, dass ich einen gewissen Blick entwickelt habe, wo es sinnvoll ist, was zu geben, und wo sich jemand den Unterhalt laufend durch bitteln verdienen will.“³⁰⁵ „Das kommt darauf an, wer das ist, weil es auch durchaus bedürftige Menschen gibt, die behindert sind oder ältere Leute, die keine Arbeit mehr finden. Aber gerade junge Menschen sollen ruhig arbeiten gehen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. (...) Manche Leute sind ja doch arm und denen möchte man dann schon auch helfen.“³⁰⁶

Manche der Befragten stellten zusätzlich zur ersichtlich sein müssen „Bedürftigkeit“ auch Ansprüche daran, was die BettlerInnen mit dem gespendeten Geld ihrer Meinung nach tun sollten: „[Ich spende] vor allem an Menschen, bei denen ich mir denke, ,der wird sich nicht sofort Zigaretten oder Ähnliches dafür kaufen‘, sondern etwas zu Essen. [Interviewer: Woran erkennt man so eine Person?] Schwierige Frage. Ich versuche, das einzuschätzen. Vor allem das Äußerliche oder wie jemand auf einen zukommt. [Interviewer: Und wie kommen so Leute auf Sie zu?] Wenn mir jemand beim Essenkaufen

³⁰² Interview 4.

³⁰³ Interview 13.

³⁰⁴ Interview 16.

³⁰⁵ Interview 24.

³⁰⁶ Interview 27.

*zusicht und fragt, ob er auch etwas zu essen haben kann, dann kommt es eher vor, dass ich was hergebe.*³⁰⁷

An zweiter Stelle der Motive, BettlerInnen Geld zu spenden, liegen mit jeweils neun Nennungen die Gründe „der Bettler bzw. die Bettlerin ist mir sympathisch“ sowie die Begründung, dass es den Befragten selbst einigermaßen gut ginge und es ihnen deswegen möglich wäre, etwas von ihrem Geld abzugeben.

Es ist überraschend, dass das Thema „Sympathie“ bzw. die persönliche Beziehung zu den BettlerInnen hinsichtlich des Spendenverhaltens eine so große Rolle zu spielen scheint. Viele der Befragten gaben auch an, bestimmten, also „ihren“ BettlerInnen regelmäßig Geld zu geben. Mit dem Thema „Sympathie“ steht auch das „Verhalten“ des Bettlers bzw. der Bettlerin in Zusammenhang. Von einigen der Befragten wurde in den Interviews immer wieder betont, dass „aggressive“ bzw. „aufdringliche“ BettlerInnen als unsympathisch empfunden würden und aus diesem Grunde von ihnen seltener eine Spende erhalten würden: „*Es gibt eine Frau, die immer vor dem Billa steht. Zu der habe ich schon fast eine Beziehung, weil die immer dort steht. Sie ist nicht aufdringlich, vielleicht ist es auch, weil sie so mütterlich ausschaut. Der gebe ich immer wieder was....*³⁰⁸ „*Das kommt drauf an. Es kommen Bettler auch mit einem gewissen Schmäh: „Heast Oida, gibst ma wos für a Bier?“. Okay, manchmal geb' ich was, manchmal nicht.*³⁰⁹ „*Ich kann jetzt nicht sagen, gar nichts zu spenden. Aber der Mensch muss mir dann sympathisch sein, auch wenn er arm ist.*³¹⁰ „*Je nachdem, wie mich die Leute ansprechen. Ob die sympathisch rüberkommen, nett und freundlich waren oder ob sie mich unter Druck setzen. Das ist dann so ein Gefühl.*³¹¹

Die Begründung selbst genug zu haben und deswegen davon abgeben zu können, wurde ebenfalls neun Mal als Grund dafür angeführt, BettlerInnen Geld zu spenden. Hier wurde von einigen der Befragten auch erwähnt, beim Anblick von BettlerInnen „ein schlechtes Gewissen“ zu haben, weil sie selbst es im Leben so viel leichter hätten. Von einigen der Befragten wird auch dezidiert die Verhältnismäßigkeit ihrer Ausgaben für „Luxusgüter“ und einer demgegenüber leicht aufzubringenden Spende hergestellt: „*Ich denke mir, jemand der genug verdient, sollte denen etwas abgeben die nicht genug haben.*³¹² „*Diese Mischung aus schlechtem Gewissen, also Gewissenserleichterung, und dem Gefühl ich habe mehr als sie. Aber ich spende dann oft auch nicht, gehe vorbei und empfinde es als*

³⁰⁷ Interview 26.

³⁰⁸ Interview 6.

³⁰⁹ Interview 15.

³¹⁰ Interview 16.

³¹¹ Interview 19.

³¹² Interview 5.

Belästigung.³¹³ „Also ich habe auch ein schlechtes Gewissen, wenn ich gerade bei einer Bank Geld abheben war und dann jemand vor der Bank bittet, weil ich mir dann denke, 'ich habe jetzt soundso viel Geld abgehoben und gebe es jetzt für irgendeinen Schmarren aus, und dann kann man auch einen Bruchteil davon an jemanden geben, der das auch gut gebrauchen kann'. Oder wenn jemand bei Wind und Wetter auf der Straße sitzt, ist es meistens das schlechte Gewissen, dass es mir besser geht.³¹⁴ „Ich habe genug und kann es einfach hergeben. Das ist meine einzige Motivation. Da merkt man wie ‚reich‘ man ist, wenn man etwas hergeben kann und es einem nicht abgeht; und ich kann anderen damit helfen. Und ich bin wirklich nicht reich.³¹⁵ „Sie wissen nicht, was mir der Naschmarkt in einer Woche kostet, weil ich an diesen Leuten leider nicht vorbei kann. Aber ich denke mir immer, wir leben in einem der zehn reichsten Länder der Welt. Wir zahlen für Kirschen 12 Euro pro Kilo, aber dem Bettler auf der Straße einen Euro zu geben, das ist zu viel. Ich hab' da eine andere Einstellung. Ich hab' am Naschmarkt meine Speziellen. Einer sitzt immer beim Billa, der bekommt auch immer was. Der wohnt dort irgendwo und wenn ich sehe, wie er beim Einkaufen immer Preise vergleicht, weiß ich, der hat auch kein Geld. Mir geht's gut, ich bin jetzt nicht reich, aber die Typen haben nichts zu fressen, das ist der Unterschied. Und ich glaube nicht, dass es uns schaden würde, wenn wir teilen lernen würden.³¹⁶ „Wenn ich mir um zwei bis drei Euro einen Kaffee kaufen kann, oder einen Pullover um 60 Euro, dann kann ich einem Bettler auch zwei Euro geben.³¹⁷

Zwei der Begründungen der Befragten, etwas zu spenden, können der Kategorie „Nächstenliebe/Solidarität“ zugeordnet werden. So nennt einer der Interviewpartner auf die Frage, warum er spenden würde: „Weil ich so geboren bin. Ich bin arm geboren worden, hab mir alles erarbeitet und ich frage mich, warum die Leute so egoistisch geworden sind und nur auf sich schauen. So sollte es aber nicht sein. Meine Einstellung ist: Ich helfe ihm, vielleicht hilft er mir mal.“³¹⁸ Und eine weitere Befragte gibt als Begründung an, damit „etwas Gutes“ zu tun: „Manchmal denk ich mir, jetzt hab' ich zwei Monate nichts gegeben und geb' dann fünf Euro. Der Bettler freut sich und ich denke mir, ich habe mal wieder was Gutes getan.“³¹⁹

Zwei weitere Begründungen der Befragten nach ihren Spendenmotiven können der Kategorie „Zufall“ zugeordnet werden, da die Befragten angaben, die Wahrscheinlichkeit zu spenden wäre an keine bestimmten Bedingungen gebunden: „Manchmal geb' ich was.

³¹³ Interview 6.

³¹⁴ Interview 9.

³¹⁵ Interview 10.

³¹⁶ Interview 11.

³¹⁷ Interview 18.

³¹⁸ Interview 3.

³¹⁹ Interview 14.

Das hängt von meiner Laune ab. Wenn was Gutes passiert ist oder ich mir was Schönes gekauft habe, dann kann es sein, dass ich irgendjemandem zwei Euro gebe.³²⁰ „Weil ich immer was hergebe, wenn mich wer anredet.“³²¹ Auch die letzte Kategorie „[Ich spende], wenn ich gerade Kleingeld eingesteckt habe“³²² steht ebenso wie die Kategorie „Zufall“ demnach in keinem Zusammenhang mit den BettlerInnen selbst, an die gespendet wird, bzw. wird darauf in den betreffenden Interviews nicht näher eingegangen.

7.4 Gründe gegen das Spenden

In der untenstehenden Liste finden sich sämtliche Gründe, die die InterviewpartnerInnen dafür nannten, nicht an BettlerInnen zu spenden. In der Aufstellung finden sich auch jene Befragten, die angaben, „generell“ bzw. manchmal zu spenden, im Interviewverlauf jedoch auch Gründe bzw. Situationen nannten, in welchen sie nicht spenden würden.

Tabelle 7: Gründe gegen das Spenden

Grund	Nennungen	In Prozent
BettlerInnen sind zu aufdringlich / "aggressives Betteln"	8	28,6
keine Unterstützung von "Bettelbanden" durch eine Spende	8	28,6
es gibt zu viele BettlerInnen	4	14,3
selbst kein Geld	2	7,2
BettlerInnen sollen "arbeiten gehen"	2	7,2
eine Spende "hilft" den BettlerInnen nicht	1	3,6
es ist genügend soziale Absicherung vorhanden	1	3,6
BettlerInnen bekommen ohnehin "genug"	1	3,6
Angst davor, überfallen zu werden	1	3,6
Gesamt	28	100

Am häufigsten wurden dabei von den Befragten – nämlich von jeweils acht Personen – genannt, durch ihre Spende nicht das Fortbestehen von „Bettelbanden“ unterstützen zu wollen bzw. an „aggressive BettlerInnen“ generell nichts zu spenden.

Viele der Befragten die angaben, die BettlerInnen aufgrund ihres Glaubens an „Bettelbanden“ nicht zu unterstützen, betonten dabei, durchaus an wohltätige Organisationen zu spenden bzw. den BettlerInnen Lebensmittel zu kaufen, welche diese

³²⁰ Interview 8.

³²¹ Interview 17.

³²² Interview 1.

„nicht an die Banden abgeben müssten“: „Ja, wenn jemand kommt und möchte eine Wurstsemel gekauft haben, dann würde ich das machen. Einmal hat mich jemand um eine Feige gebeten, die ich gerade gekauft habe, und der hat dann auch eine bekommen. [Interviewer: Das heißt, Sie spenden nie Geld an Bettler?] Man hört ja auch oft von organisierten Bettlern, die das Geld dann wieder abgeben müssen, und das will ich dann nicht unterstützen.“³²³ „Da gibt es ja die Geschichten, dass die Leute, die betteln, dann das Geld nicht behalten dürfen und abgeben müssen. Oder die Bettler das Geld dann für Alkohol oder so ausgeben. Dafür spende ich auch nichts. Aber ich habe einem Bettler, der Geld für Essen wollte, schon mal angeboten ihm beim Billa was zu essen zu kaufen, was der aber abgelehnt hat. Der wollte nur das Geld.“³²⁴ „Nein, ich gebe prinzipiell nichts. Wenn, dann kaufe ich was zu essen, aber Geld nicht. Das sind ja meist diese rumänischen Banden und denen wird das Geld sowieso abgenommen.“³²⁵

Das Thema „aggressives“ bzw. „aufdringliches Betteln“ war ebenfalls in vielen Interviews ein Thema, unabhängig von der Tatsache, ob die Befragten angaben, generell zu spenden bzw. prinzipiell nicht zu spenden. Die Abneigung gegen ein zu offensives Zugehen von BettlerInnen war in zahlreichen Zusammenhängen ein Thema in den Interviews: „Wenn mich die Leute so anschauen als bräuchten sie was, dann gebe ich ihnen was. Aber ich mag das auch nicht, wenn sie ungut und aufdringlich sind.“³²⁶ „Ich mag es nicht wenn jemand auf mich zukommt und mich anbettelt, so ‚bitte-bitte-danke‘. Aber wenn jemand ruhig dasitzt bzw. ein Schild mithat, dann ist das für mich okay.“³²⁷ Eine weitere Befragte gab an, sich durch BettlerInnen auf der Straße „gestört“ zu fühlen und deswegen das Spenden an Organisationen vorzuziehen: „Nein, weil wenn ich spende, dann spende ich an Organisationen und es stört mich auch, wenn in der U-Bahn immer dieselbe Frau herumgeht und den Leuten erzählt, sie habe so viele Kinder und möchte was haben.“³²⁸

Vier der Befragten führten in den Interviews auch als Argument gegen das Betteln an, dass sie aufgrund der großen Zahl von BettlerInnen nicht wüssten, welchem der BettlerInnen sie etwas geben sollten und dass es „ungerecht“ sei, dem einen etwas zu geben und dafür dem anderen nicht: „Es ist schwer, eine Auswahl zu treffen, wem man Geld gibt und wem nicht. Und warum dann dem einen was geben und den anderen nicht. Es ist klar, dass es nicht besser ist, wenn ich keinem was gebe.“³²⁹ „Nein, ich gebe

³²³ Interview 21.

³²⁴ Interview 22.

³²⁵ Interview 28.

³²⁶ Interview 25.

³²⁷ Interview 35.

³²⁸ Interview 39.

³²⁹ Interview 7.

meistens nichts. Eigentlich nie. Weil ich nicht weiß, wofür er es verwendet, und vor allem habe ich dann das Problem, dass ich dem nächsten dann auch etwas geben müsste und das kann ich mir dann irgendwann nicht mehr leisten.“³³⁰ „Ich würde diesen Menschen gerne etwas spenden, nur begegnen mir am Tag 30 solcher Menschen und ich kann es mir nicht leisten, jedem was zu geben.“³³¹ „[Ich würde nichts geben; Anm.], (...) weil man am Tag schon von so vielen Leuten gefragt wird. Und dann gibt man einem was und das wäre dann unfair den Anderen gegenüber, deswegen gibt man gleich gar nichts her.“³³²

Zwei der Befragten gaben an, nicht zu spenden, da sie selbst über wenig Geld verfügen würden. So meinte ein Student, er hebe sich das Spenden auf „*bis ich mal ganz viel Geld habe.*“³³³ Und ein weiterer Befragter gab an, selbst arbeitslos zu sein und aus diesem Grunde nicht spenden zu können: „*Naja, wenn man selber nichts hat kann man nichts hergeben.*“^{334 335}

Eine Befragte aus der Gruppe der zwölf Personen die angaben, generell nie zu spenden, nannte ihre Angst davor, von den BettlerInnen beraubt zu werden, als Grund dafür. Zudem „sponsere“ sie bereits ihre Söhne und Enkelkinder: „*Erstens geb' ich meine Geldbörse nicht heraus weil ich Angst habe, dass sie mir jemand aus der Hand reißt und zweitens habe ich zwei arbeitende Söhne und vier Enkelkinder, die ich genug sponsere.* [Interviewer: *Ist Ihnen das schon einmal passiert, dass Ihnen jemand die Geldbörse aus der Hand geschlagen hat?*] Nein, das nicht, aber gestohlen schon. In der U-Bahn. Aber einer Bekannten ist das schon passiert. Die wollte einem Bettler was reinschmeißen und in dem Moment lief jemand vorbei und riss ihr die Geldbörse weg. Und die Bekannte weiß bis heute nicht, ob der Dieb zu dem Bettler gehört hat oder nicht.“^{336 337}

³³⁰ Interview 14.

³³¹ Interview 26.

³³² Interview 36.

³³³ Interview 7.

³³⁴ Interview 30.

³³⁵ Zur Analyse des Themas „BettlerInnen und Arbeit“ bzw. „BettlerInnen sollten arbeiten gehen“ vgl. S. 143.

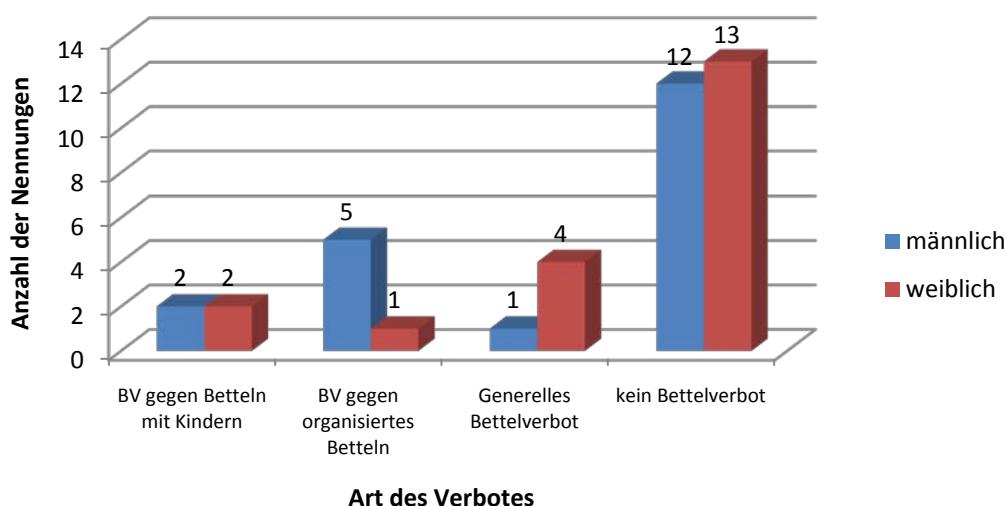
³³⁶ Interview 38.

³³⁷ In der Argumentation dieser Befragten findet sich die Verknüpfung der Themen „Bettler“ und „Kriminalität“, welche auch vielfach in den Boulevardmedien hergestellt wurde. Vgl. dazu auch die Zeitungsanalysen auf Seite X. Noch dazu verwendet die Befragte eine typische Argumentationsweise, die auch in Boulevardmedien zu finden ist: Ein Einzelbeispiel aus „dem Bekanntenkreis“ bzw. von dem man „gehört“ hat, wird dabei generalisiert und auf eine gesamte Gruppe übertragen. Bemerkenswert ist in Zusammenhang mit dieser Textpassage auch die Tatsache, dass die Befragte im letzten Satz sogar selbst betont, dass überhaupt nicht sicher sei, ob der von ihr hergestellte Zusammenhang zwischen einem Bettler und einem Dieb überhaupt zutreffe.

7.5 Meinungen zum Bettelverbot

7.5.1 Pro Bettelverbot

Abbildung 23: Meinungen zum Bettelverbot



Entgegen der Darstellung zahlreicher PolitikerInnen sowie mancher Medien sprach sich die Mehrheit der 40 Befragten – nämlich 25 Personen – generell gegen ein Bettelverbot aus. Zwei der Befragten waren gegenüber der Frage eines Bettelverbots unentschlossen bzw. nicht eindeutig zuzuordnen und weitere zehn Personen sprachen sich für ein partielles bzw. ein eingeschränktes Bettelverbot – nämlich gegen das „organisierte Betteln“ bzw. das „Betteln mit Kindern“ – aus. Lediglich fünf der insgesamt 40 Befragten sprachen sich für ein generelles Bettelverbot hinsichtlich sämtlicher Formen des Bettelns und in allen öffentlichen Räumen aus. Generell lässt sich sagen, dass viele der Befragten besonders bezüglich dieser Fragestellung mit sich rangen, mehrere Argumente nannten und sich in vielen Fällen schwer taten, sich endgültig festzulegen.

Bezüglich der demographischen Verteilung gab es – abgesehen von den fünf Nennungen für ein generelles Bettelverbot, darunter vier Frauen – hinsichtlich des Geschlechts kaum auffällige Unterschiede. So sprachen sich zwölf Männer und dreizehn Frauen generell gegen ein Bettelverbot aus und lagen damit beinahe gleichauf. Leichte Unterschiede ergaben sich nur hinsichtlich der Frage des Verbots des organisierten Bettelns, das von fünf Männern aber nur einer Frau als wünschenswert angegeben wurde. In Bezug auf das Alter sind kaum nennenswerte Unterschiede festzustellen, außer dass den Unter-45jährigen vor allem das Verbot des „organisierten Bettelns“ ein Anliegen war. Fünf der sechs Befragten, die sich für ein Bettelverbot gegen das „organisierte Betteln“

aussprachen, waren dieser Altersgruppe zuzuordnen. Bezuglich der fünf Befragten, die sich für ein generelles Bettelverbot aussprachen fällt auf, dass zwei davon aus der Gruppe der Unter-30jährigen stammten und drei davon aus der Gruppe der Über-60jährigen Befragten. Von den Befragten der Altersgruppe zwischen 30 und 60 Jahren sprach sich keiner für ein generelles Bettelverbot aus.

Die Gründe, die für ein generelles Bettelverbot angeführt wurden, unterschieden sich dabei stark. Sie reichten von der Begründung, dass Betteln ohne „Gegenleistung“ verboten werden solle, über das Argument, dass in Österreich „niemand hungern müsse“ bis hin zur Begründung, dass, wenn man nicht herausfinden könne, welche BettlerInnen wirklich organisiert betteln würden, man das Betteln einfach generell verbieten solle: „*Ja, also wenn man nichts dafür tut, einfach nur das sitzt und auf das Mitleid hofft, dann finde ich schon, dass das verboten gehört.*“³³⁸ „*Ja, sicher bin ich dafür [für ein Bettelverbot; Anm.] Weil in Österreich muss niemand, der legal hier ist hungern. Meine Mutter hatte nur Mindestrente und wir kamen auch irgendwie durch (...). Das Problem heute, diese arbeitsscheuen Individuen, die bekommen von mir sowieso nichts. Das ist nicht notwendig in Österreich.*“³³⁹ ³⁴⁰ „*Ich bin generell dafür. Ich würde es verbieten, weil die die betteln meistens von Organisationen sind. Man sieht, wenn man Einblick hat, Leute in die Busse steigen. [Interviewer: Würden Sie das Bettelverbot auf das organisierte Betteln beschränken?] Wenn man das könnte schon, aber nachdem man das schwer feststellen kann, sollte man es generell verbieten.*“³⁴¹ Die Befragte in Interview 29 führt an, dass die BettlerInnen doch „arbeiten gehen“ sollten, um Geld zu verdienen.³⁴² Außerdem begründet sie ihre Befürwortung eines generellen Bettelverbots mit einem Einzelbeispiel aus ihrem Bekanntenkreis über eine „undankbare Bettlerin“: „*Eigentlich [bin ich] schon dafür. Weil mich das eigentlich nervt. Ich finde, es gibt genug Arbeit und die die wirklich wollen, finden auch eine. Ich habe auch von einer Bekannten gehört, die einer Bettlerin nach dem Einkaufen ein Sackerl Nudeln geben wollte, der wurde das Sackerl nachgeworfen. Wenn Sie sowsas mal gehört haben, dann denken Sie anders darüber.*“³⁴³

Von denjenigen Befragten, die sich für ein eingeschränktes Bettelverbot aussprachen, war wie bereits erwähnt die Gruppe derer, die für ein Bettelverbot gegen „organisiertes

³³⁸ Interview 1.

³³⁹ Interview 28.

³⁴⁰ Auffällig ist in Interview 28 vor allem die Betonung der Befragten, dass in Österreich niemand hungern müsse, der „legal“ hier lebe. Ob diejenigen, die sich nicht legal in Österreich aufhalten würden, somit hungern dürfen sollten, bleibt offen. Auch der Verweis darauf, dass man selbst „früher“ ebenfalls mit wenig auskommen hätte müssen und die Rede von den „arbeitsscheuen Individuen“ erinnert an Formulierungen aus den Boulevardmedien, auch wenn die Befragte angibt, Kurier-Abonnentin zu sein.

³⁴¹ Interview 39.

³⁴² Mehr zu dieser Diskussion vgl. auch S. 143.

³⁴³ Interview 29.

Betteln“ plädierte, die größte. Hier war vor allem die Sorge darüber, durch die Spende die „reichen Bandenbosse“ zu unterstützen vorherrschend. Von vielen der Befragten wurde auch die häufig in der Kronen Zeitung verwendete Argumentation vom Bettelverbot „zum Schutz der BettlerInnen“ selbst verwendet: „(...) Wenn jemand für sich selber bittelt. ist das okay. Aber das organisierte Betteln würde ich verbieten. Weil ich nicht weiß, wer dahinter ist. Irgendwelche reichen Macker, die die Leute ausbeuten, Mercedes fahren und Villen haben.“³⁴⁴ „Es gibt ja solche Banden, die hauptsächlich Frauen betteln schicken und dann abkassieren. Das ist schwer zu kontrollieren. (...) Wenn die Leute dann ausgenutzt werden, sind sie schon arm.“³⁴⁵ „Eine schwierige Frage. Man hört ja immer von solchen Banden, die die Menschen dann ausbeuten. Das wäre dann ja zum Schutz der Menschen, wenn man das Betteln verbietet. Andererseits sollte man auch niemandem die Existenzgrundlage nehmen, falls sie wirklich nicht mehr anders können als zu betteln.“³⁴⁶ „Wenn die ruhig dasitzen, habe ich kein Problem damit. Nur mit Kindern machen sie stark auf Mitleid, da weiß man nicht, ob da organisierte Banden dahinter stecken. Da hab ich schon genug Beiträge gesehen. Da kommt das Geld ja nie denen zu Gute die betteln, sondern da leben nur andere gut davon. Die, die dann mit den großen Autos herumfahren.“^{347 348}

Ein Verbot des Bettelns mit Kindern wurde von vier Personen in den Interviews gefordert bzw. für gut befunden. Viele der Befragten wussten aber, dass das Betteln mit Kindern bereits in vielen Bundesländern – u.a. auch in Wien – verboten ist. Abermals war es einigen der Befragten sehr wichtig, in diesem Zusammenhang zu betonen, dass sie sich jedoch nicht für ein „generelles Bettelverbot“ aussprechen bzw. dieses als „übertrieben“ ansehen würden: „In U-Bahnen und Lokalen bin ich für ein Bettelverbot, grundsätzlich bin ich nicht dafür. Auf der Straße sollte es erlaubt werden. An Orten, wo ich nicht ausweichen kann, oder stehen bleiben muss, finde ich es sehr störend. Auch das Betteln mit Kindern sollte verboten werden. Aber ein generelles Bettelverbot finde ich zu viel.“³⁴⁹ „Nur gewisse Formen [sollten verboten werden]. Vor allem dort, wo Kinder eingesetzt werden. Es ist ja niemand gezwungen, etwas zu geben. Bei Kindern ist es ja leicht zu erkennen, ansonsten bleibt das ja der individuellen Einschätzung überlassen. Ich glaube es zu erkennen, wenn jemand einem berufsmäßigen Bettlerring angehört oder nicht“³⁵⁰

³⁴⁴ Interview 8.

³⁴⁵ Interview 20.

³⁴⁶ Interview 27.

³⁴⁷ Interview 34.

³⁴⁸ Das Bild von den „reichen Bettelbanden-Bossen“, welche mit „großen Autos“ durch die Gegend fahren würden, scheint sich in Zusammenhang mit dem Thema „Betteln“ tief eingeprägt zu haben. Dieses Bild wurde in ähnlichen Formulierungen sowohl in der Medienberichterstattung als auch in den Interviews erwähnt. Vgl. z.B. S. 71 und S. 136.

³⁴⁹ Interview 22.

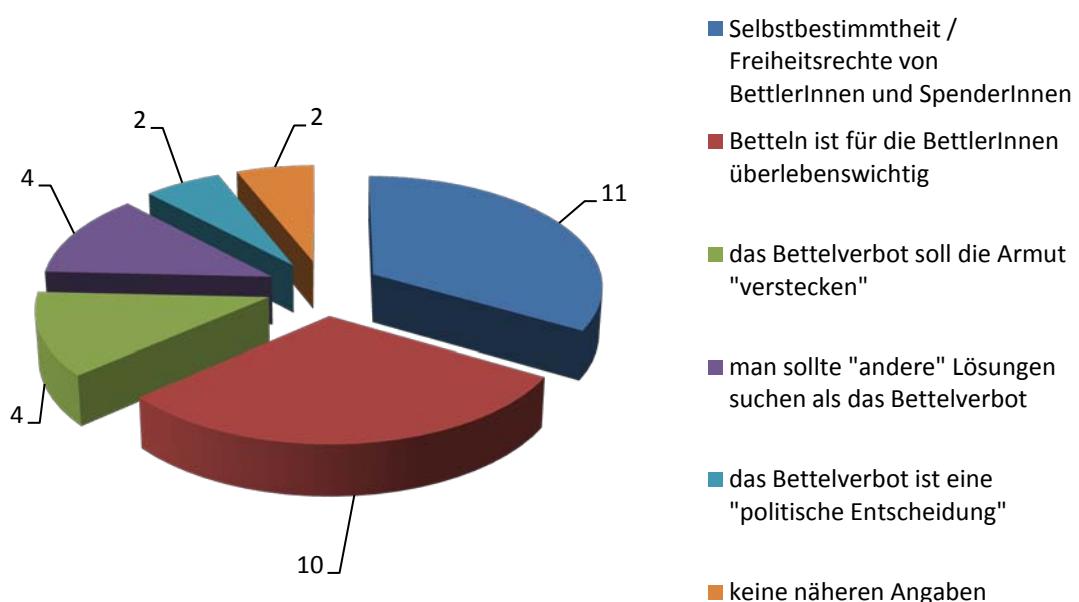
³⁵⁰ Interview 24.

„Das muss man differenziert betrachten. Der Schutz der Kinder ist natürlich ein Argument, das für ein Verbot spricht, aber solange man das Problem der Armut nicht löst, würde das Problem nur versteckt werden.“³⁵¹ „(...) Ich bin aber nur dafür [für ein Bettelverbot, Anm.], wenn sie mit Kindern betteln. Das ist in Wien ja verboten, aber ich habe in Innsbruck viel zu tun und da ist es noch nicht verboten.“³⁵²

7.5.2 Contra Bettelverbot

Aus der Gruppe der 23 Personen, welche sich generell gegen ein Bettelverbot aussprachen, lassen sich untenstehende Schwerpunkte an Begründungen herausarbeiten. Da wiederum einige der Befragten mehrere Gründe gegen ein Bettelverbot anführten, wurden Mehrfachnennungen in die Grafik mit aufgenommen.

Abbildung 24: Gründe gegen das Bettelverbot (Mehrfachnennungen)



Als häufigstes Argument gegen das Bettelverbot wurde von elf befragten Personen das Selbstbestimmungsrecht angeführt; nämlich dass es den BettlerInnen frei stehen solle zu betteln, wie es auch den SpenderInnen frei stehe, etwas zu geben oder auch nichts zu geben. Dieses Argument wurde von den Befragten in oft sehr ähnlich lautenden Formulierungen verwendet, zum Beispiel: „[Ich bin] gegen ein Bettelverbot. Weil jeder machen kann, was er will.“³⁵³ „Ich bin absolut gegen solche Verbote, weil ich selber

³⁵¹ Interview 33.

³⁵² Interview 38.

³⁵³ Interview 2.

entscheiden will, ob ich etwas spende oder nicht.“³⁵⁴ „[Ich] bin dagegen, weil ich finde, dass jeder seinen Lebensunterhalt bestreiten soll, wie er das will. Wer sind wir, dass wir uns erlauben können zu sagen, mach das oder mach das nicht. Es steht ja allen frei, etwas zu geben oder nicht zu geben.“³⁵⁵ „Es gibt ja immer Menschen, die etwas geben wollen. Warum sollte man ihnen nicht die Möglichkeit geben.“³⁵⁶ „[Ich bin] dagegen, weil ich finde, es steht jedem frei, ob er was hergibt oder nicht. Und das hat auch mit der freien Meinung zu tun, weil wenn ich jemandem etwas geben will und der braucht was, dann lasse ich mir das auch nicht von einem Verbot verbieten.“³⁵⁷

Das zweite Hauptargument gegen ein Bettelverbot, das von vielen Befragten genannt wurde, bezog sich darauf, dass die BettlerInnen durch das Betteln ihren Lebensunterhalt verdienen würden. Einige der Befragten nannten die Möglichkeit betteln zu dürfen sogar „überlebensnotwendig“ für die BettlerInnen. Viele der InterviewpartnerInnen gingen in diesem Zusammenhang auch auf die fehlende soziale Absicherung bzw. den Rückbau des österreichischen Sozialstaates ein, was das Betteln in den kommenden Jahren nach Meinung der Befragten sogar noch verstärken werde: „Für bedürftige Menschen ist das Betteln meistens überlebenswichtig. Warum sollten sie das nicht machen dürfen?“³⁵⁸ „Es gibt bestimmte Leute, die nichts von unserem Sozialstaat bekommen, oder denen das nicht genug ist, und die können dann was dazuverdienen.“³⁵⁹ „Wenn es Menschen gibt, die bedürftig sind und deswegen andere Menschen anbetteln, und der Staat dann ein Verbot ausspricht, sehe ich das als Armutszeugnis. (...) Auch wenn manche Menschen darunter sind, die zu faul sind zu arbeiten oder organisiert betteln, es gibt immer noch genug, die es notwendig haben zu betteln, weil sie sonst nicht mehr weiter wissen. (...) Und wenn in Österreich eine Million Menschen an der Armutsgrenze leben, dann muss ich auch damit rechnen, dass diese Menschen andere um Unterstützung bitten.“³⁶⁰ „Natürlich ist es mühsam, wenn man ständig angebettelt wird, aber wovon leben die Menschen sonst. Sollen wir sie verhungern lassen? Soll er zum AMS gehen? Dort bekommt er ja keinen Job. Soll er verhungern und sterben? Wenn es verboten ist, werden sie halt vorsichtiger betteln. Aber es wird nicht anders möglich sein. Immer mehr Alleinerziehende haben kein Geld zum Heizen und um Kleidung zu kaufen. Das wird nicht besser. Immer mehr werden in Zukunft auf der Straße sitzen.“³⁶¹ „Das [Bettelverbot] löst das Problem nicht. Der Sozialstaat wird abgebaut, die Sozialhilfe wird privatisiert, siehe Licht ins Dunkel. Da

³⁵⁴ Interview 10.

³⁵⁵ Interview 13.

³⁵⁶ Interview 21.

³⁵⁷ Interview 25.

³⁵⁸ Interview 2.

³⁵⁹ Interview 7.

³⁶⁰ Interview 10.

³⁶¹ Interview 11.

*sollen alle Leute spenden. Wie wir wissen, ist das Spendenverhalten der ärmeren Schichten besser, als das der Reicherer, und ein Verbot wird da nichts bringen. Und wenn wir ein Sozialstaat wären, oder die EU ihre Aufgaben wahrnehmen würde, dann hätten wir nicht so viele Bettler. Ein Verbot ist völlig sinnlos, Schwachsinn.*³⁶²

Ein Argument, welches bereits in der Medienberichterstattung von zahlreichen AkteurlInnen gegen das Bettelverbot angeführt worden war, wurde auch von vier der InterviewpartnerInnen aufgenommen. Eines der Motive der BefürworterInnen des Bettelverbots sei demnach, durch das Verbot und das dadurch bedingte Verschwinden der BettlerInnen aus dem öffentlichen Raum, das Problem der Armut „verstecken“ zu wollen.³⁶³ So meinten die Befragten: „(...) *Die Bettler sind den Leuten unangenehm, darum das Bettelverbot.*³⁶⁴ „[Ich bin gegen das Bettelverbot] weil die Gesellschaft sich damit auseinandersetzen muss, dass es Menschen gibt, die auf Spenden angewiesen sind.“³⁶⁵ „*Diese Leute können nicht wirklich was dafür, dass sie auf der Straße sitzen. Und selbst wenn, dann haben sie sich's bestimmt nicht ausgesucht. Wenn sie sich's aussuchen könnten, würden sie nicht auf der Straße sitzen. Und wenn man sie von der Straße verscheucht, löst man das Problem der Armut auch nicht.*³⁶⁶ „*Die High Society möchte gern alles verbieten, was unschön aussieht: keine Bettler, keine Penner, keine Drogensüchtige, keine Alkoholiker – aber das ist eben die Realität.*^{367 368}

Weitere vier Befragte sprachen sich dafür aus, anstatt des Bettelverbots „andere“ Lösungsmöglichkeiten anzudenken und beispielsweise „in den Herkunftsländern“ der BettlerInnen anzusetzen: „(...) *Was kann man in Rumänien tun, damit die nicht hergekarrt werden, oder in der Slowakei.*³⁶⁹ „*Naja, dass man vor Ort anfängt. Dort, wo die Leute herkommen, Projekte entwickelt (...).*^{370 371} Ein weiterer der Interviewpartner schlägt vor, den BettlerInnen Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, um „*ohne Betteln zu überleben. Oder es zumindest versuchen. Ich weiß, das ist nicht so einfach, wie man es sagt. [Interviewer: Durch welche Maßnahmen?] Dass man Möglichkeit schafft, dass die Menschen auch so etwas zu essen und eine Unterkunft haben. Zum Beispiel könnte man das Brot, das in Wien weggeworfen wird, noch mehr dazu verwenden um Bedürftige zu ernähren.*³⁷² Und eine der Befragten schlägt vor, eine „soziale Auffangstelle“ für

³⁶² Interview 18.

³⁶³ Vgl. dazu auch die Diskussion rund um die „Tourismusstadt Graz“ auf S. 76f.

³⁶⁴ Interview 5.

³⁶⁵ Interview 10.

³⁶⁶ Interview 14.

³⁶⁷ Interview 15.

³⁶⁸ Vgl. zu dieser Argumentation auch den Leserbrief im Standard, auf S. 64.

³⁶⁹ Interview 6.

³⁷⁰ Interview 12.

³⁷¹ Vgl. zu dieser Thematik auch S. 85f.

³⁷² Interview 26.

BettlerInnen, die Opfer „organisierter Banden“ geworden seien, einzurichten: „*Nein, verbieten ist keine Lösung, aber es sollte eine soziale Auffangstelle geben, die sich da einbringt. Die Bezirke und die Stadt müssten Personal dafür abstellen. Wenn die Organisationen in Rumänien und Bulgarien dann wüssten, dass in Österreich die Bettler aufgegriffen würden und man ihnen dauerhaft weiterhilft und die Bettler dann Informationen über die Hintermänner weitergeben, dann würden die wahrscheinlich keine Bettler mehr nach Wien schicken. Eine momentane Spende hilft da längerfristig nicht. Genauso ist ein Verbot keine Lösung. Es wird in Zukunft noch viel schlimmer werden.*“³⁷³

Drei der Befragten gingen in ihren Interviews auch dezidiert auf die Politik bzw. die Medien als Mitverantwortliche in Bezug auf das Bettelverbot ein: „*Die Regierung macht die Gesetze wie sie es brauchen. Ich bin gegen alles, was die Freiheit eines Menschen einschränkt. Wenn wir ehrlich sind, haben wir bald ein Redeverbot und dürfen nicht mehr sagen was wir wollen.*“³⁷⁴ „*Es ist eine Frechheit, auch die politische Diskussion ist ein Witz. Es wird unterstellt, dass da mafiöse Strukturen oder Banden im Hintergrund sind, die in Wirklichkeit nie nachgewiesen werden konnten. Es gibt Studien dazu, wo sie die Leute befragt haben und das ist etwas, was von Politik und Medien geschürt wird, wo es keinen Beleg gibt, dass es wirklich so wäre. Es wird einfach nur angeführt, damit man nichts spendet.*“³⁷⁵ „*Problematisch finde ich nur, dass mit solchen Halbwahrheiten versucht wird, Auflagen zu steigern bzw. Stimmen zu fangen.*“³⁷⁶

Zwei weitere der Befragten gaben schließlich nur an, gegen das Bettelverbot zu sein, gingen jedoch nicht näher auf ihre Gründe dafür ein.

³⁷³ Interview 40.

³⁷⁴ Interview 3.

³⁷⁵ Interview 9.

³⁷⁶ Interview 33.

7.6 Die „Existenz von Bettelbanden“

Von den 40 Befragten gaben 28 Personen an, daran zu glauben, dass BettlerInnen mehrheitlich in „Banden“ organisiert seien. Vier Personen meinten, es gäbe zwar so etwas wie „Bettelbanden“, es wären jedoch längst nicht alle BettlerInnen in „Banden“ organisiert. Nur zwei der 40 Befragten gaben an, nicht an die Existenz von „Bettelbanden“ zu glauben. Unter den insgesamt sechs Personen, die angaben, nicht bzw. nur eingeschränkt an die Existenz von „Bettelbanden“ zu glauben, waren vier Frauen vertreten, genauso wie vier Personen aus der Gruppe der Unter-30jährigen sowie vier LeserInnen der Tageszeitung „der Standard“. Es kann also geschlossen werden, dass aus der Auswahl der befragten Personen tendenziell jüngere bzw. weibliche bzw. LeserInnen der Tageszeitung „der Standard“ die Existenz von „Bettelbanden“ in Frage stellten.

Tabelle 8: Glauben Sie, es gibt sogenannte „Bettelbanden“? (nach Geschlecht)

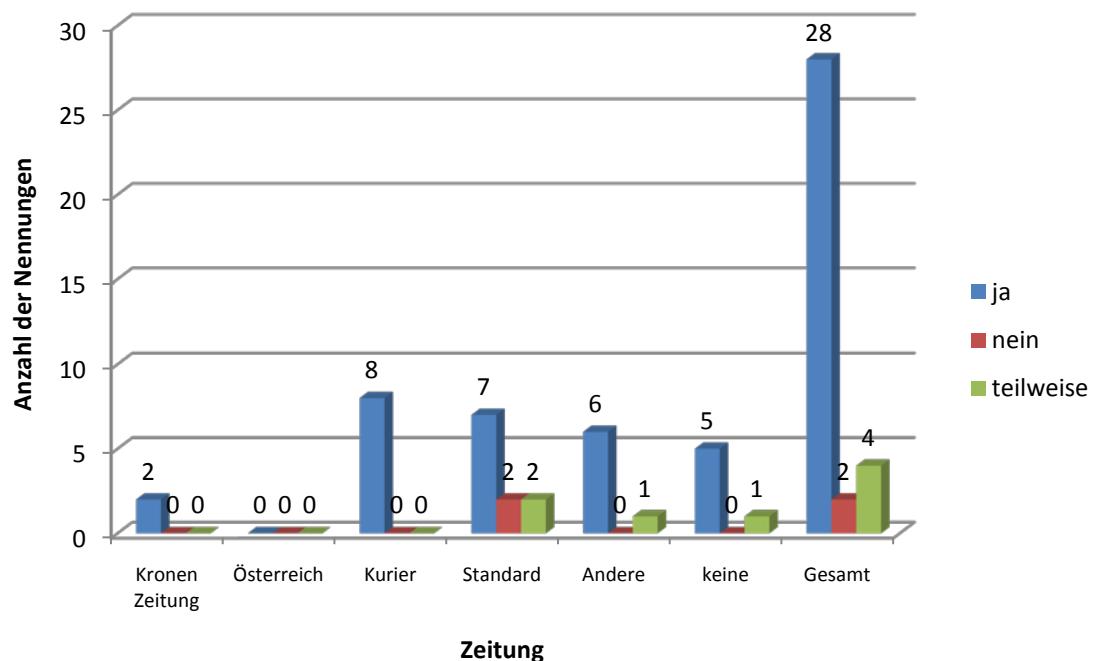
	Frauen	Männer	Gesamt
Ja	12	16	28
Nein	1	1	2
Teilweise	3	1	4
keine Angabe	4	2	6
Gesamt	20	20	40

Jene zwei Befragten, die angaben, nicht an den mehrheitlichen Zusammenschluss von BettlerInnen in „Banden“ zu glauben – ein 28jähriger Student und eine 28jährige Angestellte – führten für ihre Meinung folgende Argumente an: „(...) *Es wird unterstellt, dass da mafiose Strukturen oder Banden im Hintergrund sind, die in Wirklichkeit nie nachgewiesen werden konnten. Es gibt Studien dazu, wo sie die Leute befragt haben und das ist etwas, das von Politik und Medien geschürt wird, wo es keinen Beleg gibt, dass es wirklich so wäre.*“³⁷⁷ „Ich bin mir nicht sicher, ob es in einer gewissen Weise organisiertes Betteln gibt. So, dass Menschen aus anderen Ländern nach Österreich gezerrt werden, um zu Betteln und das Geld dann an Hintermänner geht. Ich glaube schon, dass sie sich untereinander zusammenschließen, um zum Beispiel Reisekosten zu sparen. Aber ich

³⁷⁷ Interview 9.

glaube nicht, dass kriminelle Organisationen dahinter stehen, Mafiabosse, die in Luxusvillen wohnen. Weil es dafür auch keine Beweise gibt, meiner Meinung nach.“³⁷⁸

Abbildung 25: Glauben Sie, es gibt sogenannte „Bettelbanden“? (nach Tageszeitungen)



Jene vier Befragten, die angaben, zwar an die Existenz von „Bettelbanden“ zu glauben, jedoch gleichzeitig auch davon auszugehen, dass nicht alle BettlerInnen organisiert seien, meinten zum Beispiel: „Das [die organisierten BettlerInnen; Anm.] ist aber nicht der Großteil. Und wenn ich das als Argument nehme, dann ist das wie wenn ich [als Staat; Anm.] keine Arbeitslosenunterstützung mehr bezahle, weil es könnten ein paar darunter sein, die zu faul sind zu arbeiten. Man kann nicht alle über einen Kamm scheren. Solche Probleme müssen differenzierter betrachtet werden.“³⁷⁹ „Es gehören auch nicht alle zur Bettelmafia, aber gewisse Gruppen müssen betteln gehen und dann das Geld abgeben und das finde ich nicht gut.“³⁸⁰ „Ja eigentlich glaube ich schon, dass sowas [Bettelbanden; Anm.] existiert, aber es ist sicher nicht der Großteil der Leute.“³⁸¹ „Meines Wissens nach ist es nicht bewiesen, dass es diese Banden gibt, aber auch nicht, dass es sie nicht gibt.“³⁸²

³⁷⁸ Interview 13.

³⁷⁹ Interview 10.

³⁸⁰ Interview 21.

³⁸¹ Interview 26.

³⁸² Interview 33.

Das häufigste Argument, welches von den Befragten dafür angeführt wurde, warum sie an die Existenz von „Bettelbanden“ glauben würden, war die eigene Beobachtung bzw. der Rückgriff auf die Berichterstattung in den Medien.³⁸³ So meinten viele der Befragten, bereits selbst beobachtet zu haben, wie BettlerInnen „in Bussen“ abgeholt worden wären oder das Geld an ihre „Bosse“ abgeben hätten müssen: „Aus Erfahrung weiß ich, dass es das gibt, und das ist dann auch ein Grund, warum ich selten was gebe. Weil ich eben nicht weiß, wie ihr Hintergrund aussieht. Ob sie es behalten dürfen. Zum Beispiel Kinder, denen möchte man am ehesten was geben, aber man kann ziemlich sicher sein, dass sie das Geld bei Erwachsenen abgeben müssen. [Interviewer: Und welche Erfahrungen haben Sie selbst gemacht?] Einmal habe ich einem Kind was gegeben, es ist wegelaufen und an der nächsten Ecke hat es das Geld dann einem Erwachsenen abgegeben.“³⁸⁴ „Das hab ich schon in der Fußgängerzone beobachtet. Der war so behindert, dann liefert er das Geld ab und kann ganz normal gehen. Das war am Reumannplatz. (...) Bei einer Firmung haben sie mal ein Kind zu einer Kirche gebracht, das hat gebettelt und um die Ecke stand ein Erwachsener, der das Geld dann eingesammelt hat.“³⁸⁵ „Das haben wir schon gesehen, wie sie mit dem Auto hingebracht werden. Dann sitzen sie den ganzen Tag bei einem Supermarkt und abends werden sie dann wieder abgeholt. [Interviewer: Wo haben Sie das gesehen?] In Knittelfeld bei einem Spar. Aber da sitzt jetzt niemand mehr.“³⁸⁶ „Vor einem Jahr war ich in Baden auf Kur. Da hat man einen Bus bei der Kirche vorfahren gesehen, der hat die Leute ausgeladen und eine Stunde später nach der Messe wieder eingesammelt.“³⁸⁷ „Ich würde es [das Betteln; Anm.] verbieten, weil die die betteln meistens von Organisationen sind; man sieht, wenn man Einblick hat, Leute in die Busse steigen. [Interviewer: Haben Sie das schon einmal gesehen?] Ja, hab' ich. In der Mariahilferstraße. [Interviewer: Können Sie das etwas näher beschreiben?] Nein, kann ich nicht. Das ist internes Wissen, das ich von meinem Mann habe. Der war hoher Polizeibeamter, aber ich hab' es selber auch schon gesehen. Die werden eingesammelt, über die Grenze gebracht und kommen am nächsten Tag wieder her.“³⁸⁸

Eine der Befragten schilderte ihre Erlebnisse mit den „organisierten Bettelbanden“ zunächst so, als ob sie sie selbst beobachtet hätte. Erst auf Nachfrage gab sie an, ihr Wissen aus den Medien bezogen zu haben: „Ja, in der Stadt sehe ich das oft. Die werden in der Früh hingebracht und abends abgeholt. [Interviewer: Das haben Sie wirklich

³⁸³ Mehr zu diese Thema vgl. auch S. 138f.

³⁸⁴ Interview 14.

³⁸⁵ Interview 16.

³⁸⁶ Interview 29.

³⁸⁷ Interview 32.

³⁸⁸ Interview 39.

gesehen?] Das habe ich im Fernsehen gesehen. Aber ich bin überzeugt davon, dass es das gibt.“³⁸⁹

Eine weitere Thematik, die in Zusammenhang mit der Diskussion rund um „Bettelbanden“ von den Befragten häufig angeführt wurde, war die Auseinandersetzung mit den sich bereichernden „Bossen“ und „Köpfen“ der „Bettelbanden“. Das Bild von den in Luxusautos fahrenden und in Villen lebenden „Mafiabossen“ dürfte sich dabei besonders stark eingeprägt haben und wurde von mehreren Befragten erwähnt: „(...) Das organisierte Betteln würde ich verbieten. Weil ich nicht weiß, wer dahinter ist. Irgendwelche reichen Macker, die die Leute ausbeuten, Mercedes fahren und Villen haben.“³⁹⁰ „Auch diese verkrüppelten Menschen nimmt man her, und wie man hört, sind ja diese Rumänen-Banden ausgehoben worden, die dort unten mit großen Autos herumfahren und Villen haben, und die Armen werden nach Wien gekarrt und müssen Betteln für dieses Gesindel.“³⁹¹ „Da hab ich schon genug Beiträge gesehen. Da kommt das Geld ja nie denen zu Gute die betteln, sondern da leben nur andere gut davon. Die, die dann mit den großen Autos herumfahren.“³⁹²

Ein weiteres Bild, welches sich sowohl in den Interviews als auch in den analysierten Zeitungen – und hier vor allem in der Kronen Zeitung – in Zusammenhang mit dem Thema „Bettelbanden“ fand, war jenes von den „armen, ausgebeuteten BettlerInnen“, die das Bettelverbot eigentlich „schützen“ solle: „Die, die auf die Straße geschickt werden, sind genauso arm wie alle anderen Bettler. Die Hintermänner müsste man einsperren.“³⁹³ „Es ist für einen selbst schon schwierig, so Banden zu erkennen. Wenn die Leute dann ausgenutzt werden, sind sie schon arm.“³⁹⁴ „Man hört ja immer von solchen Banden, die die Menschen dann ausbeuten. Das wäre dann ja zum Schutz der Menschen, wenn man das Betteln verbietet.“³⁹⁵

Viele der Befragten nannten auch die „ausländische“ Herkunft der BettlerInnen als Indiz dafür, dass diese in „Banden“ organisiert wären: „Ich habe den Eindruck, dass diese verstümmelten Menschen keine Österreicher sind. Ich frage mich, warum gibt's in Österreich verstümmelte Menschen, wir haben keine Minen und so... Ich begegne eher Fremden, diese Frau vorm Billa ist sicher keine Österreicherin. [Interviewer: Die Herkunft spielt für Sie also eine wesentliche Rolle?] Es ist nicht die Herkunft, es ist eher der organisierte Betteltourismus, der eine Rolle spielt. Vor zehn Jahren war das noch nicht so

³⁸⁹ Interview 5.

³⁹⁰ Interview 8.

³⁹¹ Interview 28.

³⁹² Interview 34.

³⁹³ Interview 18.

³⁹⁴ Interview 20.

³⁹⁵ Interview 27.

ein Thema, aber im Prinzip spielt die Herkunft keine Rolle.“³⁹⁶ „Ich glaube, dass es organisierte Banden gibt, wo die Bettler an bestimmten Orten stehen müssen, die nicht viel von dem Geld bekommen und dann andere abkassieren kommen. Die Bettler kommen aus dem Ausland, ob da Österreicher dahinter stehen und diese ausbeuten, kann schon sein, obwohl ich das nicht mit Sicherheit sagen kann.“³⁹⁷ „[Ich kenne die Proteste gegen das Bettelverbot; Anm.] (...) nicht von Wien, aber von Graz. Da ist in der Innenstadt eine Bettlerdichte gegeben, die wirklich schon unangenehm ist. Da ist auch leicht zu erkennen, dass es dabei hauptsächlich ein Import aus Slowenien ist, so wie auch bei uns anzumerken ist, dass es hier keine bodenständige Not ist, sondern aus der Slowakei oder noch weiter importiert wird.“³⁹⁸

Ebenso wie auch BettlerInnen mit körperlichen Behinderungen – von den Befragten oftmals als „verstümmelte BettlerInnen“ bezeichnet – von den InterviewpartnerInnen als Hinweis auf organisiertes Betteln angesehen wurden: „Obwohl ich schon merke, dass ich dem öffentlichen Betteln gegenüber etwas müde bin, immer wieder Geschichten höre, wo es um eine bewusste Verstümmelung von Leuten geht und ich zwischendurch schon dazu neige zu sagen ‚nein, das möchte ich nicht unterstützen‘.“³⁹⁹ „Ich würde dem abgebildeten Bettler im Rollstuhl eher nichts spenden; Anm.] (...) weil ich eine Scheu habe, zu nahe an ihn heranzutreten; und eine Scheu vor seiner Behinderung und ich mich frage, warum er da sitzt, ob auf eigene Initiative oder von einer Organisation dorthin gesetzt wurde, und ob es ihm hilft, wenn ich ihm was gebe. Wenn ich was gebe, kann das die Organisation bestärken ihn dorthin zu setzen und noch mehr Leute irgendwohin zu setzen. Wenn ich ihm aber nichts gebe, und er wird abgeholt, vielleicht wird er dann geschlagen oder bestraft und es geht ihm dann schlecht. Das ist für mich ein sehr emotionales Thema.“⁴⁰⁰ „Wenn jemand ruhig dort sitzt, spende ich eher als wenn jemand mit Kindern oder, die neueste Mode, die Verkrüppelten aus Rumänien und Bulgarien herangekarrt werden, da bin ich sehr vorsichtig.“⁴⁰¹

³⁹⁶ Interview 6.

³⁹⁷ Interview 22.

³⁹⁸ Interview 24.

³⁹⁹ Interview 6.

⁴⁰⁰ Interview 8.

⁴⁰¹ Interview 34.

7.7 Mediale Berichterstattung zum Bettelverbot

Die mediale Berichterstattung über das Bettelverbot wurde nur von sehr wenigen der Befragten bewusst wahrgenommen. Viele der Aussagen auf die Interview-Frage „Haben Sie die Diskussion zum Bettelverbot in den Medien mitverfolgt?“ blieben vage. Zum Beispiel: „Ich bilde mir ein, schon in der Zeitung was über das Bettelverbot gelesen zu haben, aber ich kann jetzt nicht sagen, welche Zeitung oder welche Partei welche Meinung vertritt.“⁴⁰² „Irgendjemand hat mal Plakate aufgehängt, aber Genaueres weiß ich nicht.“⁴⁰³ „[Ich habe die mediale Diskussion; Anm.] (...) nur am Rande [verfolgt]. Also ich habe erfahren, dass es jetzt ein Bettelverbot in Graz gibt.“⁴⁰⁴ Andere der Befragten gaben an, dass sie die mediale Berichterstattung rund um das Bettelverbot auch nicht besonders interessieren würde: „Nein, da gibt es Wichtigeres. Gegen die Armen und Wehrlosen sind sie immer stark. Die Großen wie der Grasser können machen was sie wollen.“⁴⁰⁵ „Ich habe zwar ein bisschen was mitbekommen, aber richtig zugehört und darauf eingegangen bin ich nicht. Es interessiert mich eigentlich nicht so sehr.“⁴⁰⁶ Nur zwei der InterviewpartnerInnen – ein Standardleser und eine Presseleserin – gaben an, sich aktiv mit der Medienberichterstattung rund um das Bettelverbot auseinandergesetzt zu haben: „Ja, habe ich. Und es ist sehr interessant wie sehr das Thema von den Medien und der Politik aufgebaut wird. Seitdem das Betteln in Wien verboten wurde, finde ich schon, dass sich die Anzahl der Bettler drastisch reduziert hat und dass dann doch noch so große Aufregung um dieses Thema herrscht, bzw. künstlich hochgehalten wird; um eventuell politischen Nutzen daraus zu ziehen. Obwohl es kein reales Problem ist, weil es nicht mehr vorhanden ist. Und die Polizei dies scheinbar strafft und verbietet.“⁴⁰⁷ „Ja, das war sehr interessant und auch die Proteste dagegen; aber ich hatte schon das Gefühl, dass dieses Thema von den Parteien sehr populistisch missbraucht wurde, um Meinung zu machen.“⁴⁰⁸

Das Thema Medien- bzw. Zeitungsberichterstattung rund um das Thema Betteln war in den Interviews jedoch vor allem in Zusammenhang mit der Berichterstattung über „Bettelbanden“ relevant. So gaben viele der Befragten an, ihr Wissen über die Existenz von „Bettelbanden“ „aus den Medien“ bezogen zu haben. Einige der Befragten gingen sogar dezidiert darauf ein, ihre Informationen aus „seriösen“ Medien erhalten zu haben. So meinte eine der Interviewpartnerinnen auf die Frage, warum sie von der Existenz des

⁴⁰² Interview 1.

⁴⁰³ Interview 35.

⁴⁰⁴ Interview 37.

⁴⁰⁵ Interview 3.

⁴⁰⁶ Interview 38.

⁴⁰⁷ Interview 13.

⁴⁰⁸ Interview 33.

von ihr erwähnten „organisierten Betteltourismus“ überzeugt sei: „Ich glaube schon, dass das seriöse Medien sind, die ich lese und höre. [Interviewer: Was lesen Sie?] Ich höre Ö1 und lese den Standard. Da gehe ich davon aus, dass das stimmt. Wenn das in Österreich steht wäre das anders.“⁴⁰⁹ ⁴¹⁰ Auch in einem weiteren Interview wird vom Befragten selbst ein Zusammenhang mit der Zeitungsberichterstattung über die „Bettelbanden“ hergestellt. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang vor allem die Tatsache, dass der Befragte zuerst die „Billigzeitungen“ als Grundlage seiner Meinungsbildung anführt, um deren Glaubwürdigkeit anschließend selbst in Frage zu stellen: „Aber das organisierte Betteln würde ich verbieten. Weil ich nicht weiß, wer dahinter ist. Irgendwelche reichen Macker, die die Leute ausbeuten, Mercedes fahren und Villen haben. [Interviewer: Woher wissen Sie das?] Wissen tu ich's nicht wirklich. Aber sowas schnappt man halt auf. In irgendeiner Billigzeitung. Aber denen trau ich eigentlich nicht.“⁴¹¹ Auch zwei Kurier-Leserinnen geben ihre Tageszeitung als Beleg dafür an, dass BettlerInnen größtenteils in „Banden“ organisiert seien: „(...) Wie man hört, sind ja diese Rumänen-Banden ausgehoben worden, die dort unten mit großen Autos herumfahren und Villen haben, und die Armen werden nach Wien gekarrt und müssen Betteln für dieses Gesindel. [Interviewer: Wo haben Sie das gehört?] Es stand in der Zeitung. [Interviewer: In welcher?] Also ich lese den Kurier, wahrscheinlich darin.“⁴¹² ⁴¹³ „[Interviewer: Sie glauben also, dass es so etwas wie Bettelbanden gibt?] Ja sicher gibt's sowas. Das glaub ich nicht nur, das weiß ich. [Interviewer: Woher wissen Sie das?] Weil ich schon viel darüber gelesen habe. [Interviewer: Wo haben Sie das gelesen?] In der Zeitung. (...) Kurier, Salzburger Nachrichten.“⁴¹⁴ Zwei weitere der Befragten geben „die Medien“ allgemein bzw. das Fernsehen als Quelle dafür an, dass sie an „Bettelbanden“ glauben würden: „Jemanden abkassieren habe ich es noch nicht gesehen. Ich kenne es nur aus Erzählungen und den Medien.“⁴¹⁵ „Ja bestimmt [gibt es Bettelbanden; Anm.]. Wenn Sie die Verkäufer am Naschmarkt kennen, die sehen die Leute, wie sie in der Früh gebracht werden. Die geben den Leuten kein Geld, sondern Obst und Gemüse. Denn das können sie essen, das Geld müssen sie abgeben. Da hat es im Fernsehen genug Berichte gegeben, wie sie die Leute bis nach Rumänien verfolgt haben.“⁴¹⁶ „Da kommt das Geld ja nie denen zu Gute, die

⁴⁰⁹ Interview 6.

⁴¹⁰ Anmerkung: Im Beobachtungszeitraum von 1. bis 28. Februar 2011 wurde im Standard mit Ausnahme eines Pro-Bettelverbot-Kommentars in der Reihe „Pro und Contra“ kein Beitrag veröffentlicht, der die Existenz von Bettelbanden erwähnte bzw. behauptete.

⁴¹¹ Interview 8.

⁴¹² Interview 28.

⁴¹³ Anmerkung: Im Beobachtungszeitraum von 1. bis 28. Februar 2011 war im Kurier ein Pro-Kommentar in der Reihe „Pro und Contra“ zu finden, in welchem ebenfalls das Bild von den „Bandenbossen“ in den Luxuslimousinen verwendet wurde. Vgl. S. 136.

⁴¹⁴ Interview 31.

⁴¹⁵ Interview 20.

⁴¹⁶ Interview 11.

*betteln, sondern da leben nur andere gut davon. (...) [Interviewer: Wo haben Sie das gehört?] Im Fernsehen, wo genau weiß ich nicht mehr. Aber voriges Jahr war mal ein Beitrag, wo in Rumänien Straßenkinder eingesammelt, nach Österreich und Deutschland gebracht werden und dort betteln sie dann eine Woche und dann fahren sie in die nächste Stadt.*⁴¹⁷

7.7.1 Beeinflussung des Spendenverhaltens

Dass die mediale Berichterstattung, vor allem über die Existenz von „Bettelbanden“, auch ihr Spendenverhalten beeinflusst habe, gaben vier der befragten Personen an: So meinten drei der Befragten im Interview, ihre Einstellung gegenüber den BettlerInnen habe sich durch die Berichterstattung insofern verändert, als sie jetzt seltener spenden würden als früher: „Außer, wieder die Sache mit Behinderungen oder Frauen mit kleinen Kindern, sie versuchen es über die Mitleidsschiene. Aber da glaube ich mittlerweile, dass die organisiert sind. Früher habe ich da auch etwas gegeben, aber mittlerweile bin ich da zurückhaltend.“⁴¹⁸ „Also zum Beispiel diese Geschichte mit den Kindern, das wurde ja unterbunden und das war dann eindeutig so, dass ich dann nichts mehr gespendet habe.“⁴¹⁹ „(...) Weil vorher hätte ich mir nicht gedacht, dass es so etwas wie eine Bettelmafia gibt. Früher gab es auch einen Mann ohne Beine. Immer am selben Ort. Die Leute haben ihm immer was gegeben. Und da dachte ich eigentlich, der wird von seiner Familie dorthin gebracht, nicht, dass er ausgenutzt wird.“⁴²⁰ Eine andere Interviewpartnerin hingegen berichtete von einer gegenteiligen Reaktion. Ihr Spendenverhalten habe sich durch die Berichterstattung zwar „nicht wirklich“ verändert, dafür ihre Einstellung, nämlich in die Richtung „dass ich mir denke, ich gebe jetzt erst trotzdem was.“⁴²¹ Fünf der Befragten hingegen gaben an, dass sich ihr Spendenverhalten durch die mediale Berichterstattung rund um das Bettelverbot nicht verändert hätte, wobei eine der befragten Personen das dadurch begründete, die Diskussion überhaupt nicht mitverfolgt zu haben.

7.7.2 Parteistandpunkte zum Bettelverbot

Auch in Hinblick auf die Standpunkte der österreichischen Parteien in Bezug auf das Bettelverbot, gaben nur sehr wenige der Befragten an, diese zu kennen bzw. die

⁴¹⁷ Interview 34.

⁴¹⁸ Interview 1.

⁴¹⁹ Interview 6.

⁴²⁰ Interview 8.

⁴²¹ Interview 9.

Standpunkt einer Partei bekannt, während die der anderen nicht benannt werden konnten: „Ich weiß, dass die Grünen dagegen sind, aber Genaueres weiß ich nicht.“⁴²² In einigen Fällen versuchten die Befragten im Interview, die Standpunkte der Parteien zu „erraten“ bzw. richtig zuzuordnen: „[Ich weiß es] (...) nicht exakt, kann mir aber vorstellen, die FPÖ dagegen, die Grünen werden eher die Bettler unterstützen, die Großparteien werden in der Mitte angesiedelt sein.“⁴²³ „Das weiß ich nicht, aber die Grünen sind sicher dafür.“⁴²⁴ Nur zwei der Befragten gaben an, sich mit den Standpunkten der Parteien näher beschäftigt zu haben: „Ja, [die Standpunkte der Parteien; Anm.] sind mir bekannt. Und wie schon vorher gesagt, ich glaube, dass das Thema genutzt wird, um seine eigene Wählerschaft zu bedienen.“⁴²⁵ „SPÖ und Grüne haben in Linz demonstriert, die ÖVP hat das Bettelverbot initiiert und über die FPÖ muss man nichts sagen.“⁴²⁶

7.7.3 Proteste gegen die Bettelverbote

Auch das Wissen um die Protestaktionen gegen das Bettelverbot war bei den befragten Personen kaum vorhanden. Von den Befragten wurde in Bezug auf die Proteste vor allem der Raum Linz bzw. der Raum Graz genannt, in welchem in den Monaten vor der Befragung tatsächlich das Bettelverbot stark diskutiert worden war. „Die Proteste dagegen habe ich auch mitbekommen. Die Bettellobby in Wien war ja sehr aktiv.“⁴²⁷ „Ja, am Taubenmarkt in Linz war einmal eine große Versammlung [gegen das Bettelverbot; Anm.]“⁴²⁸ „[Ich habe die Proteste] (...) nicht von Wien, aber von Graz [mitbekommen].“⁴²⁹ „Was ich so mitbekommen habe, ist es doch ein sehr politisches Thema. Man hört ja auch immer von so Protesten gegen das Bettelverbot.“⁴³⁰ Der Grazer Pfarrer Pucher, welcher sich vor allem in der Steiermark gegen das Bettelverbot einsetzte, wurde von zwei der Befragten namentlich genannt: „[Ich habe von den Protesten] ein wenig in der Zeitung [mitbekommen]. Den Pfarrer Pucher kenn ich vom Namen her.“⁴³¹ „Ja, vom Pfarrer Pucher hab ich gelesen.“⁴³²

⁴²² Interview 25.

⁴²³ Interview 24.

⁴²⁴ Interview 28.

⁴²⁵ Interview 13.

⁴²⁶ Interview 20.

⁴²⁷ Interview 13.

⁴²⁸ Interview 20.

⁴²⁹ Interview 24.

⁴³⁰ Interview 27.

⁴³¹ Interview 29.

⁴³² Interview 31.

7.8 Weitere Themenbereiche in den Interviews

7.8.1 BettlerInnen verdienen „viel Geld“

Ein Thema, das auch in einigen der Leserbriefe in der Kronen Zeitung angeschnitten wurde, kam auch in zwei der Interviews zur Sprache, nämlich dass BettlerInnen durch das Betteln „viel Geld“ bekommen würden bzw. dadurch „reich“ werden könnten. Ein 17jähriger Krone-Leser meinte im Interview dazu: „*Eigentlich stören mich Bettler nicht. Es ist nur nervig, wenn sie einem zehn Minuten nachlaufen. Und die Pseudo-Bettler, die das eigentlich gar nicht nötig hätten und das nur nebenbei machen. Da hab ich schon mal gelesen, dass ein Typ, der eigentlich gut verdient, gebettelt hat und damit 300 Euro gemacht hat. Das hab' ich im Internet gelesen.*“⁴³³ Auch ein 20jähriger Student, gab an, generell nicht an BettlerInnen zu spenden, „*(...) weil die Bettler meistens sehr viel Geld von anderen Leuten bekommen, ich das Geld armen Leuten gebe, die nicht durch Bettelei Geld bekommen. Also ich spende für World Vision zum Beispiel oder andere Organisationen.*“⁴³⁴

Dieser Darstellung, BettlerInnen könnten durch das Betteln „reich“ werden, wird jedoch auch von zwei Befragten in den Interviews vehement widersprochen. Der Tenor der beiden Interviewpassagen lautet dementsprechend, dass das Betteln mit Sicherheit „kein Spaß“ und für die Bettelnden selbst oft erniedrigend sei und deswegen nur von Menschen in äußersten Notsituationen gebettelt werde: „*Ich denke mir nur, wie weit muss ein Mensch kommen, dass er sich in eine Ecke setzt und bittelt, sich von 80 Prozent der Leute beschimpfen und herabwürdigend behandeln lässt. Wie schlecht muss es einem gehen, damit man sich sowas antut. Mir selber müsst' es sehr schlecht gehen. Darum denk' ich mir, dass da keiner glücklich ist, dort zu sitzen. Das sind arme Schweine. Vielleicht sind ein paar Schmarotzer dabei, aber wenn ich überlege, was uns der Herr Grasser wahrscheinlich gekostet hat, und was uns ein Bettler kostet, das steht in keiner Relation. Und wir schimpfen über die Bettler.*“⁴³⁵ „*Auch die, denen ich jetzt nicht spende, weil sie meiner Meinung nach zu aufdringlich sind, die sind auch arm; weil, wenn sie ihren Lebensunterhalt dadurch verdienen, andere Leute um Geld anzubetteln, dann ist das sicher kein Spaß und sehr erniedrigend für sie selbst. Und ich glaube auch nicht, dass das ein besonders lukrativer Job ist. Wenn man arbeiten gehen kann, und das auch darf, dann ist das bestimmt lukrativer als Betteln.*“⁴³⁶

⁴³³ Interview 23.

⁴³⁴ Interview 37.

⁴³⁵ Interview 11.

⁴³⁶ Interview 13.

7.8.2 Betteln als „Arbeit“?

Eine Thematik, die in Zusammenhang mit der Diskussion um das Betteln von einigen Befragten angeschnitten wurde, war auch das Thema „Arbeit“ bzw. „Gegenleistung“. So betonten viele der Befragten, lieber an jene BettlerInnen etwas zu spenden, die auch etwas dafür „leisten“ würden. Zum Beispiel: „Ich gebe eher Bettlern etwas, die etwas dafür tun, also musizieren oder etwas anderes Künstlerisches machen. Jemandem der nur dasitzt, der bekommt eher selten etwas.“⁴³⁷ „Ich gebe auch Bettlern etwas, die musizieren. Die etwas an Gegenleistung machen. Aber es kommt auch auf die Person an, auf die Sympathie.“⁴³⁸ Viele der Befragten gaben auch an, besonders gerne an Personen zu spenden, die Zeitungen wie den „Augustin“ oder „die Bunte“ verkaufen würden, da diese wirklich für ihre Spende „arbeiten“ würden: „Zum Beispiel die, die Zeitungen verkaufen, denen geben ich am liebsten was. Weil da weiß ich, die stehen den ganzen Tag dort, das ist ihre Arbeit und dafür bekommen sie bestimmt zu wenig Geld.“⁴³⁹ „Ich bin eine begeisterte Augustinleserin und kaufe den immer. (...) Die Verkäufer und Verkäuferinnen sind eine Partie die echte Leistung erbringen und nicht betteln wollen. Und die, die betteln, sind die, die einen Augustin zum Schein mithaben.“⁴⁴⁰ Einige der Befragten gaben in den Interviews auch an, BettlerInnen – vor allem jüngere BettlerInnen – sollten lieber „arbeiten gehen“ anstatt zu betteln:⁴⁴¹ „Das [ob ich spende; Anm.] kommt darauf an, wer das ist, weil es auch durchaus bedürftige Menschen gibt, die behindert sind oder ältere Leute, die keine Arbeit mehr finden. Aber gerade junge Menschen sollen ruhig arbeiten gehen um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren.“⁴⁴² „Ja, sicher bin ich dafür [für das Bettelverbot; Anm.]. Weil in Österreich muss niemand der legal hier ist hungern. (...). Das Problem heute, diese arbeitsscheuen Individuen, die bekommen von mir sowieso nichts.“⁴⁴³ „Eigentlich [bin ich] schon dafür [für das Bettelverbot; Anm.]. Weil mich das eigentlich nervt. Ich finde, es gibt genug Arbeit und die, die wirklich wollen, finden auch eine.“⁴⁴⁴ „Weil ich finde, die haben sich selber ihr Leben verbaut und können arbeiten gehen. Weil wir müssen auch für unser Geld arbeiten gehen, und warum die nicht. Das ist nicht okay, dass die einfach zu uns herkommen, und ums Geld betteln.“⁴⁴⁵

⁴³⁷ Interview 1.

⁴³⁸ Interview 4.

⁴³⁹ Interview 12.

⁴⁴⁰ Interview 18.

⁴⁴¹ Damit einher geht auch der Anspruch, nur an BettlerInnen zu spenden, die wirklich „bedürftig“ wären, und sich nicht durch „falsche“ BettlerInnen „täuschen“ zu lassen. Vgl. dazu auch S. 120.

⁴⁴² Interview 27.

⁴⁴³ Interview 28.

⁴⁴⁴ Interview 29.

⁴⁴⁵ Interview 32.

8 Ergebnisse

In diesem Kapitel sollen die Ergebnisse aus den beiden empirischen Teilen miteinander verknüpft werden und Hypothesen als Anschlussmöglichkeit für zukünftige Forschungen formuliert werden. Ergänzend sollen, wo passend, auch die zu Beginn dieser Arbeit vorgestellten historischen, politischen und gesellschaftlichen Hintergründe in die Überlegungen mit einfließen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die vorliegende Arbeit Übereinstimmungen der Themenschwerpunkte sowie Argumentationslinien zum Thema „Betteln“ in der politischen Diskussion (zum Beispiel in den offiziellen Partei- oder Wahlprogrammen), der medialen Diskussion (anhand der vier untersuchten Tageszeitungen) sowie in der Meinung in der Bevölkerung (anhand der Interviews mit 40 PassantInnen) nachzeichnen konnte. Zwar gab die Mehrzahl der befragten Personen an, die Parteienstandpunkte zum Thema Betteln nicht aktiv verfolgt zu haben, zahlreiche Argumente der politischen Diskussion rund um das Bettelverbot fanden sich jedoch – zum Teil in ähnlichen Formulierungen – neben den Medien auch in den Interviews wieder.

Das Eintreten von Politik und Boulevardmedien für ein Bettelverbot führt nicht zu einer mehrheitlichen Zustimmung in der Bevölkerung.

In der Medienberichterstattung war das Thema „Bettelverbot“ im Beobachtungszeitraum das am häufigsten vertretene Thema, was insofern nicht überrascht, als die Diskussion rund um die geplante Einführung bzw. Erweiterung der Bettelverbotsgesetze in der Steiermark, Kärnten und Oberösterreich die politische, gesellschaftliche und somit auch die mediale Diskussion im Februar 2011 prägte. In allen vier untersuchten Zeitungen wurde das Bettelverbot in mindestens 75 Prozent der Artikel thematisiert. Auch in den Interviews wurde deutlich, dass sich die meisten der befragten Personen zu diesem Thema eine Meinung gebildet hatten. Nur 12,5 Prozent sprachen sich für ein generelles Bettelverbot aus, 25 Prozent gaben an, das „Betteln mit Kindern“ oder das „organisierte Betteln“ verbieten zu wollen; die restlichen 62,5 Prozent hingegen sprachen sich gegen Bettelverbote jeglicher Art aus.⁴⁴⁶ Dies widerspricht deutlich der Argumentation der Parteien ÖVP und FPÖ, welche in der Steiermark betonten, hinsichtlich ihrer Position pro Bettelverbot, die „Mehrheit“ der Bevölkerung „hinter sich“ zu haben.⁴⁴⁷ Auch von der Kronen Zeitung wurde im Beobachtungszeitraum – und hier vor allem in den Leserbriefen

⁴⁴⁶ Vgl. S. 126f.

⁴⁴⁷ So sprach beispielsweise die FPÖ in ihrer Rede bei der Landtagssitzung, in welcher das Bettelverbot beschlossen wurde, von den „schweigenden Mehrheiten“, welche „hinter ihnen“ stünden. Und auch der steirische ÖVP-Klubobmann sprach davon, dass „die große Mehrheit im Landtag“ auch „eine große Mehrheit im Land“ widerspiegeln“ würde. Vgl. S. 62 und S. 104.

und Kommentaren – das Bild vermittelt, eine Mehrheit (der LeserInnen) spreche sich für ein Bettelverbot aus; so können 17 der insgesamt 24 Leserbriefe im Beobachtungszeitraum der Kategorie „pro Bettelverbot“ zugeordnet werden.⁴⁴⁸

Historisch betrachtet ist das Verbot des Bettelns nicht neu. Schon im Mittelalter wurde die durch die verstärkte Armut ansteigende Zahl der BettlerInnen restriktiert. So war alten und kranken Menschen das Betteln erlaubt, während es „arbeitsfähigen“ Menschen untersagt wurde. Ähnliche Kriterien der „Unterstützungswürdigkeit“ finden sich auch in unserer heutigen Leistungsgesellschaft wieder. So gaben viele der Befragten in den Interviews an, dass ihnen das Kriterium der „Bedürftigkeit“ als Spendengrund besonders wichtig sei.⁴⁴⁹ Auch wurde angegeben, eher älteren BettlerInnen bzw. BettlerInnen mit körperlichen Behinderungen etwas spenden zu wollen, als jungen BettlerInnen, zu denen einige der InterviewpartnerInnen meinten, diese könnten doch „arbeiten gehen“.⁴⁵⁰

Je eher die Befragten die Existenz der Armut anerkennen, desto häufiger vertreten sie die Meinung, dass BettlerInnen und SpenderInnen selbstbestimmt handeln können sollten.

Als wichtigster Grund gegen das Bettelverbot wurde von den Befragten das Recht der Selbstbestimmung angeführt – und zwar als Selbstbestimmung sowohl auf Seiten der SpenderInnen als auch auf Seiten der BettlerInnen. Ihnen als SpenderInnen stünde es laut Meinung der Befragten ja frei, etwas zu geben oder nichts zu geben und sie würden sich nicht von einem Verbot in dieser Freiheit einschränken lassen wollen.⁴⁵¹ Genauso wäre es das Recht der BettlerInnen, selbst zu entscheiden, auf welche Art sie ihren Lebensunterhalt verdienen wollten, ein Argument, welches in der politischen Diskussion rund um das Bettelverbot auch häufig von den Grünen angeführt wurde.⁴⁵² Ein weiterer wichtiger Grund, den die Befragten in den Interviews gegen ein Bettelverbot nannten, war, dass sie sich der Armut und Bedürftigkeit der BettlerInnen sowie deren eingeschränkter (Erwerbs-) Möglichkeiten und der fehlenden Hilfe des (Sozial-)Staates durchaus bewusst wären.⁴⁵³ Vier der Befragten nannten als Begründung für ihre Positionierung gegen das Bettelverbot auch die Vermutung, dass die Politik durch das Verbot, die existierende Armut nur „verstecken“ wolle, ein Argument, welches ebenfalls von den Grünen für ihr Engagement gegen das Bettelverbot angeführt wurde und auch in den Medien – hier vor allem in Leserbriefen des Standards – anklang.⁴⁵⁴ Eng damit in Zusammenhang steht auch das Thema „Tourismus und Betteln“, eine Verknüpfung, welche politisch vor allem

⁴⁴⁸ Vgl. S. 84ff.

⁴⁴⁹ Vgl. S. 119f.

⁴⁵⁰ Vgl. S. 143.

⁴⁵¹ Vgl. S. 129f.

⁴⁵² Vgl. S. 25.

⁴⁵³ Vgl. S. 119f.

⁴⁵⁴ Vgl. S. 63f.

von ÖVP und FPÖ hergestellt wurde, die sich in Statements und Programmen dafür aussprachen, durch das Bettelverbot Wirtschafts- und Gewerbetreibende sowie den „Tourismusstandort“ Österreich/Steiermark vor den BettlerInnen „schützen“ zu wollen.⁴⁵⁵ Diese Verknüpfung war auch in der Kronen Zeitung zu finden, welche sich in mehreren Artikeln mit diesem Aspekt der Diskussion auseinandersetzte.⁴⁵⁶

Je mehr ein Zeitung bzw. eine politische Partei „Bettelbanden“ als real existent propagiert, desto eher wird auch versucht, über eine Argumentation der „Schutzbedürftigkeit“ der BettlerInnen vor diesen Banden, ein Bettelverbot einzuführen.

Das Argument, die BettlerInnen selbst vor der „Ausbeutung“ durch die „Bettelbanden“ schützen zu wollen, findet sich vor allem in der Argumentation der SPÖ für ein Bettelverbot wieder, eine Argumentationslinie, welche auch überdurchschnittlich häufig in den Leserbriefen der Kronen Zeitung zu finden war.⁴⁵⁷ Das Thema „Bettelbanden“ wurde dabei von den (politischen) BefürworterInnen des Bettelverbots – darunter FPÖ, BZÖ, ÖVP und SPÖ – als Hauptargument für das Bettelverbot angeführt. So waren die Themen „Bettelbanden“ und „Bettelverbote“ auch ein großes Wahlkampfthema bei mehreren Landtagswahlen 2010, wobei sich die meisten Parteien für eine Verschärfung der Bettelverbote aussprachen. Auch in den Interviews bezogen sich einige der Befragten auf diese Argumentation, um ihre Positionierung für das Bettelverbot zu begründen. Hier wurde oft hervorgehoben, den „armen“ BettlerInnen durchaus etwas spenden zu wollen, jedoch durch die Spende nicht die Existenz von „Bettelbanden“ unterstützen zu wollen. Dass BettlerInnen heute mehrheitlich in Bettelbanden organisiert seien wurde dabei von mehr als 82 Prozent der Befragten nicht in Frage gestellt.⁴⁵⁸ Der Umstand, dass eine parlamentarische Anfrage zu Ermittlungsergebnissen in diese Richtung⁴⁵⁹ sowie die ExpertInneninterviews der Erzdiözese Wien⁴⁶⁰ deren Existenz nicht bestätigen konnten, steht dabei in Widerspruch zur öffentlichen Meinung. Vor allem das Bild der „Mafiabosse mit Luxusautos und großen Villen“ ist sowohl in den Medien als auch bei den Befragten als Bild stark vertreten. Viele der Befragten erzählten auch von eigenen Beobachtungen oder Beiträgen in den Medien, in denen sie gesehen bzw. davon gelesen hätten, wie BettlerInnen morgens aus Bussen ausgeladen bzw. abends wieder abgeholt würden. Die Möglichkeit, dass es sich dabei auch um eine Art „Fahrgemeinschaften“ bzw. familiäre Zusammenschlüsse handeln könnte, wie in den Studien und ExpertInneninterviews

⁴⁵⁵ Vgl. S. 24f.

⁴⁵⁶ Vgl. S. 76f.

⁴⁵⁷ Vgl. S. 85f.

⁴⁵⁸ Vgl. S. 133f.

⁴⁵⁹ Vgl. S. 21f.

⁴⁶⁰ Vgl. S. 22f.

ausgeführt, wurde nur von zwei der 40 Befragten thematisiert.⁴⁶¹ Ein krimineller, menschenausbeuterischer Hintergrund des Bettelns ist laut der Antwort auf die parlamentarische Anfrage jedoch nicht bestätigt. Delikte wie Menschenhandel und Ausbeutung werden zudem bereits durch andere Gesetze und Regelungen abgedeckt, was ein Bettelverbot in dieser Hinsicht eigentlich unnötig erscheinen lässt. Die Rolle der Medien ist in diesem Zusammenhang äußerst interessant. Während die Boulevardzeitungen in ihrer Themenwahl eher über den Zusammenhang zwischen Bettelbanden und den dahinterstehenden Organisationen berichteten,⁴⁶² war die Themenwahl bei den beiden Qualitätsmedien genau umgekehrt: In den wenigen Fällen, in denen „Bettelbanden“ in der Berichterstattung überhaupt erwähnt wurden, wurde betont, dass es keine Belege für deren Existenz gebe.⁴⁶³

Je boulevardlastiger die Berichterstattung einer Zeitung ist, desto eher wird die „ausländische Herkunft“ der BettlerInnen als Argument für eine Bekämpfung der Armut in deren „Heimatländern“ verwendet und so die eigene Verantwortung abgegeben.

Bereits im Verlauf der Geschichte war bereits zwischen „einheimischen“ BettlerInnen (damals in Bezug auf die Stadtgrenzen) und BettlerInnen „von außerhalb“ unterschieden worden. Die heimischen BettlerInnen galten dabei als unterstützenswert, während „den Fremden“ unterstellt wurde, sich unrechtmäßig bereichern zu wollen bzw. „faul“ zu sein und Krankheiten zu übertragen.⁴⁶⁴ Auch in der aktuellen Diskussion nehmen Parteien, Medien und Befragte Bezug auf das Thema „Herkunft“ der BettlerInnen. So betonte die FPÖ in ihren Beiträgen zur Betteldiskussion vor allem die „ausländische Herkunft“ der „organisierten Betteltouristen“ und sprach sich dafür aus, dass die „Herkunftsländer“ der BettlerInnen für diese „importierten“ „sozialen Probleme“ zuständig seien und nicht Österreich. Auch in der Kronen Zeitung wurde – wieder vor allem durch die Auswahl der Leserbriefe – betont, dass den BettlerInnen doch durch die EU bzw. durch „Projekte vor Ort“ geholfen werden solle.⁴⁶⁵ Auch aus den Interviews wurde deutlich, dass „organisierte BettlerInnen“ zumeist auch mit „ausländischer Herkunft“ gleichgesetzt wurden. Einige der Befragten merkten an, im öffentlichen Raum kaum (noch) „österreichische“ BettlerInnen wahrzunehmen.

⁴⁶¹ Vgl. Kapitel 2.3.4.

⁴⁶² Vor allem in der Kronen Zeitung wurde in einem Viertel aller Artikel im Beobachtungszeitraum die Existenz von Bettelbanden als Tatsache dargestellt bzw. wurden Personen zitiert, die dies bestätigten.

⁴⁶³ Siehe Themenlisten der einzelnen Zeitungen.

⁴⁶⁴ Vgl. Kapitel 2.1.1.

⁴⁶⁵ Vgl. S. 86ff.

Je qualitativ hochwertiger die Berichterstattung einer Zeitung ist, desto eher wird über die Hintergründe und Ursachen der Armut berichtet.

Auffällig ist, dass aus den Zeitungen der Auswahl vor allem der Standard und der Kurier in ihrer Berichterstattung thematisch am häufigsten Bezug auf die Herkunft der BettlerInnen bzw. deren Zugehörigkeit zu einer bestimmten Volksgruppe nahmen. Hier führt der Standard mit 11,4 Prozent die Themenrangliste der vier beobachteten Zeitungen an (Krone: 5,3 Prozent, Kurier: 8,9 Prozent, Österreich: 4,6 Prozent). Standard und Kurier verknüpften jedoch die Herkunft der BettlerInnen bzw. deren oftmalige Zugehörigkeit zur Minderheit der Roma vor allem mit den Gründen für das Betteln, ohne dabei zu unterstellen, dass diese BettlerInnen organisiert seien. Armut und Arbeitslosigkeit wurden im Beobachtungszeitraum in den beiden Zeitungen als zentrale Gründe für das Betteln angeführt und in den Artikeln wurde häufig darauf eingegangen, dass Menschen in bestimmten Regionen und Ländern, ebenso wie die Minderheit der Roma, besonders stark von Armut und Ausgrenzung betroffen und deswegen besonders häufig auf das Betteln angewiesen seien.⁴⁶⁶

Die große Anzahl an BettlerInnen wurde von den Befragten als dritthäufigster Grund dafür angegeben, nicht zu spenden. So meinten diese Befragten, mit der hohen Anzahl an BettlerInnen überfordert zu sein und dass es ihnen nicht möglich bzw. leistbar wäre, „jedem“ etwas zu geben bzw. die „richtigen“ – sprich Bedürftigsten unter den BettlerInnen – auszuwählen. Aus diesem Grunde scheint auch die „Sympathie“ bzw. „Vertrautheit“ der SpenderInnen mit bestimmten – „ihren“ – BettlerInnen eine große Rolle für das Spendenverhalten zu spielen. Viele der Befragten gaben an, zu bestimmten BettlerInnen so etwas wie ein „Naheverhältnis“ oder sogar eine „Beziehung“ zu haben und diesen regelmäßig zu spenden. Ob die Anzahl der BettlerInnen in den vergangenen Jahren tatsächlich zugenommen hat, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Die Medienberichterstattung hat jedenfalls einiges dazu beigetragen, dieses Bild zu generieren. So unterstützten Krone, Kurier und Österreich diesen Eindruck in ihrer Berichterstattung durch die Verwendung von Formulierungen wie „Landplage“ und „Invasion“ in Zusammenhang mit BettlerInnen oder berichteten beispielsweise von BettlerInnen die „busweise“ „angekarrt“ würden, die „ausschwärmt“ und in Regionen „einfielen“.⁴⁶⁷ Der Standard verwendet diese Begriffe als einzige Zeitung der Auswahl nicht.

⁴⁶⁶ Vgl. dazu auch die Reportage im Beobachtungszeitraum auf S. 57f.

⁴⁶⁷ Vgl. S. 67, S. 96f und S. 109f.

Die häufige Kriminalisierung von BettlerInnen in der Berichterstattung verstärkt vorhandene Klischees und Stereotype gegenüber BettlerInnen in der Leserschaft.

Die Verknüpfung der Themen „BettlerInnen“ und „Kriminalität“ trägt in der medialen Berichterstattung zum negativen Image von BettlerInnen bei und kommt in der Krone im Vergleich der vier ausgewählten Zeitungen am häufigsten vor, nämlich in acht von 78 Beiträgen im Beobachtungszeitraum, während der Standard im Beobachtungszeitraum diesen Zusammenhang nie und der Kurier nur einmal herstellt. Während in der Zeitung Österreich die Berichterstattung über die parteipolitischen Standpunkte zum Bettelverbot durchaus als ausgewogen bezeichnet werden kann, fanden sich vor allem im Ressort „Chronik“ Artikel, in welchen BettlerInnen als gefährlich oder betrügerisch dargestellt wurden und die sich durch deutlich umgangssprachlichere bzw. wertende Formulierungen von den restlichen Artikeln abhoben und Österreich in die Nähe der Kronen Zeitung rückten. In den Interviews wird neben dem Bezug auf die kriminellen Bettelbanden sowie deren Mafiabosse nur in einem der Interviews auf ein Situation eingegangen, die BettlerInnen in Zusammenhang mit einer kriminellen Handlung bringt, als eine der Befragten angibt, nie zu spenden, aus Angst währenddessen von KomplizInnen der BettlerInnen beraubt zu werden.

9 Abschließende Betrachtungen

Durch das Schreiben dieser Arbeit eröffneten sich mir viele neue Sichtweisen zum Thema Betteln, die die bisherigen alltäglichen Beobachtungen und Erfahrungen differenzierter erscheinen lassen. Die neuen gesetzlichen Regelungen machen es den BettlerInnen in Gebieten, die für Gewerbe und Tourismus wichtig sind, schwer, längere Zeit an einem Ort zu verweilen, da die Kontrollen und Platzverweise durch die Polizei meist sehr rasch erfolgen. In diesem Zusammenhang interessant war die Beobachtung, dass während solcher Verweise die Empörung der PassantInnen über das Eingreifen der Polizei enorm war.

Während der Interviews war ich überrascht, wie viele der angesprochenen Personen (etwa zwei von drei) sich bereit erklärten, mir Auskunft über ihre Meinung zu diesem kontroversiellen Thema zu geben Personen. Sehr spannend war auch die Vielfalt an persönlichen Erfahrungen, die die GesprächspartnerInnen mit der Bettelthematik in Verbindung brachten und die die Interviews abwechslungsreich gestalteten. Ein Eindruck, der während der Interviews entstand war, dass abgesehen vom Bildungsstand auch das Alter relevant für die Selbstverständlichkeit einer Spende war. Während ältere Befragte sich häufig darauf bezogen, dass es den meisten Menschen heute „ohnehin“ besser ginge als ihnen früher, gaben viele der jüngeren Befragten an, der eigene „Wohlstand“ sei für sie Grund genug, hin und wieder Kleingeld zu spenden. Die ursprüngliche Annahme, die Mehrheit der Befragten würde sich gegen ein Bettelverbot aussprechen, bewahrheitete sich nicht in den Interviews.

Die Analyse der Tageszeitungen bestätigte die meisten Annahmen über die grundlegenden Richtungen der einzelnen Blätter. Sämtliche Charakteristika über Qualitäts- und Boulevardblätter trafen auch in Bezug auf die Berichterstattung über die Bettelthematik zu, obwohl für mich als Nicht-Krone-Leser die Berichterstattung über BettlerInnen in einigen Artikeln bei weitem noch tendenziöser, abwertender und moralisierender ausfiel, als ich es im Vorfeld angenommen hatte.

Rückblickend bin ich sehr zufrieden mit der Wahl dieses eher unerforschten Themenbereichs. Ein Nachteil, der damit einherging, war zwar wenig Literatur zur Verfügung zu haben, die offene Herangehensweise gestaltete sich jedoch spannend, abwechslungsreich und herausfordernd, während ich hoffe, mit dem Ergebnis der Arbeit dazu beitragen zu können, die Lücke in der Forschung ein wenig zu verkleinern.

10 Quellenverzeichnis

10.1 Literatur

Bonfadelli, Heinz (2000): Medienwirkungsforschung II. Anwendungen in Politik, Wirtschaft und Kultur. UVK Verlag.

Bonfadelli, Heinz; Jarren, Otfried; Siegert, Gabriele (Hrsg.) (2010): Einführung in die Publizistikwissenschaft. 3., vollständig überarbeitete Auflage. Haupt Verlag.

Bräuer, Helmut (1996): „... und hat seithero gebetlet“. Bettler und Bettelwesen in Wien und Niederösterreich während der Zeit Kaiser Leopolds I. Böhlau Verlag.

Bruck, Peter; Stocker, Günther (2002): Die ganz normale Vielfältigkeit des Lesens. Zur Rezeption von Boulevardzeitungen. LIT Verlag.

Csendes, Peter; Opll, Ferdinand (2006): Wien: Geschichte einer Stadt, Band 3. Böhlau Verlag.

Dichand, Hans (1977): Kronen Zeitung. Die Geschichte eines Erfolges. Orac Verlag.

Haas, Hannes (2000): Druckmedien und Kommunikationsordnung: Struktur – Organisation – Funktion. Wien.

Haas, Hannes (2008): Medienkunde. Grundlagen, Strukturen, Perspektiven. 2. Auflage. Wien.

Just, Thomas; Pils, Susanne (1997): Die Entstehung der Unbarmherzigkeit. Randgruppen und Außenseiter in Wien vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Wiener Geschichtsblätter Beiheft 1/1997.

Koller, Franz (2009): Betteln in Österreich. Eine Untersuchung aus theologisch-ethischer Perspektive. Diplomarbeit, Wien.

Maletzke, Gerhard (1963): Psychologie der Massenkommunikation. Hamburg. Zitiert nach: Burkart, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. 4. Auflage, Böhlau Verlag.

Maletzke, Gerhard (1972): Massenkommunikation. In: Graumann, Carl Friedrich (Hrsg.) (1972): Handbuch der Psychologie. Band 7, Sozialpsychologie, Göttingen.

Mast, Claudia (Hrsg.) (2008): ABC des Journalismus. Ein Handbuch. 11., überarbeitete Auflage. UKV Verlagsgesellschaft mbH.

Matthes, Jörg (2007): Framing-Effekte. Zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellung der Rezipienten. Reinhard Fischer Verlag.

Meier, Werner; Schanne, Michael; Trappel, Josef (1994): Produktstrategien und Marktnischenpolitik. In: Bruck, Peter (Hrsg.) (1994): Print unter Druck. Zeitungsverlage auf Innovationskurs. Reinhard Fischer Verlag.

Mlitz, Andrea (2008): Dialogorientierter Journalismus. Leserbriefe in der deutschen Tagespresse. UKV Verlag.

Pichlkastner, Sarah (o. J.): "ze petln und almusen ze nehmen" – Ein Querschnitt durch die Geschichte des Bettel(n)s in Wien. Vortrag: Interdisziplinärer Workshop „Betteln in Wien“ (11. Juni 2010)

Rachholz, Elisabeth (1970): Zur Armenfürsorge der Stadt Wien von 1740 bis 1904. Von der privaten zur städtischen Fürsorge. Dissertation, Universität Wien.

Schenk, Michael (2002): Medienwirkungsforschung. 2., vollständig überarbeitete Auflage. Mohr Siebeck.

Scherpner, Hans (1962): Theorie der Fürsorge. Göttingen. Vandenhoeck & Ruprecht.

Von Hippel, Wolfgang (1995): Armut, Unterschichten, Randgruppen in der frühen Neuzeit. Enzyklopädie deutscher Geschichte, Band 34. Oldenbourg Verlag.

Von La Roche, Walter (2008): Einführung in den praktischen Journalismus. 18. Auflage. Ullstein Verlag.

Voß, Andreas (1993): Betteln und Spenden. Eine soziologische Studie über Rituale freiwilliger Armenunterstützung, ihre historischen und aktuellen Formen sowie ihre sozialen Leistungen. Walter de Gruyter Verlag.

10.2 Internetquellen

Anstandsverordnung der Landeshauptstadt Klagenfurt, Fassung vom 18.12.2001. Url:
http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Gemeinderecht/GEMRE_KA_20101_MD_26_325_1982/GEMRE_KA_20101_MD_26_325_1982.pdf (19.9.2010)

Bindzus, Dieter; Lange, Jérôme (2000): Ist Betteln rechtswidrig? Ein historischer Abriss mit Ausblick. Url: <http://www.jurawelt.com/aufsaetze/strafr/3554> (14.08.2010)

Bündnisteam des BZÖ – Bündnis Zukunft Steiermark. Mein Wahlprogramm. Gerald Grosz – der traut sich was! Url: http://www.bzoe-steiermark.at/mediaCache/Programm_A4_AnSicht_515660.pdf (22.9.2010)

Der Standard (2011): Blattphilosophie. Url:
<http://derstandarddigital.at/1113512/Blattphilosophie> (12.6.2011)

Ellensohn, David (2010): Verfassungsklage gegen das Wiener Bettelverbot. Homepage „die Grünen Wien“. Url: <http://wien.gruene.at/2010/08/30/verfassungsklage-bettelverbot> (19.9.2010)

Fekter, Maria (2011): Antwortschreiben auf Anfrage 7753/J betreffend „gerichtlich strafbarer Handlungen sogenannter Bettelbanden“. Url: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_07650/imfname_214984.pdf (4.6.2011)

FPÖ Steiermark (2010): Freiheitliches Wahlprogramm für die Steirischen Landtagswahlen 2010. Url: http://www.stmk-wahl.at/bilder/WP_FPOe_LTW_2010.pdf (27.9.2010).

Gesamte Rechtsvorschrift für Europäische Menschenrechtskonvention, Fassung vom 19.9.2010. Url: <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000308> (19.9.2010)

Gesamte Rechtsvorschrift für Strafgesetzbuch, Fassung vom 14.9.2010. Url:
<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10002296> (14.9.2010)

Gesetz vom 18. Jänner 2005, mit dem ein Steiermärkisches Landes Sicherheitsgesetz erlassen wird (StLSG). Url: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/LrStmk/LRST_4000_002/LRST_4000_002.pdf (15.9.2010)

Gesetz vom 6. Juli 1976 zur Regelung bestimmter polizeilicher Angelegenheiten (Landes-Polizeigesetz) LGBI. Nr. 60/1976. Fassung vom 13.9.2010. Url: <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrT&Gesetzesnummer=20000176> (13.9.2010)

Homepage des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg, Rechts- und Vorschriftendienst. Entscheid zum Thema Betteln. Url: http://www.vdw.de/webvdbw/cd.nsf/.navigation?Openform&DatabaseSynonym=vensa&navigation=.seArchvensa&URL=showresultinframe.jsp|dbkey=venusvg.nsf&hrefID=DHAK-4U4TQT&index=all&subindex=vdbw_vensa&viewer=vdbwShowHighlight (19.9.2010)

Katholische Aktion Erzdiözese Wien (2008): Wiener Bettlerinnen Mythen. Url: <http://www.ka-wien.at/betteln/betteln1.php> (4.6.2011)

Kugelmeier, Frank (2006): Bettelalarm 2: Weihnachtsgeld. Neue Studien zum Almosenempfang in Fußgängerzonen. Url: http://sowi.st-ursula-attendorn.de/be/be_start.htm (18.08.2010)

Kurier (2007): Das Redaktionsstatut. Präambel. Url: <http://kurier.at/service/unternehmen/diezeitung/112215.php> (12.6.2011)

Kurier (2010): Wir der Kurier – unser Leitbild. Url: <http://kurier.at/services/diezeitung/2052061.php> (12.6.2011)

Mediadaten VÖZ-Titel. Auflagen und Reichweiten der Tageszeitungen 2010. Url: <http://www.voez.at/b866> (6.6.2011)

O.A. (27.8.2010): Neubauer: Grüne wollen „Bettler-Unwesen“ legalisieren. Homepage der FPÖ. Url: <http://www.fpoe.at/news/detail/news/neubauer-gruene-wollen-bettl/?cHash=01879e01c2d6107fd4b10f18be859a4a> (22.9.2010)

O.A. (7.9.2010): FP-Gudenus: Verschärfung des Bettelverbotes dringend notwendig! Homepage der FPÖ Wien. Url: <http://www.fpoe-wien.at/index.php?id=1199&newsID=6243&cHash=53fb57fe60de97ce0199e1cf5a00f27e> (22.9.2010)

Ortspolizeiliche Verordnung der Stadtgemeinde Baden bei Wien zum Betteln und Musizieren an öffentlichen Orten vom 16.9.2006. Url: <http://www.baden.at/de/unsere-stadt/rathaus/verordnungen/verordnung-betteln-und-musizieren-an-oeffentlichen-orten.html> (17.9.2010)

Ortspolizeiliche Verordnung der Stadtgemeinde Tulln zur Abwehr, Beseitigung bzw. zur Verhinderung von das öffentliche Gemeinschaftsleben störenden Missständen vom 6.12.2006. Url:

http://www.tulln.at/gemeinden/user/32135/dokumente/km_vo_bettelverordnung2006.pdf (15.9.2010)

Österreichische Auflagenkontrolle (2011): Auflagenliste Jahresschnitt 2010. Url:

http://www.oeak.at/content/intern/Auflagenlisten/OEAK_2010_JS.pdf (11.6.2011).

Österreichischer Presserat (o.J.): Aufgaben. Url:

http://presserat.at/show_content.php?hid=1 (11.6.2011)

ÖVP Wien (2010): Wahlprogramm 2010 für Wien. Url: [http://oevp-](http://oevp-wien.at/fileadmin/data/oevp-lp/doc/allgemeines/wahlprogramm2010.pdf)

[wien.at/fileadmin/data/oevp-lp/doc/allgemeines/wahlprogramm2010.pdf](http://oevp-wien.at/fileadmin/data/oevp-lp/doc/allgemeines/wahlprogramm2010.pdf) (23.9.2010)

Salzburger Landessicherheitsgesetz – S.LSG. LGBI Nr 57/2009. Fassung vom 13.9.2010.

Url:<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrSbg&Gesetzesnummer=2000632> (13.9.2010)

Steinhauser, Albert (2011): Anfrage 7753/J vom 24.2.2011. Url:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J_07753/imfname_207194.pdf (4.6.2011)

Steirische Volkspartei (2010): Wege für die Steiermark. Grundsätze, Herausforderungen und Ziele für die Zukunft unseres Landes. Url:

http://80.120.195.41/upload/dateien/Programm_Broschuere.pdf (23.9.2010)

Wiener Landes-Sicherheitsgesetz – WLSG, LRWI I110 000, Fassung vom 14.9.2010. Url:

http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=LrW&Dokumentnummer=LRWI_I110_000 (14.9.2010)

Yilmaz, Nurten: SPÖ-Rathausklub. Presseaussendung. Url:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100326_OTS0221/landessicherheitsgesetz-sp-yilmaz-novelle-dient-dem-schutz-von-menschen (28.9.2010)

10.3 Interviews

Interview	Ort	Datum	Geschlecht	Beruf	Alter	Zeitung
1	1140 Wien	4. Mai 2011	Männlich	arbeitslos	24	Heute
2	1160 Wien	26. Mai 2011	Weiblich	Grafikerin	25	Standard
3	1090 Wien	14. Mai 2011	Männlich	Elektriker	39	Kurier
4	1170 Wien	9. Mai 2011	weiblich	Pensionistin	67	Standard
5	1010 Wien	17. Mai 2011	weiblich	Lehrerin	60	Kurier
6	1010 Wien	17. Mai 2011	Weiblich	Lehrerin	52	Standard
7	1160 Wien	26. Mai 2011	Männlich	Student	24	Standard
8	1160 Wien	26. Mai 2011	Männlich	Webdesigner	45	Standard
9	1090 Wien	14. Mai 2011	Weiblich	Angestellte	29	Standard
10	1170 Wien	9. Mai 2011	Weiblich	Selbstständig	47	Keine
11	1090 Wien	14. Mai 2011	Männlich	Hochbauingenieur	52	Salzburger Nachrichten
12	1090 Wien	14. Mai 2011	Weiblich	Lehrerin	41	Kurier
13	1170 Wien	9. Mai 2011	Männlich	Student	28	Standard
14	1140 Wien	4. Mai 2011	Weiblich	Studentin	22	Presse
15	1170 Wien	9. Mai 2011	Männlich	EDV-Techniker	39	Standard

16	1010 Wien	17. Mai 2011	Weiblich	Pensionistin	71	Krone
17	1140 Wien	4. Mai 2011	Männlich	Glaser	25	Keine
18	1010 Wien	17. Mai 2011	Weiblich	Volkswirtin	42	Keine
19	1010 Wien	17. Mai 2011	Weiblich	Studentin	31	Keine
20	1090 Wien	14. Mai 2011	Männlich	Student	25	Standard
21	1140 Wien	4. Mai 2011	Weiblich	Studentin	22	Standard
22	1090 Wien	14. Mai 2011	Männlich	Student	25	Keine
23	1170 Wien	9. Mai 2011	Männlich	Schüler	17	Krone
24	1160 Wien	26. Mai 2011	Männlich	Rechtsanwalt	65	Wiener Zeitung
25	1090 Wien	14. Mai 2011	Weiblich	Studentin	20	Standard
26	1010 Wien	17. Mai 2011	Männlich	Student	23	Standard
27	1160 Wien	26. Mai 2011	Männlich	Medienbereich	35	Kurier
28	1170 Wien	9. Mai 2011	Weiblich	Pensionistin	65	Kurier
29	1140 Wien	4. Mai 2011	Weiblich	Pensionistin	63	Presse
30	1090 Wien	14. Mai 2011	Männlich	arbeitslos	55	Krone
31	1010 Wien	17. Mai 2011	Männlich	Pensionist	71	Kurier
32	1140 Wien	4. Mai 2011	Weiblich	Einzelhandelskauffrau	25	Österreich

33	1160 Wien	26. Mai 2011	Weiblich	Hausfrau	37	Presse
34	1170 Wien	9. Mai 2011	Männlich	EDV-Techniker	44	Standard
35	1140 Wien	4. Mai 2011	Männlich	Student	22	Heute
36	1170 Wien	9. Mai 2011	Männlich	Student	28	Standard
37	1140 Wien	4. Mai 2011	Männlich	Student	20	Keine
38	1010 Wien	17. Mai 2011	Weiblich	Pensionistin	64	Kurier
39	1160 Wien	26. Mai 2011	Weiblich	Pensionistin	70	Kurier
40	1160 Wien	26. Mai 2011	Weiblich	Touristik	63	Krone

10.4 Zeitungen

Amara, Nihad (2011): Für mich ist das Betteln ein Menschenrecht. Kurier, vom 10.2.2011, S. 22.

Blümel, Christa (2011): Genuss & Qualität kommen an: Graz fährt Spitzen-Ergebnis ein. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 5.2.2011, S. 24.

Dengel, Waltraud (2011): SPÖ fordert mehr Polizei statt privater Sicherheitsdienste. Kronen Zeitung, Mutation Ktn., vom 18.2.2011, S. 14.

Engelschön, Hildegard (2011): Leser-Service: Thema Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 18.2.2011, S. 29.

Feitek, Brigitte (2011): Leser-Service: Eine Stimme für das Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 1.2.2011, S. 33.

Felber, Franz (2011): Leser-Service: Hitzige Debatte zum Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 12.2.2011, S. 31.

Felbinger, Gerhard: (2011): Erzherzog Johann, hilf wieder! Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 16.2.2011, S. 12.

Frey, Eric (2011): Organisiertes Verbrechen. Der Standard, vom 10.2.2011, S. 32.
Fruhmann, Julia (2011): Kunstaktion: Bettler sind Menschen. Österreich, Mutation Stmk., vom 27.2.2011, S. 15.

Ganter, Martin (2011): Brauchen wir ein Bettelverbot? Nein. Kurier, vom 10.2.2011, S. 22.

Gantner, Martin (2011): „Wir müssen an die Solidarität der Menschen appellieren.“ Kurier, Mutation Wien, vom 10.2.2011, S. 22.

Gnam, Peter (2011): Als die Schweiz vor Gadaffi buckette. Kronen Zeitung, vom 26.2.2011, S. 2.

Gnam, Peter (2011): Soll Österreich ein Paradies für Bettler aus dem Osten werden? Kronen Zeitung, vom 10.2.2011, S. 4.

Grillitsch, Manuela (2011): Leser-Service: Zum neuen Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 11.2.2011, S. 31.

Grolig, Peter (2011): Brauchen wir ein Bettelverbot? Ja. Kurier, vom 10.2.2011, S. 22.

Haginger, Johann (2011): Organisierte Banden mit Lügen bei uns auf Betteltouren. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 26.2.2011, S. 12.

Heftberger, Traude (2011): Leser-Service: Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 15.2.2011, S. 27.

Hidden, Adolf (2011): Leser-Service: Freies Mandat oder doch Klubzwang? Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 21.2. 2011, S. 23.

Holzer, Elisabeth (2011): Steiermark: "Fremdschämen" im Landtag. Kurier, vom 16.2.2011, S. 18.

Holzer, Elisabeth (2011): Bettelverbot: Gegner wollen Politiker mit eMails nerven. Kurier, vom 11.2.2011, S. 20.

Holzer, Elisabeth (2011): Aktionismus: Bettlern in die Augen schauen. Kurier, vom 27.2.2011, S. 17.

Holzer, Elisabeth; Jantschner, Ulrike (2011): „Partnerschaft gegen Arme.“ Kurier, vom 9.2.2011, S. 18.

Jantschner, Ulrike (2011): Knen gegen das Bettelverbot. Kurier, vom 13.2.2011, S. 13.

Kniely, Bernhard (2011): Leser-Service: Zum neuen Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 11.2.2011, S. 31.

Lackner, Johann (2011): Leser-Service: Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 15.2.2011, S. 27

Liebeg, Johanna (2011): Leserstimme: Grazer Klima (II). Der Standard, vom 15.2.2011, S. 30.

Möseneder, Michael (2011): Sinnlose Stadtbereinigung. Der Standard, vom 10.2.2011, S. 32.

Müller, Walter (2011): Großdemo in Graz gegen Bettelverbot. Der Standard, vom 12.2.2011, S. 10.

Müller, Walter; Schmidt, Colette (2011): Bettelverbot macht der Steirer-SP zu schaffen. Der Standard, vom 18.2.2011, S. 10.

Muster, Monika (2011): Leser-Service: Hitzige Debatte zum Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 12.2.2011, S. 31.

O. V. (2011): „1. Linzer Massenbetteln als Protest gegen Verbotspläne“. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 25.2.2011, S. 20.

O. V. (2011): Armen-Pfarrer mit Bettlern im Landhaus. Österreich, Mutation Stmk., vom 10.2.2011, S. 15.

O. V. (2011): Aufruf zum Massenbetteln. Kurier, vom 25.2.2011, S. 19.

O. V. (2011): Betrügerische Spendenbitter. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 25.2.2011, S. 20.

O. V. (2011): „Bettelei ist Form von Menschenhandel“. Österreich, Mutation Ktn., vom 12.2.2011, S. 16.

O. V. (2011): Bettelverbot: Jetzt dreht Caritas auf. Österreich, Mutation Stmk., vom 11.2.2011, S. 21.

O. V. (2011): Bettelverbot vom Landtag beschlossen. Österreich, Mutation Ktn., vom 11.2.2011, S. 19.

O. V. (2011): Bettel-Verbot: Rüge für Graz. Österreich, Mutation Stmk., vom 25.2.2011, S. 16.

O. V. (2011): Bettler fielen über Stadt her. Österreich, Mutation Tirol und Vbg., vom 28.2.2011, S. 7.

O. V. (2011): "Bettlerinvasion": Rumänen zogen in OÖ von Haus zu Haus. Kurier, Mutation Wien, vom 28.2.2011, S. 21.

O. V. (2011): Bettler klaute die Handys von Frauen. Österreich, Mutation Wien, vom 18.2.2011, S. 20.

O. V. (2011): Das Bettelverbot im ganzen Land ist also beschlossen, und das ist gut so... Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 16.2.2011, S. 13.

O. V. (2011): Das Bettelverbot wurde nur von VP und FP beschlossen. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 11.2.2011, S. 20.

O. V. (2011): Das Gesicht der Armut. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 27.2.2011, S. 32.

O. V. (2011): Der Zeitung-Trick der Bettler. Österreich, Mutation Wien, vom 15.2.2011, S. 16.

O. V. (2011): Grüne: Bettelverbot ist "unmenschlich". Österreich, Mutation Ktn., vom 9.2.2011, S. 15.

O. V. (2011): „Jeder, der andere belästigt, soll auch kontrolliert werden.“ Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 11.2.2011, S. 24.

O. V. (2011): Kärnten sagt Bettler-Gangs den Kampf an. Österreich, Mutation Ktn., vom 6.2.2011, S. 15.

O. V. (2011): Lagerfeuer löste Einsatz aus. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 19.2.2011, S. 16.

O. V. (2011): Mehr Proteste gegen Grazer Bettelverbot. Österreich, Mutation Stmk., vom 8.2.2011, S. 17.

O. V. (2011): Müllsünder und Kinderbanden. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 12.2.2011, S. 14.

O. V. (2011): Nach Aufstockung bekommt Stadtwache mehr Kompetenzen. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 5.2.2011, S. 22.

O. V. (2011): Neuer Streit in Wien über das Bettelverbot. Österreich, Mutation Wien, vom 10.2.2011, S. 16.

O. V. (2011): Oma (75) verprügelt: Räuber geschnappt. Aggressiver Bettler gab sich als Hochwasseropfer aus. Österreich, Mutationen: Wien/Tirol/Vbg./NÖ, vom 24.2.2011, S. 13.

O. V. (2011): Riesen-Wirbel bei Debatte ums Betteln. Österreich, Mutation Stmk., vom 16.2.2011, S. 15.

O.V. (2011): Rote und Grüne pfeifen Stadtwache zurück. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 12.2.2011, S. 22.

O. V: (2011): SP-Aktivisten finden Bettelverbote unmenschlich. Kurier, Mutation NÖ, vom 23.2.2011, S. 18.

O.V. (2011): Viele Hinweise bei Fahndung nach einem Tatverdächtigen. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 20.2.2011, S. 24.

Pass, Paul (2011): Leserstimme: Destruktiver Plan. Der Standard, vom 16.2.2011, S. 34.

Raidl, Anton (2011): Leser-Service: Thema Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 18.2.2011, S. 29.

Richter, Gerald: (2011): Grazer Rote im Polit-Delirium. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 19.2.2011, S. 19.

Richter, Gerald (2011): Roma-Bettler: "Nehmen auf Grazer Rücksicht!". Kronen Zeitung, Mutation Stmk, vom 5.2.2011, S. 24.

Salzer, Monika (2011): Weil er es braucht. Kronen Zeitung, Krone „bunt“, vom 27.02.2011, S. 38.

Savoy, Hedwig (2011): Die Profi-Bettler tragen sogar Uniformen unserer Helfer. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 27.2.2011, S. 24.

Savoy, Hedwig (2011): Polizei hilflos gegen Invasion der Bettler. Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 28.2.2011, S. 10.

Savoy Hedwig (2011): Seit Wochen ziehen Bettlerbanden durchs Land... Kronen Zeitung, Mutation OÖ, vom 28.2.2011. S. 10.

Schaflinger, Erich (2011): Leser-Service: Bettlerproblem. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 23.2.2011, S. 29.

Schaupp, Johanna (2011): Leser-Service: Zum neuen Bettelverbot. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 11.2.2011, S. 31.

Schmidt, Colette (2011): Breite Front gegen steirisches Bettelverbot. Der Standard, vom 17.2.2011, S. 10.

Schmidt, Colette (2011): Breiter Widerstand gegen steirisches Bettelverbot. Der Standard, vom 9.2.2011, S. 10.

Schmidt, Colette (2011): Ein Dorf zwischen Armut und Hoffnung. Der Standard, vom 22.2.2011, S. 11.

Schmidt, Colette (2011): Experten verurteilen steirisches Bettelverbot. Der Standard, vom 15.2.2011, S. 9.

Schmidt, Colette (2011): Gegen Bettelverbot in der Menschenrechtsstadt. Der Standard, vom 8.2.2011, S. 28.

Schmidt, Colette (2011): Tumulte um Bettelverbot im Steirer-Landtag. Der Standard, vom 16.2.2011, S. 9.

Schmidt, Colette (2011): Würdeloses Täuschungsmanöver. Der Standard, vom 17.2.2011, S. 40.

Schwaiger, Gerald; Felbinger, Gerhard (2011): Emotionale Landtags-Debatte: Bettelverbot in Stein gemeißelt. Kronen Zeitung, Mutation Stmk., vom 16.2.2011, S. 13.

Steinbacher, Karl (2011): Großprotest gegen das Bettelverbot. Österreich, Mutation Stmk., vom 14.2.2011, S. 13.

Tödtling, Maximilian (2011): Leser-Service: Bettelverbot. Kronen Zeitung, vom 15.2.2011, S. 24.

Weidinger, Bernhard (2011): Leserstimme: Nahe der Verhetzung? Der Standard, vom 11.2.2011, S. 30.

Wiesmüller, Lisa (2011): Leserstimme: Grazer Klima (I). Der Standard, vom 15.2.2011, S. 30.

11 Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1: Alle Zeitungsbeiträge im Beobachtungszeitraum.....	45
Abbildung 2: Themenverteilung in den Zeitungen.....	46
Abbildung 3: Der Standard – Beiträge im Beobachtungszeitraum.....	49
Abbildung 4: Der Standard – Thematischer Fokus in der Berichterstattung	55
Abbildung 5: Die Kronen Zeitung – Beiträge im Beobachtungszeitraum	65
Abbildung 6: Die Kronen Zeitung – Thematischer Fokus in der Berichterstattung	70
Abbildung 7: Die Kronen Zeitung – Themenverteilung in den Kommentaren	79
Abbildung 8: Die Kronen Zeitung – Leserbriefe nach Themen	85
Abbildung 9: Der Kurier – Beiträge im Beobachtungszeitraum.....	90
Abbildung 10: Kurier – Thematischer Fokus in der Berichterstattung.....	93
Abbildung 11: Österreich – Beiträge im Beobachtungszeitraum.....	100
Abbildung 12: Österreich – Thematischer Fokus in der Berichterstattung.....	104
Abbildung 13: Zeitungskonsum der Befragten.....	111
Abbildung 14: Durchschnittliche Spendenhöhe	112
Abbildung 15: Durchschnittliche Spendenhäufigkeit	113
Abbildung 16 (Bild 1) zeigt die erste Bettelsituation.....	113
Abbildung 17 (Bild 2) zeigt das zweite Szenario.....	114
Abbildung 18 (Bild 3) zeigt Szenario drei.....	114
Abbildung 19 (Bild 4) zeigt Szenario vier.....	114
Abbildung 20 (Bild 5) zeigt die fünfte, den Befragten vorgelegte Situation.....	115
Abbildung 21: Spendenverhalten der verschiedenen Situationen	115
Abbildung 22: Gründe zu spenden (Mehrfachnennungen)	119
Abbildung 23: Meinungen zum Bettelverbot	126
Abbildung 24: Gründe gegen das Bettelverbot (Mehrfachnennungen).....	129
Abbildung 25: Glauben Sie, es gibt sogenannte „Bettelbanden“?	134
 Tabelle 1: Media-Analyse 2010 und ÖAK 2010	26
Tabelle 2: Durchschnittliche Wortanzahl pro Beitrag	48
Tabelle 3: Der Standard – Thematischer Fokus in der Berichterstattung	51
Tabelle 4: Die Kronen Zeitung – Thematischer Fokus in der Berichterstattung.....	68
Tabelle 5: Kurier – Thematischer Fokus in der Berichterstattung	91
Tabelle 6: Österreich –Thematischer Fokus in der Berichterstattung	102
Tabelle 7: Gründe gegen das Spenden	123
Tabelle 8: Glauben Sie, es gibt sogenannte „Bettelbanden“? (nach Geschlecht)	133

12 Anhang

LEBENSLAUF

Persönliche Daten

Name	Jürgen Reisinger
Adresse	1160 Wien, Hasnerstrasse 65 / 33
E-Mail	juergenreisinger@gmx.net
Geburtsdatum, -ort	22. August 1982, St. Pölten / NÖ

Ausbildung

2007 bis laufend	Studium des Magisterstudiengangs der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien
2003 bis 2007	Studium des Bakkalaureats Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien, Auslandsaufenthalt in Berlin 2005, Abschluss 2007
1996 bis 2002	Höhere Technische Lehranstalt St. Pölten, Fachrichtung Elektrotechnik, Abschluss mit Matura 2002
1992 bis 1996	BRG Wieselburg
1988 bis 1992	Volksschule Ybbs an der Donau

Berufliche Tätigkeiten

2004-2010	diverse Studenten- und Promotionsjobs
2002 / 2003	Zivildienst beim Roten Kreuz Ybbs an der Donau

Sprachkenntnisse

Deutsch	Muttersprache
Englisch	Sehr gut in Wort und Schrift

ABSTRACT

Verfasser	Jürgen Reisinger
Titel	Bettelverbote in Österreich – ein Abgleich von medialer Darstellung und öffentlicher Meinung
Umfang	165 Seiten
Typ	Magisterarbeit am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien
Ort, Jahr	Wien 2011
Begutachter	Univ.-Prof. Dr. Thomas Bauer
Schlagwörter	Betteln, BettlerInnen, Bettelverbot, Agenda-Setting, Zeitungsanalyse, Leidfaden-Interviews
Untersuchungsgegenstand	Da BettlerInnen das Stadtbild moderner Städte mit prägen, kommt man im öffentlichen Raum unweigerlich mit ihnen in Berührung und wird nicht selten um eine Spende gebeten. Manche der BettlerInnen wenden dabei „klassische“ Strategien an, andere wählen „unkonventionellere“ Arten, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Dies führt auch zu unterschiedlichem Erfolg im Generieren von Spenden. Die Fragen, die sich aus diesen Beobachtungen ergaben, waren beispielsweise: Welche BettlerInnen erhalten besonders viele Spenden und warum? Was sind die Gründe der PassantInnen zu spenden? Welchen Einfluss üben die Medien auf das Bild von BettlerInnen in der Gesellschaft bzw. auf deren Spendenerfolg aus? Stimmen Politik, Medien und Gesellschaft in ihrer Meinung bezüglich der Einführung von Bettelverboten in Österreich überein?
Theorie	Die Arbeit orientiert sich an der Theorie des Agenda-Setting und der Überlegung, dass die Massenmedien eine Tagesordnungs- und Thematisierungsfunktion einnehmen, die zwar nicht bestimmt „wie“ die RezipientInnen über ein Thema denken, jedoch „welche“ Themen und Schwerpunkte von den RezipientInnen wahrgenommen werden. Die Massenmedien wirken demzufolge hinsichtlich der Aufmerksamkeit, des Wissens sowie des Problembewusstseins bei den RezipientInnen. Für die vorliegende Arbeit sind Second-Level-Agenda-Setting-Effekte besonders interessant. Ähnlich den Themen werden auch die Attribute von den JournalistInnen selektiert, strukturiert und kommuniziert. Die Massenmedien lenken die Aufmerksamkeit des Publikums auf bestimmte

Aspekte und stellen Personen und Ereignisse aus bestimmten Blickwinkeln dar. Vor allem Boulevardmedien versuchen, die Interpretationsspielräume möglichst gering zu halten und legen so den RezipientInnen die eigenen Sichtweisen nahe, die dann in weiterer Folge immer wieder erneut bestätigt werden.

Ziel,	
Fragestellung,	Es wurde hypothesengenerierend geforscht, mit dem Ziel, den Untersuchungsgegenstand so vollständig wie möglich zu beschreiben. Die forschungsleitende Fragestellung lautet: Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede finden sich in der thematischen Strukturierung der politischen und medialen Diskussion sowie den publizierten Nachrichten zum Thema „Betteln“ in Zusammenhang mit Meinungen, Einstellungen und Argumentationslinien der RezipientInnen von Tageszeitungen?
Hypothese	
Forschungs- design	Der empirische Teil der Arbeit gliedert sich in zwei große Analysekapitel. Denn ersten Teil stellt eine qualitative Inhaltsanalyse der vier österreichischen Tageszeitungen Standard, Kronen Zeitung, Kurier und Österreich dar. Für die Analyse herangezogen wurden alle Beiträge im Beobachtungszeitraum Februar 2011, welche sich mit den Themen „BettlerInnen“, „Betteln“ oder „Bettelverbot“ auseinandersetzten. Das Ziel der Inhaltsanalyse war, die von den Medien gesetzten Themenschwerpunkte zu kategorisieren und zu interpretieren. Anhand der thematischen Schwerpunktsetzung wurde ein Interviewleitfaden erstellt, der die Basis für die später durchgeföhrten Interviews mit PassantInnen darstellte. Den 40 interviewten Personen wurden anschließend offene Fragen zu ihren Meinungen und Einstellungen hinsichtlich dieser Themenkomplexe gestellt.
Ergebnisse	Die Arbeit zeigte Übereinstimmungen der Themenschwerpunkte sowie Argumentationslinien zum Thema „Betteln“ in der politischen Diskussion (zum Beispiel in den offiziellen Partei- oder Wahlprogrammen), der medialen Diskussion (anhand der vier untersuchten Tageszeitungen) sowie in der Meinung in der Bevölkerung (anhand der Interviews mit 40 PassantInnen). Zwar gab die Mehrzahl der befragten Personen an, die Parteienstandpunkte zum Thema Betteln nicht aktiv verfolgt zu haben, zahlreiche Argumente der politischen Diskussion rund um das Bettelverbot fanden sich jedoch – zum Teil in ähnlichen Formulierungen – neben den Medien auch in den Interviews wieder.

Das Eintreten von Politik und Boulevardmedien für ein Bettelverbot führt nicht zu einer mehrheitlichen Zustimmung in der Bevölkerung.

In der Medienberichterstattung war das Thema „Bettelverbot“ im

Beobachtungszeitraum das am häufigsten vertretene Thema, was insofern nicht überrascht, als die Diskussion rund um die geplante Einführung bzw. Erweiterung der Bettelverbotsgesetze in der Steiermark, Kärnten und Oberösterreich die politische, gesellschaftliche und somit auch die mediale Diskussion im Februar 2011 prägte. In allen vier untersuchten Zeitungen wurde das Bettelverbot in mindestens 75 Prozent der Artikel thematisiert. Auch in den Interviews wurde deutlich, dass sich die meisten der befragten Personen zu diesem Thema eine Meinung gebildet hatten. Nur 12,5 Prozent der Befragten sprachen sich jedoch für ein generelles Bettelverbot aus, 25 Prozent gaben an, das „Betteln mit Kindern“ oder das „organisierte Betteln“ verbieten zu wollen; die restlichen 62,5 Prozent hingegen sprachen sich gegen Bettelverbote jeglicher Art aus. Dies widerspricht deutlich der Argumentation der Parteien ÖVP und FPÖ sowie der Kronen Zeitung, welche in der Steiermark betonten, hinsichtlich ihrer Position pro Bettelverbot, die „Mehrheit“ der Bevölkerung „hinter sich“ zu haben.

Je mehr ein Zeitung bzw. eine politische Partei „Bettelbanden“ als real existent propagiert, desto eher wird auch versucht, über eine Argumentation der „Schutzbedürftigkeit“ der BettlerInnen vor diesen Banden, ein Bettelverbot einzuführen.

Das Argument, die BettlerInnen selbst vor der „Ausbeutung“ durch die „Bettelbanden“ schützen zu wollen, ist eine Argumentationslinie, welche auch überdurchschnittlich häufig in den Leserbriefen der Kronen Zeitung zu finden war. Das Thema „Bettelbanden“ wurde dabei von den (politischen) BefürworterInnen des Bettelverbots – darunter FPÖ, BZÖ, ÖVP und SPÖ – als Hauptargument für das Bettelverbot angeführt. So waren die Themen „Bettelbanden“ und „Bettelverbote“ auch ein großes Wahlkampfthema bei mehreren Landtagswahlen 2010, wobei sich die meisten Parteien für eine Verschärfung der Bettelverbote aussprachen. Auch in den Interviews bezogen sich einige der Befragten auf diese Argumentation, um ihre Positionierung für das Bettelverbot zu begründen. Hier wurde oft hervorgehoben, den „armen“ BettlerInnen durchaus etwas spenden zu wollen, jedoch durch die Spende nicht die Existenz von „Bettelbanden“ unterstützen zu wollen. Dass BettlerInnen heute mehrheitlich in Bettelbanden organisiert seien wurde dabei von mehr als 82 Prozent der Befragten nicht in Frage gestellt. Der Umstand, dass eine parlamentarische Anfrage zu Ermittlungsergebnissen in diese Richtung sowie die ExpertInneninterviews der Erzdiözese Wien deren Existenz nicht bestätigen konnten, steht dabei in Widerspruch zur öffentlichen Meinung.

Die häufige Kriminalisierung von BettlerInnen in der Berichterstattung verstärkt vorhandene Klischees und Stereotype gegenüber BettlerInnen in der Leserschaft.

Die Verknüpfung der Themen „BettlerInnen“ und „Kriminalität“ trägt in der medialen Berichterstattung zum negativen Image von BettlerInnen bei und kommt in der Krone im Vergleich der vier ausgewählten Zeitungen am häufigsten vor, nämlich in acht von 78 Beiträgen im Beobachtungszeitraum, während der Standard im Beobachtungszeitraum diesen Zusammenhang nie und der Kurier nur einmal herstellt. Während in der Zeitung Österreich die Berichterstattung über die parteipolitischen Standpunkte zum Bettelverbot durchaus als ausgewogen bezeichnet werden kann, fanden sich vor allem im Ressort „Chronik“ Artikel, in welchen BettlerInnen als gefährlich oder betrügerisch dargestellt wurden und die sich durch deutlich umgangssprachlichere bzw. wertende Formulierungen von den restlichen Artikeln abhoben und Österreich in die Nähe der Kronen Zeitung rückten.

Literatur

- Fekter, Maria (2011): Antwortschreiben auf Anfrage 7753/J betreffend „gerichtlich strafbarer Handlungen sogenannter Bettelbanden“ Url: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_07650/imfname_214984.pdf
- Koller, Franz (2009): Betteln in Österreich. Eine Untersuchung aus theologisch-ethischer Perspektive. Diplomarbeit, Wien.
- Pichlkastner, Sarah (o. J.): “ze petln und almusen ze nehmen” – Ein Querschnitt durch die Geschichte des Bettel(n)s in Wien. Vortrag: Interdisziplinärer Workshop „Betteln in Wien“ (11. Juni 2010)
- Schenk, Michael (2002): Medienwirkungsforschung. 2., vollständig überarbeitete Auflage. Mohr Siebeck.
- Voß, Andreas (1993): Betteln und Spenden. Eine soziologische Studie über Rituale freiwilliger Armenunterstützung, ihre historischen und aktuellen Formen sowie ihre sozialen Leistungen. Walter de Gruyter Verlag.